

DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 4 April 1992 E 8080 E

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Weltkontrolle:
Ost und West ideologisch am Ende

NATO-Philosophie: Kontrolle von Europa und Bonn-Berlin durch US-Truppenpräsenz

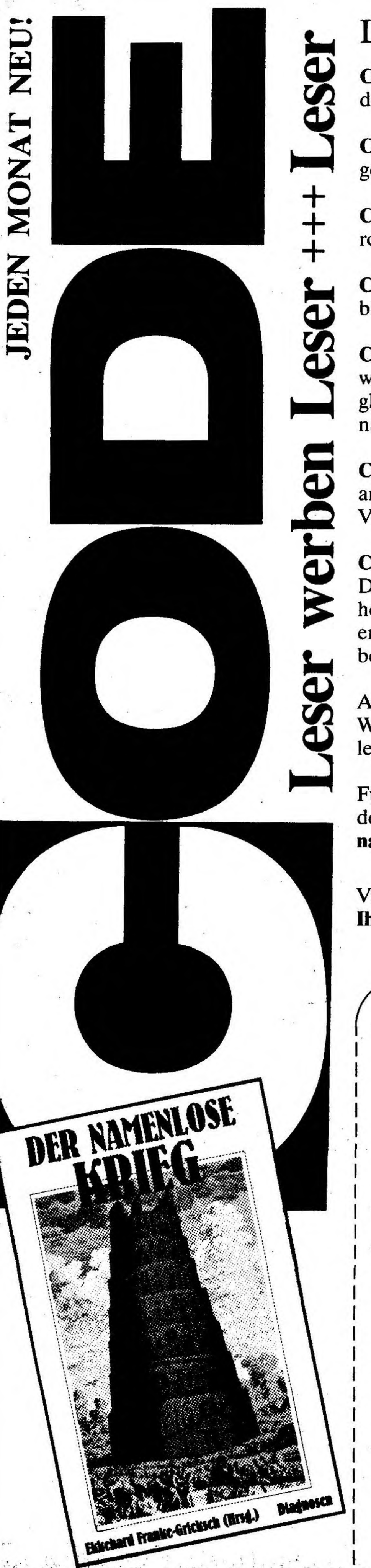
Michail Gorbatschow:
Das Ende einer kommunistischen Karriere

Bonn:
Schweigen über Kriegsverbrechen an Deutschen

George Bush:
Skandale und Konflikte eines US-Präsidenten

Irak:
Wie man Saddam Hussein hereinlegte

Ostdeutschland:
Aktien-Gesellschaft Königsberg plant den Wiederaufbau Ostpreußens



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.–DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland

8 Elitebildung ein Problem der Bonner Demokratie
Unsere Zeit zeigt als einen Trend die Gleichheit, die Gleichmacherei. Keiner wagt das Wort »Elite« in den Mund zu nehmen. Das ist bedenklich in einer Demokratie, in der der Beste gerade gut genug sein sollte, ein öffentliches Amt zu übernehmen.

9 Einwände gegen Grenzvertrag mit Polen

11 Die Mittellage in Europa als Schicksalslage für Deutschland

16 Wie lange noch ist Deutschland eine US-Militärkolonie?
Nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems im Osten verlor die NATO eigentlich ihren Sinn und Daseinszweck. So zumindest erschien es dem oberflächlichen Beobachter. Denn hatte die westliche Propaganda nicht 40 Jahre lang den Deutschen und der Welt erzählt, die NATO sei nur ein Verteidigungsbündnis, um einen drohenden Angriff Moskaus auf den Rest Europas abzuwenden?



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher betreibt deutsche Außenpolitik mit Servilität und einem prall gefüllten Scheckbuch.

19 Meinungsfreiheit in Rußland und in Deutschland

20 Die Deutschen sind in Ostpreußen bereits beim Aufbau

Finanzen

24 Marktwirtschaft ein Teufelswerk?
Das Scheitern des realen Sozialismus und damit des marxistischen Atheismus hat Fragen aufgeworfen: Besteht ganz allgemein ein Zusammenhang zwischen Religion und wirtschaftlicher Entwicklung und kann Religion die geistig-moralische Leere einer abgedankten Ideologie ausfüllen?

26 Wer und was macht eine Nation?

36 Ost und West ideologisch am Ende

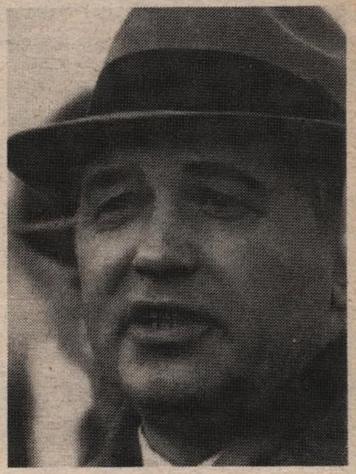
38 Die Clique in den Kulissen
Eine Jahrhunderte alte Geheimgesellschaft arbeitet hinter den Kulissen mit Nachrichtendiensten zusammen, um Schritte in Richtung auf die Demokratie überall in der Welt zu unterminieren. Demokratie und Selbstbestimmung wurden in zwei europäischen und einem arabischen Land von einer Groß-Orient-CIA-Clique zerschlagen.

Internationales

42 Geheimnis um den Tod von Robert Maxwell

43 Österreichischen Staatsvertrag von 1955 kündigen

44 Michail Gorbatschow – das Ende einer kommunistischen Karriere
Gorbatschow, der Vielumjubelte, ist weg. Fast schon auf für ihn schmähliche Art und Weise wurde er Ende des vergangenen Jahres von dem Russen Boris Jelzin aus dem Amt des Präsidenten gedrängt und damit wurde das Ende der UdSSR besiegelt.



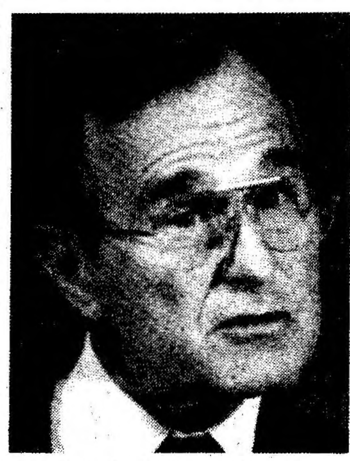
Für Michail Gorbatschow war und ist Lenin das unumstößliche Vorbild.

48 Schlechte Nachrichten für George Bush

6. Jahrgang Nr. 4 April 1992

49 Dezentralisation zerstört politische Träume von der »Neuen Weltordnung«

51 Eine tiefgründige Betrachtung der Korruption des US-Präsidenten George Bush
Viele Informationen deuten darauf hin, daß George Bush ein Verhaltensmuster des Amtsmißbrauchs an den Tag gelegt hat. Der Bericht vermittelt dem Leser die Informationen, die er braucht, um während des bevorstehenden amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes einen Blick hinter die Kulissen werfen.



US-Präsident George Bush hat bisher mehr den Interessen der internationalen Geld-Elite gedient, statt denen der Amerikaner der Mittelklasse.

Naher Osten

60 Saddam Hussein fälschlich beschuldigt
Eine der schrecklichsten Vorfälle beim Einmarsch der Iraker nach Kuwait war die Story, daß irakische Soldaten Kleinkinder aus den Brutkästen entnommen und sterben lassen hätten. Jetzt liegen jedoch Beweise vor, daß diese Episode von einer Washingtoner Public-Relations-Firma gefälscht wurde.

61 Wie man Saddam Hussein hereinlegte

62 Schwerer Justizirrtum im Fall John Demjanjuk ganz offensichtlich
Nachdem Demjanjuk zum Tode verurteilt wurde, könnte er jederzeit auf Grund eines der schwersten Justizirrtümer seit der Affäre um den Hauptmann Dreyfus hingerichtet werden. Neues Beweismaterial entlastet ihn zwar, aber die Israelis haben immer noch nicht entschieden, ob sie ihm ein Berufungsverfahren gewähren wollen.

Ständige Rubriken

6 Deutschland-Journal
Städtetag: Asylbewerber nicht mehr unterzubringen; Chruschtschow drängte 1962 auf Lösung für Deutschland; Neue Verdachtsmomente gegen RAF-Terroristin Speitel; Ausländerkriminalität in Deutschland steigt rapide an; SPD will Vogel als Bundespräsident-Kandidat aufstellen; Inge Viett als Stasi-Agentin.

22 Banker-Journal
Osteuropa droht eine schlimme Wirtschaftskrise; Hohn und Spott für Bushs Freihandels-Mission; Nigeria kann mit seinen Schulden nicht überleben; Rußlands Handel mit Osteuropa; Japan erwägt weiteren Schritt in der Fusionsforschung; UN berichtet über Rückgang in der Weltnahrungsproduktion; Polen will Niedrigzins-Landwirtschaftskredite; Mitterrand erleidet schwere Wahlverluste; Brasilianischer Militärkommandeur verdammt Politik des IWF.

34 Europa-Journal
Serbien ruft das »Dritte Jugoslawien« aus; Das Verhalten der Briten in Hongkong; Vatikan zögert bei Dialog mit Anglikanern; John Major besorgt über Handel mit sowjetischen Atomwaffen; Studie stellt Verringerung der UV-Strahlen fest; Moskaus Sicherheitsschef will durchgreifende Reformen; Rußlands Vizepräsident prophezeit ein Chaos; Entsorgungsmöglichkeit für E-Strahlen-Müll; Schocktherapie ist für Rußland der falsche Weg.

41 Impressum

58 Nahost-Journal
Mythen und Tatsachen; Krieg gegen den Irak sollte Bushs Image aufpolieren; Japan läßt supraleitfähiges Schiff vom Stapel; Ghanas Awoonor fordert G-77 heraus; Nächster Nahost-Krieg könnte nuklear sein.

64 Vertrauliches
Peking schweigt über das Schicksal von tausenden von Häftlingen; Fälschte der CIA die Beweise gegen Libyen?; Terroristen in Peru zwingen Missionare das Land zu verlassen; Brasilianische Indianer wollen ihre eigenen Länder; Regierungsfeindlicher Journalist in Hongkong getötet; Oberstes Gericht in Chile lädt US-Präsident zur Aussage vor; Kritik in Venezuela wegen Duldung der Diktatur des IWF; Probleme in den USA mit der Tuberkulose; Japanischer Reaktor soll Mond-Helium verwenden.

66 Leserbriefe

Städtetag: Asylbewerber nicht mehr unterbringen

Nun soll es doch zu dem kommen, was Politiker aller Schattierungen bislang kategorisch verneint hatten: der Beschlagnahme von privaten Räumlichkeiten zur Unterbringung von Asylbewerbern. So erwägen derzeit nach Angaben des Deutschen Städtetags mehrere Kommunen in der Bundesrepublik auch privaten Wohnraum für die Unterbringung von Asylbewerbern zu reklamieren.

Der Vizepräsident des kommunalen Spitzenverbandes, der Oberbürgermeister Hannovers, Herbert Schmalstieg (SPD), sprach jetzt in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk gar von einer »katastrophalen Situation«, die in den Städten durch ungeklärte Unterbringungsfragen für Asylbewerber entstanden sei. Wenn der Bund Kasernen oder andere Bundeseinrichtungen nicht kostenlos zur Verfügung stelle und so der Aufenthalt der Asylanten nicht zufriedenstellend gelöst werde, sei in einigen Städten mit der Reklamierung privater Räumlichkeiten zur Unterbringung von Asylbewerbern zu rechnen. Schmalstieg fügte aber hinzu, er lehne einen solchen Schritt ab.

Damit wird nun das bestätigt, wovor nationale Kreise schon seit Monaten warnten. Damals wurden derartige Warnungen aber noch als billige Polemik und Hetze abgetan. Obwohl es offiziell natürlich nicht zugegeben wird, sollen CODE zugegangenen Informationen zufolge auch die Daten der Volkszählung bei einer möglichen Beschlagnahmung herangezogen werden, wer also etwa eine Zweitwohnung hat.

Daneben mehren sich aus Sicherheitskreisen Berichte, wonach die Lage immer explosiver wird. Sollte es wirklich zu Beschlagnahmungen oder ähnlichem kommen, drohten in der Bundesrepublik Zustände wie in einigen Städten Frankreichs, wo sich Bürgerwehren bildeten und in Stärke von mehreren tausend Menschen gegen Ausländer vorgingen. Derartige Aktionen in Deutschland könnten dann aber der Beginn des Verbots aller rechten Gruppierungen und Publikationen sein. □

Chruschtschow drängte 1962 auf Lösung für Deutschland

Es mehren sich die Indizien, daß es die Sowjetunion 1962 mit ihrem Angebot für einen Friedensvertrag mit Deutschland wirklich ehrlich gemeint hat und die mögliche (Teil-)Wiedervereinigung damit schon fast drei Jahrzehnte eher möglich gewesen wäre.

So sandte der damalige sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow dem damaligen US-Präsidenten John F. Kennedy 1962 nach Ende der Kuba-Krise ein Schreiben, in dem er ihn aufforderte, jetzt auch »die deutsche Frage zu lösen« und sich nicht zu einem »Spielzeug« Adenauers machen zu lassen. Das sowjetische Angebot eines Friedensvertrags erfordere von keiner Seite Konzessionen, sondern würde nur die bestehenden Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs bestätigen. Dies geht aus zwölf bislang geheimgehaltenen Briefen hervor, die das US-Außenministerium jetzt veröffentlichte.

Danach soll Kennedy in einem Antwortschreiben vom 14. Dezember des gleichen Jahres erwidert haben, der Vorwurf, »daß die Interessen unserer beiden Länder Spielzeuge in den Händen von Kanzler Adenauer sind, scheint mir vollständig die wahre Natur des Problems zu verfehlen, mit dem wir in Mitteleuropa konfrontiert sind«. Vielmehr seien lebenswichtige Interessen vieler Staaten betroffen.

Wenngleich man bei der Veröffentlichung bislang geheimgehaltener Akten immer vorsichtig sein muß, da diese in der Regel vorher entsprechend gesiebt worden sind, um nicht allzu viel Unliebsames an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen – und eine Kontrollmöglichkeit hat man praktisch nicht –, so scheint an der Ernsthaftigkeit des damaligen sowjetischen Angebots allerdings kein Zweifel mehr zu bestehen.

Die ablehnende Haltung Adenauers – in Zusammenarbeit mit Kennedy – deutet darauf hin, daß der Ost-West-Konflikt von den Amerikanern absichtlich geschürt wurde. Denn viele der später geschehenen Dinge nicht nur im Ostblock, sondern auch in der gesamten Welt wären nach einer (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen. Jetzt weniger eben wegen dieser (Teil-)Wiedervereinigung, sondern weil diese einen der Hauptpunkte für den Kalten Krieg ad acta gesetzt hätten.

Auch die »Argumente«, hierdurch hätte es zu einer Stärkung des Kommunismus in Deutschland kommen können und wäre auch die Gefahr eines konventionellen Krieges in Mitteleuropa größer geworden, ziehen nicht. Denn die damals »nur« 17 Jahre des real existierenden Sozialismus in der DDR hatten ausgereicht, die dort lebenden Menschen und auch die Bundesdeutschen zu Gegnern dieses Systems werden zu lassen. Auch bestand der atomare Schutzschirm der USA schon damals, so daß sich de facto nichts an der Sicherheitslage geändert hätte – wenn man davon absieht, daß nach geheimen amerikanischen Plänen Deutschland ohnehin nicht in dem Schutzschirm enthalten war, sondern erst 24 Stunden nach einem Angriff der Sowjets entsprechende Gegenschritte der USA und der NATO eingeleitet werden sollten –.

Vielmehr deuten die Antworten Kennedys darauf hin, daß die Internationalisten, zu deren führenden Kräften der Kennedy-Clan nachweislich gehört – Adenauer stand ebenfalls auf dieser Seite –, sich durch das Angebot Chruschtschows in ihrem Eine-Welt-Plan gestört fühlten und ihn deshalb ablehnten. Denn wie will man andere Länder unter einen Sicherheitsschirm – und damit letztendlich unter die Gesamtkontrolle – bekommen, wenn gar kein Sicherheitsschirm notwendig ist.

Dies ist übrigens auch einer der Gründe für den Atomwaffensperrvertrag. Wenn es den jeweiligen Ländern erlaubt wäre, so wie es eigentlich selbstverständlich sein sollte, sich unter Umständen auch selber atomar zu verteidigen, dann wären diese Staaten eben nicht von den USA abhängig, könnten einen viel eigenständigeren Kurs fahren und ihre Unabhängigkeit besser verteidigen. So werden sie aber in einen Pakt hineingezwungen. □

Ausländerkriminalität in Deutschland steigt rapide an

Für die Sicherheit der Bundesrepublik bedrohliche Nachrichten sind derzeit aus dem Bundeskriminalamt (BKA) zu hören. Danach erfordert die ausufernde Ausländerkriminalität immer mehr Sicherheitskräfte, die sich dann nicht mehr um andere Dinge kümmern können. Der Frankfurter Kriminaldirektor Peter Walter sieht sogar »eine konkurrenzlose Gegengesellschaft« heraufziehen, »die nur von Kriminellen gesteuert wird«. Ausländische Drogenkartelle drohten dabei sogar Schlüsselbereiche der deutschen Wirtschaft zu unterwandern.

Ein Ende der steigenden Ausländerkriminalität ist nach Ansicht von Sicherheitsexperten nicht zu erwarten. Vielmehr sei auch für die nächsten Jahre, sofern der Asylantenstrom nicht binnen kürzester Zeit eingedämmt werden könnte, mit einer immer weiter steigenden Ausländerkriminalität zu rechnen. So stieg alleine die Zahl der in Baden-Württember ermittelten tatverdächtigen Asylbewerber zwischen 1984 und 1990 um rund das siebenfache von 1357 auf 9117. Und 42,6 Prozent der bereits 1990 in den alten Bundesländern ermittelten ausländischen Tatverdächtigen bei einem »Diebstahl ohne erschwerende Umstände« waren Asylbewerber.

Sicherheitsexperten von Städten schlagen Alarm. So drohten im-

mer mehr amerikanische Verhältnisse, wo sich Jugendbanden ganze Stadtviertel untereinander aufteilten. Auch hier werde die »Szene« ganz eindeutig von Ausländern beherrscht. Durch manche Straßenzüge könne man heute als Deutscher nachts gar nicht alleine gehen, die »Anmache ist dann hundertprozentig sicher«, so ein Experte, der namentlich nicht genannt werden wollte.

Dabei werde die Kriminalität deutscher Jungendlicher gegen Ausländer, etwa durch Skins oder Jugendgruppierungen rechter Parteien, in der Öffentlichkeit »total aufgebauscht«. In Wirklichkeit sei dieser Anteil gegenüber Überfällen, Erpressungen und Drohungen von ausländischen Jugendlichen gegen Deutsche absolut gering. Auch zeige sich, daß heute in nahezu jeder Stadt mehr ausländische Banden als vergleichbare deutsche Banden existierten. Daneben fielen die Ausländer auch durch eine deutliche größere Gewalt als die meisten deutschen Banden auf. □

Neue Verdachtsmomente gegen RAF-Terroristin Speitel

Ein neuer Skandal bahnt sich um Bundespräsident Richard von Weizsäcker an. Bislang noch nicht bestätigten Informationen zufolge soll Generalbundesanwalt Alexander von Stahl einen Haftbefehl gegen die von dem Bundespräsidenten erst vor zwei Jahren begnadigte RAF-»Aussteigerin« Angelika Speitel erwägen. Es soll nämlich neue Verdachtsmomente gegen die 39jährige geben, an der Entführung von Arbeitgeber-Präsident Hanns-Martin Schleyer beteiligt gewesen zu sein.

Sollten sich die Indizien für eine Mittäterschaft Speitels verdichten, würden dadurch nur Warnungen konservativer und nationaler Kräfte bestätigt. Diese hatten seinerzeit nämlich immer wieder davor gewarnt, daß das ganze Kapitel RAF noch von vielen Fragezeichen durchsetzt und vieles, besonders die Verantwortung für nahezu alle Anschläge, noch nicht hinreichend geklärt sei, um führende Terroristen vorzeitig entlassen zu können.

Von Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist hierzu natürlich nichts zu hören. Er hüllt sich vielmehr in beredtsames Schweigen. Vielleicht auch aus seiner Sicht ganz verständlich: Denn sollte Speitel wirlich erneut in Untersuchungshaft genommen werden, müßte eigentlich der Rücktritt von Weizsäckers die Folge sein. □

SPD will Vogel als Bundespräsidenten-Kandidat aufstellen

Der frühere SPD-Kanzlerkandidat und langjährige Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel soll Kandidat der SPD für den Posten des Bundespräsidenten werden. Darauf soll sich jetzt die Spitze der Sozialdemokraten geeinigt haben.

Hierfür soll es mehrere Gründe geben. Zum einen habe sich erst jetzt nach seinem Rücktritt und der »Machtübernahme« durch Klose und Engholm gezeigt, daß Vogel trotz »mancher Macken, besonders seiner übertriebenen Akkuratesse« die Partei wesentlich besser im Griff und im Ansehen der Öffenlichkeit gehalten hatte als es nunmehr der Fall sei. Auch sei Vogel ein in der Öffentlichkeit respektierter Mann. Sein größter Vorteil sei aber, daß er nun quasi auf's Altenteil abgeschoben sei. Dadurch werde seine praktisch sicherere Niederlage bei der Wahl wohl keine Konsequenzen auf die Partei selber haben, wie es etwa bei einem noch aktiven SPDler der Fall sein könnte.

Als »sicherer Nachfolger« von Weizsäckers gilt aber immer noch der jetzige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe, einer der meistgenannten Favoriten für dieses Amt, sei aufgrund der Stasi-Verdächtigungen aus dem Rennen. Kohl wolle alles tun, um auch weiterhin Bundeskanzler zu bleiben. Aus der CSU biete sich kein Kandidat an. Folglich laufe alles auf Genscher hinaus. □

Inge Viett als Stasi-Agentin

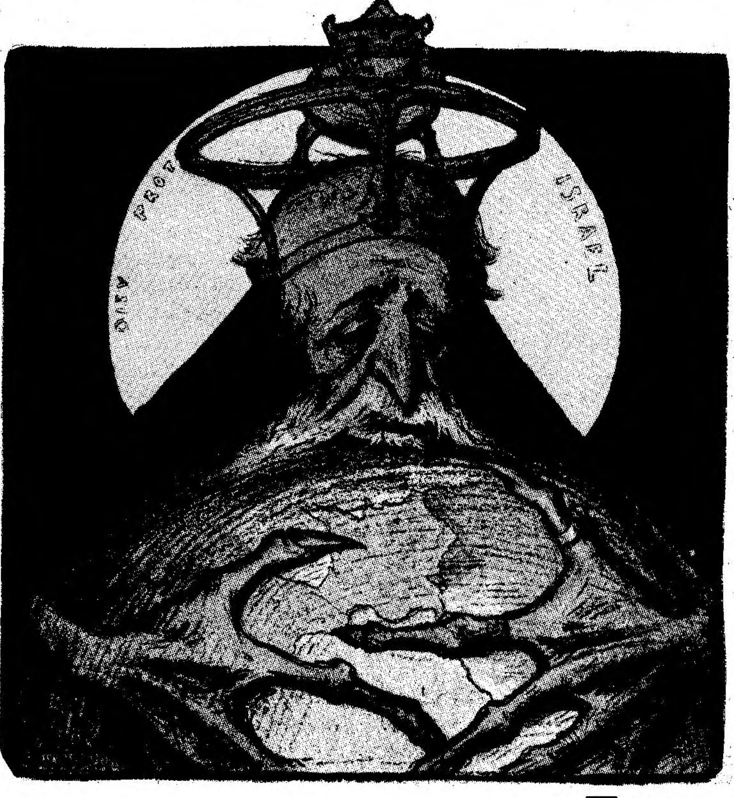
Die Terroristin Inge Viett hat nach Erkenntnis des Bonner Hintergrundinformationsdienstes »Privat-Depeche« während der Frühphase des Terrorismus in Westdeutschland den Kontakt zwischen den »Kommando-Einheiten« der RAF und der Stasi hergestellt und war dabei ganz offiziell als Mitarbeiterin beim Ministerium für Staatssicherheitsdienst angestellt.

So soll Viett nicht nur die Führungsspitze der RAF ausgehorcht, sondern gleichzeitig auch Anweisungen des Mfs als »persönliche Ratschläge« in die Terrorarbeit eingebracht haben. Es gibt wohl auch Indizien, daß Stasi-Chef Erich Mielke indirekt selber Einfluß auf die RAF genommen hat.

Dies sind nun schon die zweiten ganz klaren Indizien für eine Zusammenarbeit der Stasi und der RAF. So gilt es heute als sicher, daß RAF-Chef Christian Klar von der Stasi an verschiedenen Waffen ausgebildet wurde. Auch andere RAF-Terroristen sollen weitere Tricks neben den ihnen schon bekannten beim Mfs gelernt haben.

Seltsam ist nur eines: Während heute jeder kleine Schriftsteller oder Kirchenangestellte, der seinerzeit für die Stasi gearbeitet hat, in der Öffentlichkeit wie ein Staatsfeind Nummer 1 verfolgt wird, hört man zum Thema RAF komischerweise nur wenig. Und dabei waren die Konsequenzen dieser Zusammenarbeit viel gravierender, als vielleicht Kündigungen von Arbeitsplätzen oder selber eine zwei- oder dreimonatige Haft. Denn durch die Zusammenarbeit wurden unschuldige Menschen getötet.

Dies scheint aber für die Bundesregierung ein ungeliebtes Thema zu sein. Wohl auch für den Bundespräsidenten, der schnell mit Begnadigungen von RAF-Terroristen bei der Hand ist, während alte schwerkranke Greise wegen angeblicher Verbrechen vor 50 Jahren auch heute noch gnadenlos verfolgt werden. □



Bonn

Elitebildung ein Problem der Demokratie

Emil Schlee

Unsere Zeit zeigt als einen Trend die Gleichheit, die Gleichmacherei; wir wagen kaum noch, das Wort »Elite« in den Mund zu nehmen. Das ist bedenklich in einer Demokratie, in der der Beste grad gut genug sein sollte, ein öffentliches Amt zu übernehmen.

Unsere Demokratie befindet sich in einem Zustand, der von vielen beklagt wird: Man spricht von Parteiverdrossenheit und Staatsverdrossenheit. Es gibt eine wachsende Zahl von Wählern, die neue Wege suchen.

Gleichheit gibt es nicht

Um jeweils aus einer verfahrenen Situation herauszukommen, muß man zuerst den Menschen in den Blick nehmen und dann erst die Sache. Viele, die in unserer Zeit, in unserem Land »die Weichen stellen«, kennen offenbar diese Binsenweisheit nicht; darum müssen sie zwangsläufig irren und kommen gar nicht auf die Idee, man könnte vielleicht den Menschen auf die Sache hinbiegen.

Wenn – wie alle Parteien sagen – der Mensch im Mittelpunkt der Politik stehen soll, muß man sich unablässig mit dem Menschen auseinandersetzen, sich mit ihm befassen, ihn kennen, sich um den Menschen bemühen. Will man human, das heißt menschengemäß, Politik machen, ist es notwendig, darüber nachzudenken, wer bei der Unterschiedlichkeit der Menschen – denn Gleichheit gibt es nicht! – am geeignetsten wäre, Führungsaufgaben zu übernehmen. Die Masse der Wähler mit unterschiedlichem Bildungsstand soll über lebenswichtige Dinge entscheiden, ohne eigentlich fachlich kompetent zu sein. Manche hoffen, daß sich durch die große Zahl der Wähler manche Fehler wieder aufheben; das kann aber sehr problematisch sein.

Jeder hat vielfältige Anlagen, die sich je nach Beanspruchung unterschiedlich entwickeln werden; hierbei können sich dann auch erforderliche Führungsqualitäten herausbilden, um nicht nur über sich, sondern auch für andere raten und entscheiden und Verantwortung übernehmen zu können.

»Wissen« allein ist noch nicht »Bildung«: Erst das Verhalten gegenüber anderen zeigt den Grad an Bildung. Egoisten sind grundsätzlich ungebildet, weil Bildung auch bedeutet, den anderen mitzubedenken, für den anderen da zu sein. Wer in einer höheren Position ist, sollte sich – auch wenn es manchmal mit Unannehmlichkeiten verbunden ist – bei aller Würdigung seines privaten Lebens – stets rund um die Uhr im Dienst befindlich fühlen.

Demokratie lebt vom Vertrauen

Das Grundgesetz befiehlt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Was aber heute als »Demokratie« praktiziert wird, hat Mißtrauen zur Grundlage, verlangt überall Mitsprache und Kontrolle bis hinein in die private und persönliche Sphäre. Die Achillesferse unserer Demokratie ist, daß wir keine Kriterien entwickelt haben für diejenigen, die einmal in Führungspositionen gelangen sollen.

In jedem Beruf gibt es einen Werdegang vom Lehrling über den Gesellen zum Meister. Nur in der Politik kann einer sozusagen aus dem Kinderwagen ins Parlament einzuziehen. Da wird nicht gefragt, ob einer qualifiziert ist; es wird oft mehr mit Tricks als mit Qualifikation gearbeitet: ein trauriges Kapitel! Es ist nicht wahr, daß »Politik ein schmutziges Geschäft« ist: manche Politiker geben nur Anlaß zu einer solchen Auffassung. Politik ist lebensnotwendig! Entscheidend ist die richtige Auswahl.
Bei unserem Wahlrecht haben sich bei uns zwei »Typen« Politiker entwickelt. Der alte »Haudegen«, der mit seinen Wählern lebt und feiert und morgens wieder auf dem Markt steht, »Stimmung« schafft und um Vertrauen wirbt. In einer Demokratie reicht das allein sicher nicht aus.

Und dann gibt es den »Linkskandidaten«, studiert und mit viel Wissen, aber mit »zwei linken Händen« im Umgang mit Menschen. Auf Grund ihres »Wissens« kommen diese Leute in die Ausschüsse, in die Ausschuß-Führung usw. Beide »Typen« sind nachteilig einseitig.

Wenn wir durch unser Wahlsystem Menschen an der Spitze haben, die keine ausreichende Qualifikation nachweisen können, geht der Marsch in den Untergang; die Parteienverdrossenheit ist ein warnendes Signal! Das Mehrheits-Wahlsystem würde die Parteien zwingen, Kandidaten aufzustellen, die die Eigenschaften der beiden erwähnten Kandidatentypen in sich vereinen.

Jugend ist kein Verdienst und Alter keine Schuld

Das Bundessozialgericht hat festgestellt, daß Angestellte in leitender Stellung über ein hohes Maß an beruflichen Erfahrungen verfügen müssen, die selbst bei abgeschlossener Hochschulbildung in der Regel nicht vor Vollendung des 45. Lebensjahres erreicht werden können. Die Unsitte, Leute mit 40 Jahren schon zumn »alten Eisen« zu rechnen, bedeutet Selbstzerstörung. Jugend ist kein Verdienst und Alter keine Schuld. Von den Alten zu lernen ist weniger ein Gebot des Taktgefühls als der Klugheit; Intelligenz muß durch Erfahrung zur Klugheit werden. Es ist ein Zeichen von Dekadenz, wenn diejenigen, die das Leben noch erfahren und erlernen müssen, darüber zu bestimmen haben, wie Erfahrene und Erwachsene zu leben haben!

Diejenigen, die am wenigsten von der Sache verstehen, können dies oft gut verstecken durch die Benutzung von Fremdwörtern und Fachsprachen.

Viele Menschen bemerken das gar nicht, sondern nehmen es hin als »hohe Kunst«. Es fehlt überall an Zivilcourage, an Eigenständigkeit der Meinung, an Maßstäben und an Wertbewußtsein.

Ein Mensch, der keinen Fundus, keinen beruflichen Abschluß, keine Erfahrungen hat, der meint, man könne mit jungen Jahren so einfach in die Politik hineingehen; der kann der Politik nichts geben, weil er noch nichts hat. Er ist wankelmütig, beeinflußbar, hat noch keinen Standort, kann noch gar nicht führen. Wenn wir junge Menschen zu früh in höchste Positionen bringen, leisten wir ihnen damit keinen guten Dienst.

Entscheidungen müssen fundiert sein

Meines Erachtens wären – abgesehen von Bildungsgängen – unter anderem Kriterien für Menschen, die in der Demokratie Führungsaufgaben übernehmen sollen: einen Beruf gelernt und sich darin bewährt haben; verheiratet sein und Kinder haben.

Die Familie als kleinste Zelle vermittelt eigentlich die Erfahrung im Umgang miteinander. Wenn es dort stimmt, werden auch die Qualitäten im Umgang mit anderen entwickelt; dann weiß man, welche Verantwortung man hat.

Um als Politiker über die Existenz und das Wohlergehen eines Volkes entscheiden zu können, sollte man schon eine gewisse »Ochsentour« durchgemacht haben. Entscheidungen müssen nämlich fundiert sein: Wenn es um den Menschen geht, kann man Fehler nicht mehr korrigie-

ren! Man muß auch die Kraft haben, mit guten Gründen »nein« sagen zu können. Nur Menschen, die von einer Sache überzeugt und begeistert sind, können auch andere überzeugen und begeistern und damit für eine gute Sache motivieren.

Die, die unsere Gesellschaft »verändern« wollen, brauchen dazu nicht den umfassend Gebildeten, sondern den dummen Menschen, allenfalls den »Fachidioten«. Wer uns kaputtmachen will, erzieht diesen »neuen Menschen« als manipulierbaren Massenmenschen.

Interessant und treffend die Äußerung eines Unternehmensberaters: Erstklassige Führungskräfte leisten sich erstklassige Mitarbeiter, zweitklassige nehmen sich drittklassige; schwache Führungskräfte haben gern schwache Untergebene.

Was am meisten in diesem Staat fehlt, ist der Mut, der immer aus der Persönlichkeit, aus der Reife erwächst. Das Glück auf dieser Welt beginnt bekanntlich erst jenseits der Verzweiflung: Erst dann kann man lächeln über sich selbst, gelassen sein in schwierigen Situationen und verantwortlich auch für andere entscheiden. Dann hat man die Kraft, Geduld zu haben und Toleranz zu üben. Das erfordert gebildete, starke Persönlichkeiten, nach diesen müssen wir in der Demokratie suchen! Wir stehen in der Gefahr in Würdelosigkeit und Geschichtslosigkeit zu fallen und uns der Lächerlichkeit preiszugeben.

Pessimismus kann auch Folge von Passivität sein

Das rührende Signal der Hippies und dann – schon ärgerlich – das der Gammler zeigt eine Perversion der Sehnsucht nach einem neuen, dem eigenen Sein. Man muß auf die Fragen der jungen Menschen eingehen: Wenn das im Elternhaus nicht mehr geschieht (»Laß mich in Ruhe«, »Ich bin müde«, »Ich will fernsehen«), dann wird vieles zerstört für das zukünftige Leben. Ich trete für die vom Grundgesetz geschützte Familie ein, weil bis zum 2. oder 4. Lebensjahr die Grundformen des Lebens bereits geprägt werden, die Schule kann allenfalls noch kleine Korrekturen machen. Ohne »Nestwärme« keine gedeihliche Entwicklung des Menschen.

Pessimismus kann auch Folge von Passivität sein. Aktive Menschen wollen sich bewähren, sind Optimisten, sie können Rückschläge ertragen – und sie können auch Verantwortung tragen. Was oft als »Aggressivität« bezeichnet wird, ist meist nur »ungebundene Vitalität«. Diese muß »eingebunden« werden so, wie ein guter Pädagoge einem besonders unruhigen Schüler größere Aufgaben gibt, damit er angemessen eingesetzt ist und seine Kraft wirklich üben kann. Wir brauchen dafür keine Einheitsschule, sondern kleine Schulen mit überschaubaren Gruppen, in denen der Lehrer den jungen Menschen seinem Entwicklungsstand entsprechend besser führen und ausreichend belasten kann.

In Gesamtschulen, wie sie durch Ideologen geworden sind, sind die Guten nicht ausgelastet und andere überfordert.

Der Bürger muß vom Politiker Wahrheit, Klarheit und Mut verlangen. Junge Menschen sind oft deshalb so wenig ansprechbar, weil sie bereits dem materialistischen Denken unserer Zeit verfallen sind. Es fehlen ihnen Vorbilder und ideale Ziele.

Eine Demokratie, die auf eine Auswahl der Besten verzichtet, zerstört sich selbst. Die Polarisierung im Politischen heute ist eine Polarisierung in der Auffassung vom Menschen. Selbst kommunalpolitische Entscheidungen kann man vom Menschenbild ableiten. Der Unterschied im Menschbild erklärt heute viele Unterschiede in den Sachentscheidungen (Schule, § 218, Demokratie).

Trotz allem zeigt sich noch Optimismus in allen Generationsgruppen. Auf diesen Prozeß können wir wirklich Einfluß nehmen, um Abwehr- und Aufbauwillen zu mobilisieren und zu verstärken. Die Zerstörer unserer Demokratie sind dabei, alle geltenden »Werte« lächerlich zu machen und vor allem mit allen Mitteln junge Menschen zu demoralisieren, damit es künftig keinen Widerstand mehr gegen die Errichtung der Diktatur des Proletariats gibt. Elite in der Demokratie wäre ein Bollwerk gegen Freiheitsverlust. □

Bonn

Einwände gegen Grenzvertrag mit Polen

Hans Werner Bracht, Fritz Münch und Joachim Schröder

Ohne eine der Bedeutung entsprechenden öffentlichen Beachtung wurde am 21. Dezember 1991 das Gesetz über die Abtretung Ostdeutschlands an Polen im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und damit verkündet. Mit großer Mehrheit hatte der Deutsche Bundestag zuvor am 17. Oktober 1991 den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vom 14. November 1990 über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen gebilligt. Über die völkerrechtlichen Fragen dieses Abtretungsvertrages wurde kaum diskutiert; zumindest hat die Öffentlichkeit nichts darüber erfahren.

Kein seriöser Völkerrechtler ist in der Lage, anhand der Rechtsnormen die Gültigkeit dieses Vertrages zu rechtfertigen und zu bestätigen und die Forderungen der Vertriebenen als nicht rechtens zu widerlegen. Wäre dies möglich – dessen darf man absolut sicher sein – wäre dies längst mit allem Nachdruck geschehen. Nur durch strikte Befolgung völkerrechtlicher Regeln kann es zu einer wirklichen Befriedigung zwischen den Völkern kommen. Der Vertrag mit Polen wird keinen Bestand haben, weil er diesen – von namhaften Wissenschaftlern des Staats- und Völkerrechts nachfolgend noch einmal zusammengefaßten – verbindlichen Völkerrechtsnormen widerspricht.

Eine Demarkationslinie – keine Grenze

1. Der Vertragstext besagt, daß die Vertragspartner die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen »bestätigen«. Das klingt, als wenn die Grenze an der Oder und Neiße schon rechtens wäre, und das ist eben nicht der Fall.

2. Früher konnten nach einem Kriege zwischen den Teilnehmern neue Grenzen gezogen und Staatsgebiet an den Sieger abgetreten werden. Es ist sonderbar, daß diese Formel in der ganzen bisherigen Erörterung nicht ernstlich zur Diskussion gestanden hat.

3. Die sogenannte polnische Westgrenze ist nichts als die Demarkationslinie desjenigen Teils der sowjetischen Besatzungszone in »Deutschland in den Grenzen von 1937«, den die Sowjetunion an Polen zur Verwaltung übergeben hat und den dieses nach einiger Zeit ohne Rechtstitel zu seinem Staatsgebiet erklärt hat.

4. Nach Artikel 25 Grundgesetz (GG) sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts, gehen den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Man muß betonen, daß auch die Organe der Bundesrepublik Deutschland an das allgemeine Völkerrecht gebunden sind.

5. Die Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1899/1907 ist schon im Ersten Weltkrieg als allgemeines Völkerrecht angesehen und beachtet worden. Nach ihr

Bonn

Einwände gegen Grenzvertrag mit Polen

bleibt kriegsbesetztes Gebiet bis zu einem gültigen Friedensvertrag unter der Ordnung der HLKO.

Die Kriegsverbrechen in den deutschen Ostgebieten

6. Während des Zweiten Weltkrieges haben die Sieger ausdrücklich einen Gebietserwerb abgelehnt und am Kriegsende erklärt, die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen bedeute keine Annexion. So ist denn auch immer nur von Besatzungsmächte, Besatzungszonen, Besatzungsbehörden und Besatzungsrecht die Rede gewesen.

7. Schon nach der HLKO Artikel 43 mußte die Besatzungsmacht im besetzten Gebiet die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherstellen und aufrechterhalten. Das bedeutet, daß die Bevölkerung nicht vertrieben werden darf und Flüchtlinge wieder aufzunehmen sind. Privateigentum darf nicht eingezogen werden (Artikel 46 Absatz 2 HLKO). Das alles ist aber geschehen. Mit anderen Worten: Die Besatzungsmächte haben in den deutschen Ostgebieten Kriegsverbrechen begangen.

8. Das Haager humanitäre Kriegsrecht ist durch die vier Genfer Rotkreuzkonventionen vom 12. August 1949 erläutert und vervollständigt worden; auch sie sind allgemeines Völkerrecht.

9. Insbesondere die IV. Rotkreuzkonvention über den Schutz der Zivilperson im Kriege verbietet ausdrücklich die Vertreibung, verpflichtet zur Rückführung der Evakuierten und untersagt der Besatzungsmacht, ihre Angehörigen im besetzten Gebiet anzusiedeln (Artikel 49).

10. Nicht einmal Änderungen der inneren Ordnung des besetzten Gebiets oder gar seine Annexion dürfen den Schutz der Zivilbevölkerung beeinträchtigen (Artikel 47).

11. Die Rotkreuzkonventionen von 1949 verstärken den Schutz der Bevölkerung und den Status besetzten Gebiets noch durch besondere Bestimmungen: Keine Abmachung kann diesen Schutz einschränken; keine Person kann auf ihre Rechte verzichten; kein Staat kann einen anderen von einer Verletzung der Konvention freistellen: Repressalien gegen geschützte Personen sind unzulässig (IV. Konvention Artikel 7 Absatz 1 Satz 2, Artikel 8, Artikel 148, Artikel 33 Absatz 3).

12. Es handelt sich hier also im humanitären Kriegsrecht um zwingendes Völkerrecht, obwohl es damals noch nicht so genannt worden ist. Zwingende Normen sind jene, die weder einseitig, noch zweiseitig, noch mehrseitig von den Beteiligten/ Betroffenen abgeändert oder eingeschränkt werden dürfen. Selbst ein Teil- oder Totalverzicht auf eine Rechtsnorm ist unzulässig.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

13. Der Begriff des zwingenden Völkerrechts ist durch die Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23. Mai 1969 eingeführt. Sie wird praktisch als Darstellung des allgemeinen Völkerrechts angesehen; die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem 20. August 1987 an sie gebunden. Nach ihr sind Verträge, die gegen das zwingende Völkerrecht verstoßen, nichtig (Artikel 53); Verträge, die gegen neu aufkommendes zwingendes Völkerrecht verstoßen, treten außer Kraft (Artikel 64); unter solchen Verträgen erworbene Rechte bleiben nur insoweit bestehen, als sie mit dem neuen zwingenden Recht vereinbar sind (Artikel 71 Absatz 2 b, zweiter Halbsatz).

14. Wenn auch die Vertragsrechtskonvention von 1969 nicht dazu gekommen ist, den Katalog der zwingenden Vorschriften aufzustellen, so ist doch aus ihr und den Rotkreuzkonventionen deutlich gworden, was zwingendes Völkerrecht bedeutet: Unabdingbarkeit, Unverzichtbarkeit, Unverjährbarkeit, Vorrang vor anderen Normen, ähnlich dem Vorrang einer Verfassung vor einfachen Gesetzen.

15. Aus der bisherigen Erörterung geht auch hervor, welche Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts als zwingend gelten müssen: Das humanitäre Recht des Krieges und des Friedens (die allgemeinen Menschenrechte) und diejenigen, die für die zwischenstaatliche Ordnung sehr wesentlich sind.

16. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in mehreren Texten festgelegt, die für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich sind: Satzung der Vereinten Nationen und die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1966.

17. Heutzutage, am Ende des Dekolonisierungsvorganges, hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Probe in der Praxis abgelegt. Man kann es nicht mehr als nur politisches Prinzip bewerten, das sich nur gelegentlicht durchgesetzt habe. Mit ihm hat mehr als eine Milliarde Menschen in mehr als 60 neuen Staaten ihre politische und rechtliche Existenz gefunden. Nicht einmal totalitäre Verfassungen halten ihm stand, wie die Entwicklung im ehemaligen Ostblock zeigt.

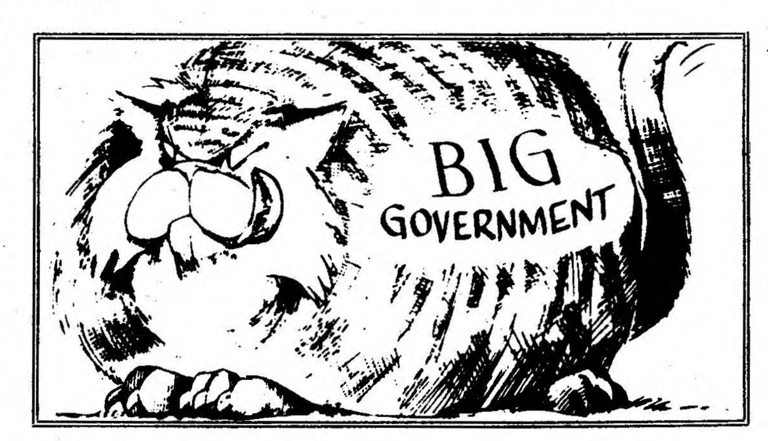
18. Interessierte Staaten versuchen natürlich, das Selbstbestimmungsrecht zu bekämpfen oder einzuschränken. Es gibt zum Beispiel Entschließungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in denen die Unantastbarkeit bestehender Grenzen behauptet wird. Aber solche Entschließungen setzen kein Recht, zumal nicht gegen die ausdrücklich festgelegte Selbstbestimmung. In umstrittenen Gebieten ist das Selbstbestimmungsrecht auch für Bevölkerungsteile anzuwenden.

19. Zur guten Ordnung der Völkerrechtsgemeinschaft gehört nach allen Erfahrungen die Selbstbestimmung der betroffenen und abstimmungsberechtigten Bevölkerung, wenn es sich um die streitige Zugehörigkeit eines Gebiets handelt; daher hat sie den Rang zwingenden Rechts in der heutigen Ordnung.

20. Es ist daher nicht statthaft, neue Grenzen festzulegen ohne die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung; und weil dies zwingendes Recht ist, sind alle Verträge ungültig, die solche Grenzen vereinbaren, anerkennen, bestätigen oder hinnehmen.
21. Die Entscheidung über die Grenzen haben die Bevölkerung, die dort rechtmäßig gewohnt hat, und ihre Nachkommen. Die Vertreibung, ein Kriegsverbrechen, kann ihnen das Land nicht nehmen. Die von der Besatzungsmacht entgegen der IV. Rotkreuzkonvention eingeschleuste Bevölkerung hat hierfür das Selbstbestimmungsrecht nicht.

Verfassungsbeschwerde ist angesagt

Ohne es zugeben zu können, ahnen vielleicht die Vertragspartner, daß das Gesetz über die Abtretung Ostdeutschlands an Polen nicht rechtens, völkerrechtlich nicht gültig und nicht endgültig ist. Dennoch ist es für verfassungs- und heimattreue Bürger unbedingt Pflicht, gegen den Verzichtsvertrag vom 14. November 1990 auf tausendjährige ostdeutsche Erde und Geschichte Verfassungsbeschwerde zu erheben. Die Klagefrist läuft vom 21. Dezember 1991 bis zum 20. Dezember 1992, also zwölf Monate. Auskunft erteilt die Gesellschaft für Staats- und Völkerrecht Marburg e. V., Königsberger Straße 79, D-6553 Soernheim. □



Deutschland

Die Mittellage in Europa als Schicksalslage

Emil Schlee

Kein Mensch kann sich aussuchen, wann und wo er geboren wird. In Familie und Heimat, in Volk und Vaterland ist er gottgewollt und schicksalhaft hineineingeboren worden. Das gilt auch für die Stämme, Völker und Rassen in ihrem geschichtlichen Werden und ihrer Raumgebundenheit. Schon Johann Gottfried Herder sah Völker und Staaten wie Lebewesen auf Erden wachsen und untrennbar mit einem Stück Lebensraum verbunden. Er sah schon die Formkraft der Landschaft und ordnete sie in den Gesamtzusammenhang der politischen Faktoren, die das Leben eines Volkes beeinflussen und bestimmen können, vorausschauend ein. Die Wechselwirkungen zwischen den Bedingungen des Raumes als Herausforderung und dem geschichtlichen Werden eines Volkes als Antwort sind unübersehbar.

Der Kölner Historiker Theodor Schieder hat das einmal so formuliert: »Wie wir als Menschen nur aus der Zeit und in die Zeit, in der wir leben, handeln können, so können wir ebenso nur unter den räumlichen Bedingungen, in denen wir stehen, politische Entscheidungen treffen. Der Geist mag so frei sein, wie er will, oder wehen, wohin er will, sobald er konkrete Dinge gestalten will, steht auch er unter dem Gesetz des Raumes.«

Die Arena für die Meisterschaft um Europa

Unter den Völkern Europas unterlag das deutsche Volk von Beginn seiner Geschichte in besonderer Weise den Bedingungen des Raumes. Seine Mittellage in Europa und die Vielfalt seiner Landschaften bestimmen weitgehend den Lauf seiner Geschichte.

Schon vor 300 Jahren erkannte Gottfried Wilhelm Leibniz diese schwierige Mittellage und meinte dazu: »Deutschland ist der Ball, den sie einander zuwerfen, die um die Weltherrschaft spielen. Es ist die Arena, darauf um die Meisterschaft von Europa gefochten wird. Es wird nicht aufhören, seines und fremder Blutvergießen Materie zu sein, bis es aufwacht, sich gesammelt, sich gereinigt und allen Freiern die Hoffnung, es zu gewinnen, abgeschnitten hat.«



Der deutsche Michel war immer gespalten zwischen Republik oder Monarchie.

Ähnlich sieht das heute Sebastian Haffner, wenn er feststellt: »Die berühmte Mittellage, die immer Veranlassung gewesen ist, daß die deutsche Politik nicht ohne europäische Einmischung, man kann auch sagen, nicht ohne ein Zusammenwirken mit europäischen Mächten und Strömungen möglich gewesen ist: Deutschland als das Gebiet, dessen Partikularstaaten zum Austarieren europäischer Machtverhältnisse und Machtgleichgewichte dienten.«

Diese Mittellage war für die Deutschen folgenreich. Sie ließ Deutschland mehr zum Objekt, zum Spielball der Politik werden, als daß sie die Möglichkeit bot, Subjekt, handlungsfähiger Mittelpunkt in Europa zu sein. Dem Bemühen, den Traum vom Reich in der Mitte Europas im Sinne eines Nationalstaates zu verwirklichen, widersetzten sich immer wieder die anderen europäischen Mächte. Die beiden letzten Weltkriege machen das besonders deutlich.

Die Mittellage bedeutet, viele Grenzen, viele unmittelbare Nachbarn und mit diesen viele Probleme zu haben. Viele Nachbarn bedeuten auch erhöhte Einflüsse, geistige, kulturelle, politische, wirtschaftliche Berührung, Kontakte, Auseinandersetzungen und die Notwendigkeit zur Selbstbehauptung. Viele Grenzen bedeuten zudem erhöhte Sicherungs- und Verteidigungsanstrengungen, lassen schneller in »Zwickmühlen« oder in »Zwei-Fronten-Positionen« geraten. Bei vielseitigem Druck kann es zu Grenzverschiebungen und auch zu Gebietsabtrennungen kommen.

Teilungen und Wiedervereinigungen sind in einer Erdteilmitte nichts besonderes.

Kein Land hat so viele Nachbarn

Diese Mitte ist im Frieden natürliche »Brücke«, bedeutet Vielfalt des Austausches in jeder Beziehung, verlangt aber auch von den Führungskräften hohe Qualitäten, fordert Eliten und keine Mittelmäßigkeit. Das deutsche Volk hat im Laufe seiner Geschichte auf die Herausforderung dieser Mittellage alle nur möglichen Antworten zu geben versucht.

Kein anderer Staat Europas hat so viele Nachbarn wie Deutschland. Infolge seiner Mittellage war Deutschland wiederholt Feld politischer Auseinandersetzungen zwischen West und Ost, Nord und Süd. Insofern war deutsche Geschichte auch immer europäische Geschichte und umgekehrt. Wie deutsch europäische und wie europäisch deutsche Geschichte war und ist, kann man an jedem Kochbuch oder Gesangbuch und auch an den Verbindungen zwischen den europäischen Adels- und Herrscherhäusern ablesen.

Das Zwei-Fronten-Problem erlebten wir schon Anfang und Ende des Mittelalters. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde Deutschland zum Schlachtfeld Europas und am Ende zu einem »Teppich aus über

Deutschland

Die Mittellage in Europa als Schicksalslage

300 Flicken« in der aufgelösten Mitte Europas, zu völliger Ohnmacht verurteilt. Deutschland, die Weltmacht des Mittelalters, war zerfallen und ohne eigentliche Führung. In dieser Zeit schieden die Schweiz und die Niederlande aus dem Reichsverband aus, womit alter deutscher Volksboden verlorenging.

Diese in Kleinstaaten zerrissene Mitte Europas nahmen die Hohenzollern als Herausforderung an und schufen die Grundlage der geschichtlichen Leistungen des Großen Kurfürsten, des Soldatenkönigs und Friedrichs des Großen im Auf- und Ausbau Brandenburg-Preußens zur Großmacht in Europa wieder eine politische Macht in der Mitte Europas. Dann war es Napoleon I., der Europa mit Krieg überzog, erneut die Mitte veränderte, aber keine dauerhafte Ordnung begründen konnte. Erst mit der Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck gab es wieder eine festere, wenn auch »kleindeutsche« Mitte, die durch den Ersten Weltkrieg angeschlagen und nach Hitler durch den Zweiten Weltkrieg wieder völlig zerschlagen wurde. Deutschland und damit die Mitte Europas ist heute mehrfach geteilt. Ohne Friedensvertrag bleibt die deutsche Frage weiterhin offen, Europa geteilt und der Frieden gefährdet.

Der Flüchtlingstreck brachte 20000 Salzburger Prostestanten nach Ostpreußen, ein Zeichen für preußische Toleranz.



Versammlung des Demokratischen Klubs in Berlin vor der Revolutionsnacht am 18. März 1848.

Die Mittellage bleibt Schicksalslage

Die Mittellage bleibt Schicksalslage der Deutschen. Die Unbestimmtheit der Grenzen ließ uns auch »verspätete Nation« werden, und oft unter Identitätsmangel leiden. Auch in der Entstehung der Bezeichnungen »deutsch«, »Deutscher« und »Deutschland« unterscheiden wir uns grundsätzlich von allen anderen europäischen Völkern und Staaten. Denn diese Bezeichnungen lassen sich nicht von Stammes- oder Gebietsnamen herleiten, sondern haben eine rein sprachgeschichtliche Entwicklung.

Gemeint waren die Menschen in der Mitte Europas, die da »diutisk«, deutsch, sprachen, die Volkssprache der Germanen im Gegensatz zur lateinischen Kirchen- und Gelehrtensprache, seit dem Jahre 1000 etwa nachgewiesen. Solche Formulierungen wie »diutischi liute«, also »deutsche Leute«, oder »diutsche lant«, also »deutsche Lande«, kamen erst Ende des 11. Jahrhunderts auf. Der Name »Deutschland« kommt erst im 15. Jahrhundert in Gebrauch. Als Staatsbezeichnung finden wir »Deutschland« überhaupt erst im Namen »Bundesrepublik Deutschland« wieder. »Ein Deutscher hieß bis ins 19. Jahrhundert jemand, der Deutsch als Muttersprache spricht. In diesem Sinne nannte man auch die Bewohner der Deutschschweiz und Österreichs Deutsche.«

Die eingangs dieses Kapitels wiedergegebenen Bewertungen von G. W. Leibniz und S. Haffner über Deutschland in der Mitte Europas als politischer Spielball seiner mächtigen Nachbarn, die daran interessiert waren, keine staatlich organisierte Einheit in Europas Mitte zuzulassen, finden noch eine zutreffende Ergänzung in dem Bild, das vor über hundert Jahren der Historiker Heinrich von Treitschke in seiner »Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert« (1879 – 94) vom Zustand Deutschlands vor dem Aufstieg Preußens entworfen hat: »Eine stille Verschwörung des gesamten Auslands hielt die Mitte des Festlands gebunden. Der politische Zustand aber, der dies schmähliche Sinken des deutschen Ansehens verschuldete, ward überall in der Welt als die feste Bürgschaft des europäischen Friedens gepriesen.«

Keine Opferrolle einer Schaukelpolitik

Diese »stille Verschwörung« gegen die Einheitsbestrebungen Brandenburg-Preußen-Deutschlands in der Mitte Europas hält bis heute ohne Unterlaß an. Daß Deutschland 40 Jahre nach Kriegsende immer noch »Feindstaat«, geteilt und ohne Friedensvertrag ist, läßt das Fortwirken dieser »stillen Verschwörung« vermuten. Aber auch Politiker in der Bundesrepublik Deutschland sprechen bedeutungsvoll vom »europäischen Gleichgewicht«, das man bei Lösungsversuchen der deutschen Frage berücksich-

tigen müsse und im Interesse des westlichen Bündnisses nicht gefährden dürfe. Selbst Historiker scheinen die Gleichgewichtspolitik unserer Nachbarn auf Kosten Deutschlands so sehr als europäischen Normalfall anzusehen, daß ihnen der Verzicht auf eigene Politik, auf Selbstbestimmung und auf nationale Würde nicht mehr bewußt zu sein scheint.
Politik für Deutschland erfordert eine würdige, tapfere und kenntnisreiche Vertretung der Interessen des deutschen Volkes und Politiker, die diesem Anspruch gerecht werden.

Zur geschichtlichen Wahrheit gehört, daß Brandenburg, Preußen und Deutschland im Vergleich zu allen anderen größeren europäischen Staaten mit Abstand am wenigsten Kriege geführt haben oder in Kriege verwickelt waren.

Das deutsche Volk will mit seinen Nachbarn in Frieden leben, verzichtet aber nicht auf Freiheit und Recht, nicht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung, gern aber auf die Opferrolle einer Gleichgewichts- oder Schaukelpolitik.
Wir wissen, daß die Mittellage unsere Schicksalslage ist und bleiben wird, meinen aber, daß diese Mittellage nicht nachteilig für das deutsche Volk sein muß, sondern die auf Selbstbestimmung begründete staatliche Einheit der Deutschen in der Mitte Europas allen europäischen Völkern zum Vorteil gereichen und den Frieden sicherer machen wird.

Ob heimat-verblieben oder heimat-vertrieben, alle Menschen bleiben schicksalhaft heimatgebunden und meistens auch heimatverbunden.

Heimat und Vaterland – Staat und Nation

Das deutsche Volk ist längst im Auf und Ab seiner bewegten Geschichte in der Mitte Europas, durch Last und Leiden der beiden letzten Weltkriege, durch Verstrickung und Betroffenheit, durch Flucht und Vertreibung, durch Schuld und Beschuldigung, durch Ohnmacht und Ungerechtigkeit ihm gegenüber zu einer Außenstehenden nicht immer gleich erkennbaren großen Schicksalsgemeinschaft geworden. Noch andauernde Teilung und fehlender Friedensvertrag bedrücken dieses deutsche Volk und halten seit über 40 Jahren Menschen und Mitte Europas in Spannung und Unruhen.

In der Situation, in der Volk und Land im Zustande mehrfacher Teilung ausharren müssen und nur unter schwierigen Bedingungen etwas zur Überwindung dieser Unrechtslage tun können,



Bismarck (Bildmitte stehend) bei den Vorfriedensverhandlungen von Nikolsburg. Er bestand auf Mäßigung gegenüber Österreich.



Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles.

Deutschland

Die Mittellage in Europa als Schicksalslage

wird Heimat zur nächsten Zuflucht und Vaterland zur Aufgabe mit Zuversicht. Da das Deutsche Reich nach dem Willen der Siegermächte nicht untergegangen ist, sondern fortexisiert, die Annektion Deutschlands nicht beabsichtigt war und ist, auf deutschem Boden im Westen und in der Mitte zwei provisorische Staaten mit eingeschränkter Souveränität für vorläufige Ordnungen sorgen, steht der Wille zur einheitlichen Staatlichkeit, der ein Volk zur Nation erhebt, auf dem politischen Prüfstand. Denn ein Volk als Abstammungs-, Kultur- und Sprachgemeinschaft wird erst durch den gemeinsamen Willen zur staatlichen Einheit zu einer Nation.

Heimat: ein Raum der Geborgenheit

Im Wissen um Deutschland spielen Heimat und Vaterland, Staat und Nation für das deutsche Volk eine große Rolle und müssen als bedeutungsvolle Kenntnisgrundlagen der Deutschlandpolitik gewertet werden. Ohne Kenntnis keine Erkenntnis und kein Bekenntnis zu Heimat und Vaterland, zu Deutschland und Europa.

Heimat ist Grundlage menschlicher Existenz und ein Raum der Geborgenheit und des Vertrauens. Durch Heimat sind wir einem Stück Erde schicksalhaft verbunden. Diese Verbundenheit kann sich auf Haus und Hof, auf Dorf und Landschaft, auf Stadt und Großlandschaft beziehen. Alles vermittelt im Erlebnisbewußtsein der Menschen unvergeßliche Heimatwerte. Ein menschenwürdiges Leben ist ohne die Inhalte und Beziehungen, die Werte und Verpflichtungen, die mit dem Begriff und Erlebnis Heimat verbunden sind, schwerlich vorstellbar.
Heimat ist zu den Gütern zu rechnen, um die wir nach der Auslegung Martin Luthers mitbeten, wenn wir in der vierten Bitte unseres Vaterunsers sprechen: »Unser täglich Brot gib uns heute.« Unser Heimatbewußtsein umschließt Menschlichkeit und Menschenwürde und gründet sich auf Wahrheit und Herzlichkeit zum Land unserer Mütter und Väter. Heimatliebe ist schon empfangene Liebe, die wir nur zurückstrahlen. Heimatliebe und Heimatgefühl stehen weltweiter Gesinnung nicht im Wege, eines wird durch das andere ergänzt, erhöht und gebunden. Sie stehen auch nicht im Gegensatz zum Heimatlichen anderer Stämme und Nationen. Heimat ist Lebensgrundlage und nicht versiegender geistig-seelischer Kraftquell.

Der deutsche Volkswirtschaftler Wilhelm Röpke fragte einmal: »Was umschließt nicht alles das Wort »Heimat«? Es ist nicht allein unser Stück Erde, sondern damit zugleich die Geschichte, die sich auf ihm abgespielt hat, die Gemeinschaft der Menschen, die uns vertraut ist, und schließlich das Teilhaben an den Dingen dieses Fleckchens, in welche Form es sich auch kleiden mag. Wer uns das nimmt oder schmälert, tut etwas völlig Unverzeihliches, denn er mordet ein Stück unserer Seele.«

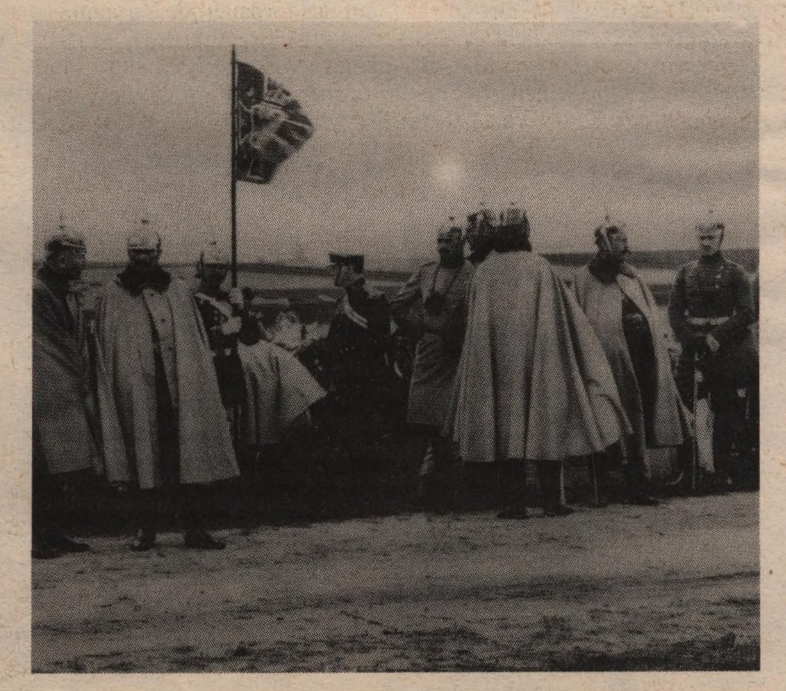
Das Vaterland ist die Freiheit

Vaterland ist das Land unserer Väter und meint vor allem die von den Vätern überlieferte Ordnung, für die sie gekämpft und gelitten haben. Was über Heimat schon gesagt wurde, ist im Vaterland enthalten und um das Politische und Staatliche erweitert und erhöht.

»Das Vaterland ist die Republik, die wir uns schaffen. Das Vaterland ist die Verfassung, die wir lebendig machen. Das Vaterland ist die Freiheit, deren wir uns nur wahrhaft erfreuen, wenn wir sie selber fördern, nutzen und bewachen.«

Dieses klare Wort von Dolf Sternberger im Jahre 1957 mag uns erkennen lassen, was Erziehung und Bildung zur Festigung der Demokratie leisten müssen, denn was 1956 als Aushang der »Studentischen Aktion« im Schaukasten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes Heidelberg hing, mag uns als Gegenbeispiel zur Warnung dienen: »Man wärmt uns neuerdings die Begriffe auf, die schon zweimal Millionen von Menschen Prothesen und Himmelfahrt eintrugen – allen voran das Wort Vaterland. Wir sagen dazu: Es ist besser, zehnmal sein Vaterland zu verraten, als einmal fürs Vaterland zu sterben. Der Begriff Vaterland stinkt nach Studentenkommers und Hohenzollernburg; wer mit dieser verbrauchten Konserve Heldentum züchten will, mag bei Richard Wagner und seinen Wartbürgern vorsprechen...«

Man sieht, was einseitige Lehre an Mißverständnissen hervorbringen kann. Wir sind auch heute noch weit davon entfernt, solchen einseitigen Lehren und Mißverständnissen den Boden entzogen zu haben, denn Bildung ist auch Haltung. Demokratie lebt davon.



Winston Churchill (vierter von links) beim Kaisermanöver.

Deutschland als Vaterland lieben

An dieser Stelle drängt sich die Frage von Felix Messerschmid auf: »Können, dürfen, müssen wir Deutschland lieben als unser Vaterland?« Er beantwortet unter folgenden Bedingungen diese Frage mit : »Ja. Aber nicht mit Mystik, nicht mit großen Worten, nicht in nationalen Kulten mit Fahnen, Musik, Uniformen, Lautsprechern und Transparenten. Es darf nicht die rauschhafte, ihr Gegenüber verfehlende Liebe sein; sondern jene nüchterne Liebe, welche das Geliebte in seiner kreatürlichen und geschichtlichen Begrenztheit erkennt und doch zugleich aus ganzem Herzen bejaht. Eine Liebe, die sich aus einer noch nicht durchschauten Neigung zu einer Wertverwirklichung festigt und im tagtäglichen Dasein durchgetragen wird. Das Vaterland, das uns Deutschen von Gott noch einmal angeboten worden ist und das in dieser Bundesrepublik Deutschland – wie wir hoffen – seinen Kern hat, will, darf, muß dankbar und mit der Bereitschaft, sich auch dafür einzusetzen, geliebt werden – was den Zorn über vieles, was in diesem Vaterland geschieht oder nicht geschieht, keineswegs ausschließt.«
Heimat und Vaterland sind durch Geburt unser Schicksal, sind Herz und Seele unserer Demokratie.

Darf man sich deswegen wundern, wenn für die Flüchtlinge und Vertriebenen auch heute noch Flucht und Vertreibung von Haus und Hof, aus Heimat und zum Teil auch Vaterland größtes Unglück und schmerzhaftes Unrecht ist?

Gilt das nicht eigentlich für das ganze deutsche Volk?

Sind wir nicht schon fas alle geflohen – aus der gemeinsamen Verantwortung für unser Vaterland Deutschland? Denn nicht die Bundesrepublik Deutschland,

sondern Deutschland ist unser Vaterland. Sind wir nicht schon fast alle vertrieben worden – aus der gemeinsamen Geschichte und der Verantwortung gegenüber der jungen Generation, die heute Deutschland kaum noch kennt und größtenteils meint, weil sie in Kiel, Frankfurt oder München geboren wurde, mit der Heimat ihrer Eltern in Ostdeutschland nichts mehr zu tun zu haben?

Vaterland ist eine Aufgabe

Unser Vaterland liegt nicht etwa hinter uns, unser Vaterland Deutschland liegt viel mehr noch als erneute Aufgabe vor uns! Hier steht Goethes Wort als Appell: »Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!«

Vaterland ist eine Aufgabe von und für heute und morgen. Wir versündigen uns an der jungen Generation, wenn wir ihr diese Aufgabe nicht überzeugend klarmachen und vorbildlich vorleben.

Wie kann die regierende Generation die jüngere Generation in Pflicht nehmen wollen, wenn sie selbst ihre Pflicht gegenüber dem ganzen deutschen Volk und gegenüber Deutschland im Ganzen als Vaterland nur zaghaft und zweifelnd erfüllt?!

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen und parlamentarischen Anhörungen belegen doch das mangelhafte Wissen der jungen Deutschen über Deutschland als Ganzes und damit auch ein deutliches Versagen der politischen Führungsschicht gegenüber den jungen Deutschen. Denn diese junge Generation ist doch nicht etwa nicht an Deutschland interessiert, sondern wurde nicht oder falsch informiert. Darf man sich bei dem zunehmenden Interesse der jungen Deutschen an der gesamtdeutschen Frage und an Deutschland in allen seinen Teilen sowie deren Erkenntnis über ihre Unkenntnis und Desinformation über Deutschland nicht wundern, wenn die politischen Parteien in den Bewertungsskalen von Umfrageergebnissen fast nur noch auf den letzten Plätzen liegen?

Zum Gedanken »Heimat und Vaterland« sei abschließend festgehalten, was Papst Johannes Paul II. 1982 in einer Ansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Corps eindringlich vortrug: »Der Mensch darf nicht des Grundrechts beraubt werden, in dem Vaterland zu leben und zu atmen, in dem er das Licht der Welt erblickt hat, in dem er die teuersten Erinnerungen an seine Familie bewahrt, die Gräber seiner Vorfahren, die Kultur, die Tradition, die ihm Lebenskraft und Glück schenken, die Gesamtheit der menschlichen Beziehungen, die ihn stärken und schützen.«

Es sind die Geborgenheit in der Heimat und das Vertrauen zum Staat der Väter, was den Menschen und Staatsbürger an sein Vaterland bindet.

Hier muß wirklich eine Wende eintreten

Staat und Nation stehen in ähnlich wechselvoller Beziehung wie Heimat und Vaterland. Man kann, um die Zusammenhänge zu verdeutlichen, berechtigterweise auch von Verbindungen oder Kausalketten zwischen Volk-Heimat-Vaterland und ebenso Volk-Staat-Nation sprechen. Dieser Artikel will nicht nur einzelne Grundlagen der Deutschlandpolitik, sondern zugleich auch ihre Wechselwirkungen und Zusammenhänge aufzeigen. Jede begriffliche Abgrenzung (Definition) ist eigentlich gegenüber der Wirklichkeit des Ganzen in der Welt etwas Künstliches. Den politischen Zusammenhang der Reihe Volk-Staat-Nation mag nochmals folgender Satz aufzeigen:

Ein Volk ist eine Abstammungs-, Kultur- und Sprachgemeinschaft und wird durch den gemeinsamen Willen zur staatlichen Einheit oder zum alle umfassenden Staat erst zur eigentlichen und wirklichen Nation.

Die Geschichte wird entscheiden

»Volk ist«, nach Professor Dr. Kurt Sontheimer, »gewissermaßen das soziale Rohmaterial, aus dem sich Gebilde wie Staaten und Nationen entwickeln. Unter Nation versteht man das zu einem politischen Bewußtsein gelangte Volk, das sich in einem eigenen souveränen Staat mittels einer legitimierten Regierung selbst beherrscht. Indem ein Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausübt, wird es im politischen Sinne zur Nation.«
Diesen Zusammenhang beschreibt Ernest Renan wie folgt: »Nation ist ein immer von neuem wiederholtes Plebiszit. Volk ist erstens im Gegensatz zur Nation etwas Naturgegebenes, zweitens eine poltische Ganzheit mit ideellen Werten ... Volk wird zur Nation, indem es sich seines politisch-kulturellen Eigenwertes bewußt wird und gefühlsmäßig seine Existenz als selbständige konkrete Ganzheit bejaht. Selbstbewußtsein und Willen erweitern Volk zur Nation. Nation ist etwas geschichtlich gewordenes.«

Im Bericht zur Lage der Nation, den am 14. Januar 1970 der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt knapp ein Vierteljahr nach Amtsantritt gab, wird unser Thema ebenfalls angeschnitten. Es heißt dort:

Der Wille zur staatlichen Einheit

»Im Begriff Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Nation umfaßt und bedeutet mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat und Gesellschaftsordnung. Die Nation gründet sich auf das fordauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes. Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinne eine deutsche Nation gibt und geben wird, so weit wir vorauszudenken vermögen. ... Wir müssen ... eine historische und eine politische Perspektive haben, wenn über die Lage der Nation gesprochen wird, wenn wir die Forderung auf Selbstbestimmung für das deutsche Volk bekräftigen. Die Geschichte ... wird darüber entscheiden, wann und wie diese Forderung verwirklicht werden kann. Aber solange die Deutschen den politischen Willen aufbringen, diese Forderung nicht aufzugeben, so lange bleibt die Hoffnung, daß spätere Generationen in einem Deutschland leben werden, an dessen politischer Ordnung die Deutschen in ihrer Gesamtheit mitwirken können.«

Die Frage, die in der Bundesrepublik Deutschland in Medien und sonstiger Öffentlichkeit oft gestellt wird, ob die Deutschen noch eine Nation sind, ist im Grunde genommen eine Frage nach dem Willen, in einem wiedervereinigten Deutschland, in einem gesamtdeutschen Staat zusammenleben zu wollen. Daher ist der Wille zur staatlichen Einheit, zur gemeinsamen Staatlichkeit und für uns Deutsche zur Wiedervereinigung Deutschlands in allen seinen Teilen auf der Grundlage der Selbstbestimmung eine alles entscheidende Größe. Daß die politische Bildungsarbeit zur natürlichen und normalen nationalen Einstellung und Haltung, zum grundlegenden Wissen über die deutsche Frage mit allen geographischen, historischen, kulturellen, politischen, rechtlichen und moralischen Bezügen und zur Festigung des Willens, in wiedervereinigter Staatlichkeit, in einem freien Gesamtdeutschland zu leben, in früheren Jahren nicht ausreichend war und heute noch unzulänglich ist, war und ist nicht zu übersehen.

Man hat oft den Eindruck, daß die Entwicklung eines normalen Nationalbewußtseins absichtlich verhindert wird. Diese Phase geht ihrem Ende entgegen. Der Wissens- und Wahrheitsdrang nimmt zu. □



Wie lange noch US-Militärkolonie

Siegfried Gärtner

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems im Osten verlor die NATO eigentlich ihren Sinn und Daseinszweck. So zumindest erschien es dem oberflächlichen Beobachter. Denn hatte die westliche Propaganda nicht 40 Jahre lang den Deutschen und der Welt erzählt, die NATO sei nur ein Verteidigungsbündnis um einen drohenden Angriff Moskaus auf den Rest Europas abzuwenden?

Nun ist aber die östliche Bedrohung verschwunden, und die Nachfolgestaaten der UdSSR sind drauf und dran, selbst in die NATO eingegliedert zu werden. Zumindest unternimmt der Westen alles in seiner Macht stehende, »den Ex-Sowjets zu helfen«. Was also soll die NATO als angebliches Verteidigungsbündnis noch?

Es ging um die Beherrschung Europas

Der Widerspruch löst sich sofort, wenn man erkennt, daß die NATO-»Philosophie« von Anfang an ein Betrug war, ein Scheinmanöver, um den wahren Zweck dieses Militärpakts zu verschleiern. In Wirklichkeit waren NATO und Warschauer Pakt sich ergänzende Systeme zur gemeinsamen Beherrschung Europas, insbesondere Mitteleuropas und vor allem Deutschlands, durch New York und Moskau. Und dieses Zusammenspiel bestand selbst in den Zeiten der Höhepunkte des sogenannten »Kalten Krieges«.

Nachdem sich nun das Weltmachtzentrum einseitig nach New York/Wallstreet verlagert hat, wird die NATO zum militärischen Instrument der »Neuen Weltordnung«, das heißt der Beherrschung des Globus durch den internationalen Finanzkapitalismus.

Die US-amerikanische Truppenpräsenz in Deutschland dient dabei einem doppelten Zweck: Einmal soll die innenpolitische Entwicklung im vereinigten Rumpfdeutschland weiter unter massiver ausländischer Kontrolle stehen, dabei Bonn/Berlin jeglicher außenpolitische Spielraum beschnitten werden, und zweitens wird dieses Deutschland zur wichtigsten Drehscheibe für die »Polizeiaktionen« der selbsternannten transatlantischen Weltordnungshüter.

Das messianische Sendungsbewußtsein schuf im puritanischen Amerika einen seltsamen Zwittertyp zwischen Missionar und Wildwestschläger, der, anmaßend zwischen Kreuz und Dollarsack thronend, die Welt mit seinem verheerenden Einfluß vergiftet.

Gerade während des Golfkrieges vor einem Jahr wurde Deutschland im besonderen Maße als US-amerikanische Militärbasis mißbraucht in dem Konflikt mit einem Land, das uns nichts anging und das uns nicht im geringsten feindlich gesonnen war. Dieser Mißbrauch unseres restlichen Territoriums soll im folgenden kurz skizziert werden:

Am 9. November 1990, einem Freitag, erhielt der Oberbefehlshaber der 7. US-Armee, General Saint, Befehl, ein ganzes Panzerkorps, bestehend aus der 1. Panzerdivision in Ansbach, der 3. Panzerdivision in Frankfurt (Main), ferner zwei Aufklärungspanzerregimenter, die in Garstedt bei Bremen stationierte Panzerbrigade und eine große Anzahl unterstützender Verbände – Artillerie, Luftabwehr, Heeresflieger, Pioniere, Fernmelder, Fernspäher, Feldjäger – an den Golf zu verlegen. Das waren insgesamt 72400 Mann. Allein die US-Armee schaffte zwei Millionen Tonnen Geräte, Vorräte und Munition an den Golf, darunter 12000 Kettenfahrzeuge, 103000 Radfahrzeuge und 26000 Schiffscontainer auf rund 1000 Schiffen aus 40 Seehäfen. Ein erheblicher Teil davon stammte aus den Beständen der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte, darunter fast die Hälfte aller Kettenfahrzeuge. Auch Truppen und Ausrüstung der britischen Streitkräfte am Golf entstammten zum großen Teil der sogenannten »Rheinarmee«.

Deutschland Hauptbasis des Truppenaufmarsches am Golf

Am 12. November 1990 bereits fanden die ersten Gespräche mit deutschen Stellen statt, darunter Vertretern der Bundesbahn. Mit der typisch neudeutschen Servilität machten diese Vertreter den US-Amerikanern binnen weniger Stunden die Zusage, die Deutsche Bundesbahn werde so viele Züge freimachen, wie diese brauchten. Am Ende waren es 586 »Güterzugmengen«. 45 Prozent der »Güterzugmengen« wurden tatsächlich mit Güterzügen transportiert, 35 Prozent auf 386 Rheinschiffen, 19 Prozent auf Autobahnen und ein Prozent als Luftfracht direkt an den Golf. Sämtliche Munition wurde in Nordenham verladen, alles an-



Bundeskanzler Adenauer kannte die »Philosophie« der NATO: Die Beherrschung Europas.

dere in Bremerhaven, Rotterdam und Antwerpen. Alle Rheinschiffe wurden in Mannheim beladen, sie schwammen in 55 bis 72 Stunden nach Rotterdam oder Antwerpen.

In den sogenannten »Pomcus«-Depots lagerte die Ausrüstung, die vollständige Ausstattung ganzer Brigaden, fertig gepackt, Einheit für Einheit. Dieses in Deutschland eingelagerte Gerät, darunter auch 20 Feldlazarette, wurden für Truppen in Anspruch genommen, die aus den USA an den Golf flogen, was natürlich Zeit und Schiffsraum sparte. Insgesamt wurden aus Deutschland an den Golf befördert: 19800 Radfahrzeuge, 5200 Kettenfahrzeuge, darunter 1800 Kampfpanzer, 953 Bradley-Schützenpanzer, 360 155-mm-Panzerhaubitzen, 2907 Container, 166000 Tonnen Munition, sechs Batterien »Patriot-«Luftabwehrraketen, davon je zwei nach Israel, Saudi-Arabien und der Türkei. Außerdem wurden über die Flughäfen Frankfurt (Main), Stuttgart, Nürnberg, Hamburg, Köln/Bonn und Ingolstadt 72387 Soldaten in den Nahen Osten verlegt.

Der 53. US-Staat: die deutsche Kolonie

Die US-Amerikaner betrachten also Deutschland als eine Art Kolonie oder als ihren 53. Staat, in dem sie schalten und walten können, wie es ihnen beliebt, zumal die amtlichen Stellen hierzulande so unterwürfig sind, daß der Eindruck entsteht, all dies sei ganz selbstverständlich. Es ist aber nicht selbstverständlich, daß fast ein halbes Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch fremde Truppen in Deutschland stehen. Ja, es ist im höchsten Maße unnormal, daß überhaupt jemals US-Truppen europäischen Boden betreten haben. Gerade die US-Amerikaner haben stets betont, daß der Kolonialismus vorbei sei. Wir sind hier gleicher Meinung. Dies muß aber sowohl für die US-amerikanische Truppenstationierung in Deutschland und anderen Teilen Europas gelten wie auch für den umgekehrten Kolonialismus, in dessen Gefolge jetzt fremde Massen aus allen Weltteilen versuchen, Europa auf die Asyl- und Mitleidstour zu besetzen. Und es besteht hier ein Zusammenhang mit der US-amerikanischen Präsenz in Europa, die dessen Niedergang eingeleitet hat.



Bundeskanzler Kohl duldet, daß Deutschland zur Drehscheibe für internationale »Polizeiaktionen« wird.

Es ist merkwürdig oder auch typisch, daß die Historiker das folgenschwerste Verbrechen dieses Jahrhunderts, nämlich die Kriegserklärung der USA an die Mittelmächte vom April 1917, als beiläufige Nebenerscheinung hinstellen. Denn durch diesen Kriegsbeitritt haben die USA den Alliierten des Ersten Weltkriegs einen Sieg beschert, den diese nicht verdient hatten. Die heuchlerischen »14 Punkte« Wilsons waren dadurch sogleich entwertet. Ohne den dann folgenden massiven US-amerikanischen Kriegseinsatz waren beide Seiten gezwungen gewesen, einen Frieden ohne Eroberungen und Gebietsabtretungen zu suchen. Der Erste Weltkrieg hätte mit einem »Remis« geendet. Es hätte kein »Versailles« mit den übrigen Pariser Vorortverträgen gegeben an denen Europa noch lange leidet, wie gerade das blutige Drama in »Jugoslawien« wieder beweist. Was waren die weiteren Folgen jenes ersten US-amerikanischen Kreuzzugs? Sturz der europäischen Monarchien, Revolutionen, Umstürze in zahlreichen Ländern, drohende »Weltrevolution«, Hunger, Inflation, Arbeitslosigkeit, politisches Chaos und letzten Endes der Zweite Weltkrieg. Dazu die schändliche Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, vor allem, wo es Deutsche betraf.

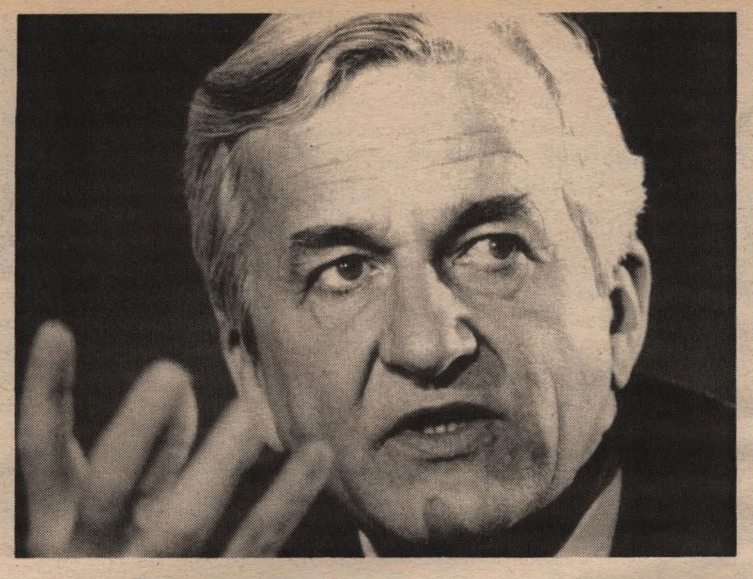
Wenn heute mehr als ein Drittel des geschlossenen deutschen Volksbodens verloren ist, wenn Tschechen, Polen, Litauer und Russen über uns Herr geworden sind, wenn Millionen unserer Frauen geschändet wurden, wenn 15 Millionen Tote ihre Heimat irgendwo im Osten verlassen mußten, so »verdanken« wir das in erster Linie den Geschäftemachern und puritanisch-plutokratischen Heuchlern von jenseits des Atlantiks. Diese US-Amerikaner besaßen ein riesiges, dünn besiedeltes Land, reich wie nur je ein Land reich sein kann. Sie hatten einen ganzen Kontinent erobert, geschützt von zwei Ozeanen, und waren von außen völlig ungefährdet. Niemand bedrohte sie, am allerwenigsten die von der Welt abgeschnittenen Mittelmächte. Gerade die US-Amerikaner hatten keinerlei Grund zu pharisäerhaften Moralpredigten gegenüber anderen. Durch ihren infamen Überfall auf die schwerrin-

Willy Brandt als Bundeskanzler in Moskau: Er leitete die deutsche Verzichtpolitik auf Ostdeutschland ein.

Deutschland

Wie lange noch US-Militärkolonie

genden Mittelmächte im Frühjahr 1917, der, wie immer, wenn US-Amerikaner etwas tun, religiös verbrämt wurde, benahmen sie sich wie der Elefant im Porzellanladen. Nicht umsonst ist das Symbol jener Partei, die gegenwärtig den US-Präsidenten stellt, der Elefant, zu dem sich sinnigerweise der Esel als Maskottchen der Demokraten gesellt. Die USA sind der Koloß mit dem tönernen Kopf, der die ganze Welt mit dem Mehltau einer unerträglichen Heuchelei überzogen hat, was sich besonders wieder während des Golfkriegs zeigte. Aber im gleichen Jahr schaute »Uncle Sam« ungerührt zu, wie das kroatische Volk unter den Schlägen des großserbischen Panzerkommunismus verblutete, und seine europäischen Satelliten taten desgleichen.



Bundespräsident von Weizsäcker profiliert sich mit pharisäerhaften Moralpredigten gegen deutsche Interessen.



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher betreibt deutsche Außenpolitik mit Servilität und Scheckbuch.

Unwürdiges Verhalten der Neudeutschen

Es gibt nun hierzulande zahlreiche Einfältige, die auf jeden Trick hereinfallen, vor allem, wenn er von jenseits der Grenzen kommt. So wird häufig der Vorwand, wonach die US-amerikanischen Kriegserklärung im Ersten Weltkrieg nur eine Folge des deutschen U-Bootkrieges gewesen sei, kritiklos nachgebetet. Das Vereinigte Königreich hat aber die Mittelmächte vom ersten Tag des Krieges an blockiert, und diese Hungerblockade wurde auch nach dem Ende der Feindseligkeiten noch fortgesetzt, um die deutsche Unterschrift unter den Versailler Vertrag zu erpressen.

Wie hätte Deutschland im Ersten Weltkrieg Großbritannien friedenswillig stimmen können, ohne eine, wenn nach Lage der Dinge auch höchst lückenhafte Gegenblockade durch Unterseeboote?

Es ist abartig, wie neudeutsche Servilität gerade das Amerikanertum durch ehrfürchtigen Respekt hofiert und förmlich anbetet, obwohl diese USA am wenigsten Verständnis von uns zu erwarten hätte.

Einen Polen, einen Tschechen, einen Russen oder Franzosen, und sei er noch so deutschfeindlich, kann man noch verstehen, wenn wir als Deutsche auch versuchen müßten, ihm ein objektiveres Geschichtsbild nahezubringen. Denn Europa hat eine sehr lange Geschichte, in deren Wechselfällen und häufigen Kriegen oft Städte und ganze Provinzen, die beiden Seiten gleichermaßen heilig waren, wiederholt ihren Besitzer wechselten. Dies alles fällt im Falle der USA fort.

Und gerade von dieser europafremden Macht lassen wir uns besetzt halten, äffen ihre Sprache nach und schämen uns nicht, dadurch die eigene Kultur zu verhunzen. Jene Macht, durch deren anmaßendes Eingreifen wir zweimal in den tiefsten Schlamm getreten wurden, wird als Vorkämpferin einer neuen besseren Weltordnung gepriesen, und unsere Politiker bezeugen ihr bei jeder unpassenden Gelegenheit ihre »tiefe Dankbarkeit«.

Demnächst sollen sogar deutsche Soldaten im Gefolge des überseeischen Weltpolizisten als »Blauhelme« in beliebigen Weltwinkeln für nichtdeutsche Interessen kämpfen und bluten.

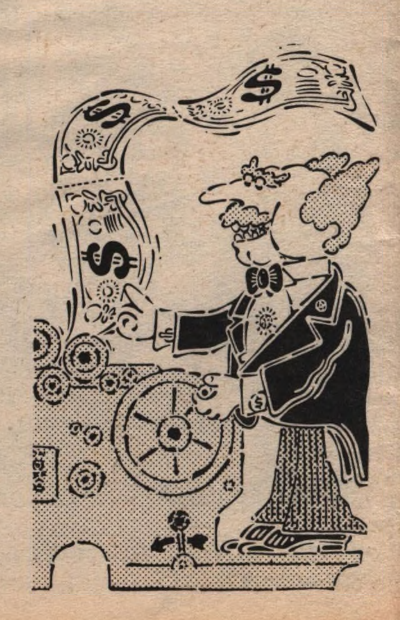
Mit der östlichen Besatzungsmacht wurde der vollständige Abzug ihrer Soldaten vereinbart. Die Erfüllung dieses Vertrages wird nicht nur peinlich genau überwacht, seine Einhaltung wird auch von den wechselnden Verantwortlichen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion immer wieder zugesichert.

Wer aber fragt in Deutschland danach, was die US-amerikanischen, britischen, kanadischen Truppen in unserem Land noch verloren haben?

Wer fragt danach, welche Besatzungsrechte sie sich immer noch herausnehmen?

Im Gegenteil: Wenn in der Presse von Plänen, Vorhaben und Entscheidungen der US-Amerikaner oder Briten berichtet wird, ihre Truppen in Deutschland zu »reduzieren«, weinen die örtlich betroffenen Betriebe, Gewerkschaftler und »Politiker« um Einbußen, Arbeitsplätze und Entschädigungen. Und die Bonner Regierenden bitten die Besatzer händeringend, doch zu bleiben.

Mochten viele bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion noch darüber streiten, ob wir fremde Truppen brauchten oder nicht: jetzt kann es nur noch freundlich, aber entschieden heißen: »Geht nach Hause!« □



Revisionismus

Meinungsfreiheit in Rußland und in Deutschland

Alfred König

Das derzeitige Deutschland ist der freiheitlichste Staat, den es jemalsauf deutschem Boden gab. Jedenfalls wenn man den Politikern Glauben schenken darf. Wer aber hinter diese schönen Worte schaut, muß leider feststellen, daß es hierzulande sehr wohl eine politische Zensur gibt, die sich aber interessanterweise nur auf die sogenannte rechte Szene erstreckt. In der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), also der ehemaligen Sowjetunion, ist dagegen das Recht auf Meinungsfreiheit sehr viel ausgeprägter.

Das heikelste Thema in jedem betreffenden Land sind eigentlich immer die Zahlen der Toten, die es etwa während eines Krieges zu verantworten hat. So wird zum Beispiel den Weißen in den USA vorgeworfen, bei dem Holocaust gegen die Indianer etwa 90 Millionen »Rothäute« getötet zu haben. Diese Zahl wird von vielen Politikern aber als zu hoch zurückgewiesen. Auf jeden Fall ist hier aber eine Diskussion möglich.

Millionen Tote des Stalin-Regimes

In der GUS ist jetzt ein großer Streit darüber entbrannt, wie viele Tote Stalin auf dem Gewissen hat. Nach einer amtlichen sowjetischen Schätzung der im Dezember 1991 geschaßten kommunistischen Regierung, kamen allein während der Stalin-Ära von 1922 bis 1953 rund 50 Millionen Menschen bei der Zwangskollektivierung der sogenannten Säuberungsaktionen ums Leben. Hierüber gibt es jetzt heftige Diskussionen.

So will etwa der russische Historiker Anton Antonow-Owsejenke herausgefunden haben, daß sich die wahre Zahl der Opfer circa auf 31 Millionen Menschen beläuft. Bereits im April 1988 hatte der sowjetische Professor Igor Bestuschow-Lada die Zahl von 50 Millionen Toten ins Spiel gebracht. Das Londoner Foreign Affairs Resarch Institute berichtete dagegen 1979 von 83,5 Millionen Opfern des internationalen Kommunismus. Die US-Vereinigung Citizens for Freedom spricht dagegen von »mindestens 85 Millionen« Toten unter Stalin und Alexander Solschenizyn sogar von »über 110 Millionen« Kommunismusopfern.

Die Wahrheit wird wahrscheinlich irgendwo dazwischen liegen. Genau feststellen läßt es sich heutzutage ohnehin nicht mehr. Auf jeden Fall bleibt aber festzuhalten, daß die Forschung auf diesem Gebiet heute in allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion frei ist. Jeder Historiker kann ohne Angst zu haben, gegen irgendwelche Gesetze zu verstoßen, sagen, es seien »nur« drei Millionen Menschen umgekommen, aber auch wenn er will von 200 Millionen Menschen sprechen.

Gerichte schreiben Geschichte

Ebenfalls ist bis heute niemand auf die Idee gekommen, den Nachfahren der damals Lebenden, besonders wenn deren Vorfahren damals eine regierungsoffizielle Tätigkeit innehatten, eine Art Kollektivhaftung aufzubürden beziehungsweise den Ur-Ur-Enkeln einzureden, die müßten sich für ihren Ur-Ur-Opa schämen, weil dieser die stalinistische Säuberungspolitik überlebte und danach etwa in einem Ministerium arbeitete.

Ganz anders sieht es dagegen beim von den Deutschen zu verantwortenden Holocaust an den Juden aus. Hier wird ein wahrer Hexentanz aufgeführt. Jedenfalls dann, wenn man die offizielle Sechs-Millionen-Zahl als zu hoch nennt. Kommt ein Historiker – oder wer auch immer – auf die Erkenntnis, daß zehn Millionen Juden im Dritten Reich umgebracht wurden, darf er dies natürlich äußern.

Sagt er aber, daß es nur »zwei« Millionen Juden waren, dann ermittelt sofort die Staatsanwaltschaft wegen »Volksverhetzung«. Einige Gerichte erlauben immerhin dann eine niedrigere Zahl, wenn man die Vergasung beziehungsweise den Holocaust an sich nicht leugnet. Wenn also jemand sagt, wie jetzt etwa der auf diesem Gebiet besonders rührige Jäckel, es hat Gaskammern und die Absicht der Nazis, das jüdische Volk vollständig zu vernichten, gegeben, die genaue Zahl lasse sich nicht mehr feststellen, liege aber irgendwo zwischen mindestens 5,29 und maximal sechs Millionen Juden, so ist dies wiederum erlaubt.

Kommt jetzt aber einer bei gleicher Grundaussage zu dem Ergebnis, es seien »nur« 200000 gewesen, schaltet sich wieder der Arm des Gesetzes ein. Denn dann gilt die Grundaussage nur als vorgeschoben, da bei diesem niedrigen Ergebnis etwa die Vergasungen oder in großer Zahl stattgefundenen Massenerschießungen nicht stattgefunden haben können. Also wären dann wieder der Straftatbestand der Volksverhetzung gegeben.

Das führt dann dazu, daß etwa der britische Historiker David Irving vom Amtsgericht München zu einer Geldstrafe von 7000 Mark verurteilt wurde, weil er »den planmäßigen Massenmord an Juden unter der nationalsozialistischen Diktatur bestritten« hatte. Hierzu gibt es sehr viele ähnlich lautende Gerichtsentscheidungen. Die Indizierung von Schriften oder Tonträgern, die zu einem ähnlichen Ergebnis kommen, ist ein weiteres Mittel, die Verfechter dieser Theorien mundtot zu machen.

Das Signal ist eindeutig

Um dem ganzen dann noch die Krone aufzusetzen, schrieb der in Deutschland lebende, jüdische Historiker Michael Wolffsohn in einem Essay für die Tageszeitung »Die Welt« folgendes: »Signale, die in die ideologisch und zeitlich umgekehrte Richtung weisen sollen, (zuvor hatte Wolffsohn, die Geste des litauischen Parlaments, das im Mai 1990 das jüdische Volk um Vergebung litauischer Holocaustsünden bat, folgend abgewertet: Judenpolitik müsse Kernstück europäischer und daher auch deutscher Menschlichkeit sein; die Redaktion), sind die sogenannten Auschwitz-Lüge, der ›Leuchter-Report‹, der die Existenz von Gaskammern scheinwissenschaftlich bestreitet, oder das Jonglieren mit den Opferzahlen.

Hier geht es nicht um die geschichtliche Wahrheit, sondern um rückwärtsgewandte und moralisch verwerfliche Geschichtspolitik. Das Signal ist eindeutig: Der millionenfache Judenmord wäre zu begrüßen. Pseudogeschichte kann also ebenso wie Geschichte Signal, Instrument und Argument sein.«

Damit hat also die ohnehin eingeschränkte Möglichkeit zur Meinungsäußerung in diesem Punkt – ähnliche Verbote gibt es auch in Frankreich – eine neue Dimension erhalten. Ganz egal, ob nun Leuchter recht hat oder nicht. Tatsache ist, daß es bislang kein in Deutschland veröffentlichtes umfassendes Gegengutachten gibt. Von daher ist es doch unverständlich, wenn junge Deutsche, die das Leuchter-Gutachten lesen, vielleicht über die offiziellen Zahlen zu grübeln anfangen. Aber das bedeutet noch nicht, daß sie damit automatisch den Mord an sechs Millionen Juden begrüßen würden – ganz im Gegenteil. Vielmehr denken doch die allermeisten – ein paar Idioten gibt es immer – sinngemäß: »Vielleicht waren es weniger, das wäre doch toll, wenn mehr als gedacht überlebt hätten«. □

Ostpreußen

Die Deutschen sind bereits beim Aufbau

Was wir Ihnen hier berichten möchten, werden Sie wohl kaum glauben wollen. Dennoch ist es wahr, und es steht jedem offen, sich so wie wir es taten, dorthin zu bewegen und dort einige Tage zu verbringen. Das ist heute ohne sehr großen Aufwand möglich. Das südliche Ostpreußen, heute bekanntlich unter polnischer Verwaltung – besser ausgedrückt unter polnischer Verwahrlosung – ist ohne Visum zu erreichen und problemlos überall bereisbar. Verglichen mit dem nördlichen Ostpreußen und dem Memelland aber geradezu uninteressant.

Das von den Russen kontrollierte nördliche Ostpreußen erreicht man entweder mit einem Visum für Rußland, Zielort Kaliningrad, direkt von Polen aus, oder auch ohne Visum durch die Republik Litauen, die an der Grenze für alle Deutschen kostenlose Transitvisa innerhalb von wenigen Minuten ausstellt. An der langen Warteschlange polnischer Handelstouristen an der polnisch-litauischen Grenze bei Suwalki/Laadjai werden Autos mit deutschen Kennzeichen in der Regel von den Litauern höflich vorbeigewunken.

Die freie Marktwirtschaft trägt bereits Früchte

Die russischen Grenzer sind dagegen weitaus weniger freundlich. Einigen von ihnen ist das Ende ihrer imperialen Macht offensichtlich noch nicht bewußt geworden. Glücklicherweise findet man sie bisher noch nicht entlang der litauisch-russischen beziehungsweise ostpreußischen Grenze. Hier kontrollieren nur Litauer, da die Russen die Grenze noch nicht realisiert haben.

In Litauen braucht der Westtourist auf keinen Komfort zu verzichten. Erstklassige Hotelzimmer und bestes Menü zu Preisen, die so niedrig sind, daß man es uns hier nicht glauben würde, wenn wir Zahlen nennen. Von Versorgungsengpässen ist kaum noch etwas zu spüren. Die freie Marktwirtschaft und die Privatisierungswelle haben in Litauen und damit auch im Memelland bereits ihre Früchte hervorgebracht.

Ganz anders die Situation im Königsberger Gebiet. Offiziell eine Freihandelszone, teilt sich tatsächlich die alte uniformierte Seilschaft heute die Macht lediglich mit der allgegenwärtigen russischen Mafia. Hotelzimmer sind knapp. Sie kosten für »Ausländer« zehnmal soviel wie für Russen. Das sind dann aber dennoch nicht mehr als ungefähr fünf Mark für ein Doppelzimmer zum Beispiel im Hotel Kaliningrad, im Zentrum der heutigen Stadt. Die Restaurants in Königsberg kann man an einer Hand abzählen. Das Essen ist akzeptabel aber dafür nicht sehr viel teurer, als in Litauen. Die Situation bessert sich schleppend aber stetig.

Ziel der Einwanderung der Rußland-Deutschen

Die Situation ändert sich dann aber auf einen Schlag, wenn man mit einer der alten Kolchosefähren zu einer unserer Inseln übersetzt, deren Namen wir hier zum Schutz der Bewohner nicht nennen dürfen. Nur soviel sei gesagt, man findet sie nahe der Kurischen Nehrung und des Samlandes, zwischen Labiau und Heydekrug. Eine der Inseln, nur 300 Meter vom Festland, nennen wir heute Neu-Elchwerder. Diese Insel ist die wichtigste des neuen deutschen Ostpreußens. Sie ist Ziel einer ungeheuren Einwanderungswelle deutscher Familien aus den entferntesten Teilen der ehemaligen Sowjetunion.

Die meisten kommen aus Kasachstan, wo der neue Präsident die Urangruben schließen ließ und die Familienväter damit arbeitslos machte. Nach Kasachstan und vor allem auch nach Sibirien waren die Deutschen nach Ende des Krieges aus Ostpreußen und vor allem aus der Wolgarepublik deportiert worden, um dort im Uranbergbau die Arbeit zu verrichten, vor denen die Russen sich scheuten.

Heute dürfen sie endlich zurück nach Deutschland, und wenn das »Reich«, vertreten durch die Bundesrepublik, sich weigert, die zwei Millionen Rußland-Deutschen aufzunehmen, dann wollen sie wenigstens unter sich, auf historisch deutschem Boden eine neue Existenz beginnen: In Ostpreußen. Die Wolgarepublik, von der niemand von ihnen weiß, wann und ob überhaupt es sie geben wird, auf dem Territorium eines verseuchten und vergifteten ehemaligen Truppenübungsplatzes, übt auf keinen von ihnen einen Reiz aus. Dann nutzen sie lieber die wirklich historische Chance, die sich in der Freihandelszone Ostpreußen bietet.

Wer die gut fünf Kilometer große Insel Neu-Elchwerder betritt, glaubt kaum seinen Augen zu trauen. Anders als auf dem Festland, wo russische Soldatenfamilien in den Trümmern zerfallener deutscher Landhäuser hausen, herrscht hier hektische Betriebsamkeit. Überall sind Deutsche am Werk, um wieder von Anfang an aufzubauen, was Jahrzehnte kommunistischer Planwirtschaft im ehemaligen militärischen Sperrgebiet zerstört haben.

Die Russen, die nach der Vertreibung der deutschen Einwohner hier angesiedelt wurden, hatten keinen Bezug zu diesem Land und seinem Wohlstand. Nachdem zahllose Plünderzüge alles weggeschafft hatten, was wegzuschaffen war, blieben Menschen, deren Zivilisationsstand so einfach war, daß ihnen im Winter nichts besseres eingefallen war, als nach und nach den Gartenzaun und das Holz des Dachbodens im Kamin zu verheizen, anstatt das Holz aus dem wenige Meter entfernten Wald zu holen.

Die Aktiengesellschaft in Königsberg

Alle Häuser müssen heute neu gebaut werden. Ein Projekt, daß eine neue Aktiengesellschaft aus Königsberg durchführt, die fest in der Hand von jungen rußlanddeutschen Unternehmern ist. Leider fehlt es an fast allem. Das Stammkapital von 2,4 Millionen Rubel ist für die dortigen Verhältnisse eine enorme Summe. Sie wurde durch zwölf größere Betriebe aufgebracht, die gleichzeitig als juristische Personen Aktionäre sind. Das entspricht aber nur etwa 40.000 DM und ist zu wenig zum Ankauf der Maschinen zur Herstellung der Baumaterialien.

Die Maschinen der zuständigen Kolchose haben die Litauer rechtzeitig weggeschafft. Jetzt soll erst einmal ein deutscher Unternehmer aus Nordkasachstan mit einer sehr einfachen Fabrik Bausteine produzieren, die in Nordkasachstan abgebaut und Stück für Stück nach Ostpreußen geschafft wird.

Die Aktiengesellschaft beschäftigt ausschließlich deutsche Arbeiter und gewährleistet dadurch einem großen Teil der Einwanderer einen sicheren Arbeitsplatz. Die Häuser, die gebaut werden, erwerben die Arbeiter dann selbst auf Kredit, den die Aktiengesellschaft ihnen gewährt.

Bei unserem Besuch auf der Insel war ein 40 Personen starkes Arbeitskommando von Frauen und Kindern unter der Leitung eines heimatverbundenen Idealisten aus der Bundesrepublik dabei, neue Straßen anzulegen, die öffentliche Einrichtungen zu renovieren, die Plätze zu bepflanzen und das gesamte Erscheinungsbild der Ortschaft zu verschönern. Die allen gehörenden und nicht in Privatbesitz übergehenden Einrichtungen sollen auch wieder so schön werden, wie damals vor dem Einmarsch der Roten Armee.

Bezahlt wird das Arbeitskommando monatlich von einem anderen Idealisten aus Westdeutschland aus einem Fonds einer Spende einiger Idealisten, die jetzt in München leben und denen die Wiederherstellung ihrer Heimat 3000 DM wert war. Am Zahltag erhalten alle Arbeiterinnen den Wert von ungefähr 550 Rubel, man höre und staune, in Deutscher Mark ausbezahlt. Das ist doppelt soviel Monatslohn, wie die kommunistische Fischereikolchose mit Sitz auf dem Festland zahlte. Die Kommune existiert zwar offiziell noch, ist aber längst schon zahlungsunfähig und nicht mehr tätig. 550 Rubel waren im Monat Januar 1992 genau 7,34 DM.

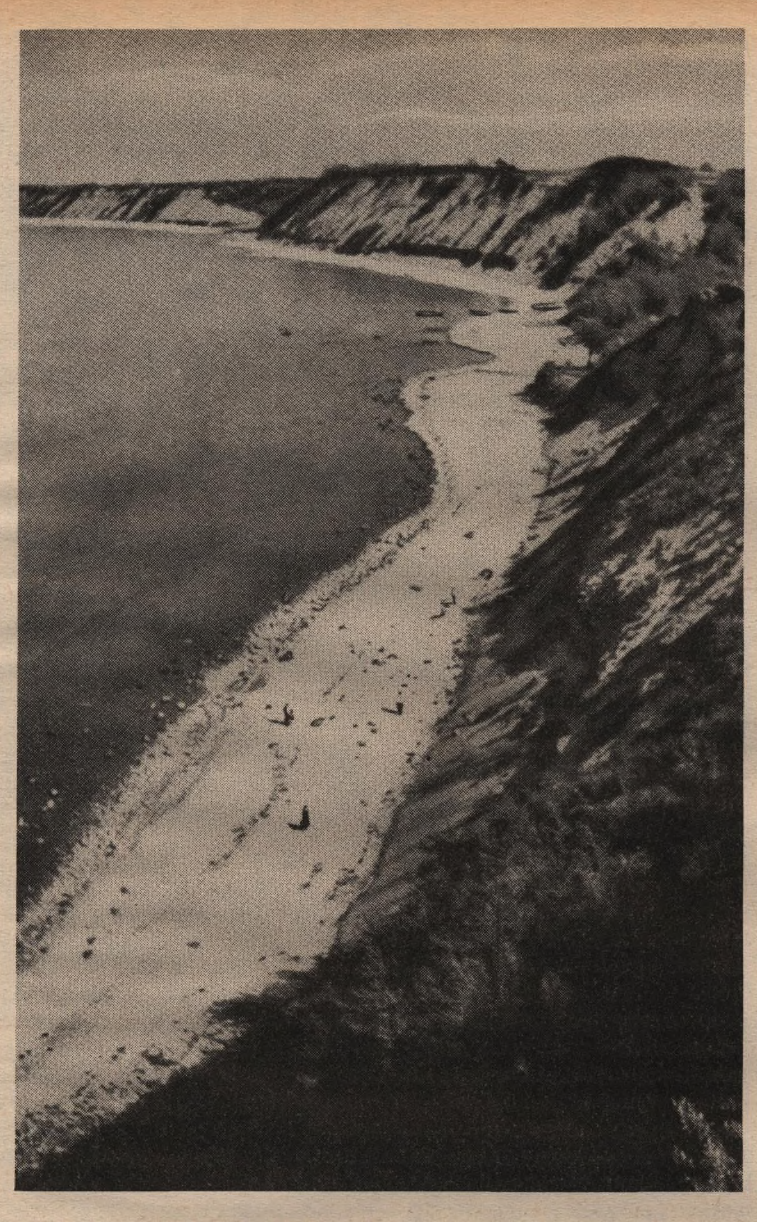
Die Deutsche Mark ist, natürlich inoffiziell, längst die gültige Währung auf der Insel. So kann es uns auch nicht mehr verwundern, das in der Kasse des Kolonialwarenladens, der natürlich im Besitz eines Deutschen ist, dessen Familie aus Kirgisien einwanderte, mehr deutsche Pfennige klappern, als russische Rubel und Kopeken. Ein großes Brot kostet sieben Pfennig, eine Flasche Sonnenblumenöl aus Lettland 15 Pfennig und eine Tafel russische Schokolade fünf Pfennig. Der größte Geldschein in der Kasse ist ein Zwanzig-Mark-Schein.

Eine deutsche Schule wird gebaut

Geld wechseln kann man jederzeit bei dem Kassenführer aus Westdeutschland. Man muß allerdings nachweisen, daß man den Rubel durch legale Arbeit bei der rußland-deutschen Aktiengesellschaft erworben hat, die neben dem Baugewerbe noch in der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Fischereiprodukte tätig ist. DM verkaufen will selten jemand, erklärte uns der Kassenwart Thomas aus Hessen. So ergibt es sich dann, daß sich immer mehr Rubel in seiner Kasse ansammeln.

Thomas kauft damit für das Arbeitskommando Material in Litauen ein. Im 40 Kilometer entfernten Litauen gilt auch noch der Rubel, dort sind die Geschäfte aber schon recht gut gefüllt.

Alle Frauen und Kinder besuchen am Abend einen zwei Stunden dauernden Deutschkurs. Lehrerin ist eine schlesische Rentnerin aus Gleiwitz in Oberschlesien. Mit der Rente, die sie in Oberschlesien vom polnischen Staat erhielt, konnte sie sich zu Hause kein Fleisch zum Mittagessen mehr leisten. Hier in Ostpreußen hat sie damit aber eine gesicherte Existenz und arbeitet deshalb ebenso wie die jungen Idealisten aus der Bundesrepublik auch ehrenamtlich. Mit ihren guten Deutschkenntnissen ist sie den Rußland-Deutschen eine sehr geeignete Lehrerin, zumal sie auch noch ganz akzeptabel russisch spricht.



An der Samlandküste Ostpreußens, das Ziel der Einwanderung der Rußland-Deutschen.

Das Deutsch der mittleren und jüngeren Altersklasse unter den Einwanderern ist leider noch sehr schlecht. Ähnlich wie in Schlesien war ihnen die deutsche Sprache verboten. Jetzt zwingen sie sich selbst, untereinander Deutsch zu sprechen. Eine deutsche Schule soll gebaut werden. Bis dahin müssen die Kinder aber noch in die russische Schule auf dem Festland.
Nur für die Kleinkinder gibt es schon einen Kindergarten, wo sie Deutsch sprechen. Die Kindergärtnerin heißt Karolina, groß, blond, eine echte Ostpreußin. Von den 20 Jahren, die sie alt ist, hat sie aber 19 Jahre in einem Dorf am Asowschen Meer verbracht. Obwohl erst 20 Jahre alt ist sie schon verheiratet und hat selbst zwei Kinder. Das ist unter den rußlanddeutschen Mädchen nichts ungewöhnliches.

Diese Insel ist, wie uns Direktor Krämer, der Geschäftsführer der Aktiengesellschaft versicherte, nur eine von vielen Siedlungsgebieten der deutschen Einwanderer. Er schätzt ihre Zahl auf weit mehr als 10000 Personen. Er selbst kam vor einem halben Jahr von der Insel Krim und hat schon in diesen kurzen Zeit mit seinem geschäftlichen Spürsinn in Königsberg Karriere gemacht.

Unsere Hilfe ist gefragt

Der Leiter der Touristikabteilung, Friedrich Ulrich, ist schon seit fast 30 Jahren in Königsberg zu Hause. Als Steuermann eines russischen Handelsschiffes hat er schon alle Erdteile gesehen und kennt auch die deutschen Hafenstädte. Er verspricht, alle Besucher aus der Bundesrepublik persönlich zu empfangen. Bis zum Sommer 1992 soll auf Neu-Elchwerder das erste Gästehaus stehen. Dann kann sich die Insel als Mustersiedlung für die Gäste aus West- und Mitteldeutschland präsentieren.

Voraussetzung dafür ist aber, daß es rechtzeitig gelingt, die Baumaschinen zu beschaffen. Bislang gibt es nur die Rohstoffe. Wer sich für einen Besuch in Ostpreußen interessiert, sollte sich schon jetzt rechtzeitig anmelden. Zum Beispiel beim Verein zur Förderung deutschsprachiger Medien in Osteuropa e.V., Postfach 16, D-7750 Konstanz, Fax 07531-74350, der das Projekt in der Bundesrepublik unterstützt.

Wer helfen kann alte, aber noch funktionstüchtige Maschinen zu beschaffen oder als Investor einsteigen möchte, kann sich ebenfalls an diese Anschrift werden. □



Banker-Journal

Osteuropa droht eine schlimme Wirtschaftskrise

Die wirtschaftliche Depression in Osteuropa sei schlimmer als die der dreißiger Jahre, sagte Gerald Hinteregger, leitender Direktor der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), in einem Interview mit der Wiener Tageszeitung »Die Presse«. Die durchschnittliche Verringerung des Bruttosozialprodukts in den dreißiger Jahren sei heute bereits von den osteuropäischen Volkswirtschaften überschritten wurden.

Unter Bezugnahme auf das Bruttosozialprodukt, unter Ausschluß des Dienstleistungssektors der Wirtschaft, sprach Hinteregger davon, daß das osteuropäische Bruttosozialprodukt in dem Zeitraum von drei Jahren seit 1988 schon um 25 Prozent gefallen sei, davon 10 Prozent im Jahre 1990 und 20 Prozent im Jahre 1991. Man vergleiche dies mit den Vereinigten Staaten während der großen Depression, als die größte jährliche Verringerung des Industrieausstoßes acht Prozent betrug. Amtlichen Schätzungen zufolge betrug die Arbeitslosigkeit in den drei osteuropäischen Ländern Polen, Ungarn und Tschechoslowakei 3,1 Millionen Arbeiter und Angestellte, zu denen noch weitere 3,9 Millionen in den anderen Staaten hinzugerechnet werden müssen, sagte die ECE.

Ohne ins Detail zu gehen, drängt Hinteregger die westlichen Staaten dazu, ein zweites »Europäisches Wiederaufbau-Programm (Marshall-Plan) in die Wege zu leiten und mitzuhelfen, die Regierungen im Osten zu stabilisieren, bevor »Enttäuschung, Lustlosigkeit und populistische Tendenzen« die Oberhand gewinnen.

Unterdessen hat Valtr Komarek, der ehemalige Ministerpräsident der Tschechoslowakei und jetziger Direktor des Prognose-Instituts der Akademie der Wissenschaften in Prag, für die »New York Times« einen Kommentar verfaßt mit der Überschrift: »Schocktherapie und ihre Opfer«. Es ist ein scharfer Angriff auf die radikalen Veränderungen des »Freien Marktes«, die von dem Harvard-Professor Jeffrey Sachs und seinesgleichen ausgearbeitet und Polen und anderen osteuropäischen Staaten durch westliche Länder und durch den Internationalen Währungsfonds auferlegt worden seien.

Komarek nennt die wirtschaftliche Schocktherapie einen »schweren Fehler ... der enorme und schlimme Folgen haben wird«. Sie wurde von »westlichen Lehrstuhl-Wissenschaftlern festgelegt«, ist, »über die Wirtschaftslaboratorien von Cambridge, Massachusetts hinaus ungeprüft«, und »fern jeder Realität«.

Er macht die Vereinigten Staaten und den Internationalen Währungsfonds für die Inflationsrate von 58 Prozent und die Massenarbeitslosikeit und das Herausziehen von Kapitalien in großem Stil in der Tschechoslowakei verantwortlich. Er ruft stattdessen dazu auf, die Steuereinnahmen »in Infrastruktur-Projekte« zu stecken, die »beinahe so wie öffentliche Arbeiten, wie zum Beispiel der Bau von Straßen oder die Entsendung eines Mannes auf den Mond im Westen, funktionieren«.

Vor allem, sagte Komarek, »müssen Osteuropäer auf ihre Stärke in den Schlüsselsektoren der Produktionswirtschaft, wie zum Beispiel Präzisionsinstrumente in der Tschechoslowakei, zurückgreifen, um Anschluß an die Weltwirtschaft zu finden«. □

Hohn und Spott für Bushs Freihandels-Mission

Mr. W. Edwards Demming, der in Amerika geborene Dekan des industriellen Maschinenbauwesens in Japan, verhöhnte in einem Interview mit dem Kolumnisten Hobart Rowan George Bushs »Freihandels-Mission« in Japan. Demming sagte, es gebe für amerikanische Leiter von Automobilfabriken oder andere leitende Herren aus der Geschäftswelt keinerlei Grund, nach Japan zu tigern, wenn das wirkliche Problem der amerikanischen Wirtschaft weitgehend selbstgestrickt ist.

Demming, ein Statistiker und Produktionsleiter, wurde durch Gurus der Harvard Business School wie Peter Drucker und Harold Geneen aus dem amerikanischen Geschäftsleben herausgedrängt. Ihre »System-Analyse«- und »Kostenwirksamkeits«-Problemlösung bei der Produktion und ihre Theorie der Arbeitsproduktivität sind in amerikanischen Geschäftskreisen zu Dogmen geworden, während Demming, der in den fünfziger Jahren die Qualitätskontrolle und Geschäftsleitungspraktiken in Japan revolutionierte, dort als Nationalheld gefeiert wird.

Demming, jetzt in seinen neunziger Lebensjahren, hält immer noch verschiedene Vorträge über dieses Thema vor Gruppen von Geschäftsleitern in Detroit, Michigan und anderswo. Aber Firmenleiter aus Detroit und anderswo sind mit Bush in Japan unterwegs gewesen und verlangten, daß man sich dort auf das amerikanische Niveau der wirtschaftlichen Unfähigkeit herabläßt. □

Nigeria kann mit seinen Schulden nicht überleben

Der nigerianische Präsident General Babingida sagte, daß Nigeria als Land nicht überleben werde, wenn es dazu gezwungen wird, in diesem Jahr seine internationalen Schulden zu bedienen. In einer Ansprache über den nigerianischen Staatshaushalt stellte Babingida fest, daß Nigeria, Afrikas bevölkerungsreichstes Land, in diesem Jahrhundert um beträchtlichen Schuldennachlaß ersuchen und diesen auch bekommen muß.

Nigerias Schulden belaufen sich auf 33 Milliarden Dollar, und das Land hat durch den Sturz der Ölpreise im vergangenen Jahr eine schwere Wirtschaftskrise erlebt. Sein Schuldendienst allein für 1992 wird 5,5 Milliarden Dollar betragen, was bereits über die Hälfte der zu erwartenden Exporteinnahmen des Landes ausmacht. □

UN berichtet über Rückgang in der Weltnahrungsproduktion

Aus dem Jahresbericht der Food and Agriculture Organization (FAO) der Vereinten Nationen geht hervor, daß sich die Weltnahrungsmittelproduktion 1990 erstmals seit 1983 verringert hat. Die weltweiten Erträge bei Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten seien um 1,4 Prozent zurückgegangen.

Das Blatt »AgriNews« schreibt, Exporteure und Getreidefirmen seien jetzt darüber besorgt, ob sie den Verpflichtungen im Inland und in Übersee nachkommen können oder nicht, weil damit gerechnet werde, daß amerikanische Weizenbestände auf ihren niedrigsten Stand seit 1973/74 sinken.

Der Rückgang in der Weltproduktion sei durch einen Niedergang in der Weizenproduktion in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion und einen 30prozentigen Rückgang bei der amerikanischen Weizenernte vorangetrieben worden.

Die FAO stellt fest, der Rückgang in der Sowjetunion sei durch Trockenheit, unzureichende Infrastruktur und Mangel an Ersatzteilen und Betriebsstoffen verursacht worden.

Edouard Saouma, Generaldirektor der FAO, meinte, daß die auseinanderfallende Sowjetunion und Osteuropa in dieser äußerst gefahrvollen Übergangsperiode vom Kollektivismus zu Marktwirtschaften »umfangreicher Einspritzungen von Kapital und Technologie und einer beträchtlichen Nahrungsmittelhilfe bedürfen«.

»Nahrungsmittelvorräte werden 1992 bis auf gefährlich niedrige Stände heruntergedrückt werden, besonders in den Hauptausfuhrländern, die ein bedeutendes Sicherheitsnetz darstellen«, warnte Saouma in seinem Jahresbericht und stützte sich dabei auf den FAO-Bericht. In dem Bericht heißt es weiter, daß die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung für das kommende Jahr zu einem Großteil vom Erfolg oder Mißerfolg der Ernte von 1992 abhängen, und die Aussichten seien wegen der kaum als ideal zu bezeichnenden Erntezustände gemischt. □

Mitterrand erleidet schwere Wahlverluste

Die Sozialistische Partei (SP) des französischen Präsidenten François Mitterrand verlor bei legislativen Wahlen und erlitt bei Kantonalwahlen, die am 26. Januar 1992 stattfanden, empfindliche Verlust. Im Norden verlor die SP 18 Prozent an die Grünen und die Front National, und ging bei vier kantonalen Wahlen gänzlich unter.
Was noch demütigender ist, die »Elefanten« der Sozialistischen Partei – die landesweiten Spitzenführer – wurden am 25. Januar 1992 bei einer von links angesiedelten Schichten organisierten Demonstration, die rund 50000 Menschen auf die Straße brachte, ausgepfiffen und davongejagt. Die Veranstalter der Demonstration forderten den ehemaligen Ministerpräsident Michel Rocard, den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Laurient Fabius, Pierre Mauroy und andere auf, die Veranstaltung zu verlassen und beschuldigten sie, die Bewegung – die ursprünglich von den Sozialisten ins Leben gerufen wurde – kooptieren zu wollen. □

Rußlands Handel mit Osteuropa

Rußland wird eine Reihe von neuen Handelsvereinbarungen mit osteuropäischen Staaten abschließen. Es sind zum größten Teil Tauschhandelsabkommen:

Anfang Januar dieses Jahres unterzeichneten Rußland und Estland eine Vereinbarung, nach der den Esten erlaubt wird, russische Ölbrunnen im Austausch für Öllieferungen zu leasen. Die Leasing-Raten werden an die Russen in Form von Verbrauchsgütern aus estischer Produktion entrichtet, und der Handel wird auf Rubelbasis abgerechnet.

Der russische Präsident Boris Jelzin und der armenische Präsident Ter Petrossian unterzeichneten eine Vereinbarung, die Armenien wirtschaftliche Hilfe aus Rußland verspricht.

Rußland und Ukraine unterzeichneten eine Vereinbarung über eine begrenzte Menge von Nahrungsmitteln aus der Ukraine, als Gegenleistung für landwirtschaftliche oder leichte Maschinen aus Rußland.

Rußland und Polen unterzeichneten eine Vereinbarung über die Lieferung von Öl im Tausch für polnische Nahrungsmittelprodukte.

Eine ähnliche Vereinbarung wurde mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Rahmen eines Besuches des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Marian Calfa in Moskau unterzeichnet. Das Abkommen beinhaltet russisches Öl für Nahrungsmittelprodukte und Maschinenteile der CSFR. □

Japan erwägt weiteren Schritt in der Fusionsforschung

Japan erwägt, den nächsten Schritt in der Fusionsforschung zu tun, berichtet der Nachrichtenbrief der Fusion Power Associates. Wissenschaftler am japanischen Atomenergie-Forschungsinstitut arbeiten mit Ingenieuren von Hitachi, Toshiba und Mitsubishi zusammen, um eine Vorrichtung zu entwerfen, die es Japans Wissenschaftsgemeinde ermöglichen wird, die »Verwendung der JT-60-Tokamak-Einrichtung« durch den Aufbau eines großen, bleibenden Tokamak-Experiments »auf den Höchststand zu bringen«.

Wie es in dem Nachrichtenbrief heißt, wird die neue Maschine mit supraleitfähigen Magneten, statt mit den herkömmlichen Kupferspulen ausgerüstet, was den Betrieb mit einem bleibenden Modus, statt in der für alle anderen Tokamak-Vorrichtungen in der Welt typischen Impulsart, erleichtern werde. Er werde so konstruiert, daß er Bedingungen schafft, die fünfmal höher als die für das Joint European Torus (JET) in Europa und Princetons Tokamak Fusion Test Reactor (TFTR) typischen Deuterium-Tritium-Nutzschwellen angesiedelt sind.

Der unterschiedliche Vorschlag sieht vor, daß die neue Maschine 1998 in Betrieb geht. Amerikanische Wissenschaftler, die die Konstruktion überprüfen, schätzen die Kosten auf etwa eine Milliarde Dollar. □

Brasilianischer Militärkommandeur verdammt Politik des IWF

General Thaumaturgo Sotero Vaz, ehemaliger Stabschef des militärischen Oberkommandos Brasiliens im Amazonasgebiet, griff in der Zeitschrift »Veja« die Einführung der Rezepte des Internationalen Währungsfonds (IWF) durch die Regierung Collor scharf an und warnte davor, daß sie zwangsläufig zu weitverbreiteten sozialen Unruhen führen werden. Eine solche Politik, schrieb er, »versetzt uns in eine Position der Knechtschaft. Es gibt deutliche Signale dafür, daß wir Rezepte akzeptieren, die uns von dieser oder jener Agentur, wie zum Beispiel dem IWF, gegen den Willen unseres Volkes aufgezwungen werden«.

»Die Inflation kann nicht auf Kosten von Hunger oder Arbeitslosigkeit eingedämmt werden«, sagte er, »weil sonst zu irgendeinem Zeitpunkt irgendjemand den ersten Stein werfen wird, und dann ist es zu spät«. General Sotero Vaz warnte davor, daß Brasilien an »den Rand der äußersten Belastung gedrängt werden könnte ..., und es ist durchaus möglich, daß wir Situationen der Rebellion erleben werden ... In Manuas zum Beispiel haben bereits Plünderungen von Supermärkten stattgefunden.«

Im gleichen Interview kam der General auf die Rückendeckung der Vereinten Nationen für militärische Abenteuer in Panama und Irak zu sprechen, und warnte vor einer ähnlichen Intervention im Amazonasgebiet, um dem Land eine eingeschränkte Souveränität aufzuerlegen. □

Polen will Niedrigzins-Landwirtschaftskredite

Der neue polnische Minister für Landwirtschaft, Gabriel Janowski, gab bekannt, seine Politik beruhe auf Niedrigzins-Krediten des Staates für Bauern, einem Festpreissystem für landwirtschaftliche Produkte und Schutzzöllen gegen das Dumping von Nahrungsmitteln auf dem polnischen Markt durch ausländische Händler.

Janowski, der auch landesweiter Vorsitzender der Partei Ländlicher Solidarität ist, erklärte, daß alle Relikte des verflossenen Regimes des Finanzministers Leszek Balcerowicz aus der Regierung verschwinden müsse.
Aber, sagte Janowski, Schutzzölle auf Polens Importsektor und Niedrigzins-Kredite für die Bauern des Landes seien lebenswichtig. Ihre Auswirkung auf die Inflation würde geringfügiger Natur sein, so daß es keinen Grund gebe, auf der Balcerowicz-Politik der Verteuerung der Kreditaufnahme zu beharren. Mit einem wirksamen Preisbildungs- und Bauernkreditsystem, so führte Janowski aus, würde der polnische Landwirtschaftssektor in die Lage versetzt, ausreichende Mengen hochwertiger Nahrungsmittelprodukte zu erträglichen Preisen zu erzeugen, so daß Polen nicht auf billige Nahrungsmitteleinfuhren aus dem Ausland angewiesen wäre. □

Marktwirtschaft ein Teufelswerk?

Das Scheitern des realen Sozialismus – und damit des marxistischen Atheismus – hat Fragen aufgeworfen: Besteht ganz allgemein ein Zusammenhang zwischen Religion und wirtschaflicher Entwicklung und kann Religion die geistig-moralische Leere einer abgedankten Ideologie erfüllen? Unter dem Thema »Marktwirtschaft Teufelswerk – die Weltreligionen und die Wirtschaft« wurden diese Probleme auf dem dritten Symposium der Informedia-Stiftung in Mainz diskutiert.

Der marxistische Atheismus war eingebettet in eine umfassende Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatstheorie. Danach ist das Bewußtsein ein Produkt der Materie; Wahrheit und Moral sind keine absoluten Kategorien, sonder Ausfluß der ökonomischen Basis. Als einziges verbindliches Wertesystem galten die Programme und Beschlüsse der Kommunistischen Partei.

Der Kampf gegen die Ausbeuter

Religion ist nach Marx ein Teil des geistigen Überbaus der bürgerlichen Gesellschaft. Sinn und Zweck: Den Kampf gegen die Ausbeuter mit der Vertröstung auf das Glück im Jenseits zu verhindern – Opium für das Volk.

Der jetzt in Osteuropa vollzogene Systemwechsel wird durch ideologische Erblasten erschwert. Markante Beispiele: Distanz zum Privateigentum, geringes Sozialprestige der Unternehmer, Pochen auf das Recht auf einen Arbeitsplatz, verruchter Beigeschmack des Gewinns und Glaube an die Allmacht des Staates. Traditionelle Bürgertugenden wie Individualität, Selbstdisziplin, Eigenverantwortlichkeit und Initiative sind verkümmert – gerade Eigenschaften, die für den Umgang zur Markwirtschaft unverzichtbar sind.

Das Christentum hat im Laufe der Geschichte seinen Frieden mit der Marktwirtschaft gemacht. Die katholische Kirche hat sich dem vom Ökonomen Müller-Armack entwickelten Modell der sozialen Marktwirtschaft angenähert und eine eigene Soziallehre entwickelt. Sie tut sich jedoch schwer mit der klaren Bejahung der Marktwirtschaft.

Überzeugend ist das Ja der Kirche zum Privateigentum ganz in der Tradition von Thomas von Aquin. Die katholische Kirche steht in einem Spannungsfeld zwischen Utopie und Wirklichkeit: Manchem Würdenträger und Gläubigen fehlt offenbar die Einsicht dazu, daß sich die sozialen Fragen dieser Welt nicht vollständig lösen lassen, daß also nur die Wahl einer zweitbesten Lösung bleibt. Die Marktwirtschaft nimmt den Menschen ebenso, wie er ist – mit seinen Schwächen und Stärken.

Die Reserve gegenüber der Marktwirtschaft mag politisch flankiert sein: Der kontinentale Liberalismus war traditionell antiklerikal.

Die evangelische Kirche hat sich nach anfänglichem Liebäugeln mit dem Sozialismus offiziell für das Modell einer sozial und neuerdings auch ökologisch orientierten Marktwirtschaft ausgesprochen. Diese Ordnung eröffnet nach Auffassung der protestantischen Mehrheit die Chance, Gerechtigkeit und Nächstenliebe zu praktizieren. Dabei wird viel Wert auf das Wirtschaftsethos des einzelnen Menschen gelegt.

Die von Max Weber ins Feld geführte These vom Zusammenhang protestantischer Ethik und wirtschaftlicher Leistung ist zu allgemein: Das Geld- und Bankwesen beispielsweise wurde im katholischen Italien entwickelt.

Japanische Waren überschwemmen die westlichen Länder. Durch eine geschickte Kalkulation können sie weltweit die Preise mit ihren Produkten unterbieten.

Die evangelische Kirche ökologisch orientiert

Die Chancen der evangelischen Kirche, eine Vorreiterrolle beim geistig-moralischen Aufbau in den neuen Bundesländern zu übernehmen, sind gering. Die einst vollen Kirchen sind heute wieder gähnend leer. Grund: Die Gotteshäuser waren ehemals Zufluchtsort der politisch Verfolgten, weniger der Gläubigen. Jetzt ist die Integrität der Kirchen durch die Verwicklung mit der Stasi selbst fragwürdig geworden. Hilfe bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Ex-DDR sind von ihnen nicht zu erwarten.

Die russisch-orthodoxe Kirche ist gegen die Welt gerichtet

Das trifft in noch stärkerem Maße für die russisch-orthodoxe Kirche zu. Eine eigene Soziallehre hat sie gar nicht erst entwickelt. Sie war mystisch und gegen die moderne Welt ausgerichtet. Dabei hat sie sich im Lauf der Geschichte nicht gerade Glaubwürdigkeit beim Volk erworben. Stets stand sie auf der Seite der Mächtigen und scheute sich nicht, selbst weltliche Macht und Grundbesitz zu erwerben.

Ihr Überleben während der sieben letzten Jahrzehnte rechtfertigt sie gerade damit, ihrer Tradition treu geblieben zu sein.

Die Quellen der Sozialen Marktwirtschaft

Aus den religiösen Quellen des Judentums lassen sich Vorstellungen ableiten, die zur Sozialen Marktwirtschaft führen. Wie das Christentum und der Islam kannte es in seinen agrarischen Ursprüngen ein Zinsverbot. Es galt allerdings nur unter Juden und war wirtschaftsethisch begründet: Aus der Notlage von Bedürftigen sollte kein Kapital geschlagen werden. Das Zinstabu fiel mit ähnlicher Argumentation wie später im Christentum.

Aber: Im Gegensatz zum Christentum wurde Reichtum nicht mit Verachtung belegt, sofern er

ehrlich erworben worden war. Eine Kausalität zwischen gottgefälligem Dasein und wirtschaftlichem Erfolg besteht dennoch nicht. Über dem materiellen Erwerb rangiert der Erwerb von religiösem Wissen.

Kennzeichen für die Wirtschaftsethik des Judentums: Reichtum wird als quasirechtliche Schuld des Reichen gegenüber dem Armen angesehen. Dahinter stehen das Gebot der Nächstenliebe sowie die Gleichheit aller Menschen als Urprinzip der Menschenrechte, das aus der Schöpfungsgeschichte abzuleiten ist: Gott erschuf den Menschen nach seinem Ebenbild.

Islam: Sunna und Schia

Die religiösen Lehren des Islam stehen einer Marktwirtschaft nicht grundsätzlich im Wege. Zu seinen marktwirtschaflichen Elementen zählen Hochachtung des Handels und der Händler, Anerkennung des Privatbesitzes, Abneigung gegen Monopole und Oligopole. Gleichzeitig schleppt die islamische Gesellschaft jedoch die Tradition eines starken und oft islamisch geheiligten Staates mit sich. Aus diesem Grunde wird den Einmischungen des Staates und seiner Machthaber häufig kein großer Widerstand entgegengesetzt. Zu den Relikten der Tradition gehört auch das Zinsverbot. Es wird in der Wirtschaftspraxis entweder ignoriert oder pragmatisch übergangen.
Im schiitischen Islam mit seinen Zentren im Iran, Irak und Libanon ist das hierarchische Denken noch stärker entwickelt als in der Sunna. Der Iran zum Beispiel wird von Großgrundbesitzern beherrscht; der Großhandel liegt überwiegend in den Händen der Bazaris, die enge Beziehungen zu den Schriftgelehrten haben. Vermögen werden im wesentlichen angehäuft zur Sicherung im Alter – das Geld wird aber nicht investiert.

Aus westlicher Sicht kann sich der Wirtschaftsprozeß in den schiitisch beherrschten Ländern erst nach einer umfassenden Säkularisierung entfalten. Das erfordert erhöhte Kompetenz und Öffnung für Innovationen.
Die Frage, ob eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung mit dem Hinduismus zu vereinbaren ist, muß gegenwärtig eher skeptisch beantwortet werden. Diese vor allem in Indien verbreitete Religion pflegt eher eine methaphysisch begründete Ergebenheit – Werte, die jene, die für eine leistungsstarke Marktwirtschaft notwendig erscheinen, geradezu entgegengesetzt sind. Leistungswille und Innovationsfreude können auf dem Boden der traditionellen indischen Kultur nur schlecht oder gar nicht gedeihen.

Die klaglose Unterordnung unter das Karma

Die westliche Überzeugung, zumindest in gewissem Maße seines Glücks eigener Schmied zu sein, widerspricht der klaglosen Unterordnung unter das Karma, das verdiente oder verschuldete Schicksal. Darüber hinaus wirft das Kastenwesen Sand in das Getriebe der Marktwirtschaft: Arbeit, Leistung, wirtschaftliche Tatkraft verleihen keinen sozialen Status, den verleiht die Kaste und eventuell die Religion. Indische Unternehmer schämen sich im Grunde, solche zu sein, zumindest in Gesellschaft von Hochkastigen.

Japans Urreligion orientiert sich am Nutzen

Die religiösen Strömungen Asiens sind, abgesehen allein vom Taoismus, dem wirtschaftlichen Leistungsdenken freundlich gesonnen. Musterbeispiel dafür ist Japan, dessen Gesellschaft noch heute mit mehreren Religionen Kontakt hat: in erster Linie mit dem Buddismus und dem Konfuzianismus. Die Urreligion der Japaner ist der polytheistische Schintoismus, der das Diesseits bejaht. Er hat keinen Begründer, kein dogmatisches Lehrgebäude, keine klar festgelegten Moralgebote und fördert ein Verhalten, das sich am praktischen Nutzen orientiert.

So hat sich der Beruf des Kaufmanns im Laufe der Geschichte gut entwickelt. Denn der wirtschaftliche Erfolg wurde religiös und philosophisch gerechtfertigt. Dabei ist das Gruppenbewußtsein der Japaner traditionell stark ausgeprägt. Es gelingt ihnen aber, eine gewisse Balance dazu im individuellen Pioniergeist zu finden. □

Neue Weltordnung

Wer oder was macht eine Nation?

Fred Blahut und Alec de Montmorency

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Hervortreten der verschiedenen unabhängigen und lange Zeit unterdrückten Nationen werfen ein Schlaglicht auf die Unwissenheit des Westens über die Völker der Regionen. Die neuen Staaten der Regionen haben Namen, die uns niemals in der Schule beigebracht wurden, und setzen sich aus Völkern mit langen, verschiedenen Geschichten zusammen, von denen westlichen Demokraten fast nichts bekannt ist. Aber diese sind nicht die einzigen gefangenen Völker der Welt. Länder überall in der Welt beherbergen ihre eigenen gefangenen Völker, mit eigenen verschiedenen Kulturen, Sprachen, Traditionen und Geschichten. Jetzt, wo das Sowjetimperium gestürzt ist und der Nationalismus sich wieder gekräftigt hat, kann es da noch lange dauern bis diese anderen unterdrückten Völker dem Beispiel der neuen unabhängigen Staaten folgen werden? In diesem Sonderbericht, an dem wir monatelang gearbeitet haben, bringen wir eine Übersicht über viele, aber keineswegs alle Staaten und Völker, die in den kommenden Jahren in Erscheinung treten könnten. Sie haben gegen alle Widerstände gekämpft, um ihre jeweilige Kultur und das Vermächtnis ihrer Ahnen ungeachtet einer erbarmungslosen Unterdrückung, unter der sie leben mußten, zu wahren. Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des Internationalismus. Es sieht so aus, als werde das 21. Jahrhundert das Jahrhundert des Nationalismus sein. Dieser Sonderbericht wird dazu beitragen, sich auf die neue Welt einzustellen.

Der fortschreitende Verfall des bolschewistischen Imperiums der Sowjetunion ist eine Demonstration des Strebens nach Freiheit vieler Nationen und Völker. Aber was ist eine Nation? Oder wer ist eine Nation? Laut Außenministerium der Vereinigten Staaten, dessen Meinung sich irgendwie stets in den Medien des Establishments widerspiegelt, ist eine Nation ein Stück Territorium, dessen Regime ein Mitglied der Vereinten Nationen ist. Dazu gehören natürlich solche »Nationen« wie Burkina Faso in Westafrika – bewohnt von den Stämmen Mossi, Gurunsi, Senuto, Lobi, Bobo, Mande und Fulani –, oder Zaire, der ehemalige belgische Kongo.

Zaire ist ein Gemisch von mehr als 200 Stämmen, die eine Vielfalt von Sprachen sprechen, die auf das Französisch ihrer einstigen Kolonialherren zurückgreifen müssen, um sich verständlich zu machen, und die durch einen Diktator zusammengehalten werden, der sich nicht nur ausländische Hilfsgüter und Schmiergelder vom CIA, sondern auch einen Großteil der Einkünfte aus dem Export des Landes unter den Nagel reißt.

Und doch gibt es viele gefangene Völker mit einer eigenen Sprache, Tradition und Loyalität – die aber vom amerikanischen Außenminsterium nicht anerkannt werden. Eines der ältesten dieser Völker sind die Berber in Nordafrika, die in der Geschichte als die Barabara auftauchen. Sie fielen im 17. Jahrhundert vor Christus unter ihrem Prinzen Monumin in Ägypten ein, belagerten das historische Theben und eroberten Ägypten.

Antike ägyptische hieroglyphische Beschreibungen deuten darauf hin, daß es blauäugige, weißhäutige, hochgewachsene und starke Krieger waren. Die Berber sind die echten »Eingeborenen« von Marokko, Algerien, Libyen und Tunesien. Archäologen bedienen sich immer noch der Berber-Sprache, um die alten ägyptischen Texte interpretieren zu können. Es leben derzeit mehr als zehn Millionen Berber in vier von Arabern beherrschten »Nationen« oder Nationalstaaten.

Die Kurden, von denen viele Amerikaner und wahrscheinlich auch viele Europäer zum ersten Mal im Zusammenhang mit den von Saddam Hussein im Irak inszenierten Massakern gehört haben, werden erstmals in sumerischen Texten von Eridu vor dem Jahr 2000 vor Christus erwähnt. Sie werden ebenfalls als blauäugig, weiß, kriegerisch und äußerst kräftig und langlebig beschrieben.

Viele Völker mit eigener Sprache und Geschichte

Im Kaukasus lebten vor dem Ersten Weltkrieg mehr als 40 verschiedene Volksgruppen mit eigener Sprache, Folklore, völkischer Tradition und Loyalität. Die am besten bekannten unter ihnen sind die Georgier und Armenier, die nach der bolschewistischen Revolution eine kurzlebige Unabhängigkeit genossen. Beide waren die ersten christlichen Königreiche, die sogar noch vor Griechenland zum christlichen Glauben übertraten.

Die Zirkassier, oder Tscherkessen, waren in der Geschichte wegen ihrer kämpferischen Fähigkeiten, ihrer Loyalität und ihres ritterlichen Charakters berühmt.



Josef Stalin (in heller Uniform) wird Anfang der dreißiger Jahre zum allmächtigen sowjetischen Diktator.

Sie waren auch wegen ihrer mit sicheren Füßen gesegneten Pferde bekannt, die sehr enge Gebirgspfade begehen konnten.

Sie wurden Anfang des 19. Jahrhunderts – nach 40 Jahren eines heldenhaften Kampfes – von den zaristischen Kossaken besiegt. Ihnen zu Ehren trugen im Ersten Weltkrieg sowohl Zar Nikolaus II. als auch sein Onkel, Großherzog Nikolaus, der kaiserlich-russische Oberkommandierende, zirkassische Gewänder als Uniform.

Andere Kriegerstämme des Kaukasus, mit eigener Sprache und eigenen völkischen Eigenheiten, sind die Tschtschenen, Abchasen, die Lesgier und Osseten. Eine Kriegernation, rund 400000 an der Zahl, sind die Osseten, hellhäutig und der Sprache nach Indo-Europäer (Indo-Germanen). Ihr historisches Land erstreckt sich über den Darial Paß, der den Kaukasus teilt. Anscheinend sind es die Nachkommen der Alanen, die während der großen Völkerwanderung des 4. Jahrhunderts den Goten nach Spanien hinein vorausgingen.

Die Saga vom riesigen Wolf und der Schlange

Die Osseten werden sowohl im Osten als auch im Westen durch Georgier eingesäumt, die Ossetien als rechtmäßigen Teil ihres Landes beanspruchen. Die Osseten oder Ossen werden in der Geschichte schon seit mindestens 3000 Jahren erwähnt; und ihre mythischen Legenden reichen sogar noch weiter zurück. Eine von diesen behandelt eine große Schlacht, die ihre Ahnen, weit zurück in der Morgendämmerung der Zeiten, gegen monströse Eindringlinge aus dem Süden und Südosten in einem Gebirgspaß ausfochten. Zu den Eindringlingen, so lautet die Saga, gehörte ein riesiger Wolf und eine gewaltige Schlange.

Andere ossetische Legenden ähneln denen der Awesta (religiöse Texte der Anhänger Zarathustras) des antiken Iran. Die ossetische Sprache wird immer noch gesprochen und hat ihre eigene bestimmte Literatur.

Die Georgier sind ein Volk/Nation für sich, da sie von Zar Alexander I. des kaiserlichen Rußlands anerkannt wurden. Als der König von Georgien nach St. Petersburg reiste, um ein Abkommen mit dem Zar zu treffen – ähnlich wie das Schutzabkommen, das Monaco heute mit Frankreich unterhält –, gab es ein Problem hinsichtlich des Rangs, der georgischen Edelleuten auf amtlichen Dokumenten verliehen werden sollte. Seinerzeit gab es eine beträchtliche Anzahl von »Towads«, oder »Herren«.

Einige waren erstklassige Towads, die Schößlinge der herrschenden Familien der verschiedenen Reiche – die Prinzen von Abchasien, Zirkassien und Emeritia zum Beispiel; einige waren zweitklassige Towads, mit kleineren Landbesitzen und wieder andere waren drittklassig. »Macht sie alle zu Prinzen«, soll der Zar zu seinen Ministern gesagt haben. So wurde Georgien ein russisches Protektorat, und viele Georgier wurden Prinzen – Titel, die sich bis zum heutigen Tage erhalten haben.

Noch ein anderes Land, das von Georgien beansprucht wird, ist Abchasien, früher mit seinem griechischen Namen Kolchis bekannt, das Land wo Iason sich auf die Suche nach dem Goldenen Vlies machte, und Medea, eine in medizinischen und magischen Pflanzen bewanderte Prinzessin, heiratete. Die verschiedenen abchanischen Volksgruppen sind seit mehr als 3000 Jahren wegen der Schönheit ihrer Frauen und ihres herrlichen Klimas bekannt.

Unter dem Schutz des russischen Zaren

Jetzt, als Abchasische Autonome (ehemals »Sowjetische«) Sozialistische Republik bekannt, wurde das Land im 19. Jahrhundert Teil des russischen Imperiums, als ihre Prinzen dem Zar Alexander I. Treue schworen und ihnen im Gegenzug der Schutz des Zaren gegen das Ottomanische Reich gewährt wurde.

Heute sind von den 506000 Einwohnern nur wenig mehr als 200000 völkisch gesehen Abchasen, die übrigen sind Georgier, Russen und Armenier, in dieser Reihenfolge. Das heutige Territorium – 7770 Quadratkilometer – ist dreimal so groß, wie das des Großherzogtums Luxemburg, das 2586 Quadratkilometer umfaßt.

Es gibt große Kohlevorkommen und strategisch gelegene Häfen, dazu eine blühende Landwirtschaft, die von den vulkanischen Böden und reichlichen Niederschlägen profitiert. Abchasien ist wegen seiner Hundertjährigen berühmt.

Im nordöstlichen Kaukasus leben die Awaren. Obwohl sie heute nur noch etwas über eine Million zählen, haben die Awaren in der Geschichte Europas im frühen Mittelalter eine bedeutende Rolle gespielt. Sie waren durch ihr Goldhamstern berühmt, und das englische Wort »avaricious« (geldgierig, habsüchtig) illustriert das.

Mit den Hunnen verwandt

Die Awaren hatten ihren Ursprung in der Mongolei und zogen im Gefolge der Hunnen, ihren völkischen Freunden und Verwandten, nach Westen.

Wie die Hunnen waren sie nomadische Reiter mit Neigung zu Plündereien. Sie überfielen Persien und das byzantinische Reich, und zogen dann westwärts nach Pannonien (heute Ungarn), Illyrien (heute Kroatien) und sogar bis nach Bayern und ins Rheinland hinein. Dort stießen sie mit den Franken zusammen, deren König Sigisbert (sigis = Sieg; bairth = hell, strahlend auf Gotisch) sie zurückwarf. Da die frühen Awaren bei ihrer Gewohnheit blieben, ihre Nachbarn überfielen, um ihren Schatz des gelben Metalls zu vermehren, scheiterten sie eines Tages kläglich an den Heerscharen Charlemagnes, eines anderen fränkischen Königs, der sein Imperium nach Osten und Süden hin erweiterte. Charlemagnes Name wird mit »Karl der Große« oder »Karl der Dicke« übersetzt, je nachdem ob man ihn mag oder nicht.

Die Streitkräfte der Awaren wurden vernichtend geschlagen und ein Großteil ihres Goldes fiel in die Hände Karls des Großen, der viel davon verwendete, um Kultur nach Paris und Aachen, seine beiden Hauptstädte, zu bringen. Er lockte einige der größten Gelehrten seiner Zeit an sich, die dazu beitrugen, an diesen Orten die allgemeine Wissenschaft und Geisteswissenschaften zu entwikkeln.

Karl der Große bewilligte auch Gelder, um Studenten aus ganz Europa anzuziehen, und verschaffte somit seinem Reich einen großen Bekanntheitsgrad in der Welt des Geistes. Zu den Projekten, die er mit dem Gold, das er von den Awaren bekommen hatte, finanzierte, gehörte auch das »Rolandlied«, das eine legendäre Schlacht, in der sein Neffe, Roland, im Kampf gegen die Mauren fiel, behandelt. Das »Rolandlied« ist das hervorragendste Epos in der französischen Literatur. Heute bilden die modernen Awaren die Mehrheit in einem großen Teil von Dagestan im nördlichen Kaukasus. Sie sprechen immer noch ihre Ursprache und haben sich viele ihrer alten Gebräuche bewahrt.

Eine sehr bekannte Nation

Eine der größten und am besten bekannten »gefangenen Nationen« der jetzt dahingeschiedenen Sowjetunion ist Ukraine (nicht die »Ukraine«, wie sie die »New York Times« hartnäckig immer wieder nennt). Als die Heiligen Kyrillos und Methodios das Christentum ins Hinterland von Konstantinopel brachten, bekehrten sie Ukraine zum Christentum. Dies geschah mehr als 100 Jahre bevor das Herzogtum Moskau – das zu »Rußland« wurde – mehr als eine Gruppe von Hütten an Straßenkreuzungen war. Hunderte von Jahren später versuchte Moskau, seinen südwestlichen Nachbarn zu absorbieren.

Die Russen waren vor den Muskoviten da

Die Bewohner der Gegend waren jedoch schon vor den Muskoviten »Russen«. Zu Beginn des 12. Jahrhunderts, als Anna Jeroslawnowa, Tochter von Jaroslaw dem Weisen, Großprinz von Kiew, Heinrich II. von Frankreich, heiratete, unterzeichneten sie die Heiratsurkunde mit »Anne de Russie«.

Das Wort »Rus« oder »Ruth« wurde zur Bezeichnung des Gebietes nördlich des Schwarzen Meeres, als die Skythen kamen, in deren Sprache »Rus« oder

Wer oder was macht eine Nation?

»Ruth« »blond« bedeutete, daher das russische Wort »Roosij« (blond).

Der Begriff »Schira« wurde von Herodotus für das Land an der Nordküste des Schwarzen Meeres, oder Skytia, verwendet. »Schira« war ein gotisches Wort und bedeutete »klar«, »schier« oder »aufklärend«. In der gotischen Bibel des Bischofs Wulfila nannte dieser die Kommentare oder Erklärungen, die er hinzufügte, »sheirens«, was »Klarstellung«, »Erklärung« oder »Kommentar« bedeutet.

Als sich das Land Rus bis ins Moskauer Gebiet ausdehnte, das vorher von finnischen Stämmen bewohnt war, wurde das größere Gebiet zu »Groß-Rus«. Peter der Große benannte es in »Rußland« um, um sich den griechischen Bezeichnungen für das Land und seine Bewohner anzupassen.

Lenin konnte bei den Ukrainern nicht Fuß fassen

Heute wird das Wort »Ukrainer« als rechtmäßige Bezeichnung für die Bewohner des Landes verstanden, das zu Zeiten der Großfürsten von Kiew »Rus« hieß.

Die ukrainische Sprache ist eine andere Sache. Es war seit urdenklichen Zeiten die gemeinsame Sprache des Gebietes, ist älter als die russische Sprache und hat viele altslawische Formen beibehalten.

Ein Grund, warum die orthodoxe Kirche von Rußland – manchmal die orthodoxe Kirche von Moskau oder die orthodoxe Kirche innerhalb Rußlands genannt – das Altslawische – eine tote Sprache analog dem Lateinischen im Westen – verwendete und dies immer noch tun, ist der, daß alle Völker der Gegend die Lieder verstehen konnten.

Eine Eigenschaft, die die Ukrainer von den Russen unterschied, war, daß erstere als diejenigen galten, die selbständig denken konnten und nicht hinter jedem Redner herliefen, der vorbeikam. Zum Teil deswegen – so sagt man – konnte Lenin in der Ukraine mit der gleichen Rhetorik, die in »Großrußland« – der zaristische Begriff für das eigentliche Rußland – so erfolgreich war, nicht recht vorankommen.



Der demokratische Kandidat Franklin D. Roosevelt siegt und verspricht dem »vergessenen Menschen« ein neues Amerika.

Lektion in Überlebenskunst

Kosaken, die freiheitsliebenden Reiterverbände der russischen Steppe, leben trotz des an ihrem Volke begangenen Holocaust immer noch. Es gibt etwa zwei Millionen von ihnen in ihrem Heimatland und möglicherweise 200000 bis 300000 andere, die über die ganze Welt, bis nach Australien oder Neuseeland, zerstreut sind. Eine genaue Zählung der Kosaken, sowohl in ihrem Heimatland als auch anderswo, ist schwierig, weil viele slawisch sprechende Menschen behaupten, mit den kühnen Reitern verwandt zu sein.
Im zaristischen Rußland während des Ersten Weltkrieges gab es Bürger, die »Pripinskij-Kosaki«, das heißt »eingetragene Kosaken«, genannt wurden. Es waren Leute, die in den Reihen der Kosaken kämpfen wollten, und denen dieses Privileg von der kaiserlichen Regierung gewährt wurde. Diese Leute waren gewöhnlich – aber nicht immer – irgendwie mit Kosaken verwandt; aber manchmal war diese Verwandtschaft nur geistiger Natur.



Unter der Führung des Generals Francisco Franco (vorne rechts) beginnt 1936 der spanische Bürgerkrieg. Links: Oberst Moscardó, der den Alcázar von Toledo gegen die Regierungstruppen gehalten hat.

Die Erklärung hierfür liegt in der völkischen Psyche der slawischen Völker und in den Volkslegenden dieses ganzen Gebietes der Welt, in der kosakischen Atamanen –

das heißt Kriegsherren oder Stammeshäuptlinge – die Helden waren.

Man sagt, daß, wenn er eine heldenhafte Baritonstimme oder der Chor eine wohlhabende Ballade über Ataman Stenka Rasins Hochzeit – mit ein paar Wodkas

sich den einfallenden Truppen ergab, um ein zu erwartendes Massaker zu verhindern.

Ohne Zeit zu verlieren ritt Jermak nach Moskau zurück, und da er vor Iwan eintraf, teilte er diesem mit, er habe ein neues Reich erobert. Sibir, wo es haa-

nen, melodischen Versen niedergeschrieben, ist jetzt ein sehr beliebtes Volkslied. Es wird mit Gusto gesungen, wo immer Russen und russischsprechende Leute sich zu einigen Wodkas und tränenreichen Sagen von den »guten alten Zeiten« zusammenfinden.



Vor allem durch die Zwangsarbeit wird die rapide Entwicklung der Sowjetunion in den dreißiger Jahren erreicht.

vor sich – anstimmen hört, fühlt sich ein Russe jeder Beschreibung zu 100 Prozent als Kosake und stimmt in den Gesang ein. Das Gleiche wird über Lieder gesagt, in denen die Husarenstücke Jermaks, des Eroberers von Sibirien, besungen werden.

Ein beinahe tödlicher Irrtum

Die Geschichte besagt, daß Jermak Timofejewitsch, ein Kosakenführer des 16. Jahrhunderts, ahnungslos eine Domäne plünderte, die Iwan der Schreckliche – der erste russische Zar – für sich beanspruchte. Da sie ihren möglicherweise tödlichen Irrtum zu spät bemerkten, ritten der Ataman und seine Streikräfte nach Osten, überquerten den Ural und kamen zu einer Tataren-Siedlung, Sibir genannt, wo der örtliche Khan, Kiptschuk, der glaubte, er habe es mit einer großen Armee von Moskau zu tun,

rige Elefanten gebe, die die Einheimischen »Mamute« nannten, dazu Leute mit zwei Köpfen und andere, die überhaupt keinen Kopf hätten.

Zar Iwan war über diese Geschichte und den Geschichtenerzähler entzückt, und vergab dem eigenwilligen Ataman nicht nur seine Sünden, sondern schenkte ihm auch ein Panzerhemd. Jermak ritt nach Sibir zurück, nur um dort seine Truppen von Kiptschuk und seinen Tartaren bedrängt zu sehen, da Kiptschuk inzwischen den Irrtum seiner überhasteten Kapitulation erkannt hatte.

Es war Mitte Sommer, und ein Gewitter tobte. Jermak befahl seinen Kosaken, durch den Irtysch zu schwimmen. Wie das unter seinem Volk so üblich war, führte er die Attacke selbst an. Unglücklicherweise war er so stolz auf sein Panzerhemd, daß er es nicht ablegen wollte. Dies sollte sein Verhängnis werden, denn er schaffte es nicht bis zum anderen Ufer.

Das Epos, von dem Baladensänger Lermontow in wunderschö-

Die Ursprünge des kosakischen Volkes verlieren sich in den Nebeln, die vom Schwarzen Meer aus über die Steppe treiben. Eine Theorie bringt sie mit den antiken Kassiten, den wilden Reitersmännern, die im 18. Jahrhundert vor Christus Mesopotamien eroberten, in Verbindung. Die Kassiten sprachen eine indogermanische Sprache und ihr Aussehen und ihre Gebräuche glichen denen der heutigen Kosaken. Aber der Zusammenhang zwischen diesen beiden Volksgruppen ist nichts weiter als eine unbegründete Theorie.

In Wirklichkeit schwoll die Bevölkerung des Kosakenlandes im 16., 17. und 18. Jahrhundert mit dem Einstrom der Flüchtlinge aus Rußland, Litauen und Polen, die der Knechtschaft enflohen, stark an.

Ursprünge liegen im Nebel der Geschichte

1812 ritten sie auf den »klich« (kaiserlichen Ruf) des Zaren Alexander I. hin aus ihrer Steppe heraus, um sich der gewaltigen – auf 500000 Mann geschätzten – Armee Napoleon Bonapartes entgegenzustellen, der sie eine verheerende Niederlage beibrachten, indem sie die französische Logistik durch blitzschnelle Überfälle unterbrachen.

1814 erreichten die Kosaken ihren Zenith, als sie unter der Führung von Ataman Platow und des Herzogs von Bourbon nach Paris hineinritten und auf der Champs Elysees kampierten.

In dieser Zeit wurde eine Anzahl neuer Wörter in die französische Sprache aufgenommen. Eines ist »bistro«, was auf Russisch »schnell« heißt, und so bezeichneten die Kosaken eine französische Bar, wo man an der Theke trinken konnte. Russisch war natürlich die »lingua franca« des russischen Reiches, zu dem zu jener Zeit »Kosakia« gehörte, das heute Kasachstan genannt wird.

Der Holocaust an den Kosaken

Folgendes war geschehen: Die Kosaken durften in kleinen Gruppen ausgehen, um auf die Schnelle einen zu sich zu nehmen. Sie eilten dann in eine Taverne, und, anstatt sich an einen Tisch zu setzen und auf die Bedienung zu warten, gingen sie zur Bar, wo der Anführer der Gruppe eine kleine Silbermünze auf den Schanktisch warf und »bijstro« (»schnell«) rief. Sie schluckten dann ihren Brandy herunter und liefen wieder zu ihren Zelten, damit eine andere Gruppe ihren Drink bekam.

Das Wort »Bistro« mit der jetzigen Bedeutung »einer kleinen, abgelegenen, bescheidenen, äußerst saloppen Bar oder Taverne«, oder, alternativ dazu, eines »Nachtclubs«, wurde als Folge französisch-amerikanischer Kontakte im Ersten Weltkrieg in der amerikanische Sprache aufgenommen.
Im Ersten Weltkrieg und im Russischen Bürgerkrieg kämpften die Kossaken heldenhaft für Zar Nikolaus II., aber im Zweiten Weltkrieg kämpften nur wenige von ihnen für Josef Stalin und die Roten. Die meisten warteten auf die Deutschen, in der Absicht, den antibolschewistischen Streitkräften beizutreten. Ein bolschewistischer Holocaust am kosakischen Volk wurde nach Kriegsende begangen.

Neue Weltordnung

Wer oder was macht eine Nation?

Das Schicksal der Kosaken ist eine der ergreifensten Tragödien unserer Zeit. Was jetzt mit ihnen geschieht, hängt weitgehend von der Einstellung aller freiheitsliebenden Völker der Welt ab.

Das Schicksal von Ruthenien

Und es gibt noch ein Land, das als »Rus« bekannt ist. Es ist Ruthenien. Versuchen Sie erst garnicht, es auf einer modernen Karte zu finden. Mit Hilfe der Vereinigten Staaten wurde es nach dem Zweiten Weltkrieg in das von den Sowjets beherrschte Territorium eingegliedert. Man kann sich eine Vorstellung aus der Tatsache machen, daß das Land »Transkarpatisches Rußland« oder »Transkarpatische Ukraine« genannt wird.

Damals, in den Tagen der Großprinzen von Kiew, war Ruthenien ein bedeutendes Handelszentrum und der Knotenpunkt einiger Handelsstraßen. Es war bedeutend genug für Rom, um einen Ruthenischen Ritus zu schaffen. Aus Platzmangel können wir jetzt keine ins Einzelne gehenden Erklärungen über die politische und religiöse Bedeutung dieser Handlung abgeben. Aber der Ruthenische Ritus besteht heute immer noch, in Vereinigung mit Rom.

Zwischen den beiden Weltkriegen war Ruthenien eine von vier autonomen Republiken der Tschechoslowakei. Das Gebiet wurde von Polen, Ungarn, Ukraine, Rußland – und die ehemalige UdSSR –, der Slowakei und Deutschland beansprucht. Seine ganze buntgescheckte Geschichte hindurch trachteten alle Nachbarreiche danach, es zu »beschützen«. Die Ungarn kämpften gegen die Hunnen um dieses Privileg, sonst aber stand es unter der Herrschaft des Heiligen Römischen Reiches, manchmal als getrenntes Gebilde und manchmal als »Provinz« eines anderen politischen Gebildes.

Zur Zeit des Münchner Abkommens im Herbst 1938 stand es oft in den Nachrichten als umstrittenes Gebiet.

Wer kennt die Völker, wer die Namen?

Das Gebiet wurde von vielen Ländern beansprucht, und die einzelnen Anspruchsteller bestanden darauf, daß das Volk von Ruthenien in Wirklichkeit ein Segment einer anderen Volksgruppe sei. Die Slowaken zum Beispiel behaupteten, die Ruthenen seien eigentlich Slowaken; das Gleiche traf auf die Ukrainer zu, und – was beinahe unerklärlich ist – die ungarische Regierung in Buda-Pest – später als Budapest bekannt – bestand darauf, daß Ruthenien, früher ein Teil der Donaumonarchie, zu Ungarn gehöre.

Zu versuchen, dies den Lesern zu erklären, wurde zu einer wirklichen Prüfung für Zeitungen in ganz Westeuropa. Die Westeuropäer – natürlich ebenso wie viele Amerikaner – konnten sich niemals über die verschiedenen Nationen/Völker Mittel- und Osteuropas ein klares Bild machen.

Eine Karrikatur in einer Pariser Zeitung stellte einen französischen Arbeiter dar, der auf eine riesige Schlagzeile in seiner Zeitung starrt, seine Mütze schwebt über seinem Kopf – sie ist ihm sozusagen hoch gegangen –, als er die Riesenbuchstaben liest: »Die Ungarn der Transkarpatischen Ukraine wollen keine Rumänen sein« (»Les Hongrios de l'Ukraine Transcarpathique Ne Veulent Pas Etre Rumanians«).

Transkarpatische Ukraine war der von den Kiewiten benutzte Name für Ruthenien. Viele Leute im Westen nannten die Bewohner der Gegend »Ungarn«, obwohl sie keine Ungarn (Magyaren) waren und nie gewesen waren. Es war suggeriert worden, daß Ruthenien an Rumänien abgetreten werden sollte. Natürlich beschwerten sich die Einheimischen darüber. Daher die Karrikatur.

Der Name »Ruthene«, leitet sich, wie bereits erwähnt, von dem Wort »Rus« ab. Nach dem Zweiten Weltkrieg verschwand Ruthenien in der Slowakei und in Ukraine. Keine von diesen beschwerte sich. Ruthenien ist ein slawisches Land. Das Wort »Slawe« war ursprünglich eine Übersetzung des Wortes »Rus« in die wendische Sprache, was auf Gotisch »Hroth« oder »Ruhm« heißt. »Slawa« bedeutet »Ruhm« auf Russisch – und Altslavonisch.

Die baltischen Staaten

Die drei Staaten des Baltikums – Estland, Lettland und Litauen – sind in letzter Zeit häufig erwähnt worden, darunter auch in dem jetzt nicht mehr bestehenden Deal zwischen Bush und Gorbatschow, sie weiter in Gefangenschaft zu halten. Und dies trotz der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten die Absorption dieser Länder in die UdSSR im Jahre 1940 niemals offiziell anerkannt haben.

Die Esten, Letten und Litauer unterscheiden sich voneinander und sind keine Russen. Alle drei Länder haben alte anerkannte Kulturen. Estland taucht im erstn Jahrhundert vor Christus in der Geschichte auf, wird von dem römischen Historiker und Verfasser Tacitus erwähnt.

Waldemar II., König von Dänemark (1170 bis 1241) fiel in Estland ein und baute 1219 das Schloß Tallin-Reval. Nach dem Volksaufstand in Estland im Jahre 1345 verkaufte der dänische König seine Gebiete in Nordestland an den deutschen Ritterorden, nach einem in Rom verhandelten Abkommen. Die Ritter beherrschten bereits den südlichen Teil des Landes, Livland genannt. Die Ritter und die Hanse beherrschten das Land bis 1561, als sich die Handelsliga auflöste.

Im Gefolge der darauffolgenden Ungewißheit baten die Edelleute Nordestlands Schweden um Schutz, und Polen übernahm den schlecht organisierten südlichen Teil des Landes, darunter Tartu, eine südliche Provinz, die gewöhnlich von vielen anderen Mächten beansprucht wurde.

Die wechselvolle Geschichte der Letten

Nach dem Schwedisch-Russischen Krieg trat Schweden Estland an Peter I. von Rußland ab. Die bolschewistische Revolution zerbrach die Umklammerung durch das kaiserliche Rußland, und 1918 wurde eine unabhängige Republik Estland ausgerufen. Von allen Staaten der Welt, darunter die Vereinigten Staaten, anerkannt, war Estland Mitglied des Völkerbunds und blieb bis zum Einmarsch der Sowjets im Jahre 1940 ein freies Land.

Lettische Stämme tauchten erstmals währen des 9. Jahrhunderts nach Christus in dem Gebiet des heutigen Lettlands auf, bevor es überhaupt ein Rußland gab. Seit dem 13. Jahrhundert wurde Lettland nacheinander von Deutschland, Polen und dem kaiserlichen Rußland, danach von den Bolschewisten beherrscht.

Im 13. Jahrhundert brachten die deutschen Ritter das Christentum in das Gebiet, und von 1237 bis 1561 war Lettland ein Teil von Livland, die Domäne der oben erwähnten Ritter. Als Livland 1561 auseinanderbrach, absorbierte Polen die Provinzen Latgale, Vidzeme, Kurzema und Zemgale. Ein Teil des Landes wurde zu Kurland, ein unabhängiges Herzogtum unter polnischer Souveränität.

Schweden eroberte 1621 Riga und Vidzeme, verlor es aber im 18. Jahrhundert an Rußland.

Der älteste der drei baltischen Staaten ist Litauen. Archäologische Funde deuten darauf hin, daß Litauen die Ostseeküsten schon 2500 vor Christus bewohnten. Wegen der Ähnlichkeit zwischen der alten litauischen Sprache und dem Sanskrit kann es auch sein, daß Litauer schon vor Christus das Becken des oberen Dnjepr bewohnten.

Auf jeden Fall erwähnt um das erste Jahrhundert vor Christus herum der römische Historiker Cornelius Tacitus die Litauer als Volk und Kultur für sich. Sie werden erstmals in einem mittelalterlichen preußischen Manuskript, der »Quedlinburger Handschrift«, im Jahre 1009, Litauer genannt.

Die Ritter widersetzten sich

Als die deutschen Ritter im 13. Jahrhundert ihren Griff auf das Baltikum festigten, war Litauen

das einzige Land, das stark genug war, Widerstand zu leisten. Die deutschen Ritter wurden im gleichen Jahrhundert besiegt, und etwa 100 Jahre später entstand ein litauisches Reich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, einschließlich Ruthenien und ein Teil von Ukraine. Es folgte ein Bündnis mit Polen, und um das 16. Jahrhundert herum wurden Polen und Litauen zu einer politischen Einheit.

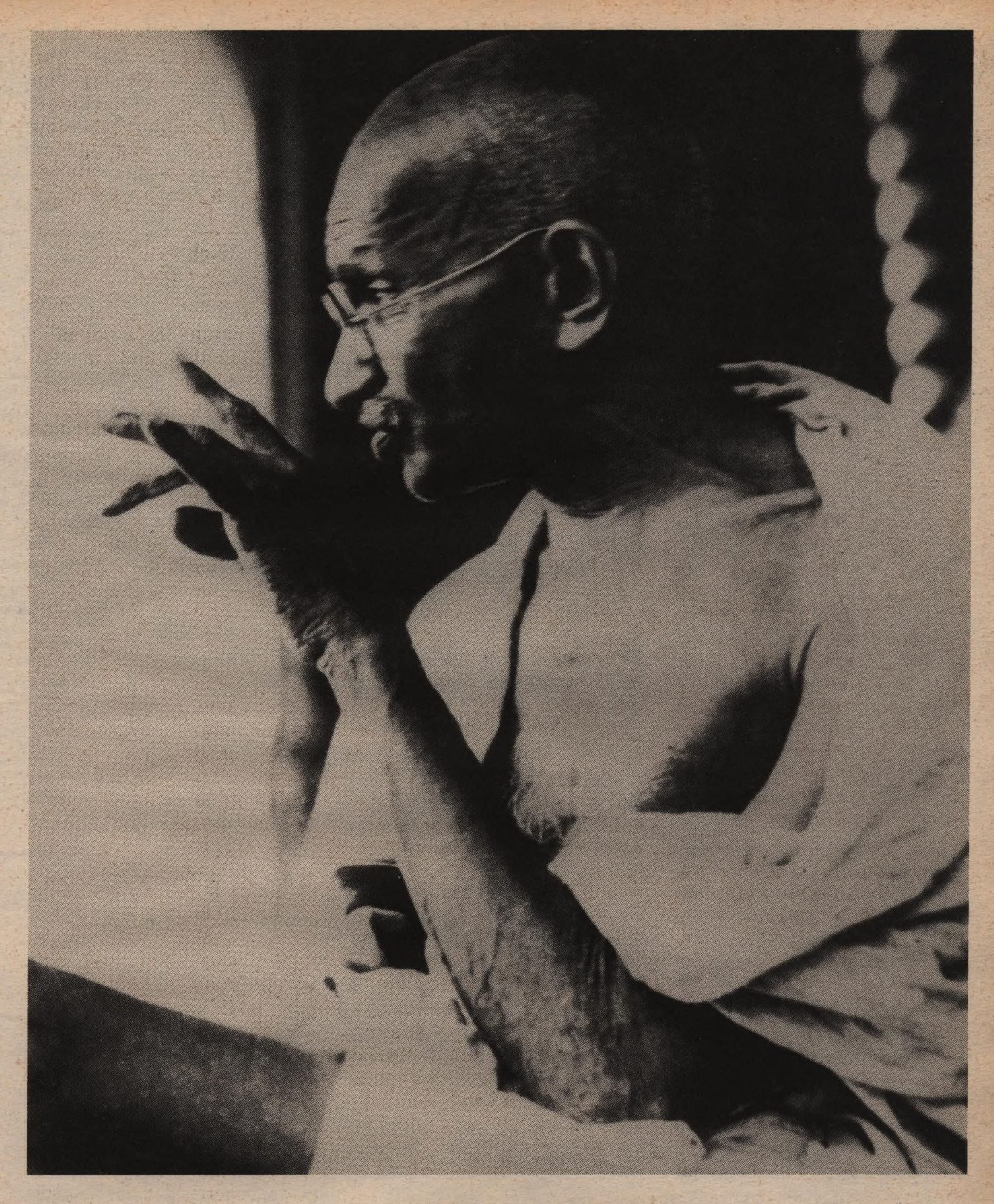
Aber 200 Jahre später fiel Polen ab, und Litauen wurde von Rußland erobert und annektiert. Nach der bolschewistischen Revolution wurde Litauen unabhängig und blieb es bis 1940.

Sibirien war niemals Rußland

Auch die Russische Republik selbst, wie sie auf den allerneuesten Landkarten, die im Fernsehen gezeigt werden, dargestellt wird, ist nicht das, was sie zu sein scheint. Das eigentliche Rußland ist vielleicht 60 Prozent von dem, was als »Rußland« bezeichnet wird. Iwan der Schreckliche eroberte zwar einen Großteil des Gebietes nach Osten hin, machte es aber nicht zu »Rußland«. Sibirien zum Beispiel war niemals wirklich Rußland.

Und innerhalb des sogenannten »Sibirien« befinden sich die Republiken Jakutsk-Sachalin, ein riesiges Gebiet mit einer verhältnismäßig kleinen Bevölkerung. Auch als Jakutien und Kakutskaja bekannt, hat es seine eigenen Gebräuche, Sprache und Bevölkerung. Nicht alles, was Sibirien genannt wird, ist in Wahrheit sibirisch. Über die Jahre hinweg haben zunächst die Zaren, dann die Bolschewiken Ruhestörer zur Arbeit in die Bergwerke von Jakutien geschickt, so daß die russische Bevölkerung größer als die der Einheimischen wurde.

Das Gleiche gilt für Tuwa, früher als Tannu-Tuwa bekannt. Obwohl Geographen des amerikanischen Außenministeriums berichten, es sei ein Teil des südlichen Sibiriens, ist Tuwa ein Volk für sich von geschickten Handwerkern mit seiner eigenen reichhaltigen Folklore. Die Tuwaner sind für ihre seltsame Art des Singens, »xoeoemij« oder Kehlsingen, berühmt. Beim Kehlsingen läßt eine Stimme gleichzeitig zwei oder gar drei harmonische Töne erklingen, was eine schauerliche, sehnsüchtige Musik ergibt.



Mohandas Karamchand Ghandi, ein sanftmütiger Inder mit einem eisernen Willen, wird zum großen Herausforderer der Briten.

Kehlsingen wird in mehreren Ländern, darunter die Mongolei und Tibet, gepflegt, aber die Tuwaner sind die anerkannten Meister dieser ungewöhnlichen Gesangsart. In dem vielseitigen Land Tuwa werden sowohl Rehe als auch Kamele gezüchtet.

Ebenfalls dabei, von der ehemaligen UdSSR loszubrechen, sind die Republiken Kirgisien, Tadschikstan, Turkmenistan und Usbekistan, alle nördlich von China, Pakistan und Afganistan gelegen. Nördlich davon liegt Kasachstan, größer als Ukraine, und erstreckt sich von der Nordseite des Kaspischen Meeres bis zur Mongolei. Ihre Bevölkerung sind weit mehr Asiaten als Europäer, und es sind nicht einmal annähernd Russen.

Dann gibt es noch Aserbeidschan und natürlich Armenien.

Georgien, die Geburtsstätte von Josef Dschugaschwili, genannt Stalin, liegt an der Ostküste des Schwarzen Meeres, direkt nördlich von Armenien und der Türkei.

In Westeuropa gibt es auch immer noch nicht assimiliierte Volksgruppen, die sehr alt sind, von denen einige weiterhin um ihre Unabhängigkeit kämpfen.

Auch in Westeuropa gibt es Unterdrückte

Auf jeder Seite der Pyrenäen leben die Basken, sowohl in Frankreich als auch in Spanien. Der Ursprung der Basken ist nicht bekannt, obwohl es zahlreiche Spe-

Wer oder was macht eine Nation?



Kemal Atatürk (mit Zigarette) versucht, die Türkei binnen weniger Jahre total zu europäisieren.

kulationen und Theorien darüber gibt. Die Basken haben eine eigene Sprache, die anscheinend mit keiner anderen bekannten Sprache verwandt ist.

Aus Aufzeichnungen, die bis zum Römischen Reich zurückreichen, erfahren wir, daß Euskadi (»Baskenland«) es klugerweise ablehnte, mit den Römern einen Freunschaftsvertrag zu schließen, weil die Basken festgestellt hatten, wie die Römer später solche schriftlichen niedergelegten Texte auslegten, um die Souveränität an sich zu reißen und dann ihre Legionen hinausschickten, um die unglücklichen Einheimischen zu besiegen; beinahe so wie die Engländer, die amerikanischen Indianer aus ihrem Land herauszutricksen verstanden.

Die hartnäckige Weigerung der Basken zog einen bewaffneten Zusammenstoß, in dem die Römer geschlagen wurden, nach sich. Viel später waren die Basken mit den Goten Spaniens gegen die Mauren verbündet und hatten ihr »Fueros« (Parlament), das von den Königen von Kastilien, dann von den spanischen Monarchen bis Mitte des 19. Jahrhunderts anerkannt wurde. Dann, im Kielwasser der Carlistischen Kriege, in dem die Basken die Verliererseite unterstützten, wurden jene Privilegien wieder rückgängig gemacht.

Diese Tatsache, zusammen mit anderen Gründen, darunter wirtschaftliche, sind die Ursache für die derzeitigen Auseinandersetzungen, bei denen einige Basken auf Terrorismus zurückgreifen. Wie die Kurden kämpfen die Basken seit der Morgendämmerung der Geschichte um ihre Unabhängigkeit.

Weiter nördlich liegen die Orkney-Inseln, wo König Artus' Schwester Königin gewesen sein soll. Die Orkadier haben immer noch ihre eigenen Bräuche und Folklore – und viel Öl.
Dann gibt es noch die Bretagne, längs der Küste des heutigen Frankreichs, wo mehr als eine Million Menschen immer noch die keltische Sprache der Waliser Abart sprechen. Ursprünglich war es die Sprache der Gallier, ähnlich wie die gälischen Mundarten – Gael Albinnich von Schottland und Gael Erinnich von Irland.

An den Küsten der Kelten

Die Römer löschten sie aus, aber dann, im 5. Jahrhundert, kamen die überlebenden Ritters des König Artus und deren Anhänger an die Macht und tauften das, was einmal Armor (»Land der See«) war, in Kleinbritannien oder Bretagne um.

Die bretonische nationalistische Bewegung – »Braits Atao« – ist immer noch stark, aber die meisten Bretonen sind viel zu sehr mit Angeln oder mit der Bearbeitung ihrer Gemüsefelder beschäftigt, als sich in die Politik einzumischen.

Die Mongolei war sowohl Opfer als auch Betreiber von verschlungenen Eroberungen. Zunächst kamen die großen Khans aus der Mongolei und eroberten China und einen Großteil der bekannten Welt. Dann eroberten die Chinesen die Mongolei. Die Mongolei bleibt eine Nation für sich; oder Nationen, wenn man die Innere und die äußere Mongolei getrennt zählt.

Die Mongolei eine Nation für sich

Moldawien ist eigentlich keine Nation. Es ist historisch ein Teil von Rumänien, seit Michael der Tapfere erstmals ein »Land der Romani« gründete. Michael war im 16. Jahrhundert Prinz der Walachei und Moldawiens.

Die falsche Nation Jugoslawien

Im Westen liegt die schnell auseinanderfallende, falsche Nation Jugoslawien. Die Hauptvölker in diesem zusammengeschusterten Land sind Kroaten, Serben und Slowenen, gefolgt von Makedonier. Philip von Makedonien und sein Sohn, Alexander der Große, eroberten einen Großteil der damals bekannten Welt. Jetzt ist das Land/Nation Makedonien zu einer Provinz reduziert. Teile von Makedonien liegen nicht einmal in Jugoslawien, sondern sind zwischen dem benachbarten Griechenland und Bulgarien aufgeteilt.

Aber wenn Jugoslawien wirklich die »Union der südlichen Slawen« ist, dann muß es sich von Makedonien trennen, weil die Makedonier, die mit den Griechen eng verwandt sind, zu keinem slawischen Volksstamm gehören.
Vor der Westküste Italiens liegt Korsika. Die Korsen sind auch eine Nationalität für sich, obwohl sie keine eigene Sprache haben, sondern im allgemeinen sowohl Französisch als auch Italienisch sprechen. Sie sind sich in ihrer gemeinsamen Bewunderung ihres Landsmannes, Napoleon Bonaparte, einig. Aber das muß nicht so bleiben.
Dann haben wir Belgien, ein Land das keine eigene Sprache hat sondern gezwungen ist, entweder Französisch oder Niederländisch zu sprechen. Viele der Frankophonen, oder Wallonen, hätten gerne ein Land für sich, und viele, deren Muttersprache Niederländisch, Flämisch ist, fühlen genau so.

Das tibetische Volk ist mindestens so alt wie die Berber und die Kurden, und die Einwohner sprechen eine sehr alte Sprache.

Die alte Nation der Tibeter

Sie werden von dem chinesischen kommunistischen Regime in Peking gefangengehalten, und hunderttausende von Tibetern sind ermordet worden. Und doch wird Tibet vom amerikanischen Außenministerium nicht als Staat anerkannt.

Rotchina und seine Alliierten, wie die Familie Bush, sind besorgt, daß Tibet, wenn ihm seine Unabhängigkeit zurückgegeben wird, für mehrere chinesische Provinzen wie zum Beispiel Sinkiang (Chinesisch-Turkestan) ein gutes Beispiel sein könnte und das chinesische Imperium ebenso explodieren würde wie die UdSSR.

Im Fernen Osten lebt das alte Volk der Ainu in Nordjapan, von dem man annimmt, daß es von einem kaukasischen Volk abstammt, das einst in Nordasien lebte. Sie wurden von mongoloiden – nicht mongolischen – Invasoren von anderswo in Asien auf die nördlichen Inseln vertrieben.

Heute sind viele Ainus aus die japanischen Hauptinseln gezogen, behalten aber ihre unterschiedlichen Eigenheiten, Überzeugungen und Praktiken bei – zum Leidwesen der japanischen Regierung, die für eine strenge rassische Homogenität eintritt.

Die Probleme Südamerikas

Am südlichen Zipfel von Südamerika leben die Leute vom Stamme Yahagan von Tierra del Fuego (Feuerland), die für ihre Abgehärtetheit und ihre Gewohnheit, in den umliegenden eisigen Gewässern zu schwimmen, bekannt sind. Sie werden jetzt von Argentinien und Chile kolonisiert.

Weiter nördlich leben die Araukaner, einst ein unabhängiges Reich, die gegen Chiles und Argentiniens Eroberungsheere kämpften. Es gibt noch einige araukanische Stämme; die zahlenmäßig am stärksten sind die Tehuelches. Sie sprechen immer noch ihre eigene Sprache und sind wegen ihrer Kenntnis der heimischen medizinischen Flora bekannt.

Noch weiter nördlich, aber immer noch in Südamerika, leben die Völker Ketchua und Aymara, die zum alten Inka-Imperium gehörten. Sie haben sprachliche und kulturelle Identität bewahrt und sind fleißige, gesetzestreue Leute, die sich hartnäckig der Hispanisierung widersetzt haben.

Sie leben in Peru und Bolivien – ehemals Hoch-Peru – und erfüllen anscheinend alle Bedingungen oder Eigenschaften, die man gewöhnlich mit dem Begriff nationale Selbständigkeit in Zusammenhang bringt.

Nördlich von ihnen leben die Arawak-Indianer von Venezuela und Brasilien, deren Stammesgebiet an den Quellflüssen des Orinoco und weiter südlich von Goldsuchern, hauptsächlich aus Brasilien, heimgesucht werden, die Verschmutzung, ökologische Zerstörung, Krankheiten und Verbrechen in die einst friedlichen Wälder hineintragen.

Und noch weiter nördlich leben die Maja, ein altes Volk mit eigener Sprache und Religion, die Pyramiden bauten, nachdem die Ägypter damit aufgehört hatten ihre zu bauen. Die Maja zogen sich nach dem Eintreffen der spanischen Conquistadores in die von Moskitos verseuchten, von Jaguarn geplagten Wälder zurück. Sie existieren immer noch in jenem recht wilden Lande im südlichen Mexiko und Guatemala.

Die Maja klammern sich an die Hoffnung, daß sie von Mexiko unabhängig werden, wie in ihren alten Prophezeihungen vorausgesagt, mit Hilfe der Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten und Kanada

In den USA leben die Sioux- oder Dakota (oder Lakota-)Indianer, deren Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten in dem vor mehr als einem Jahrhundert unterzeichneten Frieden von Laramie anerkannt wurde. Dann wurde in den Black Hills, mitten in den Jagdgründen der Dakota, Gold gefunden. Als sie sich weigerten, es »zu einem angemessenen Preis« an die US-Regierung zu verkaufen, entsandte Präsident Ulysses S. Grant Kavallerie dorthin.
Wenn wir noch weiter nach Norden gehen, treffen wir das Volk der Cree in den Provinzen Manitoba, Ontario und Quebec in Kanada an.

Sie liegen zur Zeit mit der Regierung von Quebec wegen der Kontrolle über die riesigen Jagdgründe im Streit, wo Hydro Quebec, ein angeblicher privater Konzern, Wasserkraftwerkstrom entwickeln will, der in den Vereinigten Staaten verkauft werden soll.
Dieser kurze und keineswegs vollständige Überblick zeigt, daß es hunderte von Volksgruppen in der Welt gibt, die alle ein Recht darauf haben, zu existieren. In zwei Weltkriegen sowie in Korea, Vietnam und sogar im Golfkrieg wurde den westlichen Völkern weisgemacht, und sie haben es geglaubt, daß sie für diese Grundsätze kämpften. Staatliche Unabhängigkeit ist der kostbarste politische Grundsatz von allen, und Millionen sind dafür gestorben. Europäer und Amerikaner haben die moralische Verpflichtung, die Befreiung aller Volksgruppen überall auf der Welt zu unterstüzen. □

Im französischen Niger nehmen Kolonialbeamte die traditionellen Huldigungen der Bevölkerung entgegen.





Europa-Journal

Serbien ruft das »Dritte Jugoslawien« aus

Während das blutige Massaker gegen Kroatien weitergeht, verkündeten serbische Regierungsbeamte auf einer Sitzung die Gründung eines »Dritten Jugoslawiens«. Jugoslav Kostic, der zur jugoslawischen Präsidentschaft gehört, sagte, dieses Jugoslawien wird das dritte nach dem Königreich, das seit der Gründung Jugoslawiens im Jahre 1918 bestand, und seit der 1945 unter Josip Broz Tito ins Leben gerufenen sozialistischen Republik sein. Die Delegierten auf der Belgrader Sitzung bildeten einen Ausschuß, der den Entwurf einer Konvention für einen neuen Kongreß ausarbeiten soll.

Der Vize-Bundespräsident Branko Kostic, der die Sitzung leitete, meinte, die Präsidentschaft werde ein Papier ausarbeiten, in dem verschiedene mögliche Formen für das neue Land dargelegt werden, in dem, wie er versprach, Mehrparteien-Wahlen stattfinden werden.

Jugoslav Kostic erklärte, der neue Staat werde aus Serbien mit seinen beiden Provinzen Wojwodina und Kosovo, seinem Verbündeten Montenegro und Kraina – der südliche Teil von Kroatien – bestehen, das von der serbischen Armee militärisch besetzt ist. Er äußerte auch vor einer Konferenz von Kriegsteilnehmern in Wojwodina, die Präsidentschaft »hoffe« darauf, daß sich Bosnien und Herzegowina dem »Dritten Jugoslawien« anschließen werden. Eine neue serbische Republik ist von serbischen Tschetniks in Bosnien ausgerufen worden.

Nach diesem Plan würde Kroatien und Slowenien, die er als »Verräter gegen ihr Land, die es Deutschland ermöglichen, seinen alten Traum, Zugang zur Adria zu bekommen«, brandmarkte, nur ein nominelles Stück Territorium zugestanden. □

Das Verhalten der Briten in Hongkong

Die britische Kolonialregierung in Hongkong hat zwangsweise Dutzende von Paaren getrennt und sie in verschiedene Länder deportiert, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Gemischte chinesische und vietnamesische Paare, sogar einige, wo ein Partner ein Vietnamese aber chinesischer Abstammung ist, seien in ihre jeweiligen Länder deportiert worden. Der britische Koordinator für Flüchtlingsfragen Clinton Leeks sagte: »Traurigerweise mußten wir dies über die Jahre hinweg viele Male tun. Möglicherweise Dutzende von Malen.« Einige Paare hatten Kinder, räumte er ein.

In damit zusammenhängenden Nachrichten gab die Kolonialregierung bekannt, sie werde die Todesstrafe, die schon seit 25 Jahren nicht mehr angewendet wird, aufheben. Man befürchte, daß China für einen weiteren Bereich von Straftaten die Hinrichtungen wieder aufnehmen könnte, wenn es 1997 die britische Kolonie zurückbekommt.

Die letzte Hinrichtung in Hongkong fand 1966 statt. Obwohl die Gerichte immer noch häufig Mörder zum Tode verurteilen, werden die Strafen stets in lebenslängliche Haft umgewandelt. □

Rußlands Vizepräsident prophezeit ein Chaos

Der russische Vizepräsident Aleksandr Rutskoy, einer der Hauptkritiker an der Wirtschaftspolitik des stellvertretenden Ministerpräsidenten Yegor Gaidar, warnte in einem kürzlichen Interview davor, daß Chaos und Gesetzlosigkeit zur Tagesordnung werden könnten.

Rutskoy hatte seit Anfang Januar, als er sich anscheinend zu einer Routineuntersuchung seiner Verwundungen aus dem Afghanistan Krieg in ein Krankenhaus begab, keine öffentliche Erklärung mehr abgegeben. Ein Interview mit ihm, in »Argumenty i Fakty« veröffentlicht, beginnt mit folgenden Zeilen: »›Ich bin wie ein Kaiser ohne Kleider‹, sagte der Vizepräsident A. Rutskoy zu unserem Korrespondenten N. Zhelnorova, und bezog sich dabei auf seine derzeitige Position – ein Titel, aber keine Macht.«

Rutskoy wies warnend darauf hin, daß »es unmöglich ist, einen Übergang von der Diktatur zur Demokratie zu vollziehen und dabei den Prozeß der starken Autorität, der Kraft des Gesetzes, zu umgehen. Daher befinden wir uns jetzt in der gemeinsten, banalsten Diktatur – der Diktatur der Straße und der Rädelsführer auf der Straße.«

Befragt, wer die wirkliche Macht in Rußland ausübe, antwortete Rutkoy: »Jeder redet davon, wie das Verbrechen zu bekämpfen sei, aber niemand tut etwas. Das Verbrechen wird nachlassen, wenn wir ernsthaft zeigen, daß wir uns um unser Volk kümmern... Aber das Verbrechen lebt von den Jungen. Sehen Sie sich die Stipendien der Studenten und den Preis von Damenhosen, Schuhen, Kleidern an. So kommt es zur Prostitution, Drogenhandel, Profitgier und zu kriminellen Geschäften.

Wir haben heute keine wirkliche Macht. Macht ist dort wo die Gesetze eingehalten werden. Jeder mißachtet sie heute.« Er verurteilte die derzeitige Wirtschaftspolitik der Regierung: »Es kann nicht hingenommen werden, daß wir Millionen von Menschen in die Armut stürzen. Bevor die große Perestroika begann, hatten wir 20 Millionen unter der Armutsgrenze, jetzt sind es 100 Millionen.« □

Entsorgungsmöglichkeit für E-Strahlen-Müll

Forscher im National Laboratory in Los Alamos, an der International University in Florida und an der University of Miami haben einen Elektronenstrahl-Beschleuniger gebaut, der einen Energie-Impuls von 1,5 Millionen für die Dauer von etwa 100 Nanosekunden erzeugt. Die Elektronenstrahl-Technologe wird möglicherweise bei der Entsorgung von gefährlichem Müll, bei der Abwasserbereitung, und bei der Nahrungsmittelverarbeitung angewendet.

Ein Pilotprojekt in einer städtischen Anlage in Dade County hat den Beweis erbracht, daß diese Technologie bei der Reinigung von Trinkwasser sehr wirksam ist. Hier wurden 99 Prozent vieler gefährlicher Chemikalien zerstört, andere Chemikalien, die der Behandlung stark widerstehen, wurden auf 80 bis 85 Prozent reduziert.

Der Beschleuniger in Los Alamos ist stärker als bei dem Projekt in Florida verwendete Stahl. Er wird zur Untersuchung chemischer Reaktionen während der Behandlung verwendet werden. Bei diesem Verfahren reagiert der Elektronenstrahl auf die Wassermoleküle und erzeugt hochreaktive Chemikalen, die wiederum auf die Verschmutzer reagieren und diese zu ungefährlichen Verbindungen reduzieren. □

John Major besorgt über Handel mit sowjetischen Atomwaffen

Der britische Premierminister John Major sagte in einem Interview mit der BBC, er sei über die Gefahr, daß unabhängige ehemalige Sowjetrepubliken ihre Atomwaffen-Technologie an »unstabile« Länder der Dritten Welt verkaufen, beunruhigt. Er sehe zwar auf kurze Sicht keine Gefahr, daß sowjetische Kernwaffen in falsche Hände geraten, aber auf längere Sicht bestehe durchaus die Möglichkeit, daß einige der kleineren Republiken »ihr Kernwaffengerät ganz oder teilweise verkaufen«.

Besonders bedrohlich ist nach Majors Meinung die Möglichkeit, daß ein Teil der Atom-Expertise der ehemaligen Sowjet-

union von einem Land der Dritten Welt käuflich erworben werden könnte. »Wir wollen keine Weiterverbreitung von Atomwaffen und streben eine Senkung der derzeitigen Atomschwelle an. Es gibt dort also wirkliche Sorgen, und deswegen sind wir so scharf darauf, einen umfassenden und frühzeitigen Dialog mit allen Republiken zu führen.« Major schlug jedoch nicht vor, das britische Atomwaffenarsenal abzubauen. □

Schocktherapie ist für Rußland der falsche Weg

»Shock Therapy Is The Wrong Treatment«, lautete die Schlagzeile eines Kommentars von Melvin Fagan, dem ehemaligen Direktor der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa in der Ausgabe der »International Herald Tribune«. Darin wird behauptet, daß Jelzin »den Rat ausländischer Berater und einiger Jungvögel von Wirtschaftlern in seinem Entourage befolgt, die aus den Lehrbüchern à la Milton Friedman Kenntnisse über Marktwirtschaft gewonnen zu haben scheinen«.

»Boris Jelzins Schocktherapie ruft möglicherweise eine wirtschaftliche Anarchie hervor, die die aufkeimende Demokratie in der ganzen ehemaligen Sowjetunion zerstört«, schrieb Fagan. Indem er die sogenannte Preis-Liberalisierungspoltik angriff, setzte Fagan hinzu: »In Wirklichkeit sind die Preise nicht liberalisiert, sondern in die Höhe getrieben worden. Preise werden von Leuten festgelegt, die Jelzin selbst Unterhändler, ›die einer Mafia ähneln‹, genannt hat; sie halten die Waren vom offiziellen Markt zurück, um dann von deren Kanppheit zu profitieren.«

»Die erste Regel eines gesunden Wirtschaftsmanagement für eine Regierung besteht darin, ein stabiles Preis-Einkommens-Verhältnis – das plötzliche Verarmung verhindert – zu erhalten, das nur sehr leichte Veränderungen zuläßt...

Es hätte dann etwas unternommen werden müssen, um die Einkommensverhältnisse der Menschen zu verbessern, Unternehmen zu privatisieren, Gewinnler aus dem Verteilersystem zu entfernen und den Einzelhandel neu zu organisieren. Nur dann, wenn Waren in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, hätten die Preise – ganz allmählich – angehoben werden dürfen.

Im Augenblick besteht die Notwendigkeit, behördliche Gewalt einzusetzen, um niedrigere Preise für unbedingt notwendige Verbrauchsgüter durchzusetzen und die Schwarzmarkthändler auszuschalten, die die Verteilung beherrschen. Die Armee könne eingesetzt werden, um die Waren von den Erzeugern entgegenzunehmen und sie unter Verwendung ihrer eigenen Lkw und Lagereinrichtungen zu den Märkten zu transportieren.« □

Studie stellt Verringerung der UV-Strahlen fest

Das Ausmaß der ultravioletten Strahlung hat sich weltweit um 18 Prozent verringert, heißt es in einer in der Dezember-Ausgabe 1991 der »Geophysical Research Letters« veröffentlichten Studie. Die in der Zeitung vorgelegten Beweise widersprechen der Hauptmeinung der Umweltschützer, auf Grund der Verdünnung der Ozonschicht sei ein Anstieg der ultravioletten Strahlung erfolgt.

Die Umweltschützer behaupten, die Ozonschicht habe sich um annähernd acht Prozent verdünnt. Wenn diese Behauptung den Tatsachen entspräche, dann müßte sich die ultraviolette Strahlung auf die Erde um 16 Prozent erhöht haben. Die Studie der Forscher beweist jedoch eine Verringerung der UV-Stahlung um ziemlich genau den gleichen Prozentsatz.

Die Verfasser der Studie scheinen sich dafür entschuldigen zu wollen, daß sie den Ozon-Schwindel entlarven, indem sie schreiben, die Verringerung der UV-Stahlung auf die Erde sei eine Folge der städtischen Umweltverschmutzung. Da jedoch UV-Meßstationen auf Berggipfeln die gleiche Verringerung festgestellt haben, ist dies eine unwahrscheinliche Erklärung. □

Moskaus Sicherheitschef will durchgreifende Reformen

Vadim Bakatin, der scheidende Chef des interrepublikanischen Sicherheitsdienstes, sagte in einem Interview mit der Zeitung »Iswestia«: »Ich glaube nicht, daß unsere Sonderdienste für unsere Bürger schon sicher geworden sind.« Er hob insbesondere die vom organisierten Verbrechen ausgehende Bedrohung als eine der hauptsächlichen Gefahren hervor, mit denen es die Gesellschaft in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu tun habe.

Als er ernannt wurde, sagte er, habe er dem damaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow und den 14 anderen Chefs der Republiken, aus denen sich der nun nicht mehr bestehende Staatsrat zusammensetze, eine tiefgreifende Reform vorgeschlagen. Diese Reform hätte die »Zurückweisung der Ideologie des ›Tschekismus‹, die Zurückweisung der dauernden Suche nach einem Feind, weil ohne einen deutlich herausgestellten Feind, den früher das Politbüro zu identifizieren pflegte, der KGB im alten Sinne einfach nicht bestehen konnte, beinhaltet. Zuerst waren diese Feinde Konterrevolutionäre, dann Trotzkyisten, dann Mitglieder der Ärzteverschwörung, dann des amerikanischen Imperialismus, dann Dissidenten und so fort. Dies sind alles Dinge, die eigentlich hätten zurückgewiesen werden müssen, aber der KGB ist ohne diese Dinge kaum vorstellbar.«
Der zweite Teil dieser Reform, sagte Bakatin, erfordert »die Ausrichtung der Sonderdienste auf die wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft, weg von dem Wahnsinn der Ausspionierung und hin zur Sicherheit auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des Vertrauens. Die Aufmerksamkeit sollte in erster Linie auf kriminelle Einflüsse von außen auf unsere internen Angelegenheiten und auf dem Kampf gegen das Verbrechen unter den neuen wirtschaftlichen und zwischenstaatlichen Bedingungen, gegen das organisierte Verbrechen, hauptsächlich gegen die Korruption gerichtet werden.« □

Vatikan zögert bei Dialog mit den Anglikanern

Der Vatikan hat dem Bericht der Anglican-Roman Catholic International Commission (ARCIC) eine kühle Absage erteilt, schreibt der »National Catholic Register«, eine amerikanische Wochenzeitung. Die 12seitige Antwort auf Vorschläge zur Einheit wurde von der Congregation for the Doctrine of the Faith (Kongregation für die Lehre des Glaubens) und dem Päpstlichen Rat zur Förderung der christlichen Einheit erteilt.

Ein Beamter des Vatikans kommentierte: »Endlich sind sie damit herausgekommen und haben gesagt, daß der katholische Glaube nicht zur Diskussion steht, und daß wir uns in einem Dialog befinden, um Menschen zu helfen, dorthin zu kommen, wo wir sind. Ich glaube nicht, daß dies das Ende des ökumenischen Dialogs ist. Ich glaube nur, dies bedeutet, daß wir an weit ehrlicheren Grundvoraussetzungen arbeiten.«

Der »Register« stellt fest, daß, obwohl das Dokument »still« herausgegeben wurde, die Schlagzeile in der römischen Zeitung »La Repubblica« die Dinge ins rechte Licht rückt: »Vatican Breaks with the Anglicans« (»Vatikan bricht mit den Anglikanern«). Reverent Douglas Brown, Rektor des Anglican Center, der offiziellen Vertretung der Anglikanischen Gemeinde, wird folgendermaßen zitiert: Die ARCIC »könnte einen Fehler begangen haben, als sie um eine offizielle Reaktion ersuchte. Als das geschah, rief sie die Congregation for the Doctrine of the Faith auf den Plan, und diese Leute haben eine unterschiedliche Einstellung zu vielen Dingen«. Der Präfekt der Congregation for the Doctrine of the Faith ist Josef Kardinal Ratzinger. □

Weltherrschaft

Ost und West ideologisch am Ende

Martin Jenke

Neben den sittlichen Werten – um die sich, laut Nietzsche, unsichtbar die Welt dreht – gibt es auch im politischen Bereich tragende Ideen oder Werte, die menschliche Entscheidungen bestimmen. Im 20. Jahrhundert sind es vor allem drei Bewegungen rund um den Globus: für soziale Gerechtigkeit – Sozialismus –, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Nationalismus –, für ein Leben in Freiheit – Demokratie im echten Sinne als Herrschaft des Volkes –.

Die Tragik bestand darin, daß in Ost und West meist nur eine dieser Grundideen als absoluter Wert gelten durfte, übermächtig wurde und damit entartete. So wurde aus dem für Marx allein seligmachenden Sozialismus – noch dazu materialistisch begründet – in der Sowjetunion unter Lenin und Stalin der Bolschewismus: ein Vernichter der Völker und jeder menschlichen Freiheit. Der Versuch schließlich des ehemaligen KP-Chefs Gorbatschow, Kommunismus mit Freiheit zu verbinden, mußte kläglich scheitern; denn ebenso ist es unmöglich, aus Eisen Holz zu machen.

Der Traum der Geldherrschaft

So wurde aus der Demokratie in den USA eine »liberal« Plutokratie, in der selbst nach heutiger Ansicht der meisten US-Amerikaner eine kleine Gruppe von Kapitalisten allein regiert. Eine gewitzte, ellbogenstarke Geldherrschaft, die von der »Einen Welt« träumt, um überall Geschäfte zu machen, kann mit Völkerfreiheit und sozialer Gerechtigkeit ebensowenig zusammenleben wie beispielsweise ein Fuchs mit einem Huhn.

Und so wurde vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in den imperialistischen Staaten Großbritannien und Frankreich ein ursprünglich gesunder Nationalismus zum kriegstreibenden Chauvinismus, der den Deutschen das Recht zum Leben in einem eigenen Staat verwehren wollte. Das Propagandawort vom »Gleichgewicht der Kräfte« sollte nur die übermäßige Vergrößerung eines Wertes verdecken, nachdem allein London schon ein Viertel der Erde beherrschte.
Obwohl Hitlers NS-Doktrin die nationale und soziale Idee verband, fehlte leider als dritte wesentliche Komponente der demokratische Freiheitsbegriff im Sinne einer echten Volksherrschaft mit freiheitlicher Verfassung. Es ist heutzutage jedoch eine besondere Verschlagenheit internationaler Meinungsmacher, die Verbindung von nationalen und sozialen Werten sofort als »Faschismus« zu verleumden; denn weder im Selbstbestimmungsrecht der Völker noch im Streben nach sozialer Gerechtigkeit liegt wesensnotwendig eine autoritäre Regierungsform.

Pauschalurteile und Scheingegensätze

Warum soll der Wert der persönlichen Freiheit nicht damit gekoppelt sein? Und warum soll nicht auch eine zusätzliche Synthese von nationaler Freiheit und kontinentaler Verbundenheit möglich sein? Nur wer sein Volk liebt, weiß auch den Wert anderer Völker zu schätzen. Lassen wir uns von den schrecklichen Vereinfachern, die dabei nur die Beherrschung einer einzigen einheitlichen Welt im Auge haben, nicht länger verwirren.

Für mich ist es auch ein Rätsel, wie in diesem Zusammenhang neudeutsche »konservative« Schriftsteller mit Pauschalurteilen und Schärfe gegen den »Liberalismus« insgesamt – nicht nur gegen seine Auswüchse – zu Felde ziehen. Was heißt »konservativ«, was heißt »liberal« ursprünglich? Unter konservativ wird »am Alten, Erprobten festhaltend« verstanden. Und unter liberal: »freisinnig, nach Freiheit strebend«.

Warum soll nicht jemand das gute Alte bewahren und sich dennoch das notwendig Neue aneignen? Denken wir nur an das Wort von Scharnhorst: »Konservativ sein heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren!«

Erinnern wir uns auch der Geschichte der deutschen Nationalliberalen, die seit der Zeit Bismarcks bis in die Zeit der Deutschen Volkspartei unter Stresemann stets reichsdeutsch gesinnt waren und das konservative mit dem freiheitlichen Element verbunden haben.

Wer heute an Gesamtdeutschland denkt, für den dürfte es auch eine andere künstliche Gegnerschaft, nämlich von »Rechts« und »Links«, nicht geben. Das sind alte Klassenkampf-Parolen aus der Zeit vor hundert Jahren, die internationale Strippenzieher immer noch unserem Volke aufzwingen wollen. Damit sollen die politischen Grundwerte von nationaler und sozialer Gesinnung – die zusammengehören – ebenfalls gegeneinander aufgeputscht werden.

Nach diesem Schema müßte »rechts« immer national und »links« immer sozial bedeuten – und genug unselbständige Schemenmenschen fallen darauf herein.

Kommen wir noch zum Schein-Gegensatz von »national« und »weltoffen«. Mit einer Parallele bei den Sprachen läßt sich die Widersinnigkeit gut beleuchten: Warum soll derjenige, der seine Muttersprache liebt und schätzt, nicht andere Sprachen erlernen? Haben Sprachlehrer und Sprachkundige nicht immer wieder gefunden, daß man besonders bei Kenntnis anderer Sprachen und im Vergleich damit die eigene Sprache erst richtig kennenlernt? Ähnlich haben Weltreisende immer wieder geurteilt, daß sie nach langer Abwesenheit erst bei der Heimkehr ins Vaterland sich des Wertes ihrer Heimat bewußt wurden.

Eine Verkehrtheit hängt mit der anderen zusammen

Noch ein Beispiel zum Sprachverhalten, weil es mit nationaler und weltoffener Haltung zusammenhängt: Wenn der berühmte Arzt Paracelsus im Mittelalter auch darin ein Bahnbrecher war, daß er deutsch sprach, so konnte er sich das als Mediziner erlauben, weil er in Latein besser war als seine die Nase rümpfenden Kollegen und Gegner.

Wenn es heute heißt: Fremdwörter falsch brauchen, ist die unterste Stufe der Bildung, sie richtig brauchen die mittlere, und sie gar nicht brauchen die oberste Stufe der Bildung, so sagt auch dieses Beispiel gleichnishaft: Gesamtdeutsch gesinnte Menschen müssen klüger sein als all die viertel- und halbgebildeten »Weltbürger«, die bereitwillig auf Ostdeutschland und jeden Nationalstolz verzichten und mit »US-Songs« und einer englisch-radebrechenden Journaille zum Bonner »Establishment« gehören. Eine Verkehrtheit hängt bekanntlich mit der anderen zusammen. So wie ein sittlicher und politischer Wert im Grunde den anderen bedingt.

Der Wechsel in Mitteldeutschland und in den meisten osteuropäischen Ländern von kommunistischer zu gewisser demokratischer Regierung wird sich auf die allgemeine Wertskala günstig auswirken. Denn das nationale Selbstbewußtsein regt sich wieder bei den bisher unterdrückten Völkern. Das dürfte nicht ohne »Ansteckung« in Rumpfdeutschland bleiben. Gleichfalls – als Folge jahrzehntelanger KP-Diktatur – die Wertschätzung wirklicher sozialer Gerechtigkeit, freiheitlicher Gemeinschaftsordnung und mitteleuropäischer Zusammengehörigkeit.

Materialismus füllt den Menschen nicht aus

Die Anziehungskraft des Westens, insbesondere der USA, besteht fast allein im wirtschaftlichen Wohlstand, der allerdings

mit all den kapitalistischen Schattenseiten verknüpft ist. Auch wird absichtlich übersehen, daß das sogenannte Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik im wesentlichen der Arbeitsleistung und Disziplin unserer Kriegs- und ersten Nachkriegsgeneration zu verdanken ist. Ein Schuß sozialer Gerechtigkeit wird von vielen Deutschen angesichts der Mißverhältnisse lange gewünscht, gleichfalls freie Medien und freie Parteien, also ein Ende jahrzehntelanger Lizenzherrschaft.

Die heutige weitverbreitete Verkehrtheit, in der nur materialistische Werte hochgejubelt werden, erinnert sehr an die sogenannte Gründerzeit nach 1871, die Nietzsche zum Beispiel in seinem Werk »Menschliches, Allzumenschliches« folgendermaßen gegeißelt hat:

»Unsere Zeit verträgt nur eine einzige Gattung von Reichen, solche, welche sich ihres Reichtums schämen. Hört man von jemandem, ›er ist sehr reich‹, so hat man dabei sofort eine ähnliche Empfindung wie beim Anblick einer widerlich anschwellenden Krankheit, einer Fett- oder Wassersucht: man muß sich gewaltsam seiner Humanität erinnern, um mit einem solchen Reichen so verkehren zu können, daß er von unserem Ekelgefühl nichts merkt. Sobald er aber gar sich etwas auf seinen Reichtum zugute tut, so mischt sich zu unserem Gefühl die fast mitleidige Verwunderung über einen so hohen Grad der menschlichen Unvernunft: so daß man die Hände gen Himmel erheben und rufen möchte: armer Entstellter, Überbürdeter, hundertfach Gefesselter, dem jede Stunde etwas Unangenehmes bringt oder bringen kann, in dessen Gliedern jedes Ereignis von zwanzig Völkern nachzuckt, wie magst du uns glauben machen, daß du dich in deinem Zustande wohlfühlst! Wenn du irgendwo öffentlich erscheinst, so wissen wir, daß es eine Art Spießrutenlaufen ist, unter lauter Blicken, welche für dich nur kalten Haß oder Zudringlichkeit oder schweigsamen Spott haben.«

Und noch ein kluges Wort Nietzsches, ebenfalls aus »Menschliches, Allzumenschliches«: »Damit der Besitz fürderhin mehr Vertrauen einflöße und moralischer werde, halte man alle Arbeitswege zum kleinen Vermögen offen, aber verhindere die mühelos, die plötzliche Bereicherung; man ziehe alle Zweige des Transports und Handels, welche der Anhäufung großer Vermögen günstig sind, also namentlich den Geldhandel, aus den Händen der Privaten und Privatgesellschaften – und betrachte ebenso die Zuviel- wie die Nichts-Besitzer als gemeingefährliche Wesen.«



Ein Denkmal der multikulturellen Gesellschaft. Es ist gleichzeitig das Symbol der kapitalistischen Gesellschaft, deren Anziehungskraft allein im wirtschaftlichen Wohlstand besteht. Die heutige weit verbreitete Verkehrtheit, in der nur materialistische Werte hochgejubelt werden, erinnert sehr an die »Gründerjahre« von 1871.

Multikulturelle Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Europa

Während wir nun einen Völkerfrühling in Ost- und Südeuropa erleben, versuchen die Politiker der Bonner Lizenzparteien im Kampf gegen ein bald besatzungsfreies Deutschland, unser Volk zu einer multikulturellen Gesellschaft umzuformen und nebst der Opfergabe der D-Mark in ein »Vereintes (West-)Europa zu intergrieren«.

Die Kohl-Partei hatte keine Scham, auf ihrem letzten Parteitag Mitte Dezember 1991 im sogenannten »Dresdner Manifest« den Satz »Deutschland ist kein Einwanderungsland« zu streichen und stattdessen folgendes hineinzuschreiben: »Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land ... Wir wissen, daß in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Ausländer nach Deutschland kommen und mehr Deutsche ins Ausland gehen werden.«

Deutschland als Dukatenesel

Die multikulturelle Gesellschaft, für die sich führende Bonner Politiker aller Parteien immer wieder aussprechen, soll dann als Dukatenesel die »Vereinigten Staaten von Europa« finanziell tragen und ansonsten in einem Schmelztiegel nach Art der USA aufgehen. Das sind die wirklichen Ziele der Einweltler.

Dabei könnte ein Europa der Vaterländer sehr wohl auch die nationalen und abendländischen Werte miteinander verbinden. Im Bilde der Berliner Quardiga habe ich einst das so formuliert:

»Wie dort die Siegesgöttin die vier Pferde lenkt, antreibt und zügelt, so sollten von einer fortschrittlichen Bewegung in Deutschland die vier politischen Werte der sozialen Gerechtigkeit, der freiheitlichen Demokratie, der europäischen Freundschaft und der nationalen Einheit in gleicher Front gesteuert werden.« □

Groß-Orient

Die Clique in den Kulissen

Constantine Camarade

Eine Jahrhunderte alte Geheimgesellschaft arbeitet hinter den Kulissen mit Nachrichtendiensten zusammen, um Schritte in Richtung auf die Demokratie überall in der Welt zu unterminieren.



Ein Symbolbild, das versucht die Hintergründe der Französischen Revolution zu dokumentieren.

Demokratie und Selbstbestimmung wurden in zwei europäischen und einem arabischen Land von einer Groß-Orient-CIA-Clique zerschlagen. Der Groß-Orient ist die geheime freimaurerische Organisation, die für den Völkermord an zweieinhalb Millionen Kelten in den sechs Jahren des als »Französische Revolution« bekannten Blutbads verantwortlich ist. Abgesehen von kurzen Gnadenfristen beherrscht er Frankreich seit 200 Jahren. Der Groß-Orient wurde gemeinsam vom britischen Establishment und Meyer Amschel Rothschild finanziert, um Frankreich aus Rache für die Unterstützung, die die Franzosen George Washington im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gewährten, zu zerstören.

Der Groß-Orient hat die Kriege, in die Frankreich seit 1789 gestürzt wurde, geschürt und sich zur Zerstörung vieler europäischen Länder, wie Österreich, Slowenien, Kroatien und Albanien verschworen. Seine Mitglieder werden durch Angst und Schrecken und groteske Schwüre, man werden ihnen »die Zunge, das Herz und die Gedärme ausreißen«, wenn sie die Geheimnisse der Sekte verraten, bei der Stange gehalten.

Es ist die gleiche irrsinnige und völkermordende Sekte, mit der sich der CIA verbündet hat, um den Völkermord der kommunistischen Serben an den hilflosen Kroaten zu ermöglichen, nachdem der von Serben dominierten jugoslawischen Armee gestattet worden war, in ein Drittel des kroatischen Territoriums einzumarschieren. Schon mehr als 10000 kroatische Zivilisten sind bereits durch den flächendeckenden Blitzangriff serbischer Bomber und Panzer ermordet worden. Historische mittelalterliche Städte wurden in Schutt und Asche gelegt und Kroaten in ländlichen Gebieten wurden gefoltert und von serbischen Bulldozern lebendig begraben.
Im nördlichen Serbien, das Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg geraubt wurde, werden Ungarn in einem aufreibenden Krieg verfolgt, um sie dazu zu zwingen, ihr Land aufzugeben. Im Süden sind serbische Kommunisten in die albanische Provinz Kosovo eingefallen – CODE berichtete – und verübten in den letzten sechs Jahren den kulturellen und körperlichen Völkermord an der albanischen Bevölkerung, die in Kosovo 88 Prozent ausmacht.

Zum Südosten sind serbische Kommunisten gegen die Make-

Die Arbeit der Guillotine auf dem Place de la Révolution diente dem brutalen Vergnügen der Schaulustigen.





Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland

Bekanntmachung

Anläßlich des Zehnjahres-Bestandes des unabhängigen, volks- und reichstreuen deutschen Nachkriegsstaates VEREINIGTE LÄNDER DES DEUTSCHEN OSTENS IM DEUTSCHEN REICH (VLDO), **überzeugt** von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Verfassungsgrundlagen dieses Staates sowie **bestätigt** durch die Ereignisse der letzten Jahre

bekräftigt die Nationalversammlung des Deutschen Ostens als Volksvertretung der Vereinigten Ostdeutschen Länder am 9. November 1991 während ihrer 10. ordentlichen Tagung Feststellungen und Grundsätze ihres Selbstverständnisses sowie Forderungen ihres staatspolitischen Handelns mit folgender

Entschließung:

1.

Nichtigkeit *der aufgezwungenen Verträge von Versailles (28. 06. 1919) und Saint-Germain (10. 09. 1919) wegen erwiesenen Mehrfach-Verstoßes gegen zwingendes Völkerrecht.*

2.

Rückgabe *von Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien, ferner aller seit 1945 völkerrechtswidrig durch fremde Staaten verwalteten ostdeutschen Reichsgebiete einschließlich Sudetenland an die Vereinigten Ostdeutschen Länder als den diese Gebiete staatsrechtlich vertretenden Teil des Deutschen Reiches.*

3.

Rückführung *aller in vorgenannten Reichsgebieten rechtswidrig angesiedelten Nichtdeutschen und deren Nachkommen in ihre Heimatstaaten bei Kostentragung durch diese Staaten als den Verursachern.*

4.

Völkerrechtsgemäße ***Entschädigungszahlungen*** *der Fremdverwalterstaaten an die Vereinigten Ostdeutschen Länder bzw. das Deutsche Reich für seit 1919, zumindest für seit 1945 genutztes bewegliches wie unbewegliches deutsches Eigentum.*

5.

Treuhandforderung *der Vereinigten Ostdeutschen Länder für das Deutsche Reich auf Wiederherstellung seiner 1945 durch die Kriegssiegermächte in unübersehbar völkerrechtswidriger Weise geraubten Handlungsfähigkeit durch endlich völkerrechtsgemäße Beachtung seiner nach wie vor bestehenden Reichsverfassung von 1919 samt den auf ihr beruhenden Wahlgesetzen.*

Das heißt einschränkungslose Ermöglichung von im gesamten Reichsgebiet nach dem Mindestgebietsstand vom 1. September 1939 gleichzeitig durchzuführenden freien, geheimen und unmittelbaren Volkswahlen des Staatsoberhauptes (des Reichspräsidenten) und anschließend der Volksvertretung (des Reichstages).

Ausschließlich hierdurch erhält das Deutsche Reich in staatsrechtlich zutreffender, weil reichsverfassungsgemäßer Weise wieder handlungsfähige Reichsorgane, wobei die Wahl der Reichsregierung in der durch die Reichsverfassung vorgegebenen Weise zu erfolgen hat.

6.

Übergang *aller durch die Kriegssieger-Protektorate Republik Österreich (von 1945) und Bundesrepublik Deutschland (von 1949) infolge völkerrechtswidrigen Besatzungs„rechtes" ausgeübten teilstaatlichen Gewalten auf die aus den Reichswahlen hervorgegangenen handlungsfähigen Reichsorgane.*

7.

Aufnahme von Kriegsabschluß- bzw. ***Friedensverhandlungen*** *zwischen den Hauptkriegsparteien beider Weltkriege, das sind die vier verbündeten Hauptkriegssieger-Mächte einerseits und das kriegsunterlegene Deutsche Reich andererseits.*

8.

Sogenannte Verhandlungen zwischen den vier Hauptkriegssieger-Mächten und ihren Kriegssieger-Protektoraten mit Billigung der Verhandlungsergebnisse durch KSZE-Konferenzen entbehren von vornherein – auch wenn Gegenteiliges gegenüber den kriegsunterlegenen Deutschen durch Deutsche selbst wie durch Nichtdeutsche ständig behauptet wird – jeder völkerrechtlichen Verbindlichkeit. Sie stellen daher mit Sicherheit keine friedensvertragliche Beendigung des Zweiten Weltkrieges dar.

9.

Die Weimarer ***Reichsverfassung von 1919*** *und die durch sie übernommenen bzw. auf ihr beruhenden Reichsgesetze sind 1945 und danach in verfassungsgemäßer, für das Deutsche Reich verbindlicher Weise niemals geändert oder gar aufgehoben worden.*

Entstehung und Aufrechterhaltung der Kriegssieger-Protektorate Republik Österreich (von 1945) und Bundesrepublik Deutschland (von 1949) beruhen unwiderlegbar auf vorsätzlichem Bruch sowohl zwingenden Kriegsvölkerrechtes wie eindeutigen Reichsverfassungs- und Reichsstrafrechtes. Es handelt sich bei ihnen um von Anfang an fremdbestimmte, nicht läuterungsfähige Gebilde der Kriegssieger und ihrer deutschen Kollaborateure. Ihre endliche Ablösung durch eine friedliche außerparlamentarische Massenbewegung Hunderttausender ist notwendig und auch möglich, was unsere mitteldeutschen Landsleute 1989 dem ganzen deutschen Volk und der Welt eindrucksvoll bewiesen haben.

10.

Sich seit 1945 als ***Hoch- und Landesverräter*** *oder als sonstige Rechtsbrecher zu Lasten des handlungsunfähigen Deutschen Reiches und seiner Staatsvolk-Angehörigen betätigende Deutsche werden sich vor unabhängigen, deutschem Reichsrecht verpflichteten Gerichten des wieder handlungsfähigen Deutschen Reiches entsprechend der Reichsverfassung und den zur Tatzeit fortbestandenen Reichsgesetzen zu verantworten haben.*

Dabei werden Richter, die im Zweifel eher dem politsch erwünscht gewesenen Protektorats-Zeitgeist als der geschichtlichen Wahrheit, dem geschriebenen Völkerrecht und dem reichsverfassungsgemäß weder geänderten noch gar aufgehobenen Recht des Deutschen Reiches zu dienen bereit waren und so auch handelten, von der Rechtsprechung ausgeschlossen sein.

Das Präsidium der Nationalversammlung des Deutschen Ostens

Dr. Friedrich-Wilhelm Paetzold
Stellvertretender Präsident

RA Konrad Hoffmann
Präsident

Otto Körner
Stellvertretender Präsident

Die Staatsvertretung (Exilregierung) des Deutschen Ostens

Dipl.-Ing. Hans-Joachim Breitkopf
Staatskanzler

Heinz Sprenger
Staatsrat für Inneres

Curt Rönnau
Staatsrat für Äußeres

Prof. Dr. Siegfried Erber
Sonderbotschafter für außereuropäische Angelegenheiten

RA u. Not. Siegfried Unnasch
Staatsrat für Rechtswesen

Ausführliche Auskunft über die rechtlichen und politischen Grundlagen des ostdeutschen Exilstaates erhält jeder Deutsche nach Voreinsendung von DM 5,00 in Briefmarken bzw. Geldscheinen im Mindest-Gegenwert von DM 6,00 (europ. Postausld.) und DM 10,00 (überseeisch. Postausld.) an die **Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO),** Maximilianstraße 14 in **D(W)-8900 Augsburg.**

Wer außer seiner Mitgliedschaft in der GDO (Augsburg) die schwierige exilstaatliche Arbeit eigenverantwortlich in Abstimmung mit der Exilregierung unterstützen will, schreibe an die **Ostdeutsche Staatskanzlei** (Dipl.-Ing. Breitkopf), Louise-Schroeder-Straße 17 in **D(W)-2000 Hamburg 50.**

Bargeldlose Hilfen für den ostdeutschen Exilstaat n u r an die GDO auf deren alleiniges Konto **233 6650** bei der Bayerischen Vereinsbank Augsburg (Blz 720 200 70)! Danke!

Groß-Orient

Die Clique in den Kulissen

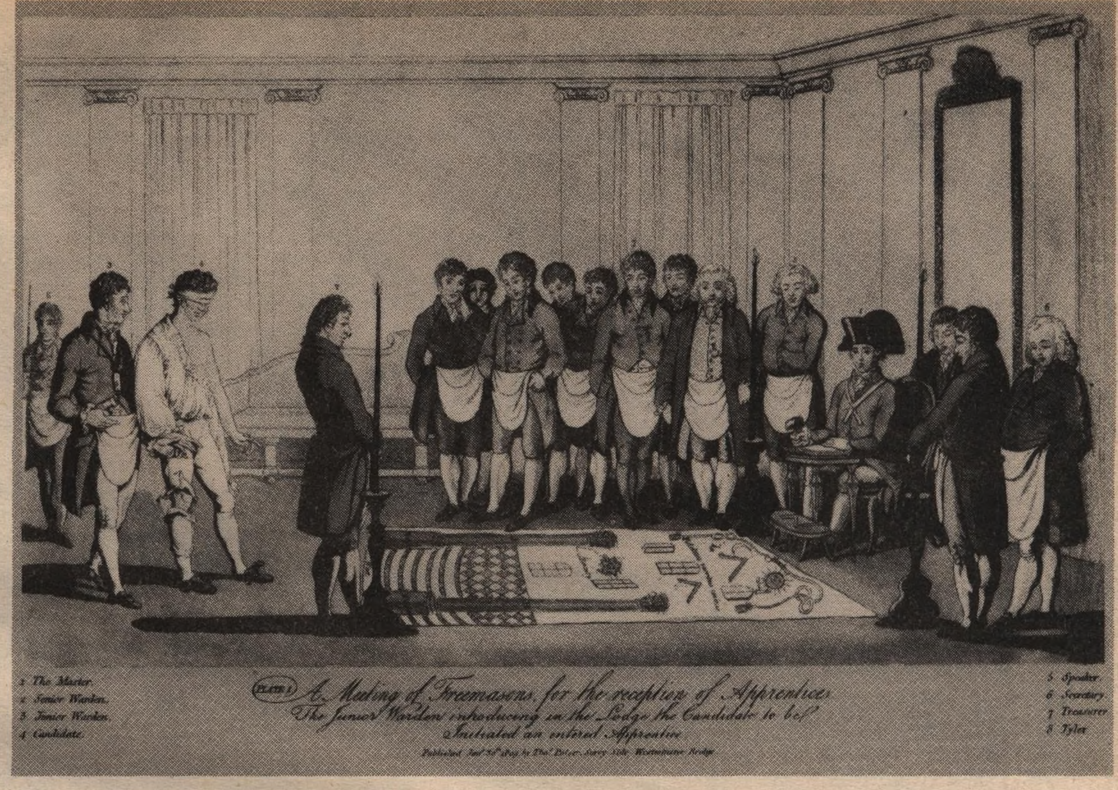
donier vorgerückt, und zwingen junge Makedonier in die serbische Armee. Nach Westen zu drängen serbische Truppen in einem Krieg gegen bosnische Moslems in Bosnien ein.

All diese völkermordenden Untaten gegen hilflose Menschen und der fortgesetzte Angriff auf Selbstbestimmung und Demokratie wurden vom Groß-Orient – mit Geldern vom CIA und mit voller Kenntnis und Billigung von US-Präsident George Bush – gefördert.

Das Groß-Orient-Regime des François Mitterrand in Frankreich hat massenweise Waffen nach Serbien geschleust, die vom CIA bezahlt wurden, während gleichzeitig alle Republiken, die diesen Gewalttaten zum Opfer fielen und um Hilfe baten, mit einem weltweiten Embargo belegt wurden. Die CIA-Bush-Politik bestand darin, dem Groß-Orient dabei den Rücken zu stärken, versklavte Völker weiterhin in Ketten zu halten.
Dies ist keine neue Politik. Als sowjetische Panzer die DDR, die Tschechoslowakei und Ungarn überrollten, applaudierte der Groß-Orient und der CIA schaute untätig zu.

Als Litauer im vergangenen Jahr massakriert wurden, schloß Präsident Bush davor die Augen, während der Groß-Orient seine sowjetischen Mitglieder dringend auffordete, »alle Litauer zu töten«.

Während Bush den gnadenlosen Einmarsch in und die Besetzung von zu Opfern gewordenen Ländern absegnete, schickte er eine halbe Million amerikanische Soldaten in die Wüste, um einen der tyrannischten Despoten auf Erden, Scheich Jabber Al Sabah von Kuwait aus dem berüchtigten Sklavenhalter-Stamm der Sabah, wieder auf den Thron zu setzten. Die Sabahs holten schwarzafrikanische Sklaven aus Ostafrika nach Saudi-Arabien herein, um ihre Harems und Privatbordelle zu besetzen.



Das Original dieser Zeichnung ist 1744 in Paris erschienen und stellt eine getreue Wiedergabe der wesentlichen Ritualelemente dar. Es sind die französischen Formen der Zeremonie.

Al Sabah wurde vom amerikanischen Außenminister als »großer Demokrat« hochgejubelt, weil er in Kuwait einen pompösen Palast errichtet hatte, wo er bezahlten Lakaien gestattete, à la Kuwait »Kongreß zu spielen«; das heißt sie bildeten einen zahnlosen Debattier-Klub.

Jedoch sogar dies wurde dem Tyrannen Al Sabah zu langweilig, und er feuerte alle »Kongreßabgeordnete« und ließ das Kongreßgebäude und den Kongreß mit einem Vorhängeschloß verrammeln. Niemand in Washington äußerte auch nur ein Wort der Mißbilligung, und Sabah wurde als großer Freund Amerikas gefeiert. In Wirklichkeit waren die Sabahs niemandes Freunde und viel zu sehr mit dem Anhäufen von Milliarden Dollar auf ausländischen Banken und der Verschwendung von weiteren Milliarden für Glücksspiele und Bordells beschäftigt.

Zu dem Zeitpunkt als Bush dem Tyrannen seinen Thron zurückgab, fand in der Republik Georgien, die 70 Jahre lang unter dem



Eine Karikatur von Honoré Daumier: »Wir wissen aus sicherer Quelle, daß Du nur zu uns kommst, um unsere Geheimnisse den Profanen zu enthüllen. Deine bösen Absichten werden enttäuscht werden. Ich habe soeben den Auftrag erhalten, Dir diesen Dolch in die Brust zu bohren!«

Bolschewismus versklavt war, die erste demokratische Wahl statt. Ein populistischer Kandidat namens Zviad Gamsakhurdia, der Jahre in sowjetischen Gefängnissen verbracht hatte, wurde mit einem Erdrutsch von 77 Prozent gewählt. Das war vor zehn Monaten mit einem Mandat für vier Jahre.

Der patriotische Gamsakhurdia wurde so fort zur Zielscheibe des Mitglieds des Groß-Orients, Eduard Schewardnadze, der Bush davon überzeugte, daß Gamsakhurdia ein Mann war, den es zu stürzen galt.
Wieder einmal war der CIA zu Diensten und sandte beträchtliche Gelder und Waffengerät an die Agenten des Groß-Orients in Tbilisi. Der israelische Mossad beteiligte sich ebenfalls an der Sache, indem er die große zionistische Volksgruppe von Georgien bewaffnete. So gelang es einer kleinen, aber gut bewaffneten Minderheit von zionistischen Aktivisten, das georgische Parlament zu umzingeln, und es in Schutt und Asche zu legen, während sich der Präsedent im Keller aufhielt.

Dies war nackte Aggression bewaffneter Söldner gegen eine demokratisch gewählte Regierung. Dennoch stellten die Medien des Establishments und die Bush-Regierung die Söldner als »Demokraten« dar, die dabei seien, einen »Diktator« zu überwältigen. Als tausende von Georgiern gegen den Staatsstreich demonstrierten, wurden sie mit Maschinengewehren niedergemäht. Wiederum war aus der Bush-Regierung kein Wort des Protestes zu vernehmen.

So legte der Groß-Orient gegen den Willen von 77 Prozent der Bevölkerung das georgische Volk wieder an die Kette.

Eines der erfolgreichsten Gemeinschaftsunternehmen des Groß-Orient, des CIA und des Mossad war ihre Suversion von Algerien in Nordafrika. Nach Überwältigung des Führers der algerischen Unabhängigkeitsbewegung, Ahmed Ben Bella, Algeriens erster Präsident, zwang der Groß-Orient den Algeriern den vom CIA unterstützten Houari Boumedien auf, der einer korrupten Elite von Gewinnlern und moslemfeindlichen Elementen vorsaß. Eine fehlgeleitete Wirtschaft stürzte 90 Prozent der Bevölkerung in Armut. Auf Boumedien folgte eine andere Kreatur des CIA, Chadli Bendjedid, ebenfalls Mitglied des Groß-Orient.

Chadli regierte Algerien zum Wohle der korrupten Elite, die ihre Taschen mit den Vermögenswerten des Landes füllten. Die Verfolgung der Moslems ging ohne Unterlaß weiter und führte schließlich zu einer Gegenbewegung gegen die Korruption.
Während sich die Arbeitslosigkeit auf 50 Prozent belief, reiste Chadli mit seiner Entourage von beauftragten Agenten, die sich von angehenden Unternehmern in Algerien bestechen ließen, um die Welt. In den Vereinigten Staaten wurde Chadli, zwei Monate nachdem seine Armee auf protestierende algerische Studenten geschossen hatte, wobei 746 von ihnen getötet wurden, mit großem Pomp empfangen. Für Chadli wurde von all den Lichtgestalten der zionistischen Interessengruppen in Amerika der rote Teppich ausgelegt.

So hatte Chadli die algerische Unabhängigkeit verraten und 90 Prozent der Bevölkerung in dauerhafte Armut gestürzt. Aber es war Chadlis Verachtung für den Islam, der die Niedergetrampelten zu einer mächtigen islamischen Koalition namens Islamische Heilsfront zusammenschloß. Am 26. Dezember 1991 errang die Heilsfront bei den ersten demokratisch abgehaltenen Wahlen Algeriens Geschichte einen überwältigenden Sieg.
Der Groß-Orient von Paris geriet in Panik und riet Chadli, die Wahlen für ungültig zu erklären. Chadli vergewisserte sich bei Bush, der ihm seinerseits Unterstützung angedeihen ließ. Hosni Mubarak von Ägypten entsandte 220 vom Mossad ausgebildete Unterdrückungsagenten nach Algier, und Israel sicherte Chadli seine Unterstützung zu.

So wurden die Demokraten in Algerien durch eine Groß-Orient-CIA-Clique zum Wohle ihrer bezahlten Lakaien niedergewalzt. Nachrichten über Überläufer der Armee auf die Seite des Volkes haben die Clique in Alarmzustand versetzt, und Mubarak wurde gebeten, bewaffnete Verstärkungen zu entsenden, wenn das algerische Volk Chadlis Truppen Widerstand leisten wird. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. April 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Robert Maxwell

Geheimnisse um seinen Tod

Alec de Montmorency

Ungeachtet der besten Bemühungen der amerikanischen Medien des Establishments stirbt das Interesse an den Geheimnissen um Robert Maxwell nicht ab. Das größte Interesse ist – vielleicht begreiflicherweise – in Britannien vorhanden, wo sein Imperium seinen Hauptsitz hatte, und in Spanien, dem Land das zufällig die Gerichtsbarkeit über die Untersuchung hat.

Nach jüngsten Berichten im »London Sunday Mirror« glauben Versicherungsdetektive im Gegensatz zu den Befunden der Obduktion, daß der Verleger Selbstmord begangen hat und nicht durch einen Herzanfall starb. »Versicherungsdetektive sind jetzt davon überzeugt, daß der Zeitungs-Tycoon von Bord seiner Luxusjacht gesprungen ist«, berichtete der »Mirror«, und gab weder die Namen der Detektive, noch die Firma für die sie arbeiten bekannt.

Bei Selbstmord zahlen Versicherungen nicht

Die Zeitung, die zu dem schnell auseinanderfallenden Maxwell-Imperium gehört, zitierte einen nicht namentlich genannten »Insider«, der gesagt haben soll:

»Wir sind 100 Prozent sicher, daß Maxwell Selbstmord begangen hat.«

Am 5. November 1991, Stunden nachdem Maxwell von der Jacht Lady »Ghislaine« verschwunden war, wurde eine als Maxwell identifizierte Leiche vor der Küste von Gran Canaria treibend aufgefunden. Ein spanischer Obduktionsbericht kam zu dem Schluß, der Medien-Mogul sei eines natürlichen Todes oder durch Unfall gestorben. Es gebe keine Beweise für eine Vergiftung oder Gewalttat, und die Möglichkeit eines Selbstmords sei nicht in Betracht gezogen worden.

Wenn die Versicherungsfahnder beweisen können, daß Maxwell Selbstmord begangen hat, dann werden die Versicherer es ablehnen, die 36 Millionen Dollar der von Maxwell bei einer Reihe von Firmen abgeschlossenen Unfall- und Lebensversicherungen auszubezahlen. Der »Mirror« schrieb, daß aus ärztlichen Gutachten hervorgehe, »daß Maxwells Herz nichts fehlte.«

Es bestehen vier Theorien

Es sind noch eine Reihe von anderen Merkwürdigkeiten mit seinem Tod verbunden. Kurz nachdem die Leiche geborgen wurde, lehnten verschiedene Familienmitglieder es zunächst ab, den Verstorbenen als Maxwell zu identifizieren. Plötzlich hörten die Weigerungen auf; und – ebenso plötzlich – wurden diese Verweigerungen in den Medien nicht mehr erwähnt.

Es folgte ein Heldenbegräbnis in Israel. Es ist unwahrscheinlich, daß die Leiche zum Zwecke der Untersuchung durch unabhängige Experten exhumiert wird, daher können Behauptungen, daß die Obduktion fehlerhaft gewesen sei, oder daß die Leiche überhaupt nicht die von Maxwell war, nicht zum Schweigen gebracht werden. Laut »El Mundo« in Madrid bestehen vier populäre Theorien darüber, was geschehen ist, nämlich: Maxwell hatte einen tödlichen Herzanfall und fiel über Bord (die amtliche Theorie). Jemand injizierte Maxwell mit einer Substanz, die einen Herzanfall verursachte (die Vergiftungs-Theorie); vor seinem Tod wohnte Maxwell einer Feier an Bord eines anderen Schiffes bei und kehrte niemals zu seiner Jacht zurück (die Theorie von dem »zweiten Schiff«); und die Leiche war nicht die von Maxwell (die Theorie von der »zweiten Leiche«).

Bei einem Versuch, die verschiedenen Theorien zur Ruhe zu bringen, »klärten« spanische Behörden den Obduktionsbericht, was nur dazu beitrug, die Angelegenheit noch mehr zu verwirren.

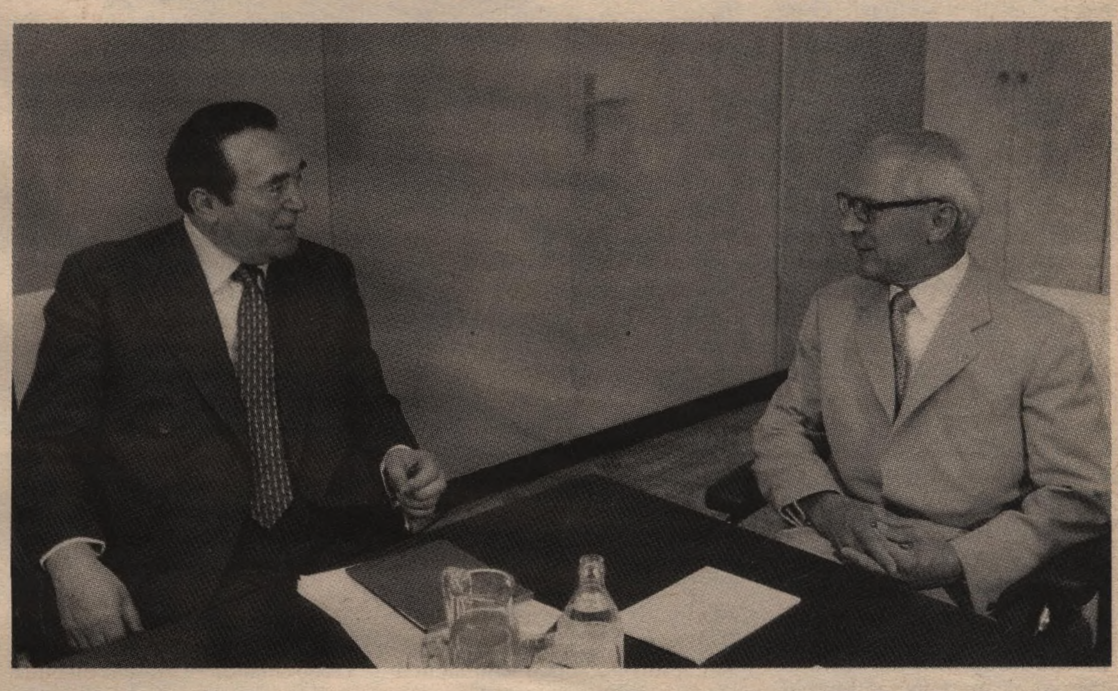
Nach dieser Erklärung hatte Maxwell tatsächlich einen Herzanfall. Er hatte zwar Wasser im Magen und in der Lunge, aber er ist nicht ertrunken.

Der spanische Journalist Fernando Mugica kommentierte: »Jedesmal gibt es immer mehr von denjenigen Beobachtern, die der Ansicht sind, daß sein Tod, falls er bestätigt wird, kein Unfall war. Die Tatsache, daß zwischen den Enthüllungen von Seymour Hersh in seinem Buch ›The Samson Option‹, die Maxwell mit dem israelischen Geheimdienst in Verbindung bringen, und seinem Tod nur zwei Wochen verstrichen waren, gibt Veranlassung dazu, an eine Staatsräson zu denken.«

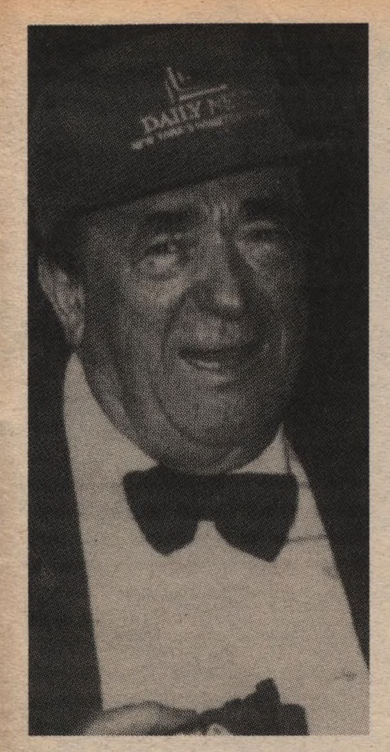
Die Zweifel an der Leiche

Mugica weist darauf hin, daß, nachdem sie sich zunächst weigerten, die Leiche als die von Maxwell zu identifizieren, die Identifizierung letztendlich nur durch die Familie vorgenommen wurde. »Sie sagen, er sei es, aber man muß dem Rechnung tragen, daß sie aus mächtigen und okkulten Gründen möglicherweise gelogen haben«, schreibt Mugica.

Tatsache ist, daß es keinen objektiven Beweis dafür gibt, daß die Leiche, die vor der Küste von Gran Canaria treibend geborgen wurde, die von Maxwell war. Mugica verwirft die Tatsache, daß die Leiche die gleiche Größe und das gleiche Gewicht wie Maxwell aufwies.



Robert Maxwell (links) war ein Freund und Förderer des ehemaligen DDR-Chefs Erich Honecker.



Robert Maxwell steht im Verdacht sowohl für den sowjetischen Geheimdienst KGB, wie auch für den israelischen Mossad gearbeitet zu haben.

»Es ist offensichtlich, daß, wenn jemand eine Leiche präpariert hat, um sie für die von Maxwell auszugeben, er darauf geachtet haben wird, eine zu bekommen, die ihm körperlich ähnelt«, schrieb er.

Geheime Obduktion in Jerusalem

Jetzt erfuhr man, daß an der Leiche kurz vor der Bestattung in Israel eine zweite Obduktion durchgeführt wurde. Aber das schafft nur noch mehr Verwirrung, weil der Befund geheimgehalten wird.

Drei israelische Pathologen bestätigten im vergangenen Monat, daß sie an der als der von Maxwell identifizierten Leiche nur wenige Stunden bevor dieser in Jerusalem bestattet wurde, eine geheime Obduktion vorgenommen haben. Aber sie lehnen es ab, einen Bericht zu bestätigen, daß der Verleger schwer geschlagen worden sei.

»Wir führten die Obduktion auf Verlangen der Familie [Maxwell] durch, und unser Befund wurde nur an die Familie weitergegeben«, sagte Dr. Yehuda Hiss, Direktor des Instituts für Gerichtsmedizin im Bezirk Abu Kabir von Tel Aviv. Journalisten konnten nicht recht glauben, daß die israelische Regierung und deren Geheimdienst von solchen Befunden nicht ungeachtet der Wünsche der Familie in Kenntnis gesetzt worden sein sollen.

Die weithin gelesene und hochangesehene französische Wochenzeitschrift »Paris Match« bleibt bei ihrer Story. Die Zeitschrift veröffentlichte einen Bericht, komplett mit Aufnahme, die angeblich einem Videoband von der Obduktion in Tel Aviv entnommen wurden. Eine Nahaufnahme zeigt Verletzungen im Gesicht und eine aufgeschürfte Nase.

Das Geheimnis um das Videoband

Der Bericht wirft Zweifel an der Schlußfolgerung einer spanischen Obduktion auf, aus der hervorgeht, daß der Medien-Mogul eines natürlichen Todes oder durch Unfall gestorben sei. Dr. Iain West, ein britischer Pathologe, der die Familie Maxwell bei der zweiten Obduktion vertrat, sagte zu Reportern in London, es gebe »wesentliche Ungenauigkeiten« bei dem, was, wie ich höre, in dem französischen Bericht steht«.

»Paris Match« schreibt, daß das Videoband in seinem Besitz einen fortlaufenden Kommentar dreier israelischer Pathologen enthält, die das post mortem in Israel durchführten. »Man gerät nicht in einen derartigen Zustand, wenn man über Bord fällt«, soll einer von ihnen gesagt haben.

Aber West sagte, die Auszüge seien »keine korrekte Wiedergabe« und sollten nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Es habe Probleme mit der Übersetzung ins Französische aus dem Hebräischen gegeben, was zu Fehlinterpretationen des Bandes und zu »beträchtlichen Ungenauigkeiten« geführt habe.

Niemand nahm dazu Stellung, wie »Paris Match« an ein Exemplar des Videobandes gekommen ist. Der britische Pathologe bestritt nicht das Vorhandensein dieses Videobandes. □

Österreich

Staatsvertrag von 1955 kündigen

Der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jörg Haider, hat die österreichische Bundesregierung aufgefordert, den im Jahr 1955 mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschlossenen Staatsvertrag einseitig aufzukündigen. In einer Stellungnahme äußerte Haider, daß Österreich sich in einer Situation, »in der die UdSSR zerfällt und Jugoslawien aufhört zu existieren, von der Nachkriegsordnung lösen muß«. Österreich habe sich zu einem souveränen Staat entwickelt und solle diese Souveränität und Autonomie auch nachhaltig unter Beweis stellen.

Der österreichische Staatsvertrag von 1955, durch dessen Abschluß die Wiener Regierung den Abzug der amerikanischen, sowjetischen, französischen und britischen Besatzungstruppen erreichte, enthält außer in der Präambel einige höchst alberne Geschichtslügen aus der alliierten Kriegsschuld- und Greuelpropaganda, ferner eine ganze Anzahl völkerrechtswidriger Bedingungen und Beschränkungen, denen sich damals Österreich unterwerfen mußte, um die fremden Truppen loszuwerden. Dazu gehören unter anderen: Das Verbot des Wiederanschlusses an Deutschland, einschränkende Bestimmungen für die Streitkräfte und in Wirtschafts- und Vermögensangelegenheiten.
So mußte sich zum Beispiel Österreich einverstanden erklären, daß die »Föderative Volksrepublik Jugoslawien das Recht hat, österreichische Vermögenschaften, Rechte und Interessen« auf jugoslawischen Gebiet »zu beschlagnahmen, zurückzuhalten oder zu liquidieren«.
Ferner mußte sich Österreich verpflichten »keine der ihm als ehemalige deutsche Vermögenswerte übertragenen Vermögenschaften, Rechte und Interessen in das Eigentum deutscher juristischer Personen oder – sofern der Wert der Vermögenschaften Rechte oder Interessen 260000 Schillinge übersteigt – in das Eigentum deutscher physischer Personen zu übertragen...«
Die Forderung von Jörg Haider beziehungsweise der FPÖ, den Staatsvertrag von 1955 von Wien aus einseitig aufzukündigen, ist durchaus berechtigt und notwendig. Ganz abgesehen davon, daß die Sowjetunion als 1955 wichtigster und schwierigster Vertragspartner durch Selbstauflösung ausgeschieden ist, enthält der Vertrag viele Bestimmungen, die schon damals, bestimmt aber heute zwingenden Normen des allgemeinen Völkerrechts kraß widersprechen wie zum Beispiel dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Haager Landkriegsordnung (Artikel 46), der IV. Genfer Konvention (Artikel 147).

Ein Musterbeispiel auch für Deutschland

Damit wurde der Staatsvertrag von 1955 zumindest in diesen Punkten allein schon nach der Wiener Konvention über das Recht der Verträge von 1969, Artikel 53 beziehungsweise 64, ungültig.
Jörg Haider und die FPÖ hat mit seiner Forderung den Staatsvertrag aufzukündigen, ein Musterbeispiel gegeben, das von den volksbewußten, bisher nicht im Bundestag vertretenden Wählergemeinschaften und Parteien in West- und Mitteldeutschland hinsichtlich des Zwei+vier-Vertrages und der Grenzverträge mit Polen und der Tschechoslowakei für ihre Programme und als Argument für die kommenden Wahlkämpfe aufgenommen werden müßte. □



Michail Gorbatschow

Das Ende einer kommunistischen Karriere

Alfred König

Michail Gorbatschow, der Vielumjubelte, ist weg. Fast schon auf für ihn schmähliche Art und Weise wurde er Ende des vergangenen Jahres von dem Russen Boris Jelzin aus dem Amt des Präsidenten gedrängt und damit wurde das Ende der UdSSR besiegelt. Im Westen, speziell aber in der Bundesrepublik ist das Geschrei groß. Dabei wird Michail Gorbatschow in Wirklichkeit als einer der größten Blender und Roßtäuscher des 20. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen. Statt des großen Friedensengels sollte er nämlich der Vorreiter für die »Eine Welt« sein, der das schaffen wollte, was George Orwell in seinem Buch »1984« schon vor vielen Jahrzehnten beschrieb.

Man braucht doch nur einen Blick auf den Lebenslauf Gorbatschows und auf seine Politik zwischen 1985 und 1991 werfen, und schon müßte es eigentlich auch dem letzten klar werden, wer Michail Gorbatschow wirklich war.

Nach dem Vorbild Lenins

Am 11. März 1985 wurde Gorbatschow – seit 1980 Mitglied des Zentralkommitees der KPdSU und lange Jahre Leiter des Geheimdienstes KGB – zum Nachfolger des gestorbenen Tschernenko gewählt. Kaum im Amt kritisierte er Mißstände in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Innerhalb von nur zehn Monaten wechselte Gorbatschow drei Dutzend Minister und 50 Gebietsparteisekretäre aus – von vielen auch als Säuberung bezeichnet –.

Seine Politik stellte er unter die Schlagworte »Perestroika« und »Glasnost« (Öffnung und Umbau der Gesellschaft). Beides Begriffe, die auch schon Lenin – der nach eigenen Angaben Gorbatschows Vorbild war und noch immer ist – verwandte!

Kurze Zeit nach seinem Amtsbeginn schob er den damals dienstältesten Außenminister, Gromyko, auf den einflußreichen Posten des Staatsoberhaupts ab und gab den vakanten Posten seinem Vertrauten Schewardnadse. Während des 27. Parteitages, der im Frühjahr 1986 stattfand, verkündete er »wirklich revolutionäre Veränderungen in der Wirtschaft«. Die neue Offenheit stellte er am 28. April 1986 unter Beweis, als er die Welt über den Reaktorunfall in Tschernobyl informierte.
Im Dezember 1986 darf der Regimekritiker Sacharow wieder nach Moskau zurückkehren, und nur wenig später werden die ersten politischen Gefangenen aus den Haftanstalten entlassen. Im Januar 1987 begann er dann die, wie es schien, endgültige Wende, in dem er massiv Fehler der Vergangenheit kritisierte und festlegte, daß nun auch in der UdSSR die amtierenden Leute mittels einer Wahl demokratisch gekürt werden sollen.

Das hinderte ihn aber nicht, den Parteichef der Hauptstadt Moskau, Boris Jelzin, im November des gleichen Jahres ins Bauministerium abzuschieben. Grund dafür war, daß Jelzin bereits damals kritisierte, daß »Perestroika« und »Glasnost« zu langsam vonstatten gingen und sich für radikale Reformen einsetzte. Spätestens da hätte den meisten politischen Beobachtern klar werden müssen, daß die Worte und Taten Gorbatschows doch zum Teil sehr weit auseinanderklaffen.

Nur halbherzige Reformen

Im Verlauf der folgenden Jahre begann Gorbatschow mit einer Teil-Privatisierungspolitik im Agrarsektor. Dennoch wird die Kritik an Gorbatschow wegen der immer schlechter werdenden Versorgungslage und der in Wirklichkeit nur halbherzig vorangetriebenen Demokratisierung immer lauter. Dies eskaliert, als Gorbatschow sich im Juni 1990 vor dem freigewählten Kongreß der Volksdeputierten offen gegen eine zu schnelle Durchführung der »Perestroika« und »Glasnost« sowie Parteipluralismus ausspricht.

Daraufhin kommt es einen Monat später zu Streiks in den sowjetischen Kohlerevieren. Ministerpräsident Ryschkow sieht sich gezwungen, auf die Forderungen der Bergleute einzugehen. Allerdings werden diese Zusagen dann später nicht erfüllt. Daraufhin schließen sich 400 Reformer um Jelzin innerhalb der Volksdeputierten zu einer »Interregionalen Gruppe« zusammen.

1989, also vier Jahre nach Beginn seiner Amtszeit, stoppte Gorbatschow erst den Afghanistan-Krieg und holte die sowjetischen Truppen zurück. Dabei wurde dem Land aber nicht etwa die Freiheit zurückgegeben. Vielmehr blieb die nach dem Einmarsch eingesetzte kommunistische Regierung auch weiter im Amt und beherrschte das Land mit Terror. Folge war ein Bürgerkrieg, der das Land endgültig ins Chaos stürzte.

Auf die Erklärungen Gorbatschows, der Staaten der UdSSR auch die Unabhängigkeit verspricht, erklären sich im November 1989 die von der Sowjetunion 1939 annektierten baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen für unabhängig. Dieses wird von Gorbatschow aber nie akzeptiert. Vielmehr hebt er, kaum ist er am 15. März 1990 vom aus halbfreien Wahlen hervorgegangenen sowjetischen Parlament zum Präsidenten gewählt worden, diese auf.

Mit Giftgas gegen Unruhen

Dies gilt auch für andere Unabhängigkeitsbestrebungen und Nationalkonflikte, etwa in der Sowjetrepublik Aserbaidschan oder in Georgien. Um die Unruhen dort in den Griff zu bekommen, schickte Gorbatschow 1990 sogar die sowjetische Armee in Trab und ließ dabei sogar Giftgas einsetzen.

Am 1. Mai 1990 kommt es erstmals zu einer offenen Demonstration gegen Gorbatschow, der zusammen mit dem Zentral Komitee während der traditionellen Armee-Parade am Roten Platz ausgebuht wurde und daraufhin die Tribüne verließ. Wenig später setzt sich Jelzin bei der Wahl des Parlamentspräsidenten gegen den von Gorbatschow vorgeschlagenen Wlassow durch.

Am 4. Juli des gleichen Jahrs sprach sich der 28. Parteitag der KPdSU nur halbherzig für eine Fortsetzung der Reformpolitik aus. Nur wenig später erklärte daraufhin Jelzin seinen Austritt aus der kommunistischen Partei.

Die Proteste gegen Gorbatschow werden immer lauter und die Teilnehmer an Demonstrationen immer zahlreicher. Dennoch wird ihm im Oktober 1990 der Friedensnobelpreis zuerkannt, der damit endgültig abgewertet wurde.

Im Dezember des gleichen Jahres erweitert der Kongreß der Volksdeputierten gegen massive Kritik der Radikalreformer die Machtfülle des Präsidenten. Viele Kritiker sagen sogar, Gorbatschow sei jetzt im Besitz einer Machtfülle wie noch kein sowjetischer Staatsführer vor ihm. Am 20. Dezember tritt Außenminister Schewardnadse zurück, da es in Partei und Militär zu viele Kräfte gebe, die das Blatt wieder in die alte Richtung umdrehen wollten.

Und wirklich versuchen die »Schwarzen Barette«, eine Spezialtruppe des sowjetischen Innenministeriums, die unabhängigen baltischen Staaten wieder mit einer Reihe militärischer Aktionen unter ihre Kontrolle zu bekommen. Gorbatschow will hiervon nichts gewußt haben und immer erst im nachhinein hiervon informiert worden sein.

Gorbatschow fordert Finanzhilfe vom Westen

Im Frühjahr und Sommer 1991 verschärfen sich die Proteste in der Bevölkerung gegen Gorbatschow immer mehr. Gleichzeitig wurde Jelzin im Juni gegen den von der KPdSU favorisierten Ryschkow in freien und geheimen Wahlen zum russischen Präsidenten gewählt.

Im Juli des vergangenen Jahres verweigert dann der Weltwirtschaftsgipfel die von Gorbatschow geforderte massive Finanzhilfe für die UdSSR. Daraufhin kam es am 19. August, dem Tag vor der geplanten Unterzeichnung des Vertrags über die »Union Souveräner Sowjetrepubliken« zu einem »Staatsstreich« angeblicher »reaktionärer Politiker und Militärs«. Boris Jelzin gelingt es dabei, sich zum Sprecher der Massen aufzuschwingen. Nur zwei Tage später, am 21. August 1991, bricht der Putsch zusammen und versuchen die »Rebellen« zu fliehen. Am 22. August kehrt Gorbatschow aus der Gefangenschaft in seiner Datscha auf der Krim zurück nach Moskau – im Koffer unter anderem ein selbst gedrehter »heimlicher« Videofilm, der zeigen soll, daß er auch wirklich gefangen war –.

In diesen Tagen hatte aber Jelzin eine nie und nimmer erwartete Machtfülle aufgebaut. Er verbot die KPdSU, und Rußland übernahm entschlossen Schritt für Schritt die gesamten Kompetenzen der alten Union. Auch muß Gorbatschow seine Machtbefugnisse schrittweise an Jelzin abtreten. Nun kommt es endlich zur wirklichen Unabhängigkeit der Republiken. Gorbatschow ist de facto machtlos und erklärt dann auch Ende Dezember seinen Rücktritt. Zuvor wurde bereits am 8. Dezember der Vertrag vom 30. Dezember 1920 über die »Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken« außer Kraft gesetzt und die UdSSR für völkerrechtlich nicht mehr existent erklärt. Wenig später schließen sich dann die meisten ehemaligen Sowjetrepubliken in der »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)« zusammen.

Die Militärausgaben stiegen weiter

Alleine die kurze und stichwortartige Aufzählung der Ereignisse sechsjähriger Führerschaft Gorbatschows müßten es eigentlich auch dem letzten klar werden lassen, wer und was sich hinter Gorbatschow verbarg.

Man soll sich doch nur folgende Dinge vor Augen holen: Erst nach mehr als vier Jahren Amtszeit stoppte Gorbatschow den 1979 begonnenen Afghanistan-Krieg. Während seiner Amtszeit wurden also zehn- oder sogar hunterttausende unschuldiger Menschen durch die Rote Armee getötet – darunter unzählige Kinder durch die besonders bestialischen Spielzeugbomben, die nur mit Gorbatschows ausdrücklicher Weisung abgeworfen werden konnten, ein entgegengesetztes Wort hätte vollkommen ausgereicht, diese nicht mehr einzusetzen –. Doch bereits während dieser Zeit wurde ihm im Westen als »Friedensengel« zugejubelt, weil er – angeblich – die Abrüstung einleitete.

In Wirklichkeit wurde in der gesamten Amtszeit Gorbatschows kein Panzer weniger gebaut, der Bau der besonders gefährlichen atomaren Unterseeboote wurde sogar noch ausgeweitet. Die Militärausgaben stiegen trotz der katastrophalen Versorgungslage der Bevölkerung immer weiter. Terrorregime wie in Kuba und Nicaragua, aber auch terroristische Gruppierungen, wie etwa in Afrika, erhielten die gleiche finanzielle Unterstützung wie zuvor, zum Teil wurde diese sogar ausgebaut.

Während man dem irakischen Staatschef Saddam Hussein bei jeder Gelegenheit groß und lang vorwirft, im iranisch-irakischen Krieg oder später vor und nach dem Golfkrieg beim Krieg mit den Kurden angeblich Giftgas eingesetzt zu haben, war dies nur einen Satz in einem langen Artikel wert, wenn Gorbatschow dies tat.

Michail Gorbatschow

Das Ende einer kommunistischen Karriere

»Die Welt« schrieb richtigerweise hierzu: »Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Als Jelzin bereits als russischer Präsident den Ausnahmezustand in der Tschetscheno-Inguschen-Republik verhängte, gab es einen Aufschrei: Der Präsident sei ›autoritär‹ und ›undemokratisch‹. Als unter Gorbatschows Verantwortung vor gar nicht allzu langer Zeit in Tiflis und Vilnius KGB-Spezialtruppen blutige Ernte hielten, bescheinigte man dem letzten Kremlchef staatsmännisches Augenmaß, auch wenn darüber Dutzende unschuldiger Menschen zugrunde gingen.«

Und nur vor wenigen Wochen konnte Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg der erstaunten Öffentlichkeit neue in der »Nationalen Verteidigungs-Armee (NVA)« der DDR Dokumente vorzeigen. Danach übte die unter Gorbatschow doch ach so friedliebende Rote Armee noch 1989 den offensiven Einmarsch in Norddeutschland. Alleine dort sollten in einer ersten Welle über 70 Atombomben kurz hintereinander abgeworfen werden.

Man beachte: Die Rote Armee übte nicht einen Defensiv-Fall, sondern die offensive Kriegsführung. Und dies zu einem Zeitpunkt, als Gorbatschow sich schon lange als »Friedensengel« aufspielte. Nicht zuletzt wegen seiner Äußerungen und »Taten« in diesem Jahr bekam er dann 1990 den Friedensnobelpreis.

Eine andere Gorbatschow immer zugute gehaltene Lüge ist die, daß Deutschland ihm seine (Teil-)Wiedervereinigung verdankt. Richtig ist, daß Gorbatschow mit einer Politik der Öffnung gegenüber dem Westen begonnen hat. Dies aber weniger, um seinem Volk zu helfen. Vielmehr war dies nichts anderes als eine neue Taktik, um dem Leninismus zum Sieg zu verhelfen. Der Westen sollt Lenins gerühmte Worte verwirklichen und den Strick liefern, an dem er dann selbst aufgehängt wird. Nicht umsonst bezeichnete Gorbatschow sich selbst oft als Leninist, nannte Lenin sein politisches Vorbild und sagte dann auch nach seiner De-facto-Absetzung, der Sozialismus wäre nicht für immer, sondern nur vorübergehend besiegt.

»Wir können was erreichen«

Er übersah nur das, wovor schon Macchiavelli in seinem berühmten »Fürst« gewarnt hatte, daß sich die Dinge nämlich verselbständigen, wenn man in einem totalitären Staat kleine Zugeständnisse macht. Und dieses geschah dann auch im Ostblock.

Die Völker dort hatten nun plötzlich das Gefühl »Wir können was erreichen«. Unter Berufung auf Gorbatschow forderten nun auf einmal auch Polen, Ungarn, Tschechen und viele andere Staaten die Befreiung vom kommunistischen Joch. Offen konnte Gorbatschow nicht gegen seine eigenen Worte predigen. Innenpolitisch hatte er seine Armee oder Hilfstruppen, die gegen zu starke Unabhängigkeitsbestrebungen mit brachialer Gewalt angehen konnten – siehe Georgien oder das Baltikum –, aber selbst da nichts gegen das sich erhebende Volk ausrichten konnten.

Umso weniger galt dies für die mehr oder weniger mit Gewalt in den Ostblock einverleibten Staaten, die schon lange darauf warteten, sich vom »Großen Bruder« befreien zu können. Und die unmittelbare Nachbarschaft zum Westen hatte dort die Unzufriedenheit der Menschen noch größer gemacht. Konnten sie doch durch das Fernsehen den Wohlstand wenige Kilometer vor ihrer Haustür selber miterleben, während sie vor sich hindarbten. Anders in der Sowjetunion, wo die Menschen mit Ausnahme Moskaus doch noch ziemlich isoliert von den Verlockungen des Westens lebten.

Die Rote Armee konnte Gorbatschow in diesen Ländern aber nicht einsetzen, schließlich mußte er seine Rolle als Friedensengel weiterspielen. Eine politische Verhärtung der Lage, die in so einem Fall eingetreten wäre, mit dem Beschneiden der wenigen den Sowjetbürgern zugestandenen neuen Rechten hätte aber noch eher zu innenpolitischen Unruhen in der UdSSR geführt. Also blieb ihm nichts anderes übrig, als zu versuchen, auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in diesen Staaten Einfluß zu nehmen und zu versuchen, die entstehenden neuen Mehrheiten zu beeinflussen.

Kohl wurde unterschätzt

So war es dann auch kein Wunder, daß Ungarn das erste Land war, daß den ersten dramatischen Kurswechsel gegenüber der bisherigen Politik einschlug; zusammen sicherlich mit Polen, das aber schon geschichtlich von einer Russenfeindlichkeit gekennzeichnet ist. Erinnert werden soll nur an die Annektion großer russischer Gebiete nach dem Ersten Weltkrieg durch Polen.

Und die Öffnung der ungarischen Grenzen zur DDR war es dann, die die (Teil-)Wiedervereinigung auslöste. Die Deutschen strömten über Ungarn nach der Bundesrepublik. Die Armee einzusetzen schied von vorneherein aus (siehe oben).

Also half nur die Flucht nach vorne: Absetzung von Honecker, Öffnung der Grenzen durch die neue SED-Führung und hoffen, daß dies irgendwie von den Bürgern honoriert wird. Zwar ist diese Hoffnung angesichts des wahren Terrorregimes der KPdSU-hörigen SED nicht ganz aufgegangen, aber zumindest teilweise. Denn die PDS als SED-Nachfolgepartei hat zumindest bei den ersten Wahlen eine doch beachtliche Zahl an Wählerstimmen erhalten und viele ihrer Leute – mit und ohne Parteibuch – an ansprechend hohe Stellen in den fünf neuen Bundesländern plazieren können.

Hinzu kam, daß Kohl unterschätzt wurde. Man kann gegen ihn sagen, was man will – und es gibt vieles –, zu einer Sache muß man ihn loben: Nämlich zu dem Tempo, das er in Richtung Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands eingeschlagen hat.

Selbst viele aus dem nationalfreiheitlichen Lager ging es schon fast zu schnell. Angesichts der späteren Entwicklung und um die Linken so weit wie möglich in eine Isolierung zu treiben, war Kohls Vorgehen aber richtig.

Ein Machtmensch mit Zuckerbrot und Peitsche

Nicht verziehen werden kann ihm allerdings, daß er hierfür Ostdeutschland verriet und quasi an Polen verschenkte. Zwar berief er sich dabei immer auf angebliche Zwänge, vor die ihn die Alliierten angeblich gestellt hätten, nur ist dies nicht wahr. Es findet sich nichts dementsprechendes in den Akten, und das Ausland hätte die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der DDR doch gar nicht verhindern können, selbst wenn Kohl, so wie die Japaner es mit den Kurilen-Inseln tun, auf eine Rückgabe oder zumindest auf eine gewisse Souveränität Ostdeutschlands bestanden hätte.

Kurzum: Gorbatschow war nichts anderes als ein äußerst populistisch denkender Machtmensch, der mit Zuckerbrot und Peitsche drohte. Wer erinnert sich nicht noch an seinen Deutschland-Besuch, als er die deutsche Wirtschaft zu massiver Finanzhilfe aufforderte, gleichzeitig aber damit drohte, wer zu spät komme, den bestrafe die Geschichte? Dies war durchaus Übung in reinster Form, nur in schöne diplomatische, ja fast philosophische Worte verpackt.

Gorbatschows »Meisterstück« sollte jedoch der »Putschversuch« vom August des vergangenen Jahres sein. Der Westen hatte ihm zuvor die von ihm gewünschte Finanzhilfe verweigert.

Weniger weil sie es nicht tun wollten, sondern weil das in den jeweiligen Ländern finanzpolitisch ohnehin schon arg geknechtete Volk der Auferlegung weiterer Lasten nicht zugestimmt hätte.

Also, was tun? Da Gorbatschow außenpolitisch eine Beliebtheit, zum Teil schon fast Verehrung – speziell in Deutschland – erzielt hatte, während er in der UdSSR selber nie sonderlich beliebt war, mußte er in Gefahr geraten. Das Militär und die »rechten« politischen sowjetischen Kräfte – nicht umsonst wurde ihnen das Prädikat »rechts« angeheftet – waren von ihm und seinen Vasallen schon lange als größte beste-

hende Gefahr für seinen Reformkurs bezeichnet worden. Was hätte also näher gelegen, als diese Leute zu aktivieren?

Die Inszenierung eines Putsches

Gedacht, getan. Am 19. August 1991 kam es dann auch wirklich zum Putsch. Höchstrangige Leute, darunter der Oberbefehlshaber der Roten Armee, waren daran beteiligt. Es waren also alle Voraussetzungen gegeben, daß ein echter Putsch geglückt wäre.

Denn dieser hing von nichts anderem als von der Stärke des Militärs ab. Umso unverständlicher mußte es dann jedem auch nur etwas nachdenkenden Menschen erscheinen, daß leichte Panzer an die strategisch wichtigen Stellen Moskaus beordert wurden. Panzer, die nicht einmal in der Lage waren, aus zwei leeren Bussen bestehende Barrikaden zur Seite zu schieben, während weit vor den Toren der Stadt die schweren Kampfpanzer sinnlos herumstanden. Später stellte sich dann sogar heraus, daß nur wenige der in der Innenstadt postierten Panzer überhaupt bewaffnet waren.

Auch sonst war der »Putsch« von vielen »Fehlern« begleitet. Wichtigster Fehler eines echten Putsches wäre es gewesen, Jelzin nicht zeitgleich mit Gorbatschow festzusetzen. Denn Jelzin war bereits damals weitaus beliebter als Gorbatschow und von den Russen als »ihr Mann« anerkannt.

Selbst wenn Jelzin vorher wirklich gewarnt wurde, wäre es keine Schwierigkeit gewesen ihn festzusetzen, wenn man es wirklich gewollt hätte.

Aber dies sollte nicht sein. Jelzin sollte derjenige sein, der die Opposition formiert, der den Aufstand der Massen organisiert, um dann den Putsch niederzuschlagen. Unvergessen sind die Fernsehbilder, als Jelzin nahezu unbehelligt durch Moskau marschiert und den Widerstand organisiert.

Selbst wenn man es den Putschisten zugute halten wollte, sie hätten zu viele Freiheiten gelassen – so fuhren in der Innenstadt weiter fast gänzlich ungestört Privatautos –, um die Weltöffentlichkeit nicht von vorneherein ganz gegen sich aufzubringen, so zieht dieses »Argument« nicht. Damit war der »Putsch« nämlich von vorneherein zur Niederlage verurteilt. Und angesichts der Sympathie, die Gorbatschow im ganzen westlichen Ausland entgegengebracht wurde, konnten sie nicht ernstens daran glauben, anerkannt zu werden.

Der Westen setzte auf den Internationalisten

Und so kam es dann, wie es zwangsläufig kommen mußte – und auch geplant war –: Der »Putsch« brach nach nur zwei Tagen in sich zusammen, und Gorbatschow kehrte zurück. Nur mit einem hatte niemand gerechnet: Daß nämlich Boris Jelzin in diesen zwei Tagen sich zum absoluten Volksführer aufschwingen würde.

Geplant war, daß das sowjetische Volk froh sein würde, einen zwar ungeliebten, aber einen immer noch besser als das Militär angesehenen Gorbatschow freudestrahlend zurück begrüßen würde. Vielmehr sahen nicht nur die Russen, sondern auch die Ukrainer, Georgier und wie sie alle heißen mögen, nun endlich die Möglichkeit, sich den Altleninisten Gorbatschow nun endgültig vom Leib zu schaffen. Statt dem angebotenen kleinen Finger (Gorbatschow) griffen sie lieber zur ganzen Hand (Jelzin).

Interessant war, wie das westliche Ausland aber noch immer mehr oder weniger offen drängte, daß Michail Gorbatschow wieder die ganze Macht erhält. Man erinnere sich nur an die vielen Sondersendungen, in denen Gorbatschow als Staatsmann von Welt, Jelzin aber in erster Linie als Wodka-freudiger russischer Bär dargestellt wurde.

Der Weg frei für Rockefeller & Co.

Und dieses brachte den letzten Beweis, über etwas, was in Insider-Kreisen schon lange gehandelt wurde: Daß Gorbatschow nämlich in Wirklichkeit nichts anderes als ein Handlanger der Internationalisten war. Nicht unbedingt von Anfang an, dort hatte er noch versucht, einen eigenen, dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu gehen. Doch hatte er sich zuvor mit den Internationalisten verständigen müssen und war danach nicht mehr in der Lage, diese abzuschütteln. Deswegen auch die vielen Hin- und Herschwenks zu Beginn der Herrschaft Gorbatschows.

Ganz langsam und in vielen Jahren sollte in der Sowjetunion bei einem auch weiterhin »eingeschränkten Totalitarismus« ein großer, von wenigen Multis beherrschtes Land entstehen. Ein hierzu gehöriges Puzzleteil war dabei auch die (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands. Diese sollte, wie auch geschehen, in erster Linie als Verdienst Gorbatschows dargestellt werden. Hieraus sollte dann die Verpflichtung Deutschlands entstehen, den Hauptteil der finanziellen Lasten zur Gesundung der UdSSR zu tragen – auch dieses ist geschehen; das kleine Deutschland half in den vergangenen Jahren mit einem größeren Betrag als alle anderen westlichen Industrienationen zusammen –. Damit sollte Deutschlands Wirtschaftsstärke aber gleichzeitig auch begrenzt werden.

Dannach sollten die zum Sprung bereit stehenden US-Multis unter Führung des Rockefeller-Clans die UdSSR auf westlichen Standard bringen – Brotkrumen sollten dabei auch für deutsche Unternehmen abfallen –. Durch die dann sich auflösende sowjetische Militärstärke sollte die USA als einzige Supermacht bestehen bleiben – auch dieses ist eingetroffen, selbst wenn dies jetzt ein Abfallprodukt der Revolution Jelzins war und nicht wie ursprünglich geplant –. Damit wäre die neue UdSSR dann aber insgesamt abhängig von den westlichen, in erster Linie amerikanischen Multis gewesen.

Boris Jelzin war die Überraschung

Und die Pläne der Internationalisten nach ihrer »Einen Welt«, wie von US-Präsident Bush nach dem »Sieg« über den Irak bereits vorschnell verkündet, wären ein großes Stück weitgewesen, hätten sogar kurz vor der Vollendung gestanden. Denn wer wirtschaftlich einen so großen Teil der Welt kontrolliert, wie das dann der Fall gewesen wäre – in den USA ist par excellence wahr geworden, außer dem Konsum zählt kaum etwas –, hätte damit auch indirekt den Rest der Welt kontrolliert, zumal die Bestrebungen auch in vielen anderen Teilen der Welt in diese Richtung laufen; zum Beispiel in Südafrika oder bei den sogenannten Nahost-Friedensverhandlungen, die bei einem wie von den USA angestrebten »Erfolg« nur zu einem Übermächtigwerden Israels im arabischen Raum und zu einer Umwandlung in eine Konsumgesellschaft führen.

Boris Jelzin stand aber gar nicht auf der Rechnung dieser Leute. Darum wurde und wird auch heute noch versucht, ihn mehr als Übergangslösung, aber nicht als wahren Staatsmann darzustellen.

Ein ganz klares Beispiel hierfür bot die den Internationalisten sehr zugetane »Times«, die den Inhaber des amerikanischen Nachrichtensenders »CNN« zum »Mann des Jahres« kürte.

Sicherlich muß zugestanden werden, daß die Berichterstattung von CNN ein journalistisches Glanzstück in der Kriegsberichterstattung war, selbst wenn, wie inzwischen bekannt wurde, das Fernsehen vom amerikanischen Präsidenten und den Militärs als Tendenzmedium mißbraucht wurde. So ergaben jetzt Untersuchungen in den USA, daß in Wirklichkeit die Leute einen insgesamt besseren Wissensstand über den Golfkrieg hatten, die Zeitung lasen und sich weniger die Fernsehberichterstattung einverleibten. Dennoch war es nahezu perfekt, wie CNN vom Golfkrieg berichtete – perfekt jetzt durchaus im Sinne der Internationalisten und aus Sicht des unaufgeklärten Fernsehzuschauers gemeint –.

Aber ist eine noch so perfekte Fernsehberichterstattung wirklich auch nur annähernd mit der Leistung zu vergleichen, eine mehr als 70 Jahre währende Diktatur, vielleicht die schlimmste der bisherigen Weltgeschichte, gestürzt zu haben? Und dies weitgehend ohne Unterstützung aus dem Westen, sondern fast nur aufgrund der Ausstrahlung auf die Menschen. Deswegen heißt der Mann des Jahres 1991 Boris Jelzin. Es bleibt nur zu hoffen, daß er sich gegen die vielen Widerstände behaupten und den Verlockungen der Internationalisten widerstehen kann. □

Schlechte Nachrichten für George Bush

Warren Hough und Martin Mann

Was lag hinter dem gehetzten Blick, der US-Präsident George Bush während der Reise überkam, auf der es zu seinem dramatischen Zusammenbruch beim Staatsessen in Tokio kam? Ein Bericht, in dem bestätigt wird, daß hunderte von Geheimakten aus den Gewölben des KGB entfernt wurden, darunter die umfangreichen Dossiers von Henry Kissinger und anderer amerikanischer Makler der Macht, westlichen Verlegern zum Kauf angeboten werden, sei, wie CODE erfuhr, die Hauptursache dafür.

»Vergessen Sie die ganzen Doppeldeutigkeiten über ein ›Grippe-Infekt‹«, erfuhr unser diplomatischer Korrespondent von einem an der richtigen Stelle sitzenden Informanten aus dem Weißen Haus. »Bush wurde vor einer weit tödlicheren Gefahr für seine politische Laufbahn gewarnt. Wenn der Damm gegen diese streng geheimen sowjetischen Aufzeichnungen bricht und jahrzehntelange Hinterzimmer-Deals, Korruption und Verbrechen in Washington ans Tageslicht kommen, dann wird das wie ein zweites Watergate sein.«

Der Bericht, in dem vor dem Durchsickern von Informationen aus dem Archiv des Moskauer Geheimdienstes gewarnt wird, stammt aus einer zuverlässigen Quelle. Er wurde Bush vor wenigen Tagen von Professor Michail Kasatschkow, einem anerkannten russischen Wissenschaftler zugeleitet, der kürzlich für die Harvard Law School eine Forschungsreise nach Moskau unternahm, verlautet aus Kreisen des Weißen Hauses.

Was die Bush-Regierung besonders fürchtet, ist, daß über die Enthüllung vergangener geheimer Absprachen und Missetaten unter Washingtons inneren Kreisen hinaus, die jetzt durchsikkernden sowjetischen Dokumente derzeitige Skandale beleuchten werden, die vor der amerikanischen Medien-Öffentlichkeit bislang verborgen gehalten wurden.

Eine typische KGB-Akte, verlautet aus diplomatischen Kreisen, könnte die Spur einer Bombe aufdecken, die unter dem nachstehend geschilderten Szenario in den Gepäckraum eines Passagierflugzeuges geschmuggelt wurde:

Wenn eine Sprengladung explodiert, bricht der gigantische Jetliner in der Luft auseinander und fällt zur Erde, wobei alle Insassen der Maschine getötet werden. Die trauernden Familien der Opfer und deren Regierungen machen einen berüchtigten Geheimdienst für dieses terroristische Verbrechen verantwortlich und fordern die Auslieferung zweier verdeckter Agenten, die angeblich die Bombe an Bord der Maschine gebracht haben.

Das CIA-Attentat auf Cuban Airline

Aber der mächtige Geheimdienst schützt seine Agenten, verbirgt sie hinter Tarnbeschäftigungen, blockt alle Auslieferungsbegehren ab und schiebt das Verbrechen schließlich auf einen Unschuldigen. Damit wird jede Hoffnung auf Gerechtigkeit vereitelt.

Dieser Aktenvorgang bezieht sich nicht auf ein arabisches Land wie Libyen oder Syrien. Der Geheimdienstchef hinter den beiden mordenden verdeckten Agenten ist George Bush, der ehemalige Leiter des CIA. Dieses Szenario beschreibt genau wie eine Maschine der Cuban Airlines, Nr. 455, am 6. Oktober 1976, durch zwei Agenten des CIA, die als Luis Posada und Freddy Lugo identifiziert wurden, über Barbados zum Absturz gebracht wurde. Dem Gefängnis entkommen, wie berichtet wird, auf direkte Anordnung von Bush hin, ist Posada immer noch mit einer Tarnbeschäftigung in Lateinamerika für den CIA tätig, erfuhren wir von Informanten.

Ein unschuldiger militanter Castro-Gegner, Orlando Bosch, der einem abgekarteten Spiel des CIA zum Opfer fiel, brachte mehr als ein Jahrzehnt im Gefängnis zu, für ein Verbrechen das er nicht begangen hat.

Ironischerweise hat Bush den Absturz des kubanischen Airliners nicht angeordnet. Es war der Plan des CIA, die Bombe hochgehen zu lassen, als die Maschine am Boden auf dem Seawell Airport neu aufgetankt wurde, um somit der kommunistischen Regierung peinliche Verlegenheit und Störungen zu bereiten, nicht aber um Menschenleben auszulöschen. Aber wie unzählige andere CIA-Intrigen, lief auch diese Operation schief: Die Folge war eine Katastrophe. Bush, der seinerzeit oberster Chef des' CIA war, war von daher gesehen unmittelbar verantwortlich dafür.

Korruptionsfälle in Milliarden-Höhe

Die Bush-Regierung verlangt jetzt die Auslieferung zweier angeblicher libyscher verdeckter Agenten, da sie für den tragischen Absturz eines Pan Am Jetliners über Lockerbie, Schottland, vor zwei Jahren verantwortlich gewesen sein sollen. Libyen hat die beiden Männer festgenommen und internationale Juristen eingeladen, die als Beobachter seiner Untersuchung dieses Falles tätig werden sollen. Aber Bush verlangt die Auslieferung der beiden Verdächtigten und ihres Chefs.

»Wenn die UNO den Libyern befiehlt, die beiden Bürger auszuliefern, sollte sie dann nicht auch anordnen, daß Bush und seine ehemaligen Agenten wegen des Absturzes der Maschine Nr. 455 der Cuban Airlines an Kuba ausgeliefert werden?«, fragte ein arabischer Delegierter am Weltforum.

Eifrig darauf bedacht, solchen Fragen aus dem Wege zu gehen, ist das Weiße Haus sogar noch mehr über mögliche Enthüllungen der Sowjets über Korruptionsfälle in Höhe von Milliarden Dollar an unsauberen Nettogewinnen für Insider der Regierung besorgt.

1985 und 1986 begann der CIA damit, umfangreiche Schätzungen darüber herauszugeben – und anschließend in endklassifizierter Fassung in Umlauf zu bringen –, daß es Lateinamerika sehr schlecht gehe und vor allem Mexiko »kurz vor dem Zusammenbruch seiner erschöpften Volkswirtschaft« stehe.

Profite durch CIA-Desinformation

Die düsteren Vorhersagen des CIA verschlimmerte Mexikos Probleme. Ausländische Investoren liefen davon, ebenso wie das Kapital einheimischer Eliten. In Washington wurden Geheimdienstexperten, die darauf hinwiesen, daß die pessimistischen Schätzungen des CIA unbegründet und irreführend seien, mit der Botschaft zum Schweigen gebracht: »Diese Memoranden wurden auf direkte Anweisung des Weißen Hauses erstellt.«

Die protestierenden Experten sollten Recht behalten: Mexiko erholte sich, aber nicht bevor die amerikanischen Unternehmer – viele von ihnen mit Bindungen an das Weiße Haus – Vermögenswerte in Höhe von Milliarden Dollar in diesem großen Lande zu günstigen Preisen, die durch die Unheil verkündende Voraussagen des CIA über einen unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch noch weiter gedrückt wurden, aufgekauft hatten. »Banken, Telefongesellschaften, große Güter, Industrieunterneh-

men wurden an einen Ring von Insider-Investoren aus Washington zu Verzweiflungspreisen verkauft«, sagt der ehemalige Geheimdienstexperte des US-Außenministeriums, Trevor Petrie. »Der CIA bereitete die Bühne des betrügerischen Inszenarios für eine gewaltige internationale Masche, die ihren Begünstigten in den kommenden Jahren Milliarden von Dollar an Nettoeinkünften einbringen wird.«

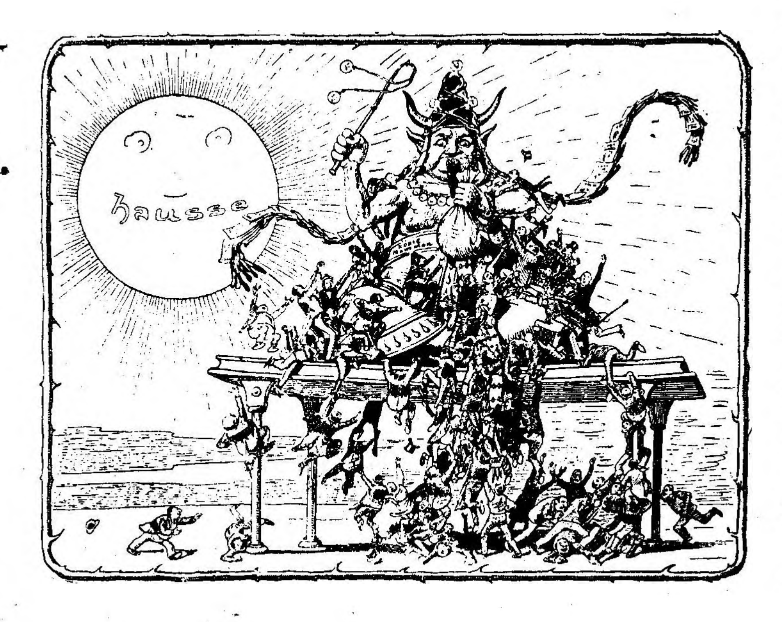
Die Enthüllungen des KGB könnten sogar laufende Strafprozesse in den USA berühren, verlautet aus Kreisen der Vereinten Nationen. Einer dieser Fälle betrifft Panama, dessen mit Drogen handelnder ehemaliger Diktator, General Manuel Noriega, jetzt vor einem US-Bundesgericht in Miami steht. Neues Licht auf eine weitere Krise könnte beweisen, daß sowohl der CIA als auch Noriega Schuld an dem dreckigen Panama-Schlamassel haben.

Die Masche einer Marionette

In Zaire, wo der CIA einen korrupten, militärischen Diktator, der Noriega gleicht, Mobuto Sese Seko, an die Macht gebracht und gehalten hat, steht die Bush-Regierung vor einer Krise, die den in die Länge gezogenen Schwierigkeiten der Reagan-Regierung mit Noriega sehr ähnlich ist. Nachdem er an der Spitze eines Regimes gestanden hatte, das noch brutaler und repressiver als das von Panama war und das seine Landsleute in einem noch größeren Ausmaß ausgeplündert hatte als Noriega das jemals getan hat, befindet sich Mobuto auf dem absteigenden Ast. Die Vereinigten Staaten, die darauf bedacht sind, ihn in die Wüste zu schicken, haben Mobuto in die Rippen gestoßen, die Macht an die Opposition abzugeben und sich in das komfortable Exil eines Milliardärs zurückzuziehen.

Aber Mobuto hat ebenso wie Noriega seine persönliche Sicherheit einem Elite-Wachbataillon anvertraut, das von israelischen Agenten ausgebildet und bewaffnet wurde. »Berater« des Mossads, des Geheimdienstes des nahöstlichen Kleinstaats, leiten Mobutos Sicherheitsapparat. Sich auf diese Söldner stützend, hat sich Mobuto bislang jedem Argument und Druck, das vom Weißen Haus vorgetragen beziehungsweise ausgeübt wird, widersetzt.

Wahrscheinlich wird, wie im Falle Noriega, ein direkter militärischer Eingriff erforderlich sein, um diese korrupten Marionette des CIA zu beseitigen«, sagte Petrie. »Die Einzelheiten der Krise in Zaire deuten darauf hin, daß die skandalöse Panama-Affäre nicht nur mit Noriegas betrügerischem Regime zusammenhängt. Die Hauptschuld für diese kriminellen und hartnäckigen Tyranneien sollte dorthin gelegt werden, wo sie hingehört – nach Washington. Bush möchte dieser Verantwortung um jeden Preis aus dem Weg gehen – mindestens so lange bis die Wahlen vorüber sind.« □



Neue Weltordnung

Dezentralisation zerstört politische Träume

Ivor Benson

Die Schlagzeile auf der ersten Seite des Nachrichtendienstes von Ivor Benson »Behind the News« vor zwölf Monaten lautete »1991 – Year of Vast Change« (»Jahr gewaltiger Veränderungen«). Dazu der folgende Kommentar: »Wir brauchen keine hellseherische Fähigkeiten, um zu sehen, daß sich die Welt auf eine Auseinandersetzung von noch nie dagewesenen Ausmaßen zubewegt.«

Heute, zwölf Monate später, geben die Nachrichten und Informationen, die uns täglich erreichen, ein Bild, das jedem Leser eigentlich es ziemlich leicht macht, sich für die Gegenwart und Zukunft genaue Vorstellungen zu machen. Die Machtpolitik des 20. Jahrhunderts war geprägt durch eine Anfertigung von Kollagen aus Staaten, die nicht wie früher natürlich gewachsen sind, sondern zusammengefügt wurden aus Stücken, die eigentlich nicht zueinander passen.

Einer dieser Staaten, die Sowjetunion, ist soeben fast auf den Tag genau nach 74 Jahren auseinandergefallen, zu einem Zeitpunkt, wo hektische Bemühungen unternommen werden, um einen neuen Staat, diesmal eine europäische Föderation, ins Leben zu rufen, mit wenig Anzeichen, daß sie auch nur so lange andauern wird wie die Sowjetunion – ganz zu schweigen von einem noch verrückteren Versuch, einen modernen Staat zu gründen, indem man eine große Anzahl von sich gegenseitig abstoßenden Teilen in Südafrika zusammenleimt.

9. Dezember 1991: Die Sowjetunion hat effektiv aufgehört zu bestehen, als die Führer von Rußland, Weißrußland und Ukraine ein Gemeinwesen unabhängiger Staaten schufen.

11. Dezember 1991: Heute morgen wurde der Weg frei für ein historisches Abkommen über eine engere europäische politische und Währungsunion, auf dem »Gipfel«treffen der führenden Persönlichkeiten der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Maastricht, Niederlande.

21. Dezember 1991: Die politischen Führer geraten am ersten Tage der South African Convention aneinander.

Hat das neue Europa eine bessere Chance?

Hat das »neue Europa« eine bessere Chance zu überleben als Lenins Sowjetunion? Ist es das, was alle Völker Europas wollen und das sie für notwendig halten?

Hier ist ein Zitat des Historikes Paul Johnson, der für den »Spectator« schreibt: »Hat unser Kontinent, der sich in der Cartoon-Parodie eines Superstaates zusammenleimt, jemals unter einem derartigen Mangel an wirklichen Führern gelitten? Jetzt, wo Mrs. Margaret Thatcher, die bei all ihren Fehlern, Willenskraft und Mut hatte, von der Bühne abgetreten ist, was für eine jammervolle Kollektion von Schmierenkomödianten ist nun übriggeblieben, um in die Fußstapfen von Palmerston, Cavour, Bismarck und Clemenceau zu treten.

Neue Weltordnung

Dezentralisation zerstört politische Träume

Die Vorstellung dieser kläglichen Kreaturen, etwas zusammenbrauen zu wollen, was sie europäische Außenpolitik nennen, ganz zu schweigen davon, daß sie Europas Streitkräfte dirigieren wollen, ist lächerlich, oder vielmehr beklagenswert. Sie haben nichts miteinander gemein, als die Engstirnigkeit ihrer miteinander in Konflikt stehenden Ausblicke. Oh ja, und ihre moralische Feigheit, die durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Zerstörung Kroatiens auf traurige Weise demonstriert wird... Wenn Brüssel morgen durch eine Armee von elektronischen Weißgothen eingesackt würde, dann würden wir das Schauspiel noch vor dem Bildschirm genießen.«

Was Johnson schreibt ist wahr genug. Was die Dinge noch weit bedeutsamer erscheinen läßt, ist, daß solche Gefühle heute in einer der führenden Zeitschriften Britanniens nur wenige Tage, nachdem die EG-Führer ihre historische Vereinbarung in Maastricht feierten, zum Ausdruck kommen konnte.

Ein Riese unter »Gleichen«

Ein Zitat aus den Nachrichten von 18. Dezember 1991: »Besorgnisse über ein übermächtiges Deutschland wurden gestern in Brüssel laut, nachdem eine Mehrheit der Länder der Europäischen Gemeinschaft gezwungen wurde, die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien anzuerkennen... Ein Offizieller der EG nahm dazu wie folgt Stellung: ›Wir reden nicht über die Anerkennung von Kroatien. Wir reden über die Anerkennung Deutschlands als Supermacht.‹«

Und hier ist ein Beispiel aus Britannien, das gleichermaßen für alle westlichen Länder wahr ist, was wir nicht aus unserer aktuellen Kollage herauslassen dürfen: »Tories haben es mit politischem Dynamit zu tun, da 80.000 Familien ihre Häuser verlieren... Nach den letzten Zahlen der Bauindustrie sind 800.000 Hypothekeninhaber – 10 Prozent – der Gesamtzahl, in Zahlungsrückstand geraten... Man befürchtet, daß mindestens 100.000 Häuser in diesem Jahr einen neuen Besitzer bekommen werden.«

Es sind natürlich nicht die Tories oder eine andere Partei, die gerade an der Macht ist, die hierfür in Britannien verantwortlich ist, sondern ein moralisch nicht zu vertretendes System, in dem Neugeld durch wenige Privilegierte geschaffen und als zinseinbringende Schuld in Umlauf gebracht werden kann.

Ein wachgewordener Osten

Das Problem bei vielen, sonst wohlgebildeten Leuten im Westen liegt darin, daß die Sintflut von Nachrichten und Kommentaren ihnen die Fähigkeit des zusammenhängenden Denkens, des Zusammenstellens von Fakten, die zusammengehören, geraubt hat.

Zum Beispiel lesen wir am 15. Dezember 1991: »General Motors gab die Schließung von 21 nordamerikanischen (das heißt amerikanischen und kanadischen) Fabriken und eine Schrumpfung seiner Belegschaft um 74.000 über die nächsten vier Jahre hinweg bekannt.«

Die Tragweite dieser Nachricht wird durch einen weiteren Bericht noch verstärkt, der besagt, daß das amerikanische Bankwesen sich jetzt in einem so heiklen Zustand befindet, daß es nur noch des Zusammenbruchs einer weiteren Großbank bedarf, um die 70 Milliarden Dollar, die der Kongreß kürzlich zur Rettung bewilligte zu erschöpfen.«

Nun wollen wir einmal diese Information einem Bericht aus Tokio gegenüberstellen, der besagt, daß »Japans Handelsüberschuß im November 1991 sich im Vergleich zu dem des gleichen Monats im Vorjahr fast verdreifacht hat«.

Dies bedeutet sicherlich, daß Japan dadurch, daß es den Einflüssen aus dem Weg ging, die Unordnung und Entmutigung über die Länder des Westens gebracht haben, jetzt einen ungeheuren Wettbewerbsvorteil genießt; mit anderen Worten, da ist etwas schrecklich faul an der Art und Weise in der im Westen politische Macht ausgeübt wird – und an der Moral im Westen.

Die Akademiker sind erstaunt und verwirrt

Ein paar Zeilen aus der Welt der Akademiker, die in dieser Sammlung von verschiedenen Dingen, die das Zeitalter, in dem wir leben, erhellen, einen Platz verdienen. Es ist der erste Absatz des Vorworts zu einem dicken Buch, das kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs erstmals veröffentlicht wurde:

»Die beiden Weltkriege und die dazwischenliegenden Kriege, Revolutionen und Krisen werden jetzt allgemein als Episoden eines Zeitalters des Konflikts angesehen, der 1914 begann und noch nicht abgeschlossen ist. Es ist ein Zeitalter, das der Welt mehr Veränderungen und Tragödien gebracht hat, als in irgendeiner anderen Zeitspanne in der Weltgeschichte. Und dennoch, was auch immer die letztendliche Bedeutung und Konsequenz sein mag, so können wir bereits darüber denken – und schreiben – als ein historisches Ganzes.« (»This Age of Conflict«, Frank P. Chambers, Christina Phelps Harris und Charles C. Bayley, arcourt, Brace).

Was bedeutet dieses Zeitalter des Konflikts

Was bedeutet »dieses Zeitalter des Konflikts«, ein Begriff, von dem die Verfasser jenes Buches, drei Berufshistoriker, offenbar keine Ahnung hatten? 46 Jahre später, in einer Welt, die mehr als je zuvor von Konflikten zerissen ist, kann kein gewissenhafter Akademiker sich damit entschuldigen, nicht zu wissen, was das bedeutet.

Was wir seit Beginn des Jahrhunderts, möglicherweise schon seit einem früheren Zeitpunkt, erleben, ist eine Weltrevolution, bei der alle späteren Kriege, Revolutionen und Krisen, einschließlich der bolschewistischen Revolution, lediglich Episoden waren. Eine tiefgreifende Erklärung dieser Erscheinung liegt seit Anfang der zwanziger Jahre vor: in Oswald Spengler »Der Untergang des Abendlandes«. Heutige Berufshistoriker und »Politwissenschaftler«, die instinktmäßig davor gewarnt werden, daß völlige Offenheit und Freimütigkeit in diesen Dingen ihrer Laufbahn abträglich sein könnten, gehen auf Nummer sicher und schreiben überhaupt nicht darüber.

Es ist leicht genug, in wenigen Worten, den Begriff Weltrevolution, die immer noch nicht voll zum Tragen gekommen ist, zu definieren, aber keine derartige Auslegung wird von denjenigen verstanden, die bereits gründlich darüber nachgedacht haben und deren Instinkte gesund sind.

Spengler beschreibt die Kräfte, die die Revolution fördern, als »eine Allianz des Geldes und des Intellekts«, ausführlicher beschrieben als hochkonzentrierte Finanzmacht, die sich eine riesige, wurzellose, äthiologisierte Intelligentsia, oder gebildete Schicht zu Diensten gemacht hat, zu deren Definition die Aussage hinzugefügt werden muß, das dieses »Bündnis des Geldes und des Verstandes« jetzt beinahe gänzlich durch einen leidenschaftlichen, geographisch zerstreuten, zionistischen Nationalismus an die Kandare genommen worden ist.

Die Weltrevolution geht weiter, wird aber auf einen immer stärker werdenden Widerstand und aktive Opposition stoßen.

Nun, wie wird uns durch das richtige Verständnis des Begriffes Weltrevolution geholfen? Kurze Antwort: Dadurch, daß für jeden einzelnen von uns eine Wahl zu treffen ist, uns entweder auf die Seite derjenigen zu stellen, die die Revolution fördern oder auf die Seite derjenigen, die ihr Widerstand und Opposition entgegensetzen.

Die mit der Macht des Geldes verbundenen Werte sind für viele unwiderstehlich, aber es sind Werte einer grundsätzlich anderen Art, die aus der Tiefe der menschlichen Psyche kommen und durch viele Zeitalter der Erfahrung bestätigt wurden, die uns mit der Natur in Einklang bringen und uns ein Dasein mit einem tiefen Verständnis für den Sinn des Lebens vermitteln. □

George Bush

Eine tiefgründige Betrachtung der Korruption des Präsidenten

Peter Blackwood

In diesem Sonderbericht legt CODE in der Form einer Zusammenstellung der vielen Missetaten und Korruptionsfälle, die während seiner Präsidentschaft ans Tageslicht getreten sind, eine Anklageschrift gegen Präsident George Herbert Walker Bush vor. Einige dieser Anklagen sind in den Medien des Establishments veröffentlicht worden. Aber viele sind nur auf den Seiten unserer Schwesterzeitung »The Spotlight« und dann in CODE erschienen. Die Aufstellung umfaßt die schädlichsten Beispiele persönlicher Korruption, aber es treten fast täglich viele weitere derartige Berichte zutage. Dieser Bericht wurde aus den Spotlight-Akten zusammengestellt. Es ist der Zweck dieses Berichts, den Lesern die Informationen zu vermitteln, die sie benötigen, um während des bevorstehenden amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes einen Blick hinter die Kulissen zu gewähren. Viele der Behauptungen sind nur das und bislang noch unbewiesen. Aber zusammengenommen deutet das Gewicht des Beweismaterials daraufhin, daß Bush eindeutig ein Verhaltensmuster des Amtsmißbrauchs an den Tag gelegt hat. Eine eingehende Untersuchung der angeführten Tatsachen ist daher angebracht. Ihr muß eine Infragestellung seiner Präsidentschaft wegen schwerer Vergehen und mittelschwerer Straftaten auf dem Fuße folgen.

George Herbert Walker Bush, der 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, besiegte 1988 seinen Gegenkandidaten Michael Dukakis mit überwältigender Mehrheit. Bush sitzt wie ein Koloß rittlings auf den Vereinigten Staaten. Seit Franklin Delano Roosevelt im Zweiten Weltkrieg hat niemand in der Welt eine derartige diktatorische Macht ausgeübt. Er ritt auf einer Welle volkstümlicher Begeisterung in sein Amt hinein. Seine lange politische Erfahrung, seine scheinbare Kompetenz und seine kraftvollen Versprechen, ein starker Führer zu sein und seine Verpflichtung zu den Werten, die die Grundlage eines starken und wohlhabenden Amerikas sein sollen, veranlaßte eine Mehrheit der Amerikaner dazu, zu glauben, die Vereinigten Staaten würden unter seiner Präsidentschaft blühen und gedeihen.

Voran die Interessen der Geldelite

Schon bald brach Bush, der während des Wahlkampfes gelobt hatte – »Nehmen Sie mich beim Wort« –, keine neuen Steuern einzuführen, sein Wort. Weniger als drei Jahre später behaupten einige Leute, daß Bush vielleicht der korrupteste Präsident in der Geschichte der großen amerikanischen Politik ist.

Ist es möglich, daß Bush, der den Vereinigten Staaten über 30 Jahre lang in öffentlichen Ämtern gedient hat, die ganze Zeit nur ein bestimmtes Endziel verfolgt hat? Kann es sein, daß Bush mehr darum besorgt war, seine Familie und seine Freunde zu bereichern, als seinen amtlichen Pflichten nachzukommen? Könnte er den Interessen der internationalen Geld-Elite, statt denen der Amerikaner der Mittelklasse dienen?

In diesem Artikel untersuchen wir Bushs Werdegang im öffentlichen Dienst und überlassen es dem Leser, die Leistungen des Präsidenten zu beurteilen.

George Bush der Spion

Kritiker behaupten, Bushs rätselhaftes Verhalten habe schon lange vor seiner Amtseinführung als Präsident begonnen. Im Januar 1976 übernahm Bush die Leitung des CIA, nachdem er von dem einzigen Präsidenten der USA, der niemals in das hohe Amt gewählt wurde, Gerald Ford, dazu ernannt worden war.

Als Bush diesen Posten übernahm, legte er einen Eid ab und versprach, alle seine Statements mit dem CIA abzusprechen.

Dies steht im Konflikt zu seinen derzeitigen Pflichten als Präsident: Der CIA kann Bush jederzeit einen Maulkorb umhängen, wenn er das will. Wie jeder ehemalige Angestellter des CIA bestätigen kann, gibt es so etwas wie einen ehemaligen CIA-Angstellten nicht.

Es gibt Beweise dafür, daß Bush schon lange in den CIA verwikkelt war, bevor er zu deren Leiter ernannt wurde. Wie man jetzt glaubt, soll Bush nach seiner Graduierung von der Yale-Universität, wo er der geheimen Skull and Bones Society (Schädel- und Knochen-Gesellschaft) angehörte, zusammen mit anderen Leuchten, wie William Buckley jun., der auch von Yale aus in die Dienste des CIA trat, als Agent angeworben worden sein.
Wie Mark Lane in seinem neuen Bestseller »Plausible Denial« nachgewiesen hat, schrieb der ehemalige Leiter des FBI, J. Edgar Hoover, 1963 eine Denkschrift, in der er sich auf »Herrn Bush vom CIA« berief.

Bushs tief verdeckte Tätigkeit als CIA-Agent ist von den Medien des Establishments niemals erforscht worden. Seine Amtszeit als Leiter des CIA wurde in seinem makellosen Protrait lediglich als weitere Qualifikation dargestellt, als er begann, um seinen Sitz im Weißen Haus zu kandidieren.

Nachdem es klar wurde, daß 1980 Bush keine Chance hatte, die Nomination der Republikaner zur Präsidentschaft für sich zu gewinnen, sicherte David Rockefeller, der ehemalige Leiter der Trilateralen Kommission, Bushs Kandidatur bei den Republikanern als Ronald Reagans Vizepräsident ab. Reagan, der dazu gezwungen wurde, Bush als seinen Mitbewerber zu akzeptieren, war wütend.

Die Oktober-Überraschung

Nachdem Bush als Präsidentschaftskandidat aufgestellt war, mußte nur noch dafür Sorge getragen werden, daß die beiden Kandidaten Reagan und Bush die Wahl gewinnen würden. Trotz Jimmy Carters erschreckender Fehlleistungen als Präsident – allein seine katastrophale Wirtschaftspolitik machte seine Wiederwahl fast aussichtslos –, blieb doch noch eine schwache Möglichkeit, daß Carter den Kandidaten der Republikaner schlagen könnte.

Wenn Carter die Befreiung der vom Iran festgehaltenen amerikanischen Geiseln noch vor der Wahl erreichen würde, befürchteten die Republikaner, daß er kurz vor seiner unmittelbar bevorstehenden Niederlage ihnen doch noch den Sieg vor der Nase wegschnappen könnte. Dieses Szenario wurde als die »Oktober-Überraschung« bezeichnet. Mitglieder der Wahlmannschaft Reagans, darunter Bush und William Casey, der später unter Reagan als Leiter des CIA diente, sollen sich mit Beamten der iranischen Regierung – damals geschworene Feinde der Vereinigten Staaten – verschworen haben, die Geiseln bis nach der Wahl im Iran festzuhalten. Im Gegenzug verspra-

George Bush

Eine tiefgründige Betrachtung der Korruption des Präsidenten



US-Präsident George Bush hat bisher mehr den Interessen der internationalen Geld-Elite gedient, statt denen der Amerikaner der Mittelklasse.

chen Offizielle der republikanischen Wahlmannschaft den Iranern dringend benötigtes Kriegsgerät und Ersatzteile für die amerikanischen Waffen, die sie bereits besaßen, damit sie ihren Krieg gegen den Irak führen konnten.

Die Waffen wurden über Israel in den Iran eingeschleust. Verrat, wie in Article III, Section 3, der Constitution (Verfassung) festgelegt, »besteht nur darin, gegen (die Vereinigten Staaten) Krieg zu führen oder sich ihren Feinden anzuschließen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu gewähren«. Offensichtlich war der Iran 1980 ein Feind der Vereinigten Staaten, und George Bush bot ihm vermutlich Hilfe an, wenn dieser ihm nur dabei helfen wollte, seine Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

Bush bestreitet ganz entschieden jede Verwicklung in den Oktober-Überraschungs-Skandal, und die Medien des Establishments verbreiten seine Unschuldsbeteuerungen. Aber das Beweismaterial, in Barbara Honnegers Buch »October Surprise« und in Gary Sicks neuerem Buch mit dem gleichen Titel dokumentiert, verdichtet sich immer mehr.

Einige unserer Berichte enthielten Interviews mit Gunther Russmacher, einem ehemaligen Piloten der US-Navy, der behauptet, Bush nach Paris geflogen zu haben, um sich dort mit Iranern zu treffen, während Bush behauptet, die fraglichen Tage auf dem Luftwaffenstützpunkt Andrews oder anderswo verbracht zu haben – sein Alibi stand niemals fest –. »The spotlight« hat Beweise aus zwei separaten ausländischen Quellen dafür, daß Bush am 21. und 22. Oktober 1980 in Paris war. (CODE berichtete mehrfach darüber und lieferte zusätzliche Beweise).

Jetzt, wo die ganze Geschichte ans Tageslicht gekommen ist, sah sich der amerikanische Kongreß gezwungen, die Vorwürfe zu untersuchen. Das General Accounting Office (GAO) – mit unserem Bundesrechnungshof vergleichbar – wurde gebeten, die Angelegenheit zu untersuchen, aber als versucht wurden, die Bush an den Tagen, als er sich angeblich in Paris aufhielt, zugeteilten Agenten des Geheimdienstes zu befragen, erhielt das GAO keine Genehmigung dazu, mit ihnen zu sprechen.

Der Skandal um die Oktober-Überraschung war ein Vorläufer der Iran-Contra-Masche, die Reagans Präsidentschaft hätte zu Fall bringen können. Da ihnen durch Gesetz des Kongresses verboten war, den nicaraguanischen Contras, die das Regime der kommunistischen Sandinistas stürzen wollten, militärische Unterstützung zu gewähren, brüteten republikanische Regierungsbeamte einen Plan aus, insgeheim Waffen an den Iran – offiziell immer noch ein Feind der USA – zu verkaufen, und die Erlöse angeblich an die Contras abzuzweigen. Beobachter haben die Frage gestellt, wohin das Geld wirklich gegangen ist.

George Bush behauptet, während der Planung und Durchführung dieser verdeckten Operation »aus der Schlinge« gewesen zu sein. Aber Logbücher des Weißen Hauses reden eine andere Sprache. Aus ihnen geht deutlich hervor, daß Bush bei den Planungssitzungen anwesend war und daran teilgenommen hat, wie auch aus einer von Reagans Berater für nationale Sicherheit, John Poindexter, verfaßten Denkschrift, in der es heißt: »VP ... fest in seiner Haltung, daß wir die Masche versuchen müssen.«

Über diese Dinge befragt, behaupten Mitarbeiter des Weißen Hauses, Bushs »Rolle in der Iran-Contra-Affäre ist bei der Untersuchung auf Kongreßebene gründlich untersucht worden, und wir haben nichts hinzuzusetzen«.

Wie in der »Jewish World« in Broward, Florida, am 11. Oktober 1991 berichtet wird, will Israel das Vorhandensein auf Band aufgezeichneter Gespräche zwischen dem damaligen Vizepräsidenten George Bush und Amiram Nir, einem Berater der israelischen Regierung in Sachen Terrorismus, weder bestätigen noch bestreiten.

In der ABC-Sendung »Nightline« las Ted Koppel vor aus der Niederschrift eines Gesprächs zwischen Bush und Nir über Einzelheiten der Waffenlieferung an den Iran. Bush sagte später, er könne sich an die Besprechungen nicht erinnern und habe mit den Waffenverkäufen an den Iran nichts zu tun gehabt. Ob das Gespräch mit Nir wirklich stattgefunden hat, kann daher nicht bestätigt werden, da Nir bei einem geheimnisvollen Flugzeugabsturz ums Leben kam.

Anstatt Bush wegen Beihilfe bei diesem Verbrechen anzuklagen,



Camp David: Israels Premierminister Menachim Begin umarmt Ägyptens Anwar Sadat und US-Präsident Jimmy Carter klatscht Beifall.



Bush soll sich dafür eingesetzt haben, daß die amerikanischen Geiseln bis nach der Präsidentenwahl im Iran festgehalten werden.

griff man sich kleinere Beamte heraus, die als Prügelknaben dienen mußten: Poindexter und Oberstleutnant Oliver North als dessen Assistent.

Ein anderer Mann, der für Bush entbehrlich wurde, war der ehemalige panamaische Diktator Manuel Noriega, den man jetzt, von der amerikanischen Öffentlichkeit fast vergessen, in einer Bundeshaftanstalt in Florida auf seinen Prozeß wegen Geldwäsche warten läßt. Noriega gefangenzunehmen, der bei dem Iran-Contra-Skandal mitgeholfen hatte, Gelder zu waschen und der Bush sehr wohl belasten könnte, war eines der vorrangigsten Ziele des ersten militärischen Abenteuers von Bush als Präsident: Operation Just Cause (Operation gerechte Sache).

Operation gerechte Sache

Im Dezember 1989 befahl Bush den Einmarsch nach Panama, vorgeblich um Noriega vor Gericht zu stellen. Laut Pressemeldungen war die Operation schnell, sauber und erfolgreich: Nur 26 amerikanische Soldaten starben in diesem kurzen »Krieg«.

Über die eigentlichen Beweggründe ist in den Medien niemals ausführlich berichtet worden, denn sie würden an den Tag bringen, daß Bushs Aktion weit über einen Machtmißbrauch hinausging und absolut kriminell war. Wie bereits erwähnt, hätte Noriega Bush in den Iran-Contra-Skandal hineinziehen können. Seine Aussage mußte daher ausgeschaltet werden. Er hätte vielleicht immer noch eine Gelegenheit, etwas von dem zu enthüllen, was er weiß, wenn er jemals vor Gericht gestellt wird, was aber zweifelhaft geworden ist, da das FBI anscheinend versucht, den Fall zu verpfuschen, wie aus der »versehentlichen« Freigabe der illegalen Abhörbänder mit Gesprächen zwischen Noriega und seinen Anwälten hervorgeht.

Ein Krieg zur Wahrung privater Interessen

Aber eines der ungesetzlichen Motive für Operation Just Cause scheint reine Gier zu sein – was auch die Motivation hinter der gesamten Neuen Weltordnung ist. Die Familie Bush, deren Finanzen von Georges Bruder Prescott verwaltet werden, in Partnerschaft mit der japanischen Aoki Corporation, hat mehr als 350 Millionen Dollar in Panama investiert.

Zu ihren Holdinggesellschaften in Panama gehören der Luxus-Ferienort auf der Insel Contadora, der al Caesar Park (Ort der Friedenskonferenz für Mittelamerika) bekannt ist, und das Hotel Mariott. Ist George Bush deshalb in Panama einmarschiert, weil er befürchtete, Noriega werde einige der Investments von Aoki Corporation dort verstaatlichen?

Aoki und Prescott Bush hatten auch einen gemeinsamen Berater, gegen den derzeit in Japan ein Ermittlungsverfahren durchgeführt wird: Susumu Ishii, eine führende Figur in Japans Yakuza (organisiertes Verbrechen). Aoki gab Ishiis Erwerb von Anteilen an der Tokyu Corporation, einem Eisenbahn-Konglomerat, Rükkendeckung. Prescott Bush erhielt 250000 Dollar, weil er West Tsusho empfohlen hatte, in zwei amerikanischen Firmen, Quantum Acess, eine in Houston ansässige Firma für Computer-Software, und Asset Management International Finance und Settlement, zu investieren.

West Tsusho ist ein Arm von Hokusho Sangyo, eine Immobilien- und Kapitalanlagefirma, die von Susumu Ishii, dem Vorstandsvorsitzenden von Japans zweitgrößtem Verbrechens-Syndikat, bis zu dessen Ausscheiden im Oktober 1990 kontrolliert wurde.

Ein weiterer Beweis dafür, daß Operation Just Cause nichts damit zu tun hatte, Noriega in dem Krieg gegen Drogen vor Gericht zu stellen, sondern stattdessen eine persönliche Mission war, um die Geldanlagen von George Bush zu schützen, sind die von Bush ausgewählten beiden Männer, die Panama nach Noriegas Sturz regieren.

Panamas derzeitiger Präsident, Guillermo Endara, ist Leiter der panamaischen Bank, die ausschließlich von Kolumbiens Drogen-Kartell Medellin benutzt wird. Der von Bush persönlich ausgesuchte Vizepräsident, Guillermo Ford, ist Miteigentümer der Dadeland Bank of Florida, die in einem Gerichtsprozeß vor einigen Jahren als zentrale Geldwaschanlage für südamerikanische Drogenbarone namhaft gemacht wurde.

Um einen Drogengeldwäscher auszutauschen, verloren die Vereinigten Staaten 26 Soldaten und hatten schließlich zwei Geldwä-

George Bush

Eine tiefgründige Betrachtung der Korruption des Präsidenten

scher mehr, dank George Herbert Walker Bush. Die 2000 panamaischen Zivilisten, die getötet wurden, werden als unvermeidliche Unfälle abgeschrieben.

Die Operation Wüstensturm

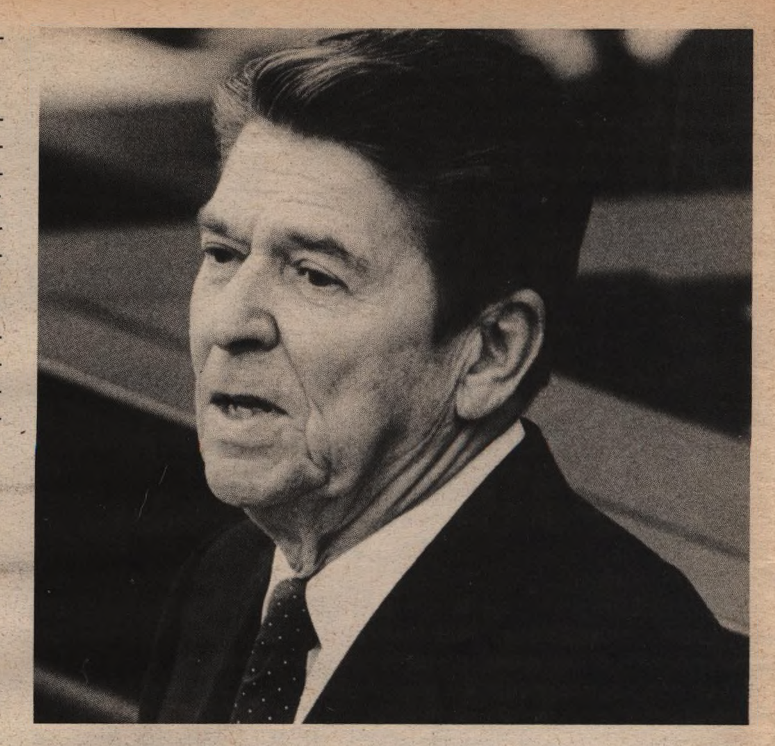
Nur etwas über ein Jahr verstrich zwischen Operation Just Cause und Operation Desert Storm, die mehreren Kritikern zufolge bislang die unverhohlen grauenhafteste und schrecklichste Tat während Bushs Präsidentschaft ist. Sie führte zu einer apokalyptischen Verwüstung des Irak. Unter dem Deckmantel, die Welt vor der bewaffneten Aggression eines Diktators schützen und eine Neue Weltordnung errichten zu wollen, schickte Bush 500000 amerikanische Soldaten in nahöstliche Wüsten, um Kuwait zu »befreien« und Saddam Hussein loszuwerden.

Nach einem furchtbaren Bombardement, das den Irak in die Steinzeit zurücksetzte, schätzungsweise 200000 Zivilisten sofort tötete und unschätzbare historische Werte, vernichtete, wurden in einer kurzen Bodenschlacht irakische Soldaten zu Tausenden hingemetzelt, und der »Krieg war gewonnen«. Nun war nur noch der »Sieg« zu feiern, was zu einem Gaudi mit gewaltigen Militärparaden – die an jene Paraden zum ersten Mai auf dem Roten Platz vergangener Zeiten erinnerten – in Washington und anderswo ausartete.

Die ist die Version des Krieges, mit der die meisten Amerikaner vertraut sind, weil die Medien des Establishments die Ereignisse so dargestellt haben. Aber was geschah wirklich, und was waren die eigentlichen Beweggründe hinter der Operation Wüstensturm.

Saddam Hussein marschierte angeblich wegen territorialer Streitigkeiten nach Kuwait ein. Mit einem preisgekrönten Bericht war »The Spotlight« die erste Zeitung, die enthüllte, daß die Vereinigten Staaten Saddam Hussein zu dem Einmarsch aufgestachelt hatten. Die amerikanische Botschafterin für Irak, April Glaspie, gab Saddam gegenüber Versicherungen ab, daß die Vereinigten Staaten sich nicht um Iraks Streitigkeiten mit Kuwait kümmern und sich nicht einmischen würden.

Aber sobald irakische Panzer nach Kuwait hineinrollten, erschien Bush im Fernsehen, verdammte die Invasion in Bausch und Bogen und rief zur Bestrafung des Irak auf. Urplötzlich wurde Saddam Hussein, der in seinem zehn Jahre dauernden Krieg mit dem Iran amerikanische Waffen in Höhe von Milliarden Dollar und Militärhilfe erhalten hatte, zum bösen Diktator in der Wüste, nachdem er jahrelang ein bevorzugter Freund gewesen war.



US-Präsident Ronald Reagan wurde dazu gezwungen, Bush als Vizepräsident zu akzeptieren.



Wie jeder ehemalige Angestellte des CIA bestätigen kann, gibt es so etwas wie einen ehemaligen CIA-Angestellten Bush nicht.

Bei seiner Bemühung, die »Neue Weltordnung« zu errichten, wandte Bush sich an die Vereinten Nationen, nicht an den amerikanischen Kongreß, um seine Aktionen zu legitimieren. Die Vereinten Nationen verabschiedeten Resolutionen, in denen der Einmarsch der Iraker verurteilt und dem Land Sanktionen auferlegt wurden. Eine Koalition von Streitkräften, überwiegend Amerikaner, der sich aber Truppen von solchen Ländern anschlossen, die von den Vereinigten Staaten mit Milliarden von Dollar bestochen worden waren, marschierte in der Wüste auf, um Saudi-Arabien zu schützen.

Die gefälschten Beweise

Der CIA und die National Security Agency legten den Medien gefälschte fotografische »Beweise« vor, daß sich die Irakis nach ihrem Vorstoß nach Kuwait hinein längs der saudischen Grenze massierten. Militärexperten stellten die Glaubwürdigkeit dieser »Beweise« von Anfang an in Frage.

Die Tochter des kuwaitischen Botschafters für die Vereinigten Staaten wurde dazu ermuntert, unter Eid und anonym zu bezeugen, daß irakische Soldaten kuwaitische Kleinkinder aus Brutkästen herausgenommen hätten. Das Establishment verbreitete diese Story in unverantwortlicher Weise in der ganzen Welt. Jetzt wird offen zugegeben, daß ihre Aussage eine Lüge war, unter Mittäterschaft des CIA und der Bush-Regierung.

Die Medien des Establishments akzeptierten die amtliche Lügengeschichten und peitschten die vertrauensselige amerikanische Öffentlichkeit zu einer blutigen

Raserei auf, um Saddam Hussein zu vernichten und den »Feind« zu Tausenden zu töten.

Die größte Greueltat aller Zeiten

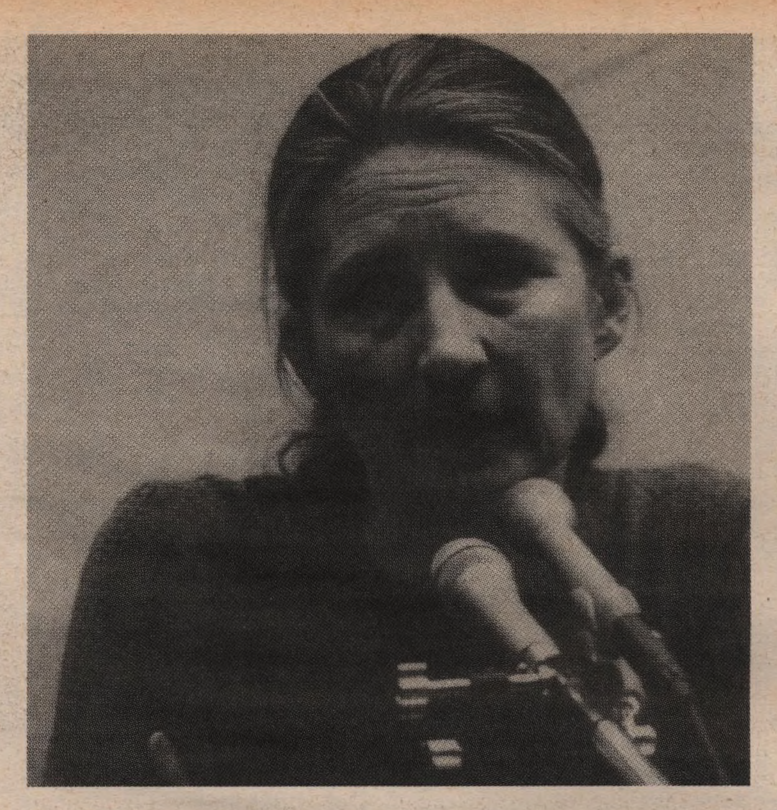
Am 16. Januar 1991 führte Bush seinen Plan aus und begann damit, den Irak aus der Luft zu zertrümmern. Die Schwere dieser Luftangriffe wurde zwar bemerkt, aber in den Medien des Establishments wurde nur wenig über das tatsächliche Ausmaß von Tod und Vernichtung berichtet. Nur »The Spotlight« und CODE berichteten, daß man damit rechne, daß sehr viel mehr Zivilisten als Folge der Zerstörung der Infrastruktur des Landes sterben werden als irakische Soldaten im Kampf gefallen sind.

Die Ziele der Operation Wüstensturm, die in den sechs Monaten zwischen dem Zeitpunkt des irakischen Einmarsches und des Angriffes der Amerikaner immer wieder abgewandelt wurden, nahmen in den Medien einen hervorragenden Platz ein.

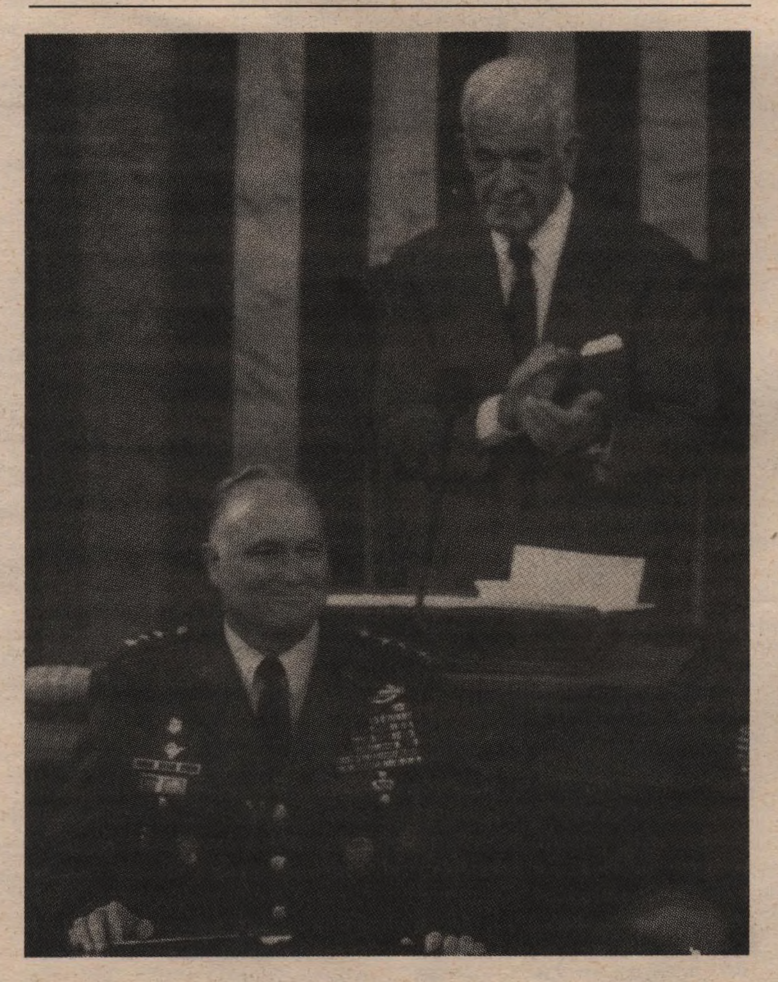
Um diese Ziele zu erreichen, hetzte Bush auch die Kurden zur Rebellion auf. Die kurdischen Rebellen nahmen Bush beim Wort – man denke daran, es ist der gleiche Mann, der dem amerikanischen Volk versprochen hatte, keine neuen Steuern zu erheben – und begannen einen Aufstand, der bald von der irakischen Armee niedergeschlagen wurde. Bush ließ die Kurden schlichtweg im Stich. Er wollte nicht in den internen Konflikt eines Landes verwickelt werden. Hunderttausende mußten vor den irakischen Truppen aus ihren Häusern fliehen.

Unter furchtbaren Bedingungen in den nördlichen Gebirgen kampierend, auf amerikanische Hilfe wartend, die niemals kam, starben hunderte von kurdischen Frauen und Kinder an Hunger und Erschöpfung.

Und was kostete dieser Völkermord zur Vernichtung eines Feindes von Israel die amerikanischen und deutschen Steuerzahler? Nach jüngsten Berichten wird die Operation Desert Storm jeden Amerikaner 350 Dollar kosten. Das ist eine Rechnung von insgesamt 70 Milliarden Dollar, was die amerikanische Öffentlichkeit vollauf dazu berechtigt, die Frage zu stellen: »Wofür?« Bushs hinterhältiger Angriff auf den Irak und seine gewollte Vernichtung von Menschenleben und Eigentum stellt eine der größten Greueltaten aller Zeiten dar und ist ein Schandfleck auf der amerikanischen Geschichte.



April Glaspie, ehemalige US-Botschafterin im Iran, gab Saddam Hussein gegenüber Versicherungen ab, daß die USA sich nicht um Iraks Streitigkeiten mit Kuwait kümmern.



US-General H. Norman Schwarzkopf berichtet dem Kongreß über die angeblich erfolgreiche Operation Wüstensturm.

Bush und die BCCI-Bank

Kurz bevor Bush Saddam als bösen Diktator verteufelte, der beseitigt werden müsse, waren die beiden Herren Partner bei der Durchführung einer Masche, an der sich die beiden bereicherten, schreibt Sherman Skolnick, ein in Chicago ansässiger Untersuchungsjounalist. Bush, Saddam und andere teilten sich die unglaubliche Summe von 250 Milliarden Dollar Erpressungsgelder aus dem Verkauf von Öl aus dem Persischen Golf. Die Gelder wurden durch die korrupte Bank of Credit and Commerce International (BCCI) geschleust, mit der die Familie Bush bekanntlich bedeutende Beziehungen unterhält, schreibt Skolnick.

Die Medien des Establishments vertuschen jetzt die Rolle der BCCI bei der Wäsche von Drogengeld und der Finanzierung von verdeckten Operationen des CIA und des israelischen Mossad. Aber es war unsere Schwesterzeitung »The Spotlight«, die die ganze Geschichte in ihrer Ausgabe vom 25. März 1991 erstmals entlarvte, CODE berichtete ausführlich darüber.

Unter den Zeitungen des Establishments brachte nur das »Wall Street Journal« am 29. Oktober 1991 in einem Leitartikel Bush mit diesem Skandal in Verbindung.

Aber geheime Gerichtsdokumente – Akt.-Z. Nr. 90 C 6863, Willis C. Harris gegen den Board of Governors (Vorstand) des Federal Reserve System (amerikanische Zentralbank), eines Prozesses der vor dem US-Court of Appeals for the Seventh Circuit in Chicago (Berufungsgericht) verhandelt wird – legen die engen Bindungen zwischen Hussein, Bush und der BCCI offen, schreibt Skolnick. In einem Interview mit »Radio Free America«, das als Niederschrift in CODE abgedruckt wurde, deckte Skol-

George Bush

Eine tiefgründige Betrachtung der Korruption des Präsidenten

nick alle Feinheiten des Deals zwischen Hussein und Bush auf.

Das enge Bündnis Bush, Öl und BCCI

BCCI, Öl und George Bush stehen auch durch den Sohn des Präsidenten George jun. und Harken Energy in Texas miteinander in Verbindung. George Bush jun. ist ein Direktor des in Texas ansässigen Harken-Konzerns, der dringend Kapital benötigte, um die Ölfelder vor der Küste von Bahrein zu entwickeln. Der Konzern hatte exklusive Rechte an diesen Ölvorkommen.

Laut einem Artikel des »Wall Street Journal« vom 6. Dezember 1991 flossen Gelder von der BCCI – in die die Herrscherfamilie von Bahrein gewaltig investiert hatte – über die Familie Gokol aus Pakistan zu Abdullah Baksh, einem saudi-arabischen Geldanleger. Baksh verwendete das Geld, um einen Anteil von 17 Prozent in Harken Energy in Höhe von über 25 Millionen Dollar zu erwerben.

Eigenartigerweise stoppte das US-Justice Department (Justizministerium) auf Anweisung des Attorney General (Generalstaatsanwalt) Richard Thornburgh im Oktober 1990 eine Untersuchung der Eigentumsverhältnisse von First American Bankshares, die insgeheim von BCCI kontrolliert wird. Und William von Raab, ein ehemaliger hoher Beamter der amerikanischen Zollbehörde, wurde vom Finanzminister James Brady gefeuert, weil er sich zu eingehend mit dem BCCI-Skandal befaßt hatte.

Eine weitere Verbindung zwischen Bush und BCCI ist Edward Rogers, ein Gehilfe des ehemaligen Stabschef des Weißen Hauses John Sununu. Rogers wurde von Scheich Kamal Adham, eine zentrale Figur bei der Gründung der BCCI, mit einem Vorschuß von 600000 Dollar angeheuert, um dessen Interessen in den Vereinigten Staaten zu vertreten.

Bush: Bester Freund Rotchinas

Offensichtlich hat Bush keinerlei Probleme, mit bösen Diktatoren umzugehen, wenn er politisch und finanziell dabei gewinnt. Ein weiteres Beispiel dafür ist Bushs Freundlichkeit gegenüber dem kommunistischen Regime in Rotchina. Seitdem er Sonderbotschafter für Rotchina war – schon bevor die Vereinigten Staaten formale diplomatische Beziehungen zu diesem Land unterhielten –, betrachtet Bush Rotchina, dessen Führer seit 1941 schätzungsweise 50 Millionen ihrer eigenen Landsleute auf dem Gewissen haten, mit Wohlwollen.

Im Sommer 1989, nachdem die kommunistischen Diktatoren tausende von unbewaffneten chinesischen Studenten und Arbeitern, die auf dem Platz des Himmlischen Friedens friedlich für mehr Demokratie demonstrierten, vor den Augen von Millionen Fernsehzuschauern in der ganzen Welt niedergeschossen hatten, trat Bush dennoch dafür ein, Rotchina den Handelsstatus der meistbegünstigten Nation einzuräumen.

Nach außen hin schnitt Bush alle diplomatischen Beziehungen zu Rotchina auf hoher Ebende ab, solange bis bei dessen Führern einige Fortschritte in Sachen Menschenrechte zu verzeichnen sind, hieß es. Und dennoch wurden weniger als ein Monat nach dem Massaker der stellvertretende Außenminister, Lawrence Eagleburger, und Bushs Berater für nationale Sicherheit, Brent Scowcroft, insgeheim nach Rotchina entsandt, um sich mit dem Diktator Teng Hsiaop'ing zu treffen.

Im vergangenen Sommer drängte Bush wieder darauf, den Status der meistbegünstigten Nation für das Regime in Peking zu erneuern, obwohl die Vereinigten Staaten ohnehin mit Produkten aus Rotchina überflutet werden, von denen obendrein ein Großteil von Sklavenarbeitern produziert werden, und derzeit gegenüber dem kommunistischen Land ein Handelsdefizit in Höhe von zehn Milliarden Dollar aufweisen.

Warum unterstützt George Bush in dieser Weise die Gewährung des Status der meistbegünstigten Nation an ein Regime, von dem bekannt ist, daß es der Produktion von Gütern, die in die Vereinigten Staaten exportiert werden, Sklavenarbeiter einsetzt, und das vorsätzlich versucht hat, die Einfuhrbeschränkungen auf Bekleidung und andere Posten dadurch zu umgehen, daß der Anschein erweckt wurde, als kämen diese Produkte aus einem anderen Land als Rotchina?

Der Bruder ist Partner der Kommunisten

Der Bruder des Präsidenten, Prescott Bush, ist Partner der Aoki Corporation bei der Einrichtung und Leitung eines Erholungsclubs außerhalb von Schanghai in Rotchina. Der Country Club von Schanghai in der Größenordnung von 18 Millionen Dollar, zu dem ein Golfplatz und Tennisplätze gehören, ist im Mai 1991 eröffnet worden. Bush streicht 25 Prozent aller Gewinne aus diesem Unternehmen ein.

In einem Land, in dem die meisten Menschen kaum 700 Dollar pro Jahr verdienen, besteht natürlich kein großer Binnenmarkt für einen Country Club von 18 Millionen Dollar. Stattdessen wurde der Klub für ausländische Geschäftsleute geplant, die in Rotchina Handel treiben; aber wenn Rotchina den Status der meistbegünstigten Nation nicht hätte, dann würden naturgemäß weniger Geschäfte getätigt, was zu geringeren Gewinnen für Bush und seine japanischen Partner führen würde.

Laut »Los Angeles Times« erhielt Prescott Bush auch 250000 Dollar als Berater für Asset Management International Financing and Settlements Ltd. Die Firma, die gerade ein Fernmeldenetz in Rotchina errichtet, sorgte dafür, daß drei von Hughes Aircraft Company gebaute moderne Nachrichtensatelliten nach Rotchina exportiert wurden.

Ein Schritt in Richtung auf die »Neue Weltordnung« zu – die für die Völker der Welt zur wirtschaftlichen und politischen Sklaverei führen wird – ist der sogenannte Freihandel unter den Völkern. Die Zeichen sind überall zu sehen: Die neu vereinigte Europäische Gemeinschaft, der amerikanisch-kanadische Freihandels-Vertrag, das vorgeschlagene Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko und die derzeitige Gesprächsrunde in Uruguay über das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT).

Und natürlich die Gewährung des Status der meistbegünstigten Nation an Länder wie Rotchina und die Länder der ehemaligen Sowjetunion, um sie unter die Herrschaft der internationalen Banker zu bringen, gehört mit zu diesem Plan. Alle diese Vereinbarungen werden die amerikanischen Arbeiter Arbeitsplätze kosten und einen niedrigeren Lebensstandard bringen – im Namen der »Neuen Weltordnung« und der Profite für deren Architekten.

Der Drogenkrieg-schwindel

Der Krieg gegen Drogen in den Vereinigten Staaten wird niemals gewonnen werden, solange er von Bush und Konsorten geführt wird. Bushs enge Beziehungen zu Manuel Noriega, der jetzt auf Grund von Verstößen gegen das Drogengesetz in einer amerikanischen Bundeshaftanstalt sitzt, seit seiner Zeit als Leiter des CIA, und zur Bank of Credit and Commerce International, die korrupte Bank, die wegen ihrer fortlaufenden Drogengeldwäsche berüchtigt ist, zeigen klar und deutlich, daß es Bush und seiner Regierung gar nicht ernst damit ist, den Fluch der Drogen von der amerikanischen Landschaft abzuwenden, behaupten Bushs Kritiker.

Der Präsidentschaftskandidat der Populist Party, Held des Vietnam-Kriegs, James »Bo« Gritz, unterstreicht diese Behauptung. Während einer Expedition zum Goldenen Dreieck von Südostasien auf der Suche nach amerikanischen Kriegsgefangenen und Vermißten traf Gritz 1986 und 1987 in Burma mit dem Shan-Führer und Drogenlord Khun Sa zusammen.

Khun Sa bot an, den Strom von Opium aus seinem Territorium zu unterbinden, als Gegenleistung für eine bescheidene amerikanische Hilfe und Handelsbeziehung, und bezichtigte hochrangige amerikanische Beamte, darunter den ehemaligen Assistent Deputy Secretary of State, Richard Armitage, in den Drogenhandel verwickelt zu sein.

»The Spotlight« war wieder einmal die erste Zeitung unter den Medien, die diese Behauptung dokumentierte; CODE berichtete mehrfach darüber.

Beinahe unverzüglich, nachdem Gritz mit seinen Anschuldigungen in den Vordergrund trat, wurde er angeklagt, einen falschen Paß benutzt zu haben, der ihm vom CIA ausgestellt worden war.

Nachdem Gritz vom Geschworenengericht freigesprochen war, wurde der anklagende Staatsanwalt William Maddox zitiert, der gesagt haben soll: » George Bush rief mich persönlich an und sagte, ›Schnappen Sie sich den Gritz‹.« Kurz darauf wurde Maddox gefeuert.

Nevada hat immer noch keinen US-Attorney. Offensichtlich hat Gritz in der Bush-Regierung einen empfindlichen Nerv getroffen: Bush und Konsorten scheinen tief in den Weltdrogenhandel verwickelt zu sein.

Die Vorrechte der Macht

Jeder Überblick über Bushs Missetaten und Korruption wäre unvollständig, ohne über den Mißbrauch seiner Position als amerikanischer Präsident zum finanzielen Vorteil für seine Familie und Freunde zu berichten.
Zunächst seine eigene Familie. Am berüchtigtsten ist natürlich Bushs Sohn und dessen Rolle in der pleitegegangenen Silverado Savings and Loan in Colorado (Spar- und Darlehenskasse). Zuständige Bundesbeamte empfahlen im Oktober 1988, Silverado, wo Neil Bush einer der Direktoren war, zu schließen. Aber die Vorgesetzten dieser Beamten ordneten eine Verschiebung von zwei Monaten an, bevor die Spar- und Darlehenskasse geschlossen wurde. Nachdem Bush im November die Präsidentschaft gewonnen hatte, wurde Silverado beschlagnahmt, einen Monat später.

George Bush jun. profitierte auch davon, daß er der Sohn des Präsidenten ist. Im Januar 1990 verhandelte Harken Energy of Texas mit dem Land Bahrain über ein Abkommen über die Bohrrechte in einem unerforschten Öl- und Erdgasfeld im Persischen Golf. Kurz darauf unterzeichneten die Vereinigten Staaten mit Bahrain eine Vereinbarung, wonach den Amerikanern eine dauerhafte militärische Präsenz auf der Insel zugestanden wurden. George Bush jun. ist zufällig »Berater« für Harken Energy und erhält dafür 120000 Dollar pro Jahr.

Wie bereits weiter oben dokumentiert, ist Prescott Bush, der Bruder des Präsidenten, in viele zweifelhafte Geschäfte verwikkelt. Prescott Bush erhält 250000 Dollar von Asset Management International Financing and Settlements Ltd., die der Tochterfirma von General Motors Hughes Aircraft dabei half, drei höchst empfindliche Nachrichtensateliten nach Rotchina zu exportieren. Prescott Bush fungierte auch als Berater für Firmen, die von der japanischen Familie des organisierten Verbrechens, Ishii, beherrscht werden, deren Spezialität darin besteht, kleine amerikanische Firmen aufzukaufen.

Viele Interessenskonflikte bei den Mitarbeitern

Bushs Berater für nationale Sicherheit, Brent Scowcroft, wurde von dem Abgeordneten Henry Gonzales, Vorsitzender des House Banking Committee (Banken-Ausschuß des Repräsentatenhauses), des Interessenskonfliktes bezichtigt. Scowcroft, der Macht über den Verkauf von Waffen durch die Vereinigten Staaten und die Ausgabe von Exportlizenzen ausübt, besaß Aktien von über einem Dutzend Rüstungsvertragspartnern, die von Bushs Politik profitierten. Erst kürzlich trennte Scowcroft sich auf Empfehlung des Office of Government Ethics (für die Ethik der Regierung zuständige Behörde) von diesen Aktien, nachdem er die lukrative Politik zwei Jahre lang gefördert hatte.
Die Geschäfte zweier Kabinettsmitglieder von Bush blühen und gedeihen ebenfalls von Bushs Präsidentschaft. Außenminister James Baker und Handelsminister Robert Mossbacher profitieren nicht schlecht von der kürzlich genehmigten Fusion zwischen Chemical Bank und Manifacturer's Hanover. Baker besaß Anteile an Texas Commerce Bankshares, eine Bank, die 1986 von Chemical Bank aufgekauft wurde. Baker tauschte seine Aktien gegen Chemical Bank-Aktien aus. Mossbacher war einer der Direktoren von Texas Commerce Bankshares, und sein Bruder Emil ist einer der Direktoren von Chemical Bank.

Mossbacher und Baker sind auch Partner von George Bush in einem Ölschiffgeschäft in Houston. Die Zeitschrift »Common Cause« zufolge war die Firma in 200 Fällen für das Auslaufen von Öl im Hafen von Houston verantwortlich, was ein bezeichnendes Licht auf den ach so umweltfreundlichen Präsidenten wirft.

Inslaw und »Der Achtfüßler«

Der freiberufliche Fahnder und Schriftsteller Joseph Danil Casolaro fand im vergangenen Sommer in West Virginia ein geheimnisvolles Ende, als er vermutete Verbindungen zwischen den obenerwähnten Skandalen und noch einem weiteren – den Fall Inslaw – nachzugehen versuchte. Sein Tod wurde offiziell als Selbstmord bezeichnet, aber verdächtige Umstände, darunter mehrfach zerschnittene Handgelenke, ein nicht unterzeichneter Abschiedsbrief und die beinahe unverzügliche Einbalsamierung der Leiche veranlassen viele Beobachter zu der Überzeugung, daß Casolaro das Opfer des Umstandes wurde, daß er zu viel wußte.
Casolar hatte fast ein Jahr lang an einem Buch gearbeitet, das den Bush-Hussein-BCCI-Skandal, die Oktober-Überraschung und den Diebstahl des Software-Pakets »Promis« der Firma Inslaw Inc. durch das US-Justice Department miteinander in Zusammenhang brachte. Er sagte zu Freunden, er habe Zusammenhänge zwischen den einzelnen Skandalen festgestellt, brachte diese wiederum in Zusammenhang mit einer riesigen internationalen Verschwörung, die er »the Octopus« (den »Achtfüßler«) nannte, und sagte, die Spur seiner Untersuchungen führe geradewegs ins Weiße Haus.
Seine Arbeit konzentrierte sich auf den Inslaw-Skandal, bei dem Beamte des amerikanischen Justizministeriums, darunter der ehemalige Attorney General Ed Meese, beschuldigt werden, Software gestohlen zu haben, die zur Aufdeckung von Kriminalfällen konzipiert waren. Im Januar 1988 verkündete ein Konkursrichter, daß die Regierung die Inslaw-Software durch »Hinterlist, Betrug und Täuschung« »an sich genommen, umgewandelt und gestohlen« habe. Dieser Richterbeschluß wurde dann rückgängig gemacht.

Untersuchungen dieser Angelegenheit durch den Kongreß stießen auf Widerstand des Justizministeriums. Der Abgeordnete Jack Brooks beschuldigte den ehemaligen Generalstaatsanwalt unter Bush, Dick Thornburgh, die Untersuchung blockiert zu haben. Der designierte Generalstaatsanwalt William Barr hat angekündigt, daß die Angelegenheit durch einen Sonderanwalt (special counsel) gründlich untersucht werde.

Die Beweise liegen klar auf der Hand: George Herbert Walker Bush und sein Präsidentenamt sind in einige der berüchtigtsten Skandal in der Geschichte der Vereinigten Staaten verwickelt, die nach angemessenen Untersuchungen schreien.

»The Spotlight« erneuert seinen Aufruf zur Amtsanklage gegen George Bush wegen schwerer Vergehen und mittelschwerer Straftaten. □



Mythen und Tatsachen

Jetzt, wo die Sowjetunion zusammengebrochen und das strategische Argument für die amerikanische Unterstützung Israels ebenso tot wie das ehemalige kommunistische Reich ist, betonten die israelischen Interessensgruppen und deren Sympathisanten wieder einmal die »starken kulturellen und historischen Bindungen«, die die Amerikaner angeblich mit Israel teilen. Israel wird von seinen Anhängern als »die einzige Demokratie im Nahen Osten«, umgeben von einem Meer von despotischen, feudalen arabischen Staaten oder, schlimmer noch, fundamentalistischen islamischen Republiken mit einem eingefleischten Haß auf den Westen im allgemeinen und auf Amerika im besonderen bezeichnet. Auch wird von dem hohen Wert geredet, den die Israelis angeblich auf Menschenleben legen, aber dies wird in diesen Tagen nicht besonders hervorgehoben, weitgehend wegen des offensichtlichen Widerspruchs in seinem Umgang mit der gefangenen palästinensischen Bevölkerung.

Aber Israel ist keine Demokratie im amerikanischen republikanischen Sinne, noch ist sein parlamentarisches System, auch nur im entferntesten dem in Westeuropa gleich. Es ähnelt vielmehr dem eines osteuropäischen »shtetel« (jüdisches Dorf), wo bedeutsame politische Entscheidungen durch einen Vorgang des Feilschens, der Bestechung und der halsabschneiderischen Deals getroffen werden.

Israels Koalitionsregierung, in der die großen Blöcke Likud und Labour fast gleich stark – aber nicht mehrheitsfähig – sind, werden die kleinen Parteien des rechten Flügels und der religiösen Fanatiker immer wieder zum Zünglein an der Waage der Macht. Dies ermöglicht es diesen kleinen Parteien wiederum, ihre Stimmen an den höchsten Anbieter zu verkaufen. Verträge werden gelegentlich abgeschlossen, um den Deal formell zu bekräftigen, aber solche Dokumente haben in der örtlichen Kultur wenig Bedeutung.

Die Knesset machte kürzlich einen Gesetzesentwurf zunichte, der die Direktwahl des Ministerpräsidenten verlangte. Der israelische Kolumnenschreiber Yossi Klein Halevi, der in der »Washington Jewish Week« schreibt, meinte dazu: »Den Gesetzesentwurf nicht durchzubringen, wäre viel schwerwiegender, als ein Fehlschlag der politischen Reform; er würde die israelische Demokratie selbst bedrohen.«

Die kleinen ungebundenen Parteien stimmen gegen den Gesetzesentwurf, weil »durch Beibehaltung der Koalitionsabmachung sie die Macht behalten, das ganze System als Geiseln zu halten«. Die kleinen religiösen Parteien, zum Beispiel verweigern sie ihre Unterstützung, solange bis sie das beste Paket zur Finanzierung ihrer religiösen Institutionen erwischt haben, und man ihnen andere Versprechen auf politische Begünstigungen, wie zum Beispiel Befreiung vom Militärdienst für die Ultra-Orthodoxen und Verbote jeglicher Handelstätigkeit am Sabbath, gemacht hat.

Halevi vertritt die Ansicht, die größte Gefahr für die israelische Demokratie erwachse aus dem Zynismus, den das ganze Spektakel der Kummelei unter der allgemeinen Bevölkerung hervorruft. »Die Israelis sehen, wie politische Loyalitäten schamlos gekauft und verkauft werden, und wie die Interessen der Mehrheit des Volkes bei der Koalitionspolitik völlig außer Acht gelassen werden. Einige fragen sich, ob, bei all den Problemen, mit denen dieses Land es zu tun hat, Demokratie überhaupt die beste Regierungsform sei, um diese Probleme in den Griff zu bekommen.«

Hier kommt Halevi auf einen Punkt, der von den amerikanisch-jüdischen Gruppierungen absichtlich verschleiert wird. »Ihr (der Israelis) Fehler besteht darin, das bestehende System mit Demokratie zu verwechseln.«

Es gibt heute noch andere Zustände, die es für Israel immer schwieriger gestalten, sich jemals einer wahren Demokratie erfreuen zu können, und die für seine Nachbarstaaten eine Katastrophe heraufbeschwören könnten, schreibt Halevi. Er meint, daß die »intifada«, der Aufstand der Palästinenser, junge Israelis gegenüber den Leiden anderer abgestumpft und sie dazu verleitet habe, die Menschenrechte zu entwerten.

»Der langanhaltende Konflikt mit einer zivilen Bevölkerung hat einer Generation junger Leute beigebracht, daß Gewalt eine natürliche Art ist, mit Problemen fertigzuwerden, und daß die Menschen keine angeborenen Rechte haben.«

Er weist auch darauf hin, daß die jüngste Welle der Einwanderer nach Israel hinein, die sowjetischen Juden, keine Erfahrung mit Demokratie und keine demokratische Tradition haben. »Ihr Unwissen könnte von einem Demagogen ausgebeutet werden – besonders, wenn sich ihr wirtschaftliches Elend weiter verschlimmert«, schreibt Halevi.

Ministerpräsident Yitzhak Shamir versprach den kleinen Parteien, er werde die Wahlreform nicht billigen, wenn sie von der Knesset verabschiedet wird. Und doch hinderte dies zwei von ihnen nicht daran, aus Protest gegen die Friedensgespräche aus der Likud-Koalition auszuscheiden. Der drohende Zusammenbruch seiner Regierung dient nur dazu, ihn noch weiter von dem demokratischen Problemen abzudrängen, für die er ohnehin noch niemals sehr viel übrig hatte. Halevi schreibt, daß Shamirs Lebenslauf als Terrorist in der Stern-Bande, von der aus er direkt zum Mossad überging, in ihm eine »Untergrund-Mentalität der Geheimniskrämerei und der Verschwörung« hervorgerufen habe.

Der israelische Wirtschaftsjournalist Joel Bainerman, der im »The Jewish Ledger« schreibt, beschreibt noch einen anderen Gesichtspunkt der wachsenden Distanz Israels zur Demokratie, diesmal in der Wirtschaftssphäre. Er verabscheut die Abhängigkeit Israels von amerikanischer Hilfe, Israels Status als Wohlfahrtsfall und sein Versagen, sein natürliches Talent und seinen Unternehmergeist auszuschlachten. Er wälzt die Verantwortung auf die Struktur der israelischen Wirtschaft selbst, speziell auf die Tatsache ab, daß »israelische Politiker eine Wirtschaftspolitik betreiben und beibehalten, die ihre Herrschaft über die Wirtschaft festigt und als Folge davon das Wirtschaftswachstum verlangsamt«.

»Eine freie Wirtschaft«, schreibt Bainerman, »würde nur dazu dienen, ihre Machtbasis zu schwächen.« Er glaubt, dies sei wichtig für Israels Zukunft als Demokratie. Wenn der Strom amerikanischer Hilfe abgeschaltet werden sollte, dann wären Israels Führer dazu gezwungen, das 15 Milliarden Dollar schwere Netzwerk unrentabler staatseigener Unternehmen zu verkaufen und die gewaltige Bürokratie, die Israels sozialistische Wirtschaft verwaltet, abzuspecken. Und »in dem Augenblick, wo sie weniger Machtbereiche haben, um die sie miteinander ringen, desto weniger Widerstand wird es geben, um das altersschwache Wahlsystem zu reformieren«. Bainerman glaubt, daß »eine politische Reform der Wirtschaftsreform folgen wird, und nicht umgekehrt«.

Nicht nur sei Israel viel weniger das leuchtende Beispiel für Demokratie, wie seine Anhänger uns glauben machen wollen, sondern seine grundsätzlich antidemokratischen Tendenzen werden durch die Subventionen durch den unwilligen amerikanischen Steuerzahler noch gefördert. Halevi fast die Situation mit einer bitteren Frage zusammen: »Sind wir, die wir stolz behaupten, die Avant-Garde der Zivilisation zu sein, dabei, die Demokratie genau in dem Augenblick aufzugeben, in dem die Welt versucht, auf sie zuzugehen?« □

Krieg gegen den Irak sollte Bushs Image aufpolieren

Der ehemalige französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement, klagte in einer Ansprache im Französischen Institut in Freiburg an, daß der Krieg gegen den Irak »vermeidbar, zwecklos und unangemessen« war, und daß eine Lösung auf dem Verhandlungswege möglich gewesen sei, doch US-Präsi-

dent Bush habe diese Option von Anfang an zurückgewiesen. Stattdessen habe Bush sich für einen Krieg entschieden, von dem er hoffte, daß er seine angeschlagene Popularität im Inland wieder aufmöbeln würde. Chevènement trat kurz nach Ausbruch des Golfkrieges von seinem Posten in der Regierung von François Mitterrand zurück, um somit gegen dessen Unterstützung der angloamerikanischen Politik zu protestieren.

In seiner Rede beschrieb der ehemalige Minister die Folgen des Krieges: Kuwait wurde zwar befreit, aber die alte Öl-Monarchie wurde wieder auf den Thron gesetzt. Der Libanon – lange Zeit eine Zone unter französischem Einfluß – steht jetzt unter syrischer Herrschaft; das Embargo der Vereinten Nationen gegen den Irak trifft in der Hauptsache die »unglückliche Bevölkerung«, und das Kurdenproblem ist immer noch ungelöst, äußerte Chevènement.

Darüber hinaus habe der Krieg den islamischen Fundamentalismus, vor allem in den Maghreb-Staaten, hochgepeitscht, und als Reaktion darauf den Rassismus in vielen europäischen Ländern. Die daraus zu ziehende Lehre sei, daß Europa keinen Vorteil daraus ziehen könne, wenn es den Direktiven der einzigen verbliebenen, Supermacht Folge leistet, stattdessen eine eigene echte Verteidigungspolitik ausarbeiten sollte, erklärte Chevènement. □

Japan läßt supraleitfähiges Schiff vom Stapel

Japan ließ im Januar im Hafen von Kobe das erste supraleitfähige Schiff vom Stapel laufen und läutete damit das Ende von 150 Jahren der schraubenbetriebenen Schiffahrt ein. Die »Yamato One«, die die Form eines kleinen Unterseeboots hat, wird durch supraleitfähige elektromotorische Antriebskraft (SEMP) angetrieben. Sie wurde von der Ship and Ocean Foundation (Stiftung) gebaut, die von den größten Schiffsbauern Japans, Mitsubishi Industries, Hitachi und Mitsui ins Leben gerufen wurde.

Wenn ein elektrischer Strom durch ein von einer supraleitfähigen Spule erzeugtes Magnetfeld fließt, wird eine Kraft erzeugt, die mit hoher Geschwindigkeit Wasser aus einer Leitung herausschleudert und das Schiff vorantreibt. SEMP könnte theoretisch Geschwindigkeiten bis fast 100 Knoten, rund 125 Meilen pro Stunde, ermöglichen.

»Dieser Schiffstyp dürfte bei hoher Geschwindigkeit, wo Schiffsschrauben nicht so gut funktionieren, besser sein«, sagte Kensaku Imaichi, Leiter der Stiftung.

Für die kommenden Monate bleibt das 98 Fuß große Versuchsschiff Yamato noch im Hafen, während Ingenieure die Maschinerie inspizieren. Wenn in diesem Sommer die Versuchsfahrten beginnen, wird es 13 Menschen an Bord haben und sich nur mit acht Knoten bewegen, aber die Geschwindigkeit von SEMP-Schiffen wird sich mit der Verbesserung der Technologie der Supraleiter erhöhen. Das aerodynamische Design des Schiffes ist für höhere Geschwindigkeiten als bei den Anfangsversuchen gedacht. □

Ghanas Awoonor fordert G-77 heraus

In seiner Abschiedsrede als Vorsitzender der Gruppe von 77 Entwicklungsländern sagte Ghanas Repräsentant bei den Vereinten Nationen Dr. Kofi Awoonor: »Wir werden unsere Rechte in einer Welt verteidigen, die Tag für Tag übermäßige Abhängigkeit von Macht, Einschüchterungstaktiken und Machtmißbrauch gegen die Armen und Schwachen erlebt.«

Der Vorsitz der G-77 wird von Pakistan übernommen.

Awoonor wies warnend darauf hin, daß »keine ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, um die Ungleichheiten des internationalen Wirtschaftssystems, die Armut erzeugen, zu korrigieren... Es kann keinen dauerhaften Frieden geben, wenn die Beseitigung dieser Ungleichheiten nicht in Angriff genommen wird«.

Der indische Gesandte bei den Vereinten Nationen, Chinmaya Gharekhan, sprach ebenfalls auf dieser Sitzung und verlieh dem Pessimismus, der sich derzeit bei vielen Führungspersönlichkeiten auf dem Entwicklungssektor widerspiegele, Ausdruck: »Wir mußten uns als Reaktion auf westliche Initiativen in Schadensbegrenzungen üben. Die Versammlung wird von den mächtigen Ländern bei der Neuplanung ausgenutzt.« Andere Delegierte stellten fest, daß die Vorschläge der Industrieländer darauf abzielen, die Souveränität von Entwicklungsländern auszuhöhlen. □

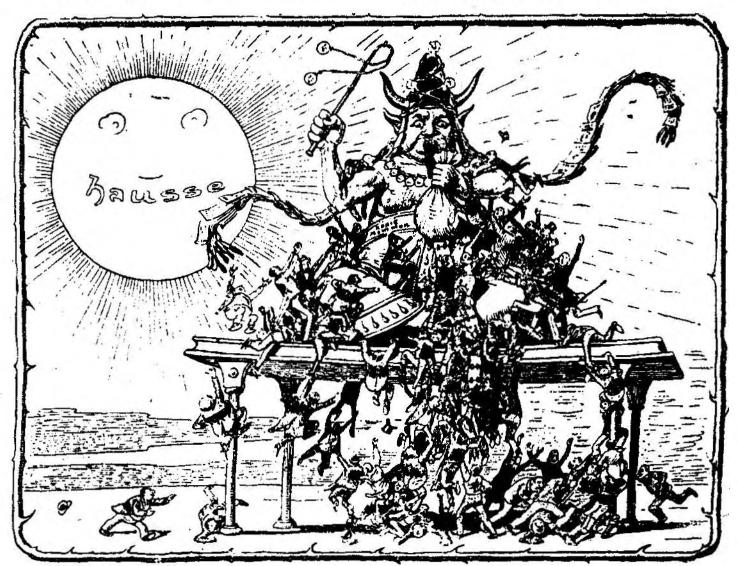
Nächster Nahost-Krieg könnte nuklear sein

Das in London ansässige International Institute of Strategic Studies (IISS) gab einen Bericht heraus, in dem behauptet wird, der nächste Krieg im Nahen Osten könnte nuklear sein. Der Bericht mit der Überschrift: »The Gulf Conflict: A Political and Strategic Analysis« war zeitlich mit dem ersten Jahrestag des Beginns des Golfkriegs am 17. Januar 1991 abgestimmt.

Der Verfasser, Roland Dannreuther, sagte auf einer Pressekonferenz in London, daß ein zukünftiger Krieg in der Region mit chemischen Waffen, die von Raketen abgefeuert werden, oder mit Atomwaffen geführt werden könnte. Der Leiter des IISS François Heisbourg meinte, die Entwicklung von nuklearen und chemischen Waffen deute darauf hin, daß, wenn es am Golf einen neuen Krieg gibt, »wir nicht mehr ganz so viel Glück haben werden wie zuvor. Wir waren diesmal schon nahe daran. Niemand weiß, was in zehn Jahren geschehen wird.«

Indessen, sagte Frank Barnaby, ein ehemaliger Direktor des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) auf einer Pressekonferenz in London, daß der Transport von Plutonium überall in der Welt als Folge der wachsenden nuklearen Wiederaufbereitung die Gefahr des Diebstahls erhöhe.
»In nur acht Jahren werden etwa 300 Tonnen Plutonium weltweit produziert, genug, um 30.000 Atombomben im Rohbau herzustellen«, sagte Barnaby zu Reportern. »Obwohl terroristische oder subnationale Gruppen bislang noch keine nuklearen Sprengstoffe verwenden oder damit gedroht haben, könnte dies nur eine Frage der Zeit sein, es sei denn, Kernmaterialien könnten nach einem staatlichen Inspektionsplan äußerst streng bewacht werden.«

Diese Erklärungen sind Teil einer angloamerikanischen Kampagne für »technologische Apartheid«, um der Dritten Welt die fortschrittliche Technologie und souveräne militärische Verteidigungsfähigkeit zu nehmen. □



Saddam Hussein fälschlich beschuldigt

Mike Blair

Eine der schrecklichsten Vorfälle beim Einmarsch der Iraker nach Kuwait war die Story, daß irakische Soldaten kuwaitische Kleinkinder aus Brutkästen entnommen und sterben lassen hätten, während die Brutkästen in den Irak geschickt worden seien. Jetzt liegen jedoch Beweise dafür vor, daß diese Episode von einer Washingtoner Public-Relations-Firma gefälscht wurde.

Eine in Washington ansässige Werbefirma und zwei einflußreiche Mitglieder des Repräsentantenhauses benutzten gefälschte Berichte über irakische Greueltaten in Kuwait, um den US-Senat zu bedrängen, Präsident Bushs Pläne für seinen Krieg am Persischen Golf gegen den Irak Rükkendeckung zu geben.

Am 10. Oktober 1990 sagte ein kuwaitisches Mädchen, das nur als »Nairah« identifiziert wurde, vor dem Human Rights Caucus des Kongresses über irakische Soldaten aus, die im August 1990 in Kuwait einmarschiert waren, diese hätten in kuwaitischen Krankenhäusern Neugeborene aus Brutkästen entfernt, und sie auf dem Fußboden sterben lassen.

Nayirah bezeugte unter Tränen, sie hätte gesehen wie 15 Kleinkinder im Krankenhaus Al-Adan in Kuwait von irakischen Soldaten aus Brutkästen herausgenommen wurden und sie dann »auf dem kalten Fußboden sterben ließen«.

Mitvorsitzende der Sitzung der Menschenrechtskommission waren die Abgeordneten Tom Lantos und John Edward Porter. Sie sagten, Nayiras Identität könne nicht bekanntgegeben werden, um ihre Familie im besetzten Kuwait vor Repressalien zu schützen.

Wie sich jetzt herausstellte, war Nayirahs Aussage eine totale Finte, die von der in Washington ansässigen PR-Firma Hill and Knowlton ausgeheckt wurde, um die Unterstützung des amerikanischen Senats für Bushs Kriegspläne zu bekommen.

Nayirah ist in Wirklichkeit ein Mitglied der herrschenden Familie a-Sabah von Kuwait und Tochter des kuwaitischen Botschafters für die Vereinigten Staaten, Saud Nasir al-Sabah. Wo sie genau war, als die angeblichen Greueltaten im Krankenhaus in Kuwait City geschahen, ist nicht bekannt, aber sie war nicht in Kuwait City.

»Heute müssen wir die Frage stellen, warum Mr. Lantos und Mr. Porter solche eklatanten Unterlassungen begingen«, erklärte John R. MacArthur, Verfasser des bald herauskommenden Buches »Second Front: Censorship and Propaganda in the Gulf War«. »Was machte ›Nayirah‹ so glaubwürdig, daß sich niemand in der Kommission die Mühe machte, ihre Story zu überprüfen?«.

PR im Auftrag von Kuwait

MacArthur vertritt die Ansicht, eine Erklärung für diesen Tatbestand sei, daß beide Kongreßabgeordnete »ein enges Verhältnis zu Hill and Knowlton unterhalten«, die derzeit von einer Gruppe von Einlegern wegen Falschdarstellung der finanziellen Lage der Bank of Credit and Commerce International (BCCI) verklagt werden. Die Firma Hill and Knowlton repräsentierte die BCCI bis Mitte des Jahres 1990, als sich die Bank der Anklagen des amerikanischen Bundesgerichts wegen Geldwäsche schuldig bekannte. Bis zum vergangenen Sommer vertrat die Firma auch First American Bankshares Inc., eine Washingtoner Bank, die die BCCI nach eigenem Eingeständnis ungesetzlicherweise kontrollierte.

Hill und Knowlton ist eine Tochterfirma der in London ansässigen WPP Group PLC (Konzern).

Hill and Knowlton wurde von Citizens for a Free Kuwait, eine von der kuwaitischen Herrscherfamilie finanzierte Interessensgruppe angeheuert, um den amerikanischen Kongreß wegen des militärischen Eingreifens der USA im seinerzeit besetzten Kuwait unter Druck zu setzen.

Nayirahs Aussage vor der Kommission war anscheinend so bewegend, daß sieben US-Senatoren die Story in ihren Reden zur Unterstützung der Resolution des Senats vom 12. Januar 1991, mit der der Krieg genehmigt wurde, zitierten. Die Resolution wurde vom Senat mit nur sechs Stimmen Mehrheit verabschiedet.

Laut MacArthur leitete ein Vizepräsident von Hill und Knowlton, Gary Hymel, bei Zusammenkünften mit den Kongreßabgeordneten Lantos und Porter und Hassan al-Ebraheem, Vorsitzender der Citizens for a Free Kuwait, die Sitzung dieser Menschenrechtskommission (Human Rights Caucus) ein. Hymel stellte die Zeugen für die Anhörung, darunter Nayirah, vor.

MacArthur schreibt, Hymel habe später zu ihm gesagt, er habe gewußt, daß Nayirah die Tochter des Botschafters ist.

Bevor er die Kuwaitis vertrat, war Hymel dem Human Rights Caucus schon wegen dessen Eintretens in einer Menschenrechtssache für die Türkei bekannt – die Türkei, die sich der Einkerkerung und Folterung von politischen Dissidenten schuldig gemacht hat, ist eine Kundin von Hill und Knowlton – sowie für die Regierung von Indonesien, die von internationalen Menschenrechtsgruppen wegen der Tötung von mindestens 100.000 Einwohnern von Ost-Timor verurteilt wurde.

Die Desinformation kennt keine Grenzen

Eine der letzten Zugänge auf der Kundenliste von Hill and Knowlton ist Rotchina, ein Land mit dem schlimmsten Sündenregister an Menschenrechtsverletzungen wegen des Einsatzes von Sklavenarbeitern zur Erzeugung von Produkten für den Außenhandel.

Lantos und Porter gründeten 1985 die Congressional Human Rights Foundation (Stiftung), die über die von der amerikanischen Regierung finanzierte National Endowment for Democracy (eine andere Stiftung) weitgehend vom Steuerzahler finanziert wird. Laut MacArthur haben Lantos und Porter dafür gesorgt, daß die Stiftung in den Washingtoner Büroräumen von Hill and Knowlton untergebracht wurde.

Die Werbefirma stellt ihre Telefonzentrale für Mitteilungen an den leitenden Direktor der Stiftung, David Philips, zur Verfügung und gewährte der Stiftung einen Zuschuß in Form von Mietnachlässen in Höhe von 3.000 Dollar pro Jahr für die Benutzung der Büroräume.

Der Kunde von Hills and Knowlton, Citizens for a Free Kuwait, spendete 50.000 Dollar an die Stiftung.

Nach dem Golfkrieg wurde ein anderer Vizepräsident von Hill and Knowlton, Frank F. Mankiewicz, in den Vorstand der Stiftung gewählt, wodurch die Bindungen der Werbefirma an Lantos und Porter noch enger wurde.

MacArthur glaubt, daß die Tätigkeit von Lantos und Porter nach einer Untersuchung auf Kongreßebene schreien, um festzulegen, »ob ihre Aktion lediglich einen Interessenskonflikt, oder, was schlimmer wäre, ob sie im Oktober 1990 wirklich wußten, wer die tränenreiche ›Nayirah‹ in Wirklichkeit war«. □

Irak

Wie man Saddam Hussein hereinlegte

Warren Hough und Lawrence Wilmot

Der irakische Präsident Saddam Hussein wurde durch eine Flut von »falschen Versicherungen, verlogenen Behauptungen und direkter Desinformation« seiner ausländischen Vertragspartner und Techniker, auf die er sich wegen der ausgeklügelten Waffensysteme verlassen mußte, in den Golfkrieg »hineinmanövriert«, heißt es in einer neuen Studie der Vereinten Nationen.

Der 104 Seiten starke Überblick über den Golfkonflikt, zusammengestellt von Militärexperten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, bestätigt, daß amerikanische und europäische Großfirmen für Technologie die Reichweite, den Wert und die Kampfkraft des Waffengeräts, das sie dem Irak »für Milliarden von Dollar an Verkäufen, Lizenzen, Gebühren und Wartungsverträgen« anboten, »gewaltig übertrieben und falsch dargestellt« haben.

Der Bericht spiegelt die Wirklichkeit

Infolgedessen bekamen die irakischen Führungspersönlichkeiten »eine gänzlich abwegige Vorstellung« von der Stärke des Iraks und seiner Fähigkeit, westlichen Eingreiftruppen zu widerstehen, geht aus der neuen UNO-Studie hervor. Dies wiederum war »weitgehend verantwortlich« für Saddam Husseins Entscheidung, eine militärische Lösung seines sich vertiefenden wirtschaftlichen Konflikts mit Kuwait anzustreben. Die Folge war der katastrophale Golfkrieg.
Der Bericht sollte irgendwann im Januar 1992 herauskommen, wird aber vielleicht niemals freigegeben, verlautet aus Kreisen der Vereinten Nationen. Amerikanische und britische Beamte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben bei dem Generalsekretär Protest eingelegt und sagen, daß eine Veröffentlichung dieser aufrichtigen Studie »zu Mißverständnissen und Kritik« an den von der UNO selbst verkündeten Gründen für das bewaffnete Eingreifen am Golf führen könnte.

Aber an der richtigen Stelle sitzende nahöstliche Delegierte im Weltforum spielten unserem diplomatischen Korrespondenten privat eine Kopie des Berichts zur Überprüfung zu. »Er spiegelt die Wirklichkeit hinter diesem katastrophalen Krieg besser als jede Proklamation der Vereinten Nationen wider«, stellte ein Delegierter aus einem Golfstaat, dessen Regierung ein Verbündeter der Vereinigten Staaten ist, fest.

Das Papier der Vereinten Nationen zeigt mit dem Finger auf keinen bestimmten Rüstungsunternehmer, der die irakische Regierung getäuscht habe. Aber es stellt fest, daß dem US-Iraq Buisiness Forum, das gebildet wurde um Handelsbeziehungen mit der Regierung Saddam Husseins zu fördern, mehr als ein Dutzend größere Rüstungsfirmen, darunter General Motors, Westinghouse, Raytheon, General Electric, Caterpillar und verschiedene andere angehörten.
Lange bevor er irgendwelche Kontakte mit der amerikanischen Botschafterin April Glaspie pflegte, strebte Saddam Hussein persönliche Besprechungen mit – und Ratschläge von – Marschall W. Wiley, selbst ein im Ruhestand lebender amerikanischer Diplomat, der seinerzeit als Präsident des US-Iraq Business fungierte, an.

Wirklich Abgesandte des Westens

Aus der Studie geht hervor, daß Saddam Hussein die Firmenvertretung, die anboten ihre Technologie mit seinem Lande zu teilen, als Abgesandte des Westens betrachtete.

In Wirklichkeit wußte er oft nicht, mit wem er sprach: Im Falle der CSI Technologies Inc., eine Elektronikfirma in Kalifornien, geht aus den Aufzeichnungen hervor, daß die irakischen Verhandlungspartner, die glaubten, es mit einem leitenden Herren aus der amerikanischen Geschäftswelt zu tun haben, in Wirklichkeit mit einem verdeckten Agenten der amerikanischen Regierung, Daniel Supnick, sprachen, dessen Aufgabe darin bestand, die Irakis in eine überteuerte Operation hineinzulocken.
Aber andere Exporteure, die auf Profit aus waren, führten beträchtliche Lieferungen an den Irak durch, dessen Handel mit den Vereinigten Staaten 1989 auf nahezu zwei Milliarden Dollar anstieg. Zu deren Verkäufen gehörten der Bau von Raketen und Versuchsausrüstung, Satelliten und in der Luft befindliche Überwachungselektronik, Industriewerkzeuge, Nachtsichtgeräte und andere Verteidigungsprodukte, geht aus einem Überblick über Aufzeichnungen des US-Kongresses hervor.

Darüberhinaus erfolgten umfangreiche Verkäufe von Hochtechnologie an den Irak durch amerikanische Rüstungsfirmen über sogenannte »off-the-books conduits« (Kanäle, die nicht durch die Bücher laufen), hauptsächlich über Tochtergesellschaften oder Filialen in Übersee.
Die Irakis wußten, daß sie im Kriegsfall ausgeklügelte Verteidigungen gegen eine Anzahl neu entwickelter hochtechnologischer amerikanischer Waffensysteme aufzustellen hätten. Darunter befanden sich das sogenannte Low Altitude Navigation und Targeting Infrared Night-System, das es amerikanischen F-111 und F-117A-Jagdbombern ermöglichte, mit hoher Geschwindigkeit nahe genug am Boden zu fliegen, um den meisten Radar-Abfanggeräten auszuweichen, das etwa 16 km entfernte Ziele mit Hilfe von Laser-Bestimmungsgeräten zu finden, darauf zu schießen und abzudrehen, während ihre Maverick-Rakete das Ziel suchte, fand und zerstörte.

Eine weitere Neuentwicklung stellten bei den meisten Einsatzflügen an Bord des Führungsflugzeugs in einem sogenannten »strike package« (Schlagpaket) mitgeführten Tactical Air Launched Decoys (TALD) dar. Mitten in der Luft, wie eine 550-Pfund-Rakete abgeschossen breitet das TALD-Fahrzeug Faltflügel aus und fliegt dem angreifenden Verband mehrere Minuten lang voraus, zieht Flakfeuer vom Boden und von Abwehrjägern an sich, die es möglicherweise für die Schnauze des sich nähernden Feindflugzeuges halten.

Außerdem wußten die Irakis, daß die amerikanischen Haupt-Kampfpanzer, mit denen sie es zu tun hatten, hochtechnologische Zielsucher waren. Was sie nicht wußten war, wie unwirksam die elektronischen Geschützvisiere, die sie von französischen und amerikanischen Rüstungsunternehmern für ihre eigenen schweren Panzerfahrzeuge gekauft hatten, sich gegen moderne Thermalvisiere der amerikanischen M1A1-Panzer erweisen würden. »Amerikanische Zielbestimmungssysteme (für schwere Panzer) hatten fast die doppelte Reichweite der irakischen Panzer-Visiere« heißt es in dem neuen UNO-Bericht.

Saddam Hussein konnte nicht mit einem solchen Ausgang rechnen, weil ihm »über die Jahre hinweg, als er Milliarden für Verteidigungsausrüstung ausgab, von seinen westlichen Vertragspartnern täglich aufs Neue versichert worden war, daß Iraks neu erworbene elektronische Kriegsführungs- und Abwehrsysteme es mit jeder einmarschierenden Streitmacht aufnehmen können«, sagt Oberleutnant William Dierix, ein holländischer Offizier, der während des Golfkrieges dem Militärstab der UNO zugeteilt war. □

John Demjanjuk

Schwerer Justizirrtum ganz offensichtlich

James P. McDonald

Ungeachtet des überwältigenden gegenteiligen Beweismaterials beharrt Israel immer noch darauf, daß der Automechaniker aus Ohio, John Demjanjuk, ein als »Iwan der Schreckliche« bekannter Nazi-Kriegsverbrecher sei. Nachdem er zum Tode verurteilt wurde, könnte er jederzeit auf Grund eines der schwersten Justizirrtümer seit der Affäre um den Hauptmann Dreyfus hingerichtet werden. Neues Beweismaterial entlastet ihn zwar, aber die Israelis haben immer noch nicht entschieden, ob sie ihm ein Berufungsverfahren gewähren wollen.

Israel, das in den Medien des Establishments Inbegriff des Fair-Play, mit einem tiefsitzenden Glauben an Gerechtigkeit, dargestellt wird, widerspricht sich in der Sache John Demjanjuk selbst. CODE berichtete häufig darüber. Die Handlungen des israelischen Justizwesens sind in der Tat bestürzend.

Der Verfasser hat das Internierungslager Treblinka und dessen Umgebung besucht, und Gespräche mit Überlebenden geführt. Ich sprach mit einigen Einwohnern der Gegend, Leute, die selbst während des Zweiten Weltkriegs in Treblinka inhaftiert waren. Sie bekundeten allesamt, daß sie John Demjanjuk niemals in irgendeiner Funktion im Lager gesehen hätten.

Im Gegenteil, ein Mann sagte, er sei zweimal von dem als »Iwan der Schreckliche« bekannten Wachmann brutal geschlagen worden. Die Visage dieses Wachmannes sei unauslöschbar in sein Gedächtnis gebrannt. Er erklärte rundheraus, daß Demjanjuk nicht dieser »Iwan« ist. Alle Zeugen waren sich nämlich darüber einig, daß der wirkliche Iwan ein Mann mit dunkler Gesichtsfarbe und schwarzen Haaren war, der »wie ein Gorilla oder betrunkener Seemann umherging«.

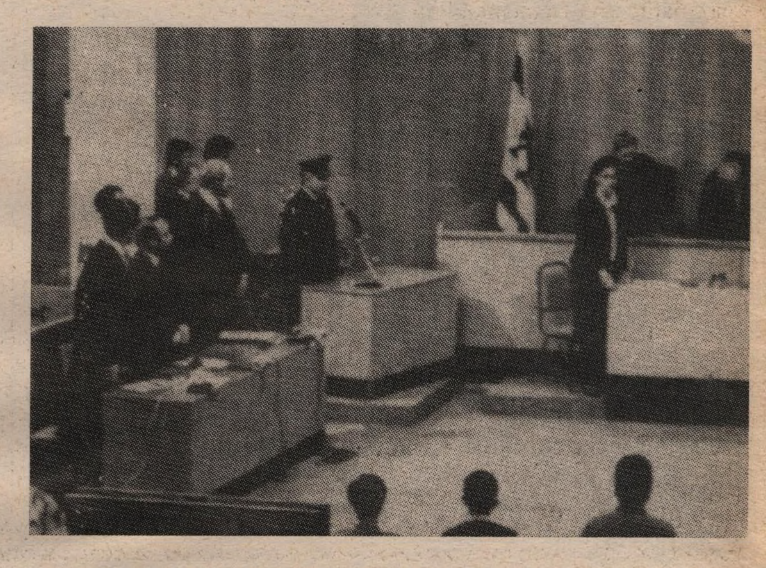
John Demjanjuk und sein Schicksal ist ein dunkler Flecken auf der Ehre der Vereinigten Staaten.

Dies steht im völligen Gegensatz zu dem hellhäutigen, blauäugigen Demjanjuk.

Zweitens: Am 6. September 1979 erhielt Kurt Franz, der jetzt eine lebenslängliche Haftstrafe wegen »Kriegsverbrechen« absitzt, Besuch von Martin Mendelsohn und Bruce Moscowitz vom US-Office of Special Investigations (OSI, die von Steuergeldern finanzierten »Nazi-Jäger« des amerikanischen Justizministeriums). Sie waren in Begleitung des Direktors der Haftanstalt, eines Oberstaatsanwalts aus Wuppertal, des amerikanischen Konsuls aus München und einer Stenotypistin.

Ist es nicht sehr seltsam, daß niemals auch nur ein einziges Wort über diese bedeutsame Zusammenkunft veröffentlicht worden ist? Am darauffolgenden Tage besuchten diese Herren Karl Streibel, den ehemaligen Kommandanten von Trawniki, wo der gefälschte Dienstausweis angeblich ausgegeben wurde.

Mitglieder der Verteidigungsmannschaft Demjanjuks suchten später sowohl Franz als auch Streibel auf, und beide Herren sagten, daß John Demjanjuk weder in Trawniki noch in Treblinka war, und der amerikanischen Entourage war das Gleiche gesagt worden. Die Verteidigung hat ein Videoband von Kurt Franz, auf dem er nachhaltig jede Kenntnis über Demjanjuk bestreitet, und das während des Prozesses in der ersten Instanz nicht verwendet wurde.



Richter Dov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil im Demjanjuk-Prozeß in einem Kino.

Kurz nachdem Demjanjuk nach Israel ausgeliefert wurde, reiste ein israelischer Staatsanwalt namens Horowitz von Israel nach Düsseldorf und setzte den Oberstaatsanwalt, einen Mann namens Blazy, unter Druck, Franz aufzusuchen. Der Zweck des Besuches war, den ehemaligen Lagerkommandanten zu überreden, seine Zeugenaussage zu ändern.

Am 11. August 1986 fand dieser Besuch statt. Franz blieb jedoch standhaft bei der Wahrheit, daß Demjanjuk niemals in Treblinka war und nicht jener »Iwan« sein könne. Blazy ging so weit, Franz darauf hinzuweisen, daß dessen Hilfsbereitschaft sich günstig auf sein Gnadengesuch auswirken könne. Franz aber blieb nach wie vor standhaft.

Der Verfasser besuchte im September 1990 Heuberg, den damaligen Standort der Wlassow-Armee. Die Wlassow-Armee setzte sich aus antikommunistischen Russen und Ukrainern zusammen, die von den Deutschen bewaffnet worden waren, um gegen die Rote Armee zu kämpfen. Ich befand mich in Begleitung eines

prominenten deutschen Kenners der Wlassow-Armee auf einem Rundgang durch die Garnison, die jetzt von französischen und deutschen Soldaten benutzt wird.

Hier fanden wir handfeste Beweise dafür, daß Demjanjuk tatsächlich der Wlassow-Armee angehört hat. Für jeden Besucher zu sehen, standen dort die Baracken, in denen Demjanjuk im Quartier lag und auch das Gebäude, in dem General Wlassow und sein persönlicher Stab untergebracht war. Demjanjuk wurde auch als Leibwache für General Truchin identifiziert. Wenn also Demjanjuk in der Wlassow-Armee war, konnte er nicht gleichzeitig Wachmann in Treblinka gewesen sein.

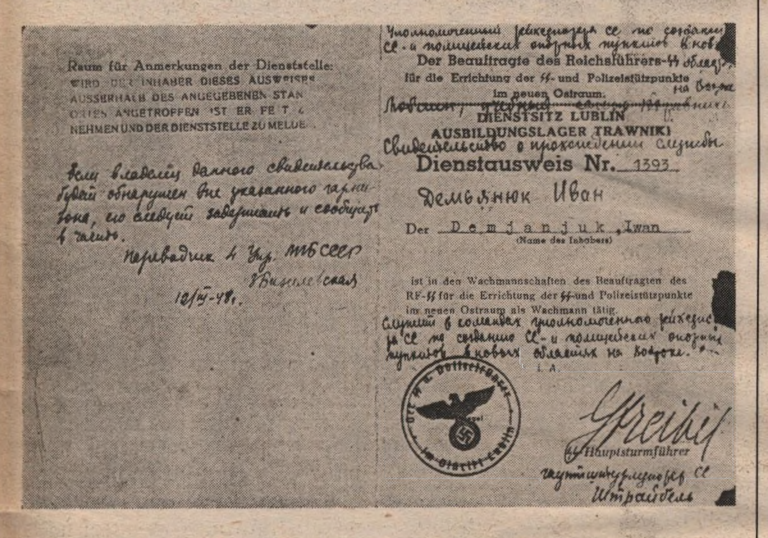
Der gefälschte Dienstausweis

Gegen Ende des Krieges erkannten die Deutschen, leider zu spät, daß viele an der Ostfront gefangengenommene sowjetische Soldaten sowjetfeindlich eingestellt waren.

Die Deutschen formierten diese Kriegsgefangenen zu Einheiten. Eine solche Einheit stand unter dem Befehl von General Wlassow. Mit anfangs 20.000 ehemaligen Gefangenen war die unter Wlassows Kommando stehende Einheit in verschiedenen deutschen Städten wie Münsingen, Bad Reichenhall und Heuberg untergebracht, wo der Verfasser Beweise fand, die Demjanjuks Zeugenaussage untermauern.

Als weiteren Beweis trägt Demjanjuk eine Tätowierung unter dem Arm, die alle Frontsoldaten der Waffen-SS erhielten. Die Wachleute in den Lagern hatten keine Tätowierung.

Außerdem bestätigte Streibel, daß der sogenannte »Dienstausweis« Demjanjuks eine Fälschung ist. Demjanjuks Name ist hineinkopiert worden, und ein Datum fehlte vor dem Namen, wo es hätte stehen müssen, wenn der Ausweis echt wäre. Das Ausweispapier enthält weder ein Ausstellungsdatum, noch eine Gültigkeitsdauer – ein bei den für ihre Genauigkeit bekannten Deutschen unmöglicher Irrtum.



Raum für Anmerkungen der Dienststelle:
WIRD DER INHABER DIESES AUSWEISES AUSSERHALB DES ANGEGEBENEN STANDORTES ANGETROFFEN IST ER FE T ZUNEHMEN UND DER DIENSTSTELLE ZU MELDE

Der Beauftragte des Reichsführers-SS
für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte
im neuen Ostraum.
DIENSTSITZ LUBLIN
AUSBILDUNGSLAGER TRAWNIKI
Dienstausweis Nr. 1393
Демьянюк Иван
Der Demjanjuk, Iwan
(Name des Inhabers)
ist in den Wachmannschaften des Beauftragten des RF-SS für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum als Wachmann tätig.
I. A.
SS-Hauptsturmführer

Der angebliche Dienstausweis von John Demjanuk, der als Beweis dient, ist eine plumpe Fälschung des KGB.

Streibels Mitarbeiter, Rudolf Reiss, der Buchhalter des betreffenden Lagers, hat niemals einen so eigenartigen Dienstausweis gesehen wie der, der angeblich Demjanjuk ausgestellt wurde.

Angebliche Dokumente, die der israelischen Staatsanwaltschaft in allerjüngster Zeit vom Bundesarchiv in Koblenz zur Verfügung gestellt wurden, belasten Demjanjuk mit genau den gleichen Angaben, wie auch auf dem gefälschten Dienstausweis eingetragen sind. Man muß sich darüber wundern, warum es mehr als zehn Jahre gedauert hat, bis diese Dokumente auftauchten, und warum die Angaben genau so falsch sind, wie die auf dem Ausweispapier. Nach Ansicht der Verteidigung sind diese Dokumente ebenfalls gefälscht. □

Vertrauliches

China

Peking schweigt über das Schicksal von tausenden von Häftlingen

»Asia Watch« berichtete, daß es tausende von politischen Häftlingen aus der Revolte am Platz des Himmlischen Friedens von 1989 in Rotchina gebe, die der Welt bislang noch nicht bekannt waren.

Aus dem Bericht dieser Gruppe, der in Hongkong herauskam, geht hervor, daß Peking für tausende von Aktivisten, die offiziellen Presseberichten zufolge festgenommen sein sollen, niemals Rechenschaft abgelegt habe. »Es gibt gute Gründe, anzunehmen, daß ein Großteil von ihnen jetzt, mehr als zwei Jahre später, immer noch hinter Gittern sitzen«, heißt es in dem Bericht. »Klare und deutliche Beweise für diese Ansicht tauchten erst Ende 1991 auf, als ›Asia Watch‹ die Identitäten und Umstände um mehrere tausend bislang unbekannter Einzelpersonen, hauptsächlich Arbeiter, aufdeckte, die derzeit allein in der Provinz Hunan wegen ihrer Beteiligung an der Demonstration für mehr Demokratie im Jahre 1989 eingekerkert sind. Wenn man diese Zahlen auf Landesebene hochrechnet angesichts dessen, daß die Behörden selbst eingeräumt haben, daß der ›Tumult‹ von 1989 jede Provinz und Region Chinas betroffen habe, dann wird die Gesamtzahl der seit der Razzia vom Juni 1989 Eingekerkerten noch wesentlich steigen.« Im Juni 1990 verzeichnete »Asia Watch« 1150 Häftlinge.

Indessen weitete sich Penkings Vorgehen gegen Dissidenten Ende Dezember durch weitere Prozesse und Festnahmen aus. Ein Student und Aktivist, Peng Rong, bekannte sich schuldig im Sinne der Anklage gegenrevolutionärer Tätigkeiten, als er am Weihnachtstag in Peking wegen einer Rolle bei den Protesten für mehr Demokratie vor Gericht gestellt wurde. Peng führte bei der Demonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens eine Abteilung von Sicherheitskräften, die zum Schutz der Studentenführer aufgestellt worden war, an.

Wu Xuean, ein ehemaliger Redakteur der offiziellen Zeitung »People's Daily«, der im Mai 1989 eine Spottausgabe der Zeitung herausgab, in der zur Entlassung des Ministerpräsidenten des harten Kurses, Li Peng, aufgerufen wurde, mußte am 4. Januar 1992 auf Grund einer Anklage wegen gegenrevolutionärer Umtriebe vor Gericht erscheinen.

Die Polizei verhaftete mindestens fünf Menschen wegen der Planung der Bestattung des Dissidenten am 24. Dezember 1991. □

USA

Fälschte der CIA die Beweise gegen Libyen?

Das schottische Parlamentsmitglied Tom Dalyell klagte an, daß der CIA »Beweise« hergestellt haben könnte, um Libyen die Verantwortung für den Bombenanschlag auf die Pan-Am-Maschine über Lockerbie, Schottland, im Jahre 1988 in die Schuhe zu schieben. Der Parlamentarier der Labour Party wurde von Reuters zitiert, gesagt zu haben, er sei nach Gesprächen mit Leuten, die an der Untersuchung durch die schottische Polizei beteiligt waren, davon überzeugt, daß ein Teil dieses Beweismaterials von der Central Intellegency Agency »eingeschleust« worden ist. Er ging jedoch nicht näher darauf ein.

Obwohl es massive Beweise dafür gibt, die Syrien mit dem Bombenanschlag in Zusammenhang bringen, erhob die Bush-Regierung am 14. November 1991 plötzlich Beschuldigungen gegen zwei Libyer. Seitdem Syrien die USA in ihrem Krieg gegen den Irak unterstützt hat, steht das Land auf Washingtoner Liste der »good guys« (der Guten).

Laut Dalyell lebt Libyen in Angst und Schrecken davor, daß die USA und Britannien wegen seiner Weigerung, die beiden Libyer auszuliefern, Represalien ergreifen werden. Er sagte, ein hochrangiger Beamter des libyschen Außenministeriums habe ihn in seinem Hause in der Nähe von Edinburgh angerufen und seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht. »Libyen hat mit dem Bombenanschlag nichts zu tun, aber sicherlich andere Staaten im Nahen Osten«, soll Abdullah Bibas laut Dalyell gesagt haben. Bibas, der in seinem Ministerium das Europa-Ressort leitet, sagte, selbst wenn sich herausstellen sollte, daß zwei Libyer an der Plazierung der Bombe im Flugzeug beteiligt waren, können sie kaum die einzigen Täter sein. □

China

Regierungsfeindlicher Journalist in Hongkong getötet

Der führende Pekingfeindliche Reporter in Hongkong, Chan Kangnan, wurde am 27. Januar 1992 ermordet. Er war sowohl ein ausgesprochener Antikommunist als auch Gegner der Unabhängigkeitsbewegung in Taiwan. Chan wurde in seinem Apartment-Gebäude von zwei Männern zu Tode geknüppelt, die mehrere tausend Dollar, die er in der Tasche hatte, nicht an sich nahmen.

Seine Ermordung erfolgte rund zwei Monate nach einem öffentlichen Angriff der Regierung der Volksrepublik China auf das Pressekorps in Hongkong, dessen Mitglieder als Gesetzesbrecher bezeichnet und denen, wegen ihrer Angriffe auf die Führung in Peking, strafrechtliche Verfolgung angedroht wird, wenn das kommunistische China 1997 die Macht über Hongkong von Großbritannien übernimmt.

Chan, der für den »Express«, eine führende chinesische Zeitung, schrieb, hatte kürzlich einen Versuch Pekings entlarvt, eine »Beraterschaft« prominenter Bürger von Hongkong zusammenzustellen, um Vorbereitungen für 1997 zu treffen. Dies wird als Versuch gesehen, die Politik Rotchinas in der Zeit vor der Übergabe durchzusetzen.

Chan ist berühmt für viele Artikel, in denen er Korruption und Schwindeleien in Rotchina, vor allem in den »besonderen Wirtschaftszonen« entlarvte und dafür, daß er innerhalb Rotchinas viele zuverlässige Informationsquellen hatte.

Auch in Kreisen, die dem Toten nahestanden, verlautet, daß der Schlag höchstwahrscheinlich eher von Führern der Kommunistischen Partei im Süden Chinas als von Peking ausging. Es wird auch berichtet, daß im kolonialen Umfeld Hongkongs, wo ein Schutz durch die Briten nicht zu erwarten sei, dieser Schlag beträchtliche Auswirkungen darauf haben wird, die Kritik an Rotchina zum Schweigen zu bringen. □

Chile

Oberstes Gericht lädt US-Präsidenten zur Aussage vor

Am 28. Januar 1992 billigte das Oberste Gericht in Chile die Petition eines Richters, daß George Bush bei einer Untersuchung des Mordes von 1976 an Orlando Letelier, eines im Exil lebenden Gegners des ehemaligen Militärherrschers General Augusto Pinochet, aussagen soll. Letelier kam zu der Zeit, als Bush Leiter des CIA war, bei einem Autobombenanschlag ums Leben.

Gegen den ehemaligen Chef der Geheimpolizei Pinochets, Manuel Contreras, und dessen Stellvertreter, Pedro Espinoza, wurde vor sechs Monaten von einem chilenischen Richter Anklage wegen Mordes erhoben. Contreras, der die gefürchtete Staatliche Nachrichtenbehörde (DINA) leitete, wird beschuldigt, den Mord an Letelier angeordnet zu haben. Seine Anwälte behaupten, der CIA habe Letelier ermordet und dabei castrofeindliche kubanische Agenten eingesetzt.

Eine der fünf Fragen, die die Verteidigung an Bush richten

möchte, lautet, ob Michael Townley, ein amerikanischer Sprengstoffexperte, der für DINA arbeitete, ein Agent des CIA war. Townley wurde 1978 durch das Militär aus Chile ausgewiesen und gestand vor einem amerikanischen Gericht, daß er auf Befehl von Contreras nach Washington gereist sei und die Bombe unter Leteliers Wagen gelegt habe.

Letelier war chilenischer Botschafter für Washington und später Außenminister unter der Regierung des marxistischen Präsidenten Salvador Allende, der 1973 bei dem von Pinochet angeführten Staatsstreich ums Leben kam. □

Venezuela

Kritik wegen Duldung der Diktatur des IWF

In der Ausgabe des »El Diario de Caracas« wurde der venezuelanische Präsident Carlos Andrés Pérez in einem Leitartikel wegen seiner zweieinhalbjährigen Duldung der Diktatur des Internationalen Währungsfonds (IWF) scharf angegriffen. Dies habe zu einem »anarchistischen, durch Streiks und Unsicherheit halb gelähmten Land geführt ..., das aber sehr viel mehr als vorher vom Dollar abhängt, um seine Bedüfnisse zu befriedigen«.

Die Zeitung drängt auf bedeutende Veränderungen in Perez' Wirtschaftsprogramm, »bevor wir uns gezwungen sehen, den ›Letter of indent‹ (schriftliche Absichtserklärung) des IWF zur Verletzung unserer Unabhängigkeit zu annullieren«.

Der Leitartikel des »El Diario« ist ein Wahrzeichen dafür, daß die immer gewalttätiger werdenden Demonstrationen gegen das Sparprogramm, von denen das Land heimgesucht wird, nur die Spitze eines Eisbergs sind. Im Januar protestierten mehr als 5000 Venezuelaner auf zwei getrennten Massenversammlungen in Caracas gegen den Entschluß der Perez-Regierung, die populären Subventionen, die allerdings dramatische Preissteigerungen zur Folge hatten, einzustellen. Die Demonstranten wurden von der Polizei unter Einsatz von Plastikkugeln und Tränengas auseinandergetrieben, und die Furcht vor einem neuen »Caracazo« – die Proteste des Jahres 1989, die tausende von Toten zur Folge hatten – kommt wieder auf. □

USA

Probleme mit der Tuberkulose

Die Centers for Disease Control (Zentren zur Seuchenbekämpfung), CDC, in den USA haben eine zweitägige Konferenz von Beamten des Gesundheitswesens und Tuberkulose-Experten aus 46 Staaten um die USA herum einberufen, um damit zu beginnen, eine nationale Strategie gegen Tuberkulose zu entwickeln. Die Aktion der CDC erfolgt als Reaktion auf gefährliche Formen der Medikamente widerstehenden Tuberkulose, die 13 Staaten heimgesucht hat, und deren Verbreitung, wie sie sagen, außer Kontrolle geraten sei.

Gesundheitsbeamte der USA berichten, die Ausbrüche betreffen in der Hauptsache Menschen, die mit HIV, dem Virus, von dem angenommen wird, daß er AIDS verursacht, infiziert sind, räumen aber auch ein, daß nicht genau bekannt sei, wieviele Menschen infiziert sind, oder welchen Prozentsatz sie unter der Gesamtzahl als Opfer der Tuberkulose ausmachen.

»Zu keinem Zeitpunkt in der jüngsten Geschichte hat Tuberkulose so ernste Besorgnis hervorgerufen als jetzt, und das mit Recht, weil Tbc in unserem Land außer Kontrolle geraten ist«, sagt Dr. Dixie Snider, der Spitzenexperte der Zentren.

Dreizehn Patienten zogen sich Medikamente widerstehende Tuberkulose zu, und 11 starben im Elmhurst Hospital in Queens, New York, das viertgrößte Krankenhaus in New York City und das sechstgrößte im Staate New York, wo in den letzten Monaten Fälle von mehrfacher Medikamente widerstehender Tbc festgestellt wurden. Bei diesen Ausbrüchen, so lassen die Gesundheitsbehörden verlauten, waren 85 Prozent der Tuberkulose-Patienten auch mit HIV infiziert.

AIDS und Tbc fegen auch durch das New Yorker Strafvollzugswesen. Etwa 26 Prozent der weiblichen Insassen und 16 Prozent der Männer auf Rikers Island sind mit dem HIV-Virus infiziert, während 15 bis 22 Prozent der Insassen sich bei Tests als Tbc-positiv erwiesen haben. □

Brasilien

Indianer wollen ihre eigenen Länder

Auf Zusammenkünften in den Städten Barreirinhas und Presidente Figueredo am Amazonas beschlossen 250 indianische Führungspersönlichkeiten, sich den Erd-Gipfel, der im Juni 1992 in Rio de Janeiro abgehalten werden soll, zunutze zu machen, um internationale Unterstützung dafür zu bekommen, ihre neu geschaffenen Reservate in zwei unabhängige Länder zu verwandeln, berichtete der Journalist Carlos Newton in der Zeitung »Jornal do Commercio«.

Nach Meinung des Journalisten liegt die größte Bedrohung für die Souveränität Brasiliens über das Amazonas-Gebiet in der Abgrenzung des Yanomami-Reservats im Staat Roraima, der an Venezuela grenzt, und dessen Regierung auch ein »Biosphäre-Reservat« eingerichtet hat. Die Gesamtfläche der beiden Reservate umfaßt etwa 18 Millionen Hektar. Der sogenannte Yanomami-Staat, berichtet Newton, werde das seltsamste Land der Welt sein, mit einem riesigen Territorium, mit enormen Mineralressourcen und praktisch ohne Bevölkerung. □

Japan

Reaktor soll Mond-Helium verwenden

Japanische Wissenschaftler sind dabei, einen Fusionsreaktor zu konstruieren, der auf dem Mond abgebautes Helium als Treibstoff verwendet. Indem sie sich den in den Vereinigten Staaten begonnenen internationalen Bemühungen anschließen, arbeiten Hiroshi Momota, aus dem staatlichen Institut für Fusionswissenschaft, und Tsutomu Iwata, von der staatlichen Raumfahrtbehörde, an der Konstruktion des Fusionsreaktors Deutonium-Helium-3 und an Möglichkeiten, Helium-3-Treibstoff vom Mond zu bekommen.

Wie es in einem Artikel in der »Washington Times« heißt, hat Momota mit Geldern des japanischen Bildungszentrums einen Konstruktionsentwurf für einen D-Helium-3-Fusionsreaktor ausgearbeitet, der, wie er sagt, bis zum Jahr 2011 mit einem Kostenpunkt in Höhe von 350 Millionen Dollar für einen Prototyp fertiggestellt werden könnte. Iwata bemerkte, er glaube, daß eine Mond-Basis, um das Helium-3 abzubauen, und ein kommerzieller Fusionsreaktor, der damit betrieben werden soll, in weiteren 30 Jahren fertiggestellt sein könnte. □

Peru

Terroristen zwingen Missionare das Land zu verlassen

Acht irische katholische Priester, die Gemeinden in den Slums der Stadt Trujillo leiteten, haben das Land nach Weihnachten nach vielen Todesdrohungen und Angriffen der Terroristen »Leuchtender Pfad« gegen sie, für immer verlassen. Die Namen von sechs dieser Priester standen auf einer Mordliste des Leuchtenden Pfads. Vier Nonnen wurden seit Mai 1991 in Peru ermordet, und die katholische Kirche wurde praktisch gezwungen, in den Untergrund zu gehen.
Der Prior der irischen Gemeinde, der 25 Jahre lang in Trujillo diente, sagte vor der Presse, die Missionare würden »angesichts der Bedrohungen und des allgemeinen Zusammenbruchs der Gesellschaft hier« außer Landes gebracht. Vier andere Priester werden bleiben, »solange es zweckmäßig erscheint«, sagte er. □

Briefe

Betr.: Deutschland »Die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes«, Nr.2/92.

»Keine Macht darf über dem Gesetz stehen.« In diesem Ausspruch des berühmten altrömischen Redners und Staatsmannes Marcus Tullius Cicero (106-43 v. Chr.) liegt eine wesentliche Kennzeichnung des Verhältnisses von Macht und Recht auch für den modernen demokratischen Staat. Und wenn dieser Staat seine Macht mißbraucht und sogar das internationale Völkerrecht bricht?

Die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 konnten sich in ihrem Widerstand gegen die Diktatur und das Völkermorden im Zweiten Weltkrieg bewußt auf Adolf Hitler selber berufen, der in seinem Buche: »Mein Kampf« (1925) postuliert hatte: »Staatsautorität als Selbstzweck kann es nicht geben, da in diesem Falle jede Tyrannei auf dieser Welt unangreifbar ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern auch Pflicht.« Damit hatte sich Hittler selbst ad absurdum geführt und gerichtet.

Heute, im Zeitalter der Umgestaltung Europas durch die neuen EG-Verträge und Vereinbarungen mit unseren östlichen Nachbarn, stellt sich für viele Deutsche wieder die Frage: Wie steht es um die Erhaltung der Identität Deutschlands und des deutschen Staatsvolkes? Es droht uns zwar kein neuer Weltkrieg, wohl aber der langsame Untergang des Deutschtums in Mitteleuropa durch Amerikanisierung und Asylantenschwemme sowie durch Geburtendefizit und Zerstörung der Wesensgleichheit mittels eines »Schablonenmenschentums« (Stefan Zweig) in einer sich ausdehnenden multikulturellen Gesellschaft.

Nach Artikel 20,1 des Grundgesetzes (GG) ist die Bundesrepublik Deutschland »ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat«. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. In Artikel 20,4 GG heißt es: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« – Vergleiche Herbert Fischer (Hrsg.), Aspekte der Souveränität, Kiel 1987 –. Dieses Widerstandsrecht ist uns also heute verfassungsmäßig garantiert. Wahren wir unser Recht auf nationale Selbstbestimmung, und weisen wir unsere Staatsführung auf deren Verpflichtung hin, die deutsche Souveränität und die Identität auch im europäischen Rahmen zu wahren. Deutschland darf nicht in Europa »aufgehen«, das heißt untergehen. Ohne den Schutz und Reichtum der gewachsenen Ethnopluralität würde Europa bald mit seiner abendländischen Wertegemeinschaft in der Monotonie einer gleichgeschalteten »One World« versinken. Oder wollen wir ein neues vergrößertes Jugoslawien schaffen? Nationalbewußtsein und Europagedanke lassen sich in einem freien »Europa der Nationen« (De Gaulle) unter einem Dach durchaus vereinen.

Rudolf Stubert, Kulmbach

Betr.: Geld »Der ECU soll die Mark verdrängen«. Nr. 2/92

Dieser interessante Beitrag zeigt recht deutlich auf, wie wahnwitzig das Vorhaben der Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung ist. Die schleichende Machtübernahme der Eurokraten, die es schon lange nicht mehr nötig haben sich demokratisch zu legetimieren, peitschen ihre Interessen gnadenlos gegenüber den Interessen der Bevölkerung der einzelnen europäischen Länder durch.

Jedes »Aufmucken« wird mit hysterischer Überreaktion beantwortet, so erst kürzlich die Reaktion von Waigel, CSU, gegenüber Gauweiler, CSU, als dieser in berechtigt ironischer Weise vom Esperantogeld sprach.

Dissidenten in dieser Frage werden bei den etablierten Parteien auch weiterhin mit Ausgrenzung zu rechnen haben. Eine immer mehr ausufernde Bürokratie auch im nationalen Bereich, also auf Länderebene und Bundesebene, unterstützt die Intentionen der Eurokraten natürlich. Der »Service«, den die Bürger dafür erhalten, wird immer schlechter, der Dienstleistungsbereich läßt immer mehr zu wünschen übrig, und die Existenz aufgeblähter Apparate werden zum Selbstzweck. Durch Währungs-, Preis-, -und Steuermanipulationen werden dann dem arbeitenden Volk noch arrogante Vorhaltungen gemacht, das man sie ja subventionieren würde (Argument der Eurokraten gegenüber den Bauern).

Es bleibt abzuwarten wie lange die Bevölkerung sich dieses alles noch gefallen läßt, ich fürchte noch eine ganze Weile. Indessen sind die Auswirkungen einer gänzlich verfehlten Politik überall sichtbar: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Obdachlosigkeit überall zunehmend, kein Geld für dringende soziale Zwecke wie für Kindergärten, Behinderteneinrichtungen, Alterswohnheime, Jugendeinrichtungen usw.

Die Finanzierung des Aufbaues der neuen Bundesländer stagniert, weil man es vorzieht sich durch die »amerikanischen Freunde« auffordern zu lassen, sich finanziell lieber am Schwachsinn des Golfkrieges zu beteiligen.

Es fehlt das Geld um der Zunahme von Gewalt und Kriminalität entgegenzuwirken, es fehlt das Geld für geeignete Entwicklungsprojekte in ärmeren Ländern, die die Armutsvölkerwanderung nach West- und Mitteleuropa überflüssig machen, statt dessen finanziert man weiterhin die dortigen korrupten Machthaber und Mafiosi.

Bernd Volkardt, Sundsacker

Betr.: Zionismus »Eine neue Identität für Israel«, Nr. 1/92

Ein gefährliches Thema, wenn schon der Jude im eigenen Staat Angst hat. Nun suchen die Juden einen Mann. Muß oder darf er keine Angst haben? Wenn die jüdische Mutter Angst um ihre Söhne hat, dann ist das ein untragbarer Zustand. Wer stellt sich vor diese Mütter? Dann stimmt die göttliche Einrichtung Staat als Sicherheitssymbol nicht. Das könnt man als Gotteslästerung bezeichnen, wenn man die absolute Gottes-Idee sucht. Alle reden von Gott, aber keiner versteht ihn. Selbst die Gebete der alten Juden wirken nicht. Wer hier die wahre Ursache finden will, muß Adleraugen besitzen.

Was Moses verwehrt war, muß heute in die Gottes-Ordnung gebracht werden. Die Juden bezeichnen sich als Wurzel und können damit niemals Frucht sein. Geht man davon aus, so findet man heute drei bekämpfende Parteien in Israel. Wo bleibt die Kultur Israels?

Zwischen Wurzel und Frucht stehen Stamm, Äste, Blätter und Blüten also sechs Stationen, wie der Stern Israels. Dazwischen liegen Zeiträume, Veredelungen, Veränderungen, die ins Gegenteil fielen. Sonst würde heute keine Partei Israel führen. Parteien sind aber kein Wissensgebiet, sondern eine Gottlosigkeit, die er bestraft. Das ist bereits durch Zweifel und Angst eingetreten.

Sicher hat sich Gott etwas dabei gedacht als er Juden, Christen und Heiden geschaffen und die Heiden weit von Israel angesiedelt hat. Oder gibt es heute in Israel ein solches Denken? Jedenfalls hat der Schöpfer in Deutschland diese drei Geistesansichten zu Zählern über den Bruchstrich ins Land gesetzt. So gesehen besteht für beide Staaten trotz unterschiedlicher Kulturkreise auf der geistigen Ebene eine Artenverwandtschaft mit den besten Ergänzungen.

Daraus kann man folgende Regel ableiten: Was ist Wahrheit, Kultur, Partei?

1. Die Wahrheit steht über allem!
2. Die Kultur ist reine Vernunft!
3. Partei ist reine Unvernunft!

Das ist ein Gesetz, das keiner erschüttern kann!

Die wahren Hilfen setzen sich aus sehr unterschiedlichen Standpunkten zusammen. Israel und Deutschland sind die besonderen Staaten mit Gottes-Beziehungen, die Partei hat sie nicht! Aus dem Grund können beide Länder kein Thema für eine Partei sein. Da Gott und Partei Feinde sind, darum darf ein Jude im wahren Sinn keine Parteiidee vertreten. Außerdem kann der Judenstamm kein Volk lieben, weil keines in sein Gedankenbild paßt und sich auch nicht mit der Vernunft vereinbaren läßt. Aus diesem Grund fiel er auf die Parteiebene von der man aus eigener Kraft nicht zurück kann. Vor diesem Problem steht der Staat Israel heute!? Hilfe ist möglich, wenn sich die Juden helfen lassen wollen. Das geht mit der Parteipolitik nicht, sondern nur auf der Ebene der Kultur und des Geistes. Nämlich dort wo die Füße der Jakobsleiter stehen.

Kurt Mering, Ludwigshafen

Betr.: Nahost-Journal »Jesus und die Juden«, Nr. 3/92

Wenn man in Ihrem »Nahost-Journal« von jüdischen Bibelkritikern und deren haarsträubenden Kritik an Jesus liest, muß man sich wirklich wundern, daß offensichtlich – oder absichtlich – keiner auf den Gedanken gekommen ist, daß von allen Religionsgründern allein Jesus einen Gott gepredigt hat, der Geist ist und »die ihn anbeten, die müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten.« (Joh. 4/24).

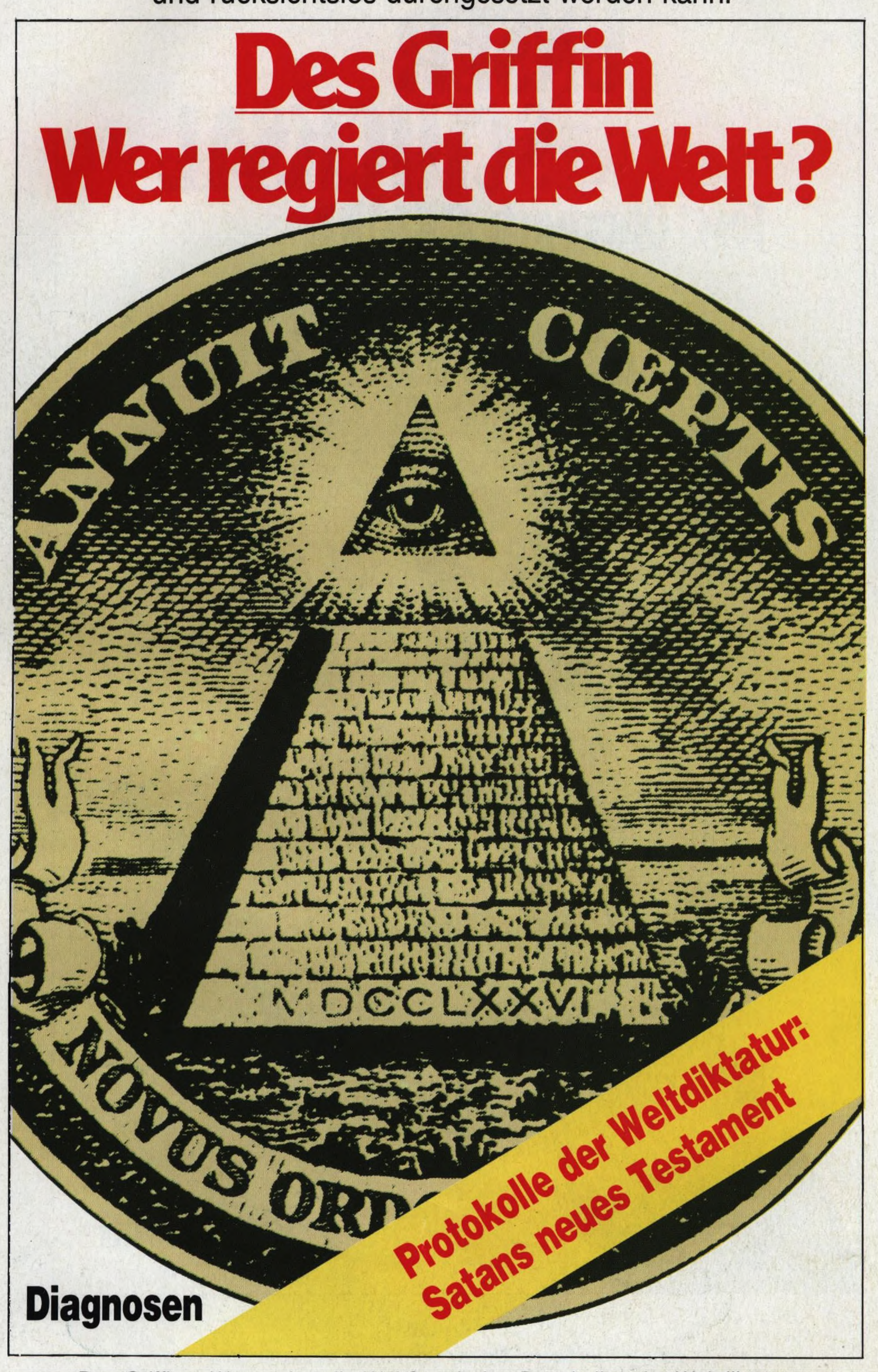
Ein Gott, der Geist ist und im Himmel wohnt, hat aber nichts zu tun mit einem personalen und dazu rachsüchtigen Gott, wie im alten Testament (Jahwe, Jehova oder Zebaoth).

Natürlich gab es vor der Zeit, als Jesus lebte und während seiner Erdenzeit rund herum nur personale Götter der verschiedenen Rassen, die jeweils andere Namen trugen. Umso einmaliger, neuer und größer war die Lehre von einem apersonalen Gott, die Jesus predigte und die allein die Chance hatte: global über die ganze Welt verbreitet zu werden.
Anders ausgedrückt: Ins nächste Jahrtausend, in dem sich der bereits vorhandene grenzüberschreitende Handel zwischen Hethitern, Griechen, Römern, Ägyptern, Phöniziern und Juden immer weiter international ausdehnen sollte, konnte man keine personalen, rachsüchtigen Götter mehr mitnehmen.
Es stellt sich daher für die jüdischen Bibelkritiker eigentlich die Frage: Was wüßte man heute noch von den Juden – die in vorchristlicher Zeit mehrfach von Hethitern, Assyrern, Babylonern, Römern und Persern nahezu ausgelöscht wurden –, wenn Jesus Christus nicht gelebt hätte?

Dieser Frage ist übrigens – wenn auch auf anderem Wege – der Historiker A. Koestler in seinem Buch »Der dreizehnte Stamm« nachgegangen; in seinem Buch spricht er von dem Königsreich der Khasaren (von ca. 800 bis ins 12./13. Jahrhundert, zwischen Kaukasus und der Wolga gelegen), die eines Tages den jüdischen Glauben annahmen, obwohl sie »enger mit den Hunnen, Uiguren und Magyaren verwandt waren, als mit dem Samen Abrahams, Isaaks und Jakobs«. und verweist auf den Professor für mittelalterliche jüdische Geschichte A. N. Poliak, der mit seinem Werk »Khasaria« (1944 und 1951) »zum radikalsten Vorkämpfer der Hypothese von einem khasarischen Ursprung der Juden geworden ist«.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54